

UNIVERSITÄT DES SAARLANDES - PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT II - FACHBEREICH 4.2 ROMANISTIK
STUDIENGANG FRANZÖSISCHE KULTURWISSENSCHAFT UND INTERKULTURELLE KOMMUNIKATION
BETREUER: PROF. DR. HANS-JÜRGEN LÜSEBRINK

Die Rolle Kanadas in der Entwicklungspolitik frankophoner Länder seit 1960

Institutionelle Strukturen - Zielsetzungen - Aktionsfelder

Magisterarbeit

vorgelegt von

Franziska Retzlaff

SAARBRÜCKEN, DEN 19. MAI 2004

FRANZISKA RETZLAFF - FRITZ-DOBISCH-STRASSE 15 - 66111 SAARBRÜCKEN

F.RETZLAFF@WEB.DE

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich an Eides statt, dass ich die vorliegende Magisterarbeit selbstständig und ohne unzulässige fremde Hilfsmittel angefertigt habe. Ich habe keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendet. Alle Stellen, die ich wörtlich oder sinngemäß anderen Werken entnommen habe, habe ich unter Angabe der Quelle als solche kenntlich gemacht. Die verwendeten Literaturquellen sind im Literaturverzeichnis vollständig angegeben.

Saarbrücken, den 19. Mai 2004

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Entwicklungspolitik	7
2.1	Allgemeine Einführung	7
2.2	Charakteristika der Unterentwicklung	10
2.2.1	Theorien für mögliche Ursachen	10
2.2.2	Definitionen und Merkmale	14
2.2.3	Strategien zur Überwindung	18
2.3	Träger der Entwicklungspolitik	19
2.3.1	Öffentliche Träger	20
2.3.2	Nichtregierungsorganisationen	21
2.3.3	Privatwirtschaftliche Träger: multinationale Konzerne	22
2.4	Instrumente und Maßnahmen der Entwicklungshilfe	23
2.5	Motive der Geberländer	26
2.5.1	Außen- und sicherheitspolitische Ziele	26
2.5.2	Ökonomische Motive	27
2.5.3	Entwicklungspolitisch-humanitäre Ziele	28
2.5.4	Länderspezifische Ziele und Interessen	28
3	Die Frankophonie	29
3.1	Die Frankophonie im internationalen System	29
3.1.1	Geber- und Nehmerländer in der Frankophonie	29
3.1.2	Solidarität als Handlungsmaxime	32

3.2	Die Entstehung des Begriffs und seine Bedeutung	34
3.3	Die politisch-institutionelle Frankophonie	37
3.4	Die Entwicklungshilfe der Frankophonie	40
3.4.1	Voraussetzungen und Grenzen	40
3.4.2	Aktionsfelder	42
3.4.3	Die Agence intergouvernementale de la Francophonie als Hauptakteur	44
3.5	Kanada als Mitglied der Frankophonie	48
3.5.1	Die französische Sprache in Kanada	51
3.5.2	Das Verhältnis Ottawa - Quebec	52
3.5.3	Politische Ziele	54
3.6	Quebec als Mitglied der Frankophonie	55
3.6.1	Die Bedeutung der Frankophonie für Quebec	57
3.6.2	Politische Ziele	58
3.7	Afrika in der Frankophonie	60
3.7.1	Die Rolle der afrikanischen Staaten	61
3.7.2	Die französische Sprache in Afrika	62
4	Kanadas Entwicklungspolitik	65
4.1	Allgemeine Einführung und Charakteristika	65
4.2	Entwicklung seit 1960	67
4.2.1	Anfänge in den fünfziger Jahren	67
4.2.2	Die Entwicklungspolitik der sechziger und siebziger Jahre . . .	69
4.2.3	Entwicklungspolitik in den achtziger und neunziger Jahren . .	72
4.2.4	Entwicklungspolitik unter Chrétien bis heute	75
4.3	Institutionelle Strukturen	78
4.4	Zielsetzungen kanadischer Entwicklungspolitik	83
4.4.1	Außen- und sicherheitspolitische Ziele	83
4.4.2	Länderspezifische Ziele	85
4.4.3	Entwicklungspolitisch-humanitäre Ziele	85

4.4.4	Ökonomische Motive	88
4.4.5	Auswahl der Länder für bilaterale Hilfe	90
4.5	Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit	92
4.5.1	Allgemeine Einführung	92
4.5.2	Commonwealth und Frankophonie	96
4.5.3	Umsetzungsformen in Afrika	98
4.6	Bilaterale Hilfsmaßnahmen	103
4.6.1	Allgemeine Einführung	103
4.6.2	Bilaterale Kooperation in Afrika	105
4.6.3	Maßnahmen in frankophonen afrikanischen Staaten	107
4.7	Die Entwicklungspolitik der Provinz Quebec	115
4.7.1	Entwicklung seit 1960	115
4.7.2	Die problematischen Beziehungen zu Ottawa	116
4.7.3	Träger der Entwicklungspolitik in Quebec	118
4.7.4	Spezielle Interessen Quebecs	119
4.7.5	Aktionsfelder der Entwicklungspolitik Quebecs	122
4.7.6	Kritik und Image	124
4.8	Kritik an der kanadischen Entwicklungspolitik	125
4.9	Kanadas Image im frankophonen Afrika	129
5	Vergleich der frankophonen Geberländer	132
5.1	Belgien	133
5.2	Frankreich	137
5.3	Luxemburg	144
5.4	Schweiz	147
5.5	Fazit	151
6	Schlussbetrachtung	158
A	Abkürzungsverzeichnis und Glossar	162

B Interviews	173
B.1 Interview mit einem Mitarbeiter des Secrétariat à l'aide internationale du Québec	173
B.1.1 Interviewleitfaden	173
B.1.2 Antwort	174
B.2 Interviews mit den Botschaftsangestellten von Benin, der Demokrati- schen Republik Kongo, Madagaskar und Mali	177
B.2.1 Interviewleitfaden	177
B.2.2 Antwort der Botschaft Benin	178
B.2.3 Antwort der kanadischen Botschaft in der Demokratischen Re- publik Kongo	179
B.2.4 Antwort der Botschaft Madagaskar	180
B.2.5 Antwort der Botschaft Mali	182
C Karten und Statistiken	183
Literaturverzeichnis	191

Abbildungsverzeichnis

2.1	Teufelskreise der Armut	14
3.1	Die Mitgliedsstaaten der Frankophonie	30
3.2	Organigramm der OIF	37
4.1	Öffentliche Organe kanadischer Entwicklungshilfe	81
4.2	Kanadas Beiträge für UN-Institutionen	94
4.3	Kanadas Beiträge für regionale Entwicklungsbanken	95
4.4	Der kanadische Fonds für Afrika	99
C.1	Die Verteilung der öffentlichen Entwicklungshilfe Belgiens	183
C.2	Die Verteilung der öffentlichen Entwicklungshilfe Frankreichs	184
C.3	Die Verteilung der öffentlichen Entwicklungshilfe Kanadas	185
C.4	Die Verteilung der öffentlichen Entwicklungshilfe Luxemburgs	186
C.5	Die Verteilung der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz	187
C.6	DAC-Liste der Empfängerländer vom 1.1.2001	188
C.7	DAC-Liste der Empfängerländer vom 1.1.2003	189
C.8	Kolonialgebiete in Afrika 1945	190

Tabellenverzeichnis

4.1	Zahlen und Daten - Kanada	104
5.1	Zahlen und Daten - Belgien	135
5.2	Zahlen und Daten - Frankreich	140
5.3	Zahlen und Daten - Luxemburg	146
5.4	Zahlen und Daten - Schweiz	149
5.5	Haushaltslage der Geberländer	151
5.6	Anteil für Subsahara-Afrika	154
5.7	Anteil der Hilfe für LDCs in Prozent	156
5.8	Kategorien der zehn Hauptempfänger	156

Kapitel 1

Einleitung

ES WERDEN SO VIELE SCHÖNE WORTE ÜBER FREIHEIT GEREDET, ABER
NICHTS IN DER WELT MACHT SO UNFREI WIE ARMUT.

MARTIN ANDERSEN-NEXØ

Martin Andersen-Nexø deutet mit seinem Zitat an, dass Armut ein Hindernis für die freie Entfaltung des Menschen ist und dass es nicht ausreicht, über Freiheit zu sprechen, um dieses Hindernis zu bekämpfen. Armut ist ein Bestandteil von Unterentwicklung, die Ursache für die Diskrepanz zwischen den reichen Ländern im Norden und armen Ländern im Süden ist. Entwicklungspolitik dient als Instrument, um diese Diskrepanz zu verringern und schließlich zu überwinden. Sie beinhaltet „[...] die Gesamtheit aller Maßnahmen, mit der eine normativ bestimmte Entwicklung eines EL [Entwicklungslandes, F.R.] oder der als Gruppe verstandenen Dritten Welt [...] angestrebt wird.“¹

In meiner Magisterarbeit werde ich die Verbindung von Entwicklungspolitik und Frankophonie aufzeigen und die Beziehungen der frankophonen Geberländer, insbesondere Kanada, mit den frankophonen Nehmerländern im Afrika südlich der Sahara analysieren. Hierfür ist vor allem die politisch-institutionelle Frankophonie von Bedeutung, die sich als „international agierende, in einem multilateralen Netzwerk vereinigte Gemeinschaft frankophoner oder partiell frankophoner [...] Staaten und Regierungen“²

¹Andersen, Uwe: *Entwicklungspolitik/-hilfe*. In: Woyke, Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, ⁸2000, S. 80.

²Kolboom, Ingo: „*Francophonie: Von der kulturellen zur politischen Frankophonie*.“ In: Kolboom,

definieren lässt. Ich untersuche zum einen die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der frankophonen Geberländer Belgien, Frankreich, Kanada, Luxemburg und Schweiz, wobei der Schwerpunkt auf Kanada und seiner französischsprachigen Provinz Quebec liegt. Dabei beschränke ich mich auf die staatliche bzw. öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf Geberseite und auf die frankophonen Staaten in Subsahara-Afrika auf Nehmerseite. Zum anderen behandle ich die multilaterale Kooperation im Rahmen der Frankophonie.

Ich konzentriere mich auf Kanada, da es unter den Gebern in verschiedener Hinsicht eine Sonderrolle einnimmt: es ist historisch unbelastet, da es keine Kolonialmacht, sondern selbst französische und britische Kolonie und dadurch lange Zeit im Commonwealth von der britischen Krone abhängig war. Zudem ist das Land sehr stark durch diesen bikulturellen Hintergrund geprägt, der heute hauptsächlich in der Zweisprachigkeit zum Ausdruck kommt. Die Tatsache, dass Kanada als einziger Staat sowohl Mitglied in der Frankophonie als auch im Commonwealth ist, spiegelt ebenfalls die Zugehörigkeit zu beiden Gemeinschaften wider. Quebec nimmt innerhalb der kanadischen Föderation eine Sonderrolle ein, da es als einzige frankophone Provinz in Nordamerika von anglophonen Einflüssen umgeben ist.

Zum Stand der Literatur ist Folgendes zu sagen: Zu Entwicklungspolitik an sich gibt es sehr viel Literatur. Besonders allgemeine Einführungen wie *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik* von Franz Nuscheler oder *Entwicklungspolitik. Grundlagen - Probleme - Aufgaben* von Martin Kaiser und Norbert Wagner geben einen guten Überblick über die verschiedenen Teilaspekte und Dimensionen von Entwicklungspolitik. Auch vergleichende Werke gibt es, beispielsweise das von Reinold E. Thiel herausgegebene Buch *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile* oder die regelmäßig erscheinenden Studien der OECD. Die Werke über kanadische Entwicklungspolitik im Speziellen behandeln häufig die Berichte der Regierung bzw. des Außenministeriums über die Ziele der Außen- und Entwicklungspolitik und analysieren diese. Die beiden Organisationen Commonwealth und Frankophonie werden oft zusammen genannt und beschrieben. Einen umfassenden Überblick vermittelt das Werk *Canadian international*

Ingo/ Kotschi, Thomas/ Reichel, Edward (Hrsg.): *Handbuch Französisch: Sprache - Literatur - Kultur - Gesellschaft: für Studium, Lehre, Praxis*. Berlin, Erich Schmidt, 2002, S. 462.

development assistance policies: an appraisal von Cranford Pratt. Es gibt viele Studien über die kulturellen und politischen Aspekte der Frankophonie. Jacques Barrat beispielsweise schreibt in *Géopolitique de la Francophonie* sehr aufschlussreich über die geopolitischen Besonderheiten der Frankophonie. Viele Autoren behandeln die institutionelle Struktur der Sprachgemeinschaft. Es scheint jedoch keine Arbeit zu geben, die die Entwicklungspolitik der frankophonen Geberländer in den frankophonen Nehmerländern unter dem Aspekt der Zusammengehörigkeit in der Frankophonie vergleicht und analysiert.

Ich habe untersucht, welche Rolle Kanada als kolonial unbelastetes Land im Vergleich zu den anderen frankophonen Gebern in der Entwicklungspolitik spielt. Die Hauptfrage, die ich bearbeitet habe, ist, ob sich die Entwicklungspolitik des historisch unbelasteten Kanada von der Belgiens und Frankreichs, die beide Kolonialmächte waren, unterscheidet. Dies ist von besonderem Interesse, da Kolonialismus als mögliche Ursache für Unterentwicklung und Ungleichheit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gilt. Zudem spielte er eine wichtige Rolle bei der Entstehung der Frankophonie: Nach der Auflösung des französischen Kolonialreiches suchten die frankophonen Länder nach einer gemeinsamen Organisation, um ihre Identität bewahren zu können, und gründeten die Frankophonie.

Weitere Fragen sind, ob die frankophonen Geber frankophone Nehmer bevorzugen und ob die französische Sprache als besonderes Bindeglied in der Entwicklungszusammenarbeit dient. Ziel meiner Magisterarbeit ist es, aufzuzeigen, welche Zusammenhänge zwischen Frankophonie und Entwicklungspolitik bestehen und oben genannte Fragen durch die Analyse der kanadischen Entwicklungspolitik und den Vergleich mit den anderen frankophonen Gebern zu beantworten. Diese Magisterarbeit soll einen Beitrag zur aktuellen entwicklungspolitischen Diskussion leisten und einen Denkanstoß für eine verbesserte und effizientere Kooperation innerhalb der Frankophonie geben.

Ich habe mich für dieses Thema entschieden, da es mich gereizt hat, eine Beziehung zwischen so unterschiedlichen Themenkomplexen wie Entwicklungszusammenarbeit und Frankophonie herzustellen und die Spezifika frankophoner Entwicklungspolitiken zu erarbeiten. Dadurch wird auch die Verbindung von politischen und kulturellen Di-

mensionen, die in der Entwicklungskooperation bzw. der Frankophonie zum Ausdruck kommen, deutlich. Die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Kolonialismus und Entwicklungszusammenarbeit ist ein weiterer Aspekt, der mich interessiert. Zudem hat das Thema einen aktuellen Bezug: der Nord-Süd-Konflikt, die wachsende Ungleichheit zwischen arm und reich sowie mögliche Lösungsansätze sind ständig in der Diskussion.

Das erste Kapitel dieser Magisterarbeit behandelt die Grundlagen der Entwicklungspolitik. Neben Definitionen und Entwicklungstheorien erörtere ich die Merkmale von Unterentwicklung und Strategien zu ihrer Überwindung. Des Weiteren stelle ich die institutionellen Strukturen öffentlicher und privater Träger der Entwicklungspolitik dar. Ich diskutiere die verschiedenen Instrumente und Maßnahmen der Entwicklungshilfe und erörtere mögliche Interessen und Zielsetzungen der Geberländer. Hier sollen dem Leser die komplexen Zusammenhänge der verschiedenen entwicklungspolitischen Aspekte klar werden.

Im zweiten Kapitel führe ich die Rolle der Frankophonie als Mittler zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aus. In diesem Zusammenhang beleuchte ich die Entstehung des Begriffs ‚Frankophonie‘ und seine verschiedenen Bedeutungen und stelle auch hier die institutionellen Strukturen dar. Es folgt eine Analyse der Entwicklungshilfe der Frankophonie und die Darstellung des Hauptakteurs, der *Agence intergouvernementale de la Francophonie*. Im Anschluss daran stelle ich die Rolle Kanadas als Mitglied der Frankophonie dar und beleuchte sein Verhältnis zur französischsprachigen Provinz Quebec, das starke Auswirkungen auf die kanadische Außenpolitik und die Zusammenarbeit innerhalb der Frankophonie hat. Die besondere Bedeutung der Frankophonie für Quebec und der Status dieser Provinz als internationaler Akteur sind Inhalt eines Unterkapitels. Die Erwartungen der afrikanischen frankophonen Staaten und die Wichtigkeit der französischen Sprache in Afrika bilden den Abschluss dieses Kapitels. Dadurch erhält der Leser Einblick in die Organisation der Frankophonie, und der Zusammenhang zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Frankophonie wird deutlich.

Die kanadische Entwicklungspolitik ist Bestandteil des folgenden vierten Kapitels. Ich erläutere die Entwicklung der Politik seit 1960 und stelle auch hier in Anlehnung

an das erste Kapitel die institutionellen Strukturen dar. Anschließend diskutiere ich Zielsetzungen und Eigeninteressen der kanadischen Entwicklungspolitik. Wie sich das Verhältnis zu Quebec in der Entwicklungszusammenarbeit widerspiegelt, zeigt eines der folgenden Unterkapitel. Zudem beschreibe ich die Träger der Entwicklungspolitik und analysiere die speziellen Interessen Quebecs sowie die Umsetzungsformen der Entwicklungshilfe. Ein Mitarbeiter des *Secrétariat à l'aide internationale du Québec* (SAIQ), dem ich per Email einige Fragen zur Rolle Quebecs in der kanadischen Entwicklungspolitik gestellt habe, äußert sich zu diesen Punkten. Um herauszufinden, welches Image Kanada in frankophonen afrikanischen Entwicklungsländern hat, habe ich Botschaftsangehörige verschiedener afrikanischer Staaten (ebenfalls per Email) zu diesem Thema befragt. Ihre Antworten und allgemeine Kritikpunkte an der Umsetzung der kanadischen Entwicklungspolitik finden sich am Ende dieses Kapitels.

Im abschließenden fünften Kapitel erläutere ich die Charakteristika der Entwicklungspolitiken Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs und der Schweiz. Beruhend auf den statistischen Daten der OECD von 1995/1996 und 2001/2002 vergleiche ich, wie hoch jeweils der Anteil öffentlicher Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen ist und in welchem Verhältnis dies zur Haushaltslage der Geberländer steht. Zudem analysiere ich, welche Mittel jeweils für die Staaten in Subsahara-Afrika ausgegeben wurden. Ich untersuche anhand der Statistiken, inwiefern sich die Politik der ehemaligen Kolonialmächte Belgien und Frankreich von der der anderen Geber unterscheidet und ob sich die Zugehörigkeit zur Frankophonie auf die Kriterien für die Auswahl der Nehmerländer auswirkt. Zudem diskutiere ich, ob die Bekämpfung der Armut als offizielles Ziel der Entwicklungspolitik in den jeweiligen Umsetzungsformen zum Tragen kommt. Dem Leser wird deutlich gemacht, wo die Zusammenhänge zwischen Entwicklungspolitik und Frankophonie liegen und inwieweit sich diese Zusammengehörigkeit auf konkrete Entwicklungshilfemaßnahmen auswirkt.

Wichtige Abkürzungen und Begriffe sind im Glossar in Anhang A erläutert. Da es in Kanada für alle öffentlichen Institutionen sowohl eine englische als auch eine französische Abkürzung gibt, habe ich im Glossar beide aufgeführt. Im Text verwende ich die französische Abkürzung. Auch die verschiedenen Bezugsgrößen für Entwicklungshilfe

erkläre ich im Glossar. Die Einteilung der Entwicklungsländer in verschiedene Kategorien und die Kriterien der UN und der OECD sind ebenfalls dort zu finden.

Ich möchte an dieser Stelle allen, die mir beim Schreiben dieser Magisterarbeit geholfen haben, sehr herzlich danken: Für die fachliche Unterstützung und Beratung danke ich meinem Betreuer Prof. Dr. Hans-Jürgen Lüsebrink. Für Ermunterung und Motivation danke ich meiner Familie und Arne Plath. Meinen Korrekturlesern Nora Ludewig, Barbara Neuerburg, Frank Rehmet und Frank Vollmer danke ich ebenfalls sehr herzlich. Franka Fleischhack danke ich für ihre Hilfe bei der Bildbearbeitung. Für die Geduld, Unterstützung und Problemlösung bei immer wieder auftretenden Schwierigkeiten mit LaTeX (das Programm, in dem ich diese Arbeit geschrieben habe) geht mein Dank an Daniel Bobbert, Martin Homik und Eike Weiß.

Kapitel 2

Entwicklungspolitik

In diesem Kapitel werden Definitionen und Zielsetzungen der Entwicklungspolitik dargestellt, verschiedene Ursachen und Merkmale von Unterentwicklung diskutiert und die Hauptakteure der Entwicklungspolitik erläutert. Des Weiteren werden entwicklungspolitische Maßnahmen und mögliche Eigeninteressen der Geber erklärt.

2.1 Allgemeine Einführung

Entwicklungspolitik ist zunächst einzuordnen in Internationale Politik und Außenpolitik sowie in die Bereiche *polity*, *policy* und *politics*. *Polity* bezeichnet die institutionelle Dimension von Politik, d.h. es geht um Verfahrensregeln und Ordnung der Politik. Dies wird durch Gesetze, Normen und Institutionen gewährleistet. Mit *policy* wird die inhaltliche Dimension von Politik beschrieben, wobei es um Wert- und Zielorientierung und Gestaltung von Politik geht. Die Durchsetzung politischer Ziele sowie die Vermittlung von Interessen durch Konflikt und Konsens werden mit dem Begriff *politics* umschrieben.¹ Nach Jürgen Bellers lassen sich die Außenbeziehungen von Nationalstaaten in Außenpolitik, Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungs(hilfe)politik unterteilen.² Laut Franz Nuscheler ist „Entwicklungspolitik [...] ein integraler Bestandteil der internationalen Politik und als solcher untrennbar mit

¹Aleman, Ulrich von/ Forndran, Erhard: *Methodik der Politikwissenschaft: eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis*. Stuttgart, Kohlhammer, 62002, S. 41, 77.

²Bellers, Jürgen: „Entwicklungspolitik.“ In: Taurus, Olaf/ Meyers, Reinhard/ Bellers, Jürgen (Hrsg.): *Politikwissenschaft III: Internationale Politik*. Münster, Lit-Verlag, 1994, S. 167.

außen- und sicherheitspolitischen, außenwirtschaftlichen und ideologischen Interessen verbunden.“³

Uwe Andersen definiert Entwicklungspolitik

[...] als die Gesamtheit aller Maßnahmen mit der eine normativ bestimmte Entwicklung eines EL [Entwicklungslandes, F.R.] oder der als Gruppe verstandenen Dritten Welt [...] angestrebt wird.⁴

Franz Nuscheler beschreibt die Aufgaben internationaler Entwicklungspolitik wie folgt:

Die international orientierte Entwicklungspolitik eines Nationalstaates X hat zum Ziel, dazu beizutragen, Gesellschaft und Wirtschaft eines anderen Nationalstaates Y aus einem als (politisch, wirtschaftlich, sozial) negativ definierten Zustand a (meist dominant agrarisch) mit dem Ziel eines besseren Zustands b (meist dominant industrialisiert) herauszuführen.⁵

Wesentlicher Bestandteil internationaler Entwicklungspolitik ist laut Nuscheler und Klingebiel zudem, dass

[...] ausländische Staaten („Geberländer“), internationale Organisationen (wie die Weltbank oder EG) oder transnationale Akteure (wie die Kirchen oder multinationale Unternehmen) am Transfer von Ressourcen beteiligt sind, sofern dieser Ressourcentransfer zu marktabweichenden [...] Bedingungen erfolgt und zu Entwicklungszwecken verwendet wird.⁶

Entwicklungspolitik beinhaltet demnach sowohl die Gestaltung der Außenbeziehungen zwischen Nationalstaaten als auch die Durchsetzung politischer Ziele. Sie lässt sich also den beiden Bereichen *policy* und *politics* zuordnen.

„Ziel der Entwicklungspolitik ist es, einen Zustand, der allgemein als Unterentwicklung bezeichnet wird, zu verändern. Ein Mittel oder Instrument hierzu stellt die Entwicklungshilfe dar.“⁷ Der Begriff „Entwicklungspolitik“ ist weiter gefasst als „Entwicklungshilfe“ und beinhaltet auch Strategien bezüglich des internationalen Wirtschaftssystems, die Handel und Währungen betreffen. Entwicklungshilfe hingegen meint ein Teilgebiet von Entwicklungspolitik, das direkten Ressourcentransfer

³Nuscheler, Franz/ Klingebiel, Stephan: „Internationale Entwicklungspolitik.“ In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. Bd. 6: Internationale Beziehungen. (Hrsg. von Andreas Boeckh), München, Beck, 1993, S. 110.

⁴Andersen, Uwe: „Entwicklungspolitik/-hilfe.“ In: Woyke, Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, ⁸2000, S. 79.

⁵Nuscheler/ Klingebiel: „Internationale Entwicklungspolitik.“ In: Nohlen (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. Bd. 6. S. 167.

⁶Ebd. S. 109.

⁷Kaiser, Martin/ Wagner, Norbert: *Entwicklungspolitik. Grundlagen - Probleme - Aufgaben*. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, ³1991, S. 196 f.

in Form von konkreten Projekten beschreibt.⁸ Als Entwicklungshilfe werden solche Leistungen an die Dritte Welt bezeichnet, „die gemäß der Definition des Ausschusses zur Entwicklungshilfe [DAC] der OECD ein Zuschußelement⁹ von mindestens 25 Prozent besitzen.“¹⁰ Hauptaspekt von Entwicklungspolitik sind die Beziehungen zwischen Geber- und Nehmerländern. Zu ersteren gehören im Wesentlichen die marktwirtschaftlichen Industriestaaten, Nehmerländer sind die Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas (sog. Dritte und Vierte Welt). Das Verhältnis von Geber- und Nehmerländern ist stark geprägt durch die Interessengegensätze im Rahmen des Nord-Süd-Konflikts, wo Wohlstand und Massenkonsum des Nordens und Armut und Massenelend des Südens aufeinandertreffen.

Nuscheler und Klingebiel vertreten die Ansicht, dass die gängigen Definitionen von Entwicklungspolitik nicht ausreichend klarmachen, dass sowohl die „internationale Handels- und Finanzpolitik“¹¹ als auch „die Herrschafts- und Sozialstrukturen in den Entwicklungsländern“¹² für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung „eine größere Bedeutung haben als die Summe aller Mittel und Maßnahmen, die gemeinhin dem engeren Bereich der Entwicklungshilfe zugerechnet werden.“¹³

Aufgrund der Tatsache, dass Entwicklungsländer unterentwickelt sind, besteht ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Um die Ursachen von Unterentwicklung zu erklären, sind verschiedene Theorien aufgestellt worden, die in Kapitel 2.2.1 erläutert werden. Entsprechend der jeweils vorherrschenden Theorie haben sich auch die jeweiligen Strategien der Entwicklungshilfe im Laufe der Zeit verändert. Besonders nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verfolgt Entwicklungspolitik andere Ziele und Interessen. Auch wenn häufig von der „Dritten Welt“ gesprochen wird, gilt es zu beachten, dass die Entwicklungsländer keineswegs eine geschlossene Staatengruppe sind, sondern dass jedes Land eine eigene Kultur und eigene Traditionen hat und über eine bestimmte Ausstattung an

⁸Andersen: „Entwicklungspolitik/-hilfe.“ In: Woyke (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*. S. 80.

⁹Vgl. hierzu Kap. 2.3.1.

¹⁰Kaiser/ Wagner: *Entwicklungspolitik. Grundlagen - Probleme - Aufgaben*. S. 218.

¹¹Nuscheler/ Klingebiel: „Internationale Entwicklungspolitik.“ In: Nohlen (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. Bd. 6. S. 108.

¹²Ebd.

¹³Ebd.

Ressourcen und bestimmte Entwicklungsdefizite verfügt, aus denen sich spezifische Bedürfnisse ergeben, die bei den jeweiligen entwicklungspolitischen Strategien berücksichtigt werden müssen.

2.2 Charakteristika der Unterentwicklung

2.2.1 Theorien für mögliche Ursachen

Hinsichtlich der Frage, wo die Ursachen für die Unterentwicklung der Entwicklungsländer liegen, sind verschiedene Theorien entstanden und diskutiert worden. In den siebziger Jahren stellte sich die Frage, wer die Schuld an der Unterentwicklung trägt und welche Faktoren dafür verantwortlich sind. Hauptstreitpunkte waren unter anderen, ob die Entwicklungsländer die Verantwortung für ihre Situation selbst tragen oder ob externe Faktoren dabei eine entscheidende Rolle spielen. Welche Rolle der Kolonialismus spielt und inwiefern die heutige Abhängigkeit der Entwicklungsländer damit zusammenhängt, ist eine weitere Frage, die sich hier stellt. Zudem war man sich uneinig darüber, ob die Gründe für Unterentwicklung in der Kultur und Wertordnung der jeweiligen Gesellschaft liegen. In der aktuellen Diskussion hingegen geht es vor allem darum, „wieviel Markt und Staat für Entwicklung gut ist.“¹⁴

Eine angemessene Theorie, die der Erklärung von Unterentwicklung in der Dritten Welt dienen kann, muss sowohl den Weltmarkt als auch subjektive Faktoren berücksichtigen sowie die internen Sozial- und Herrschaftsstrukturen und internationale Wirtschafts- und Sozialpolitik. Unterentwicklung ist ein komplexes Phänomen, das nicht allein mit den oben genannten Faktoren erklärt werden kann, sondern in den Gesamtzusammenhang eingeordnet und umfassend betrachtet werden muss. Jürgen Bellers unterscheidet zwei Methoden¹⁵, auf denen Entwicklungshilfe beruhen kann: zum einen die Dependenztheorie, die externe Faktoren als Ursache von Unterentwicklung sieht und zum anderen die Modernisierungstheorie, nach der die Ursachen

¹⁴Nuscheler, Franz: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. Bonn, Dietz, ⁴1996, S. 158.

¹⁵Vgl. auch Andersen: „Entwicklungspolitik/-hilfe.“ In: Woyke (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*. S. 82.

in internen Faktoren liegen.¹⁶ Als Erklärung für die Diskrepanz zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden stellt auch Hans Wassmund folgende Interpretationsrichtungen vor: endogene und exogene Verursachung. Erstere geht davon aus, dass Armut und Stagnation in den Ländern der Dritten Welt interne Ursachen haben und auf religiöse, soziale oder psychische Hemmnisse der dort lebenden Menschen zurückzuführen sind. Als Ursachen nennen Anhänger dieser Theorie die klimatischen Bedingungen, Traditionen, Wertvorstellungen und die Mentalität,

[...] die es unmöglich machen, die für Modernisierung und Industrialisierung unerlässlichen persönlichen Eigenschaften wie Leistungsmotivation, Eigeninitiative und Belohnungsaufschub zu übertragen.¹⁷

Der Hauptvertreter dieser These, Richard F. Behrendt, geht davon aus, dass der Mangel an dynamischen Impulsen einer der entscheidenden internen Faktoren für Unterentwicklung ist. Die Vertreter der Modernisierungstheorie befürworten eine nachholende, exportorientierte Entwicklung, die durch Veränderung und Anpassung der internen Strukturen erreicht werden soll.

Verfechter der Theorie der exogenen Verursachung hingegen sehen die Ursachen für Unterentwicklung als von außen aufgezwungen an. Unterordnungs- und Abhängigkeitsverhältnisse sowie systematische Ausbeutung durch die Industrieländer sind ihrer Meinung nach die Hauptgründe für die benachteiligte Situation der Länder der Dritten Welt. Dieter Senghaas, Hauptvertreter dieser Theorie, spricht in diesem Zusammenhang von einer „[...] Penetration der abhängigen beherrschten Gebiete durch die Metropolen.“¹⁸

Durch diesen Imperialismus und die weltweite Arbeitsteilung, „in der die Dritte Welt sich in der Produktion und im Export von Rohstoffen und Landwirtschaftsartikeln spezialisieren musste [...]“¹⁹, sind laut Senghaas die vorherrschenden Zustände und Ungleichheiten zustande gekommen. Eine „autozentrierte, binnenwirtschaftlich ausgerichtete Entwicklung“²⁰ unabhängig vom Geschehen auf dem Weltmarkt ist laut

¹⁶Bellers: „Entwicklungspolitik.“ In: Tauras/ Meyers/ Bellers (Hrsg.): *Politikwissenschaft III: Internationale Politik*. S. 188.

¹⁷Wassmund, Hans: *Grundzüge der Weltpolitik: Daten und Tendenzen von 1945 bis zur Gegenwart*. München, Beck, 1982, S. 60.

¹⁸Ebd. S. 61.

¹⁹Ebd. S. 62.

²⁰Andersen: „Entwicklungspolitik/-hilfe.“ In: Woyke (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*. S. 82.

Anhänger der Dependenztheorie die beste Strategie zur Überwindung der Unterentwicklung.

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Erklärung der Unterentwicklung durch Kolonialismus und ungleichen Tausch und der Neo-Imperialismus- und der Dependenztheorie. Sie wollen erklären, warum die Länder der Dritten Welt immer noch unterentwickelt sind, obwohl sie keine Kolonien mehr sind. Laut dieser Theorien sind die Entwicklungsländer strukturell immer noch von den Industrieländern abhängig, auch wenn sie formal und politisch eigenständig sind. Das bedeutet,

[...] daß Strukturen aus den Industrieländern (Metropolen) in die Entwicklungsländer (Peripherie) übertragen werden, die deren Abhängigkeit (Dependenz) verfestigen und Entwicklung verhindern.²¹

Allerdings ist umstritten, inwieweit der Kolonialismus und dessen Folgen ursächlich für die Unterentwicklung der ehemaligen Kolonien ist. Er kann sicherlich nicht als einziger Grund für die heutige Situation angesehen werden. Bezüglich des Kolonialismus' als Ursache für Unterentwicklung werden vor allem folgende Vorwürfe genannt:

1. Die willkürliche Grenzziehung der Kolonialherren und die dadurch entstehenden Konflikte: Ethnische Gruppen wurden getrennt und unterschiedliche Volksstämme ungeachtet der traditionellen Strukturen zusammengewürfelt. In diesen künstlichen Nationalstaaten bestand somit von vorne herein ein beträchtliches Konfliktpotential, das die Entwicklung jener Staaten erheblich beeinträchtigt. Diese einmalige Vielfalt der Völker, Kulturen und Sprachen hinderte die Bewohner Afrikas zudem daran, sich zu Großreichen zusammenzuschließen.
2. Die wirtschaftliche Ausbeutung für den Aufbau des eigenen Landes und die wirtschaftliche Abhängigkeit der Monokulturen von ihren Kolonialherren.
3. Zudem wird den ehemaligen Kolonialmächten vorgeworfen, sie hätten die traditionellen Strukturen zerstört und dadurch die weitere soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien verhindert.

Franz Nuscheler beschreibt mehrere Fehlentwicklungen, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit der Kolonien in Afrika begonnen und zu deren jetziger Lage beigetragen

²¹Kaiser/ Wagner: *Entwicklungspolitik. Grundlagen - Probleme - Aufgaben*. S. 124.

haben²²: Die afrikanischen Länder exportierten hauptsächlich agrarische Produkte und importierten Fertigprodukte, d.h. sie waren abhängig vom jeweiligen Mutterland und aufgrund ihrer Monokulturen sehr anfällig für Schwankungen der Nachfrage und der Preise. Da Investitionen und Hilfen aus dem Ausland vor allem den städtischen Zentren zugute kamen und das Hinterland vernachlässigt wurde, war auch die Produktivität der in afrikanischen Ländern vorherrschenden Subsistenzwirtschaft (d.h. Selbstversorger) sehr niedrig. Dies führte dazu, dass die Bauern weder sich selbst noch die zunehmende Bevölkerung in den Städten ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgen konnten. Aus diesen Gründen befanden sich die afrikanischen Länder zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit in einer schwachen wirtschaftlichen Situation, die sie weiterhin von den Industrieländern abhängig sein ließ und ihrer wirtschaftlichen Eigenständigkeit im Weg stand. Dazu kommt, dass die Politik der nachkolonialen Regierungen diese Situation nicht veränderte, sondern beibehielt und sogar verschärfte: Für die Devisenbeschaffung wurde auf den fruchtbarsten Böden für den Export produziert, was die Vernachlässigung der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zur Folge hatte. Die staatliche Preispolitik schaffte zudem keinen Anreiz für die Bauern, mehr zu produzieren. Laut Otto Kaufmann ist zudem fraglich,

[...] ob die von den ehemaligen Kolonialmächten übernommenen oder imitierten Systeme überhaupt in großem Ausmaß funktionieren können [...] ²³,

da sie die soziale Kluft zwischen der in den Städten lebenden Mittelklasse und der Bevölkerung auf dem Land, die den größten Teil der Bevölkerung ausmacht, vergrößern.

Insgesamt lässt sich jedoch schwer abschätzen, ob die Folgen des Kolonialismus' überwiegend positiv oder negativ waren.²⁴ Während der Kolonialzeit bauten die Mutterländer in den Kolonien eine leistungsfähige Infrastruktur auf. Hierzu zählen vor allem das Straßen- und Eisenbahnnetz sowie Häfen und ein funktionierendes Verwaltungssystem. Auch die durch den Export von Rohstoffen geprägten Wirtschaftsstrukturen müssen nicht unbedingt ein Nachteil sein, wenn für die Exporte günstige Preise

²²Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. S. 162 f.

²³Kaufmann, Otto: „Soziale Sicherheit - II. Frankophones Afrika südlich der Sahara.“ In: Nohlen (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. Bd. 4, München, Beck, 1997, S. 521.

²⁴Kaiser/ Wagner: *Entwicklungspolitik. Grundlagen - Probleme - Aufgaben*. S. 116 f.

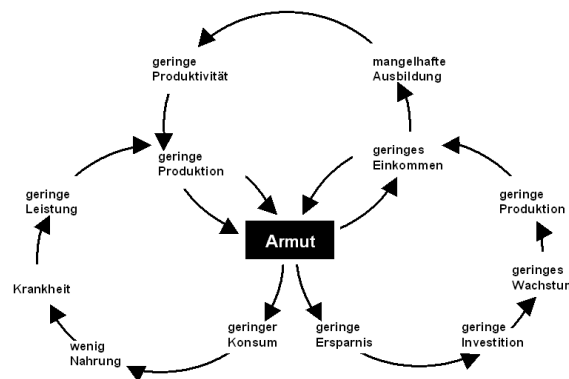
erzielt und die Exporterlöse sinnvoll verwendet werden. Zudem gibt es unter den Entwicklungsländern auch Staaten, die niemals zu den Kolonien zählten, darunter einige der ärmsten Länder der Welt wie Äthiopien, Afghanistan und Nepal sowie Liberia und Thailand. Auch die sog. Schwellenländer und Tigerstaaten sprechen gegen die These von Kolonialismus als Ursache für Unterentwicklung: Staaten wie Singapur, Malaysia, Südkorea und Taiwan waren lange Zeit Kolonien, konnten mittlerweile aber beträchtliche Entwicklungserfolge erzielen.

2.2.2 Definitionen und Merkmale

Franz Nuscheler definiert Unterentwicklung als

[...] unzureichende Fähigkeit von Gesellschaften, die eigene Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern und lebenswichtigen Dienstleistungen zu versorgen.²⁵

Er weist auf den engen Zusammenhang zwischen Unterentwicklung und Armut hin: „Unterentwicklung manifestiert sich in Armut und ist die Ursache von Armut.“²⁶ Dies geht auch aus Abbildung 2.1 hervor. Chronische Unterernährung ist eine Folge



Quelle: Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch*. S. 144.

Abbildung 2.1: Teufelskreise der Armut

absoluter Armut. Eine gesunde geistige und körperliche Entwicklung ist jedoch nur möglich, wenn eine ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser gewährleistet ist. Unterernährung wiederum hat die Verbreitung von Krankheiten zur

²⁵Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. S. 136.

²⁶Ebd. S. 143.

Folge, die die Arbeitsproduktivität und Entwicklungsfähigkeit der Bevölkerung hemmen. Auch die hohen Analphabetenquoten und der Mangel an Humankapital hindern die Gesellschaften daran, sich selbst zu entwickeln. Die hohe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung stehen in engem Zusammenhang mit diesen Faktoren und nehmen arbeitsfähigen Menschen die Möglichkeit, Armut mithilfe von Arbeit zu überwinden.

Es lässt sich zwischen wirtschaftlichen, demographisch-kulturellen und politischen Merkmalen für Unterentwicklung, die damit auch als Charakterisierungskriterien für Entwicklungsländer gelten, unterscheiden.²⁷

Wirtschaftliche Merkmale

Zu den ökonomischen Eigenschaften zählen

1. Ein geringes durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen: Im Jahr 1999 mussten 2,8 Millionen Menschen mit weniger als zwei USD pro Tag auskommen.²⁸
2. Ein großer Mangel an Kapital und technischen Kenntnissen,
3. eine geringe Investitions- und Spartätigkeit,
4. wenig technologische Innovationen.
5. Erwerbstätigkeit und Produktion finden hauptsächlich in traditionellen, teilweise auf Selbstversorgung orientierten Sektoren wie Landwirtschaft und Rohstoff-erzeugung sowie im informellen Sektor statt. Hans Wassmund spricht in diesem Zusammenhang von einer „dualistischen Wirtschaftsstruktur“²⁹, die sich dadurch auszeichnet, dass der Großteil der Gesellschaft im traditionellen Sektor

²⁷Vgl. Wassmund: *Grundzüge der Weltpolitik*. S. 57 f. sowie Uhl, Herbert: *Nord und Süd - eine Welt?* Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 1999, S. 11 und Andersen: „Entwicklungspolitik/-hilfe.“ In: Woyke (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*. S. 80 f.

²⁸„Millennium Development Goals - Poverty.“ <http://www.developmentgoals.org/Poverty.htm>. [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

²⁹Wassmund: *Grundzüge der Weltpolitik*. S. 57, vgl. auch Brock, Lothar: „Der Nord-Süd-Konflikt: Geschichte, Erscheinungsformen, und weltpolitische Bedeutung der Fehlentwicklungen in der Dritten Welt.“ In: Knapp, Manfred/ Krell, Gert (Hrsg.): *Einführung in die internationale Politik*. München, R. Oldenbourg Verlag GmbH, 1991, S. 211.

lebt und arbeitet und der dynamische Industriesektor davon überwiegend unabhängig ist. Dies hat zur Folge, dass die „lokal konzentrierte Industrie“³⁰ zwar zum Wachstum des Bruttosozialprodukts beiträgt, an der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung aber nur zu einem sehr geringen Anteil beteiligt ist.

6. Niedrige Produktivität,
7. Vorherrschen von Monokulturen: Der Export besteht zum Großteil aus Landwirtschaftsgütern und mineralischen Rohstoffen, wodurch eine extreme Abhängigkeit von den Preis- und Nachfrageschwankungen auf dem Weltmarkt und eine hohe Auslandsverschuldung entstehen.
8. Eine unzulängliche Infrastruktur, v.a. in den Bereichen Verkehr und Kommunikation,
9. eine teilweise armutsbedingte Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen durch Überweidung, Rodung, Verunreinigung des Grundwassers und Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch den Abbau von Rohstoffen und ökologischen Raubbau.

Demographische und kulturelle Eigenschaften

1. Bevölkerungsexplosion als Folge schnell abnehmender Sterblichkeitsraten aufgrund verbesserter medizinischer Versorgung und noch immer hoher Geburtenziffern, die auf religiösen oder traditionellen sozialen Strukturen beruhen und Folge der mangelnden sozialen Sicherung sind.
2. Mangel- und Unterernährung,
3. eine hohe Kindersterblichkeitsrate und eine im Vergleich zu den Industrieländern deutlich geringere Lebenserwartung,
4. mangelhafte medizinische Versorgung,
5. unzureichende Infrastruktur für eine flächendeckende Schul- und Berufsausbildung, damit zusammenhängend unzureichend qualifizierte Arbeitskräfte und eine hohe Analphabetenquote unter Erwachsenen,

³⁰Wassmund: *Grundzüge der Weltpolitik*. S. 57.

6. hohe, teilweise latente Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung,
7. keine sozialen Sicherungssysteme bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter außerhalb der eigenen Familie.
8. Eine soziale Spaltung der Gesellschaft, die mit der dualistischen Wirtschaftsstruktur zusammenhängt: Sie besteht aus einer kleinen Oberschicht (Eliten), einer schwach ausgeprägten Mittelschicht und einer großen Unterschicht, wodurch eine wachsende soziale Kluft und eine extrem ungleiche Einkommensverteilung hervorgehen.
9. Ein weiteres Merkmal sind starke Wanderungsbewegungen in städtische Ballungsräume (sog. Landflucht).

Politische Merkmale

1. *Bad governance* und ein autoritärer, schwacher Staat: Merkmale sind instabile politische Systeme mit mangelnder Legitimation durch die Bevölkerung und ein allgemein akzeptiertes, strukturell verankertes System der Korruption.
2. Eine unzureichende politische Umsetzungsfähigkeit von Programmen und Reformen, die teilweise durch ethnische Konflikte und rivalisierende Gruppen gebremst werden.
3. Weitere Merkmale sind ein unzulänglicher Schutz der Grund- und Menschenrechte,
4. eine mangelnde Leistungsfähigkeit der staatlichen Verwaltung,
5. die Zentralisierung des Staates und der Bürokratie in den Metropolen sowie
6. eine starke Orientierung an Primärgruppen (Großfamilie, Stamm), aus der eine mangelnde Identifikation und Loyalität mit übergeordneten Organisationen wie Staat, Parteien, Regierung hervorgeht. Demokratische Strukturen sind in der Gesellschaft wenig verankert.
7. Zahlreiche gewaltsame Konflikte inner- und außerhalb der Staatsgrenzen,

8. eine geringe soziale Rollendifferenzierung und Mobilität sowie
9. die politisch-ökonomische Abhängigkeit vom internationalen Kapital- und Warenverkehr sind weitere Eigenschaften.

Frank Pfetsch verweist auf den engen Zusammenhang zwischen Unterentwicklung, politischer Stabilität und einer hohen Quote an Konflikten und gewaltsamen Auseinandersetzungen, die er als eine der Grundhypothesen in der Entwicklungstheorie bezeichnet.

[...] transitory regimes [...] as well as traditional or ideological authoritarian systems have much shorter 'life-cycles' compared with democracies. Also, they more often initiate violent internal and international conflicts. Note that democracies do not have lower conflict frequencies as such; they only have lower violent conflict frequencies.³¹

Allerdings darf weder eine monokausale Verbindung zwischen politischer Instabilität und Gewalt hergestellt werden noch darf von einem bestimmten wirtschaftlichen Entwicklungsstadium auf bestimmte Konfliktmuster geschlossen werden. Die spezifischen Ursachen für gewaltsame Auseinandersetzungen müssen in Fallstudien oder vergleichenden Regionalstudien untersucht werden. Die statistischen Daten der letzten 50 Jahre zeigen jedoch eine Tendenz auf, die oben genannte Hypothese stützen. Auch Volker Matthies weist auf die Häufung von Bürgerkriegen in der Dritten Welt und den engen Zusammenhang mit politischer Instabilität hin.³²

2.2.3 Strategien zur Überwindung

Laut Dieter Senghaas, Anhänger der Dependenztheorie, ist Unterentwicklung

[...] nicht, [...] *ein Durchgangsstadium auf dem Wege zu autozentrierter Entwicklung*, wie dies in der Geschichte der Industrialisierung [...] europäischer Gesellschaften der Fall war. *Unterentwicklung ist vielmehr ein sich historisch entwickelnder integraler Bestandteil des von kapitalistischen Metropolen dominierten internationalen Wirtschaftssystems [...]. Die Entwicklung dieser Metropolen [...] und die [...] Unterentwicklung der Dritten Welt sind miteinander über das internationale System vermittelte, komplementäre Vorgänge.*³³

³¹Pfetsch, Frank/ Rohloff, Christoph: *National and international conflicts, 1945 - 1995: new empirical and theoretical approaches*. London, Routledge, 2000, S. 177 f.

³²Vgl. Matthies, Volker: „Kriege in der Dritten Welt.“ In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. Bd. 6: Internationale Beziehungen. (Hrsg. von Andreas Boeckh) München, Beck, 1993, S. 263.

³³Senghaas, Dieter: „Friedensforschung und Dritte Welt.“ In: Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Politikwissenschaftliche Entwicklungsländerforschung*. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1986, S. 381. Kursive Stellen sind vom Autor übernommen.

Er definiert Unterentwicklung „als die durch die dominante kapitalistische Produktion induzierte strukturelle Heterogenität peripherer Gesellschaftsformationen [...]“³⁴ Seiner Ansicht nach sind weder unzulängliche natürliche und menschliche Ressourcen noch geringe Kapitalbildung und niedrige Pro-Kopf-Produktion Gründe für Unterentwicklung, sondern vielmehr Folge der Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt.³⁵ Die Überwindung von Unterentwicklung sei deshalb nicht möglich ohne die Trennung der Peripherie-Gesellschaften vom kapitalistisch dominierten Weltmarkt, weil nur so deren autozentrierte Entwicklung ermöglicht und gefördert werden kann.

Kaiser und Wagner schätzen diese Strategie hingegen als „völlig unrealistisch“³⁶ ein, da die Entwicklungsländer vom Export ihrer Produkte in die Industrieländer und vom Import von technischer Ausrüstung abhängig sind. Zudem können sie nur im Rahmen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen Kredite aufnehmen und Entwicklungshilfe erhalten. Des Weiteren seien die Binnenmärkte der meisten Entwicklungsländer zu klein, um die rentable Produktion aller benötigten Güter gewährleisten zu können. Auch fehlende natürliche und menschliche Ressourcen sowie der fehlende internationale Wettbewerb lassen eine autozentrierte Entwicklung als nahezu unmöglich erscheinen.

Die Vertreter der Modernisierungstheorie hingegen stufen die heutige Situation der Entwicklungsländer als „rückständig, in relativer Stagnation begriffen“³⁷ ein und bescheinigen ihnen die Fähigkeit zur nachholenden Entwicklung und zum Erreichen des Status der Industriestaaten.

2.3 Träger der Entwicklungspolitik

Bei den Akteuren im Rahmen der Entwicklungshilfe lässt sich zwischen öffentlichen und privaten Trägern unterscheiden, die Entwicklungshilfe in bilateraler oder multilateraler Form vergeben. Zu den öffentlichen Trägern zählen neben der Weltbankgruppe

³⁴Ebd. S. 388.

³⁵Vgl. ebd. S. 394 f.

³⁶Kaiser/ Wagner: *Entwicklungspolitik. Grundlagen - Probleme - Aufgaben*. S. 125.

³⁷Wassmund: *Grundzüge der Weltpolitik*. S. 63.

die UN-Institutionen und verschiedene Regionalbanken.

2.3.1 Öffentliche Träger

Weltbank Die bedeutendste internationale Institution für entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist die Weltbankgruppe, deren wichtigste Unterorganisationen die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, *International Bank for Reconstruction and Development* (IBRD), und die Internationale Entwicklungsorganisation, *International Development Association* (IDA), sind. Ihr Ziel ist es, den Lebensstandard in Entwicklungsländern durch finanzielle Mittel zu erhöhen, die von entwickelten in weniger entwickelte Länder fließen. Außerdem ist sie wichtiger Ansprechpartner und Berater für die Regierungen von Entwicklungsländern bei Fragen und Problemen, die mit der allgemeinen Volkswirtschaft zusammenhängen. Die Weltbank finanziert die Mittel für Darlehensgeschäfte aus eingezahltem Kapital, internationalen Kapitalmärkten, aufgelaufenen Gewinnen und Darlehensrückzahlungen.³⁸ Jedes Mitgliedsland zahlt ein Prozent seines Mitgliedsbeitrages und neun Prozent in Landeswährung ein.

Die IDA vergibt Mittel ausschließlich an Regierungen und konzentriert sich auf die ärmsten Entwicklungsländer. Neben der Weltbank operieren regionale Entwicklungsbanken, die sich auf bestimmte Regionen spezialisiert haben, wie die *African Development Bank* (AfDB) für Afrika. Sie wurde 1963 gegründet und hat als Mitglieder alle unabhängigen afrikanischen Staaten und 20 nicht-afrikanische Staaten. Ziel ist die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung durch Landwirtschafts- und Infrastrukturprojekte.

UNCTAD Auf internationaler Ebene hat sich die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, *United Nations Conference on Trade and Development* (UNCTAD), zu einem wichtigen Instrument der Industrieländer entwickelt. Im Rahmen der zweiten Konferenz haben die Teilnehmer grundsätzlich befürwortet, dass den Entwicklungsländern jährlich mindestens 0,7 % des Bruttosozialprodukts als Entwicklungshilfe aus öffentlichen Mitteln zukommen sollen. Eine verpflichtende

³⁸Vgl. Kaiser/ Wagner: *Entwicklungspolitik. Grundlagen - Probleme - Aufgaben*. S. 246.

Erklärung blieb bisher jedoch aus, was zur Folge hat, dass sich nur wenige Industrieländer (v.a. Skandinavien, die Niederlande und Luxemburg) an diese Zahl gehalten haben.³⁹

DAC Eine weitere bedeutende Institution ist der Entwicklungshilfesausschuss, *Development Assistance Committee* (DAC), der OECD. Er stellt einheitliche Kriterien der Entwicklungshilfe auf, um deren Transparenz zu gewährleisten. Demnach müssen Leistungen der Industrieländer ein Zuschusselement⁴⁰ von mindestens 25 % enthalten, um als öffentliche Entwicklungshilfe, *Official Development Assistance* (ODA), anerkannt zu werden. Auch die EU spielt bei der multilateralen Entwicklungshilfe eine wichtige Rolle. Die Nettoauszahlungen multilateraler Entwicklungsträger waren in den letzten Jahren geprägt durch

- einen unzureichenden Anstieg der Gesamtleistungen zu laufenden Preisen und Wechselkursen und dadurch erfolgenden Rückgang in realer Rechnung,
- eine stetige Zunahme der vergünstigten gegenüber nichtvergünstigten Leistungen am Gesamtvolumen
- und eine Umschichtung zugunsten Afrikas, verbunden mit einer schnellen Zunahme des Leistungsvolumens der Afrikanischen Entwicklungsbank AfDB.⁴¹

2.3.2 Nichtregierungsorganisationen

Die Nichtregierungsorganisationen gehören zum Dritten Sektor „zwischen Staat und Markt.“⁴² Die christlichen Kirchen und politischen Stiftungen stellen den Großteil

³⁹Vgl. Andersen: „Entwicklungspolitik/-hilfe“ In: Woyke (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*. S. 85.

⁴⁰Mit diesem Begriff wird die Messgröße für den Grad der Vergünstigung eines Darlehens oder Kredits bezeichnet, die sich aus Zinssatz, Laufzeit (Zeit bis zur vollständigen Rückzahlung) und Freijahren (Zeit bis zur ersten Kapitalrückzahlung) zusammensetzt. Der Vergünstigungsgrad hängt von der Differenz zwischen effektivem Zinssatz und marktüblichem Satz sowie der Laufzeit des Kredits ab. Bei der Vergabe von Krediten zu Marktbedingungen ist das Zuschusselement gleich Null. (Siehe hierzu Kaiser/ Wagner: *Entwicklungspolitik. Grundlagen - Probleme - Aufgaben*. S. 219 sowie Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Lexikon Dritte Welt*. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 99.-107. Tausend, 2002, S. 909.)

⁴¹Vgl. Kaiser/ Wagner: *Entwicklungspolitik. Grundlagen - Probleme - Aufgaben*. S. 243.

⁴²Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. S. 498.

der Nichtregierungsorganisationen (NRO). Von den privaten Trägern der Wirtschaft unterscheiden sie sich vor allem dadurch, dass sie „keine Geschäfte mit monetären Gewinnerwartungen“⁴³ machen. Ihre Aktivitäten werden aus Spenden, Steuergeldern und Zuschüssen von internationalen und nationalen öffentlichen Trägern finanziert. Ihr Handeln hat gegenüber staatlichen Akteuren den Vorteil, dass sie unabhängig von außenpolitischen Interessen sind und durch einheimische Partner direkteren Zugang zu den anvisierten Armutgruppen haben. Die Schwerpunkte ihrer Projekte dienen einer armutsorientierten Entwicklungspolitik.

2.3.3 Privatwirtschaftliche Träger: multinationale Konzerne

Multinationale Konzerne „[...] sind Unternehmen, die in drei oder mehr Ländern Produktionsanlagen besitzen und eine weltweite Strategie betreiben.“⁴⁴

Als *multinational corporation* werden sie bezeichnet, wenn ihr Auslandsanteil, gemessen an der Umsatz-, Investitions- oder Beschäftigtenzahl des gesamten Konzerns mehr als 25 % beträgt. Durch Kapitalinvestitionen tragen auch multinationale Konzerne zur Entwicklung bei. Im Unterschied zu den NROs ist ihr Ziel allerdings die langfristige Maximierung des Gesamtgewinns. Hierdurch kann eine Interessenkollision zwischen angemessenen Gewinnen und sicheren Investitionen der Konzerne einerseits und wirtschaftlicher Unabhängigkeit und eigenständiger Entwicklung der Dritten Welt andererseits entstehen.

Nuscheler beschreibt fünf Hauptprobleme⁴⁵, die das Handeln der Konzerne mit sich bringt: Die heimische Industrie wird verdrängt, dadurch wird die Wirtschaft überfremdet und denationalisiert. Ein Großteil des erwirtschafteten Kapitals bleibt nicht im Land selbst, sondern fließt dem Konzern zu, außerdem besteht die Gefahr des Kapitalabzugs bei Konjunkturerinbrüchen. Die kapitalintensive Produktion schafft nur wenig Arbeitsplätze; zudem können die Produkte nur von einer kaufkräftigen Minderheit konsumiert werden. Politische Repression und Menschenrechtsverletzungen werden von den Konzernen akzeptiert. Zudem dient die Auslagerung der Produktion

⁴³Ebd.

⁴⁴Braun, Gerald: *Nord-Süd-Konflikt und Entwicklungspolitik*. Opladen, Westdeutscher Verlag GmbH, S. 163.

⁴⁵Vgl. Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. S. 493.

häufig der Umgehung von Umweltauflagen und schadet dadurch der Umwelt des jeweiligen Entwicklungslandes. Ein weiteres Problem ist, dass das Privatkapital nicht dorthin fließt, „wo der Bedarf am größten ist, sondern dorthin, wo es sich lohnt.“⁴⁶

2.4 Instrumente und Maßnahmen der Entwicklungshilfe

Die verschiedenen Instrumente und Maßnahmen von Entwicklungshilfe lassen sich wie folgt klassifizieren:

- bilateral - multilateral
- gebunden - ungebunden
- Projekthilfe - Programmhilfe
- finanzielle Hilfe/Kapitalhilfe - technische/fachliche/personelle Hilfe
- Katastrophenhilfe - Nahrungsmittelhilfe

Bilaterale Maßnahmen umfassen alle Hilfsleistungen, die ein Staat einem Entwicklungsland auf direktem Weg zukommen lässt und werden daher von der unmittelbaren Entscheidungsgewalt der Geberländer direkt beeinflusst. Deshalb können auch binnenwirtschaftspolitische Interessen mithilfe bilateraler Zusammenarbeit verfolgt werden. Bilaterale Hilfe fließt vor allem in fortgeschrittene, strategisch und wirtschaftlich bedeutende Entwicklungsländer.

Im Rahmen multilateraler Kooperation sind die Geberländer an den Programmen internationaler Institutionen⁴⁷ beteiligt. Eine spezielle Form der multilateralen Zusammenarbeit ist die Kofinanzierung, bei der sich einzelne Regierungen zusammen mit anderen multi- oder bilateralen Gebern an der gemeinsamen Finanzierung von Entwicklungsprojekten beteiligen. Von den Entwicklungsländern wird multilaterale Hilfe häufig bevorzugt, da die Zusammenarbeit unabhängig von politischen Konstellationen ist und dadurch versachlicht werden kann. Durch die Zusammenarbeit von

⁴⁶Ebd. S. 488.

⁴⁷Siehe hierzu Kap. 2.3.1.

Experten aus verschiedenen Ländern wird außerdem eine hohe fachliche Spezialisierung durch die Bündelung von Kompetenz und Know-how ermöglicht. Nachteile sind ein hoher Verwaltungsaufwand, geringere demokratische Kontrolle und Transparenz sowie Bürokratie- und Effizienzprobleme.

Gebundene Hilfe beinhaltet die „Auflage des E. [Entwicklungs-, F.R.]-Hilfe-Gebers an den Nehmer, den E. [Entwicklungs-, F.R.]-Hilfe-Kredit für den Warenbezug aus dem Geberland einzusetzen [...]“⁴⁸ Liefergebundene Hilfe meint alle „Entwicklungshilfetransaktionen, bei denen der Erwerb von Gütern und Dienstleistungen mit dieser Hilfe auf das Geberland beschränkt ist.“⁴⁹ Das heißt, dass die Kapitalhilfe vertraglich an Lieferungen und Leistungen gebunden ist, die das Entwicklungsland aus dem Geberland beziehen muss. Ungebunden ist Hilfe dann, wenn die Beschaffung in allen OECD- und Entwicklungsländern erfolgen kann. Die Bindung der Hilfe wird von den Entwicklungsländern häufig kritisiert, weil sie Güter und Dienstleistungen in einem bestimmten Land kaufen müssen und sie nicht dort kaufen können, wo sie qualitativ besser oder billiger sind. Die Lieferbindung hat zudem eine Verzerrung des weltweiten Wettbewerbs zur Folge.

Projekte sind „funktional, räumlich, zeitlich und wirtschaftlich abgrenzbare Maßnahmen mit einer zielorientierten Aufgabenstellung.“⁵⁰ Ein Programm beinhaltet mehrere Projekte, die durch einen gemeinsamen Träger oder sektorale bzw. regionale Gemeinsamkeiten miteinander in Verbindung stehen und durch ein einheitliches Konzept zusammengefasst sind. Programmhilfe lässt sich deshalb in Regional- und Sektoralprogramme unterteilen. Die Übergänge zwischen Projekt und Programm sind fließend.

Finanzielle Zusammenarbeit besteht aus Krediten zu bestimmten Konditionen, die der Finanzierung von Sachgütern und Anlageinvestitionen dienen sowie der Verbesserung der Infrastruktur und Steigerung der Produktion. Die Gewährung langfristiger Auslandskredite, die den Entwicklungsländern die Anschaffung von Investitionsgütern gestattet, die aufgrund ihrer Devisenknappheit sonst nicht möglich wäre, ist Grundgedanke der finanziellen Zusammenarbeit. Deshalb werden mit dieser Art von

⁴⁸Nohlen: *Lexikon Dritte Welt*. S. 311.

⁴⁹Kaiser/ Wagner: *Entwicklungspolitik. Grundlagen - Probleme - Aufgaben*. S. 227.

⁵⁰Ebd. S. 219.

Zusammenarbeit lediglich die Devisenkosten für die Einfuhr von Gütern und Dienstleistungen finanziert. Erst seit den achtziger Jahren wird in bestimmten Fällen auch ein Teil der Inlandskosten für den Kauf inländischer Waren und Dienstleistungen übernommen.⁵¹ Aufgrund von technischen Mängeln vieler Projekte müssen teilweise auch die laufenden Betriebskosten und sonstige Folgekosten durch die finanzielle Zusammenarbeit getragen werden.

Technische Zusammenarbeit hat zum Ziel, durch die Vermittlung technischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Kompetenzen das Leistungsvermögen von Menschen und Organisationen in Entwicklungsländern zu steigern. Dies soll erreicht werden durch die Entsendung von Beratern, Experten, Ausbildern und Fachkräften, durch die Unterstützung (z.B. Stipendien) der Ausbildung einheimischer Führungskräfte im Entwicklungsland selbst oder im Geberland, durch die Lieferung technischer Ausstattung und durch die Verbesserung der Infrastruktur durch Baumaßnahmen (v.a. Schulen und Krankenhäuser). Auch die Gewährung von Zuschüssen und Zahlung von Gehältern an Fachkräfte, die das Entwicklungsland unter Vertrag nimmt, zählt zur technischen Zusammenarbeit, ebenso Finanzierungsbeiträge zu Projekten leistungsfähiger Träger in den Entwicklungsländern. Technische Hilfe erfolgt nach dem Grundsatz des geringsten Eingriffs, um Eigeninitiative zu stärken und um die „Übertragung unangepasster Vorstellungen, Problemlösungen und Technologien zu vermeiden.“⁵² Ausländische Fachkräfte werden nur dann entsendet, wenn keine einheimischen Experten zur Verfügung stehen.

Personelle Zusammenarbeit beinhaltet die Entsendung von Fachkräften und die Aus- und Fortbildung in den Entwicklungsländern. Sie dient der Vermittlung von Know-how in verschiedenen Bereichen wie z.B. Landwirtschaft, Industrie, Bildung, Wissenschaft und materieller und sozialer Infrastruktur. Finanzielle und technische Zusammenarbeit können nach den verschiedenen Einsatzbereichen unterteilt werden, zu denen Bildungs-, Gesundheits-, Verwaltungs-, Agrar- und Flüchtlingshilfe zählen. Katastrophenhilfe dient der „schnellen Linderung akuter Notlagen“⁵³. Sie ist vor allem bei Naturkatastrophen und Bürgerkriegen notwendig, wo schnelle finanzielle, ma-

⁵¹Vgl. Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. S. 411.

⁵²Nohlen: *Lexikon Dritte Welt*. S. 778.

⁵³Kaiser/ Wagner: *Entwicklungspolitik. Grundlagen - Probleme - Aufgaben*. S. 228.

terielle und personelle Unterstützung gebraucht wird. Im Unterschied zur Entwicklungshilfe erfolgt sie schnell und ist auf kurzfristige Dauer angelegt, um die akuten Bedürfnisse der Betroffenen zu befriedigen. Nahrungsmittelhilfe kann als in Katastrophenhilfe integrierte oder als in Entwicklungsprojekte integrierte Hilfe sowie durch Massenslieferungen erfolgen. Problematisch ist bei diesen beiden Formen der Hilfe, dass sie zu Dauereinrichtungen zu werden drohen, wodurch Abhängigkeiten entstehen und Hilfe zur Selbsthilfe gehemmt wird. Eine weitere Schwierigkeit ist, dass die Regierungen der Nehmerländer es nicht als notwendig erachten, entwicklungspolitische Reformen durchzuführen, so lange die Geberländer ihren Hilfsgesuchen gerecht werden. Zudem verändern sich durch die Einführung von Exportprodukten die Konsumgewohnheiten derart, dass einheimische Produkte Marktchancen einbüßen.

2.5 Motive der Geberländer

Als Bestandteil internationaler Politik ist Entwicklungspolitik „[...] untrennbar mit außen- und sicherheitspolitischen, außenwirtschaftlichen und ideologischen Interessen verbunden.“⁵⁴ In der entwicklungspolitischen Diskussion besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Entwicklungspolitik der Industrieländer hauptsächlich deren ökonomischen und außenpolitischen Eigeninteressen dient und die Überwindung von Unterentwicklung nur zweitrangiges Ziel ist.

2.5.1 Außen- und sicherheitspolitische Ziele

Während des Kalten Krieges diente Entwicklungshilfe als Lock- und Drohmittel, um die Nehmerländer vom jeweiligen politischen System zu überzeugen und Abwanderung ins andere Lager zu verhindern. Frankreich und Großbritannien nutzten entwicklungspolitische Maßnahmen, um ihre ehemaligen Kolonien in die *Communauté Française* bzw. den *Commonwealth* aufzunehmen. In den siebziger Jahren nahm die Wichtigkeit von Entwicklungspolitik als Mittel der Bündnispolitik ab, blieb aber dennoch von weltpolitischen Konjunkturlagen abhängig.

⁵⁴Nuscheler/ Klingebiel: „Internationale Entwicklungspolitik.“ In: Nohlen (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. Bd. 6. S. 110.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts verlor die sicherheitspolitische Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik an Bedeutung. Aufgrund der Entstehung ethnischer Konflikte und des wachsenden Migrationsdrucks im Süden und Osten erhielt Entwicklungspolitik jedoch als „präventive Sicherheitspolitik“⁵⁵ zur langfristigen Friedenssicherung neben der Verfolgung humanitärer Interessen neues Gewicht. In den achtziger Jahren diente Entwicklungspolitik als ideologisches und ordnungspolitisches Transportmittel: Der Westen hatte zum Ziel, in den Entwicklungsländern „marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen herzustellen, den bürokratischen Interventionsstaat zurückzudrängen sowie dem in- und ausländischen Privatkapital größere Handlungsspielräume zu verschaffen“⁵⁶, was dem „Versuch zur ordnungspolitischen Rekolonisierung“⁵⁷ gleichkam.

2.5.2 Ökonomische Motive

„Langfristig dient Entwicklungshilfe der Erschließung von ‚Märkten von morgen‘, weil nur sich entwickelnde und zahlungsfähige Volkswirtschaften importfähig sind, sowie der Sicherung der Rohstoffversorgung.“⁵⁸ Entwicklungshilfe wird zum Aufbau einer funktionsfähigen Infrastruktur und zur politischen Stabilisierung wichtiger Rohstoffländer eingesetzt, um Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung der Industrieländer zu gewährleisten, da die Industrieländer noch immer von den Rohstoffimporten aus der Dritten Welt abhängig sind. Auch die Arbeitsplatzsicherung durch verstärkte Exporte in die Entwicklungsländer und das Erzielen von Gewinnen durch größere Arbeitsteilung zählen zu den ökonomischen Interessen. Die Erschließung neuer Absatzmärkte durch Entwicklungshilfe als Mittel staatlich subventionierter Exportförderung, v.a. durch liefergebundene Hilfe, ist ein weiteres wichtiges wirtschaftliches Ziel, ebenso die Schaffung günstiger Voraussetzungen für private Investitionsvorhaben.⁵⁹

⁵⁵Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. S. 364.

⁵⁶Nuscheler/ Klingebiel: „Internationale Entwicklungspolitik.“ In: Nohlen (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. Bd. 6. S. 112.

⁵⁷Ebd.

⁵⁸Ebd. S. 113, Anführungszeichen von den Autoren übernommen.

⁵⁹Vgl. Braun: *Nord-Süd-Konflikt und Entwicklungspolitik*. S. 207.

2.5.3 Entwicklungspolitisch-humanitäre Ziele

Laut Gerald Braun ist umstritten, ob mit Entwicklungspolitik überhaupt humanitäre Ziele verfolgt werden, da sie Interessenpolitik der Geberländer ist, die im Widerspruch zur sog. ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ steht.⁶⁰ Oberstes Ziel ist, dass alle Menschen unter menschenwürdigen Lebensbedingungen existieren können, da niemandem sein Recht auf Existenzminimum abgesprochen werden kann. Bis Mitte der siebziger Jahre versuchte man, dieses Ziel unter der Prämisse ‚Entwicklung = maximales Wirtschaftswachstum‘ zu erreichen. Nach den Misserfolgen dieser Strategie konzentriert man sich seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse (sog. Grundbedürfnisstrategie). Die Menschen sollen in die Entwicklungsarbeit integriert werden und neue Formen gesellschaftlichen Verhaltens erlernen und ausprobieren.

2.5.4 Länderspezifische Ziele und Interessen

„Die meisten Geberländer favorisieren Länder und Regionen, mit denen sie historisch-politisch, ökonomisch und kulturell verbunden sind. Frankreich schickt einen großen Teil seiner bilateralen ODA in seine überseeischen Länder und Gebiete und in die französischen Ex-Kolonien im subsaharischen Afrika.“⁶¹ Historische Motive wie die Wiedergutmachung für kolonial bedingte Fehlentwicklungen oder sprachliche Motive wie die gemeinsame französische Sprache innerhalb der Frankophonie sind solche länderspezifischen Interessen, die es im weiteren Verlauf dieser Arbeit, v.a. in Kapitel 4 und 5, näher zu untersuchen gilt. Auch die Bevorzugung bestimmter geographischer Räume und sektoraler Förderbereiche werden in diesen Kapiteln näher beleuchtet.

⁶⁰Vgl. ebd. S. 208.

⁶¹Nohlen: *Lexikon Dritte Welt*. S. 107.

Kapitel 3

Die Frankophonie

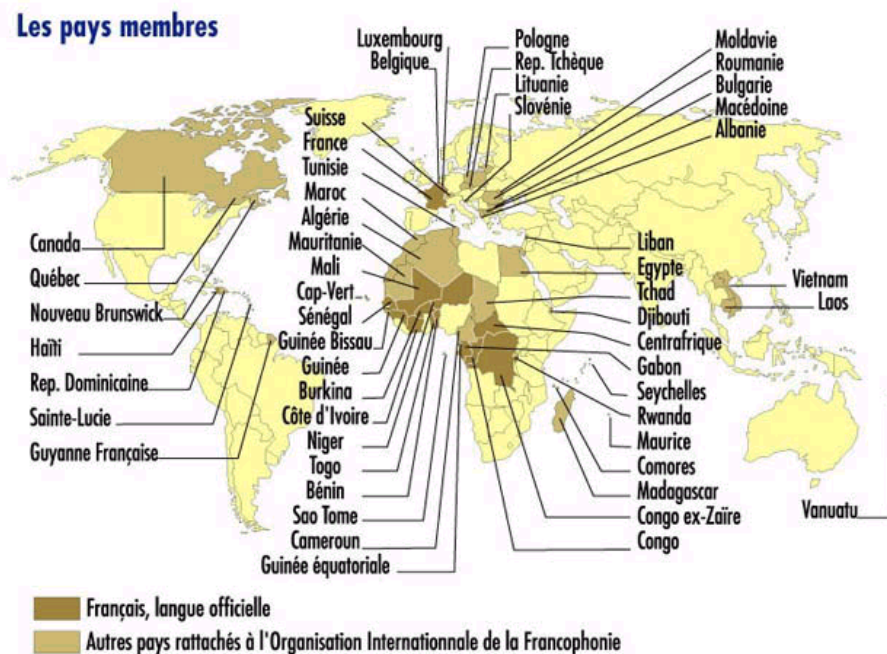
Im Folgenden geht es um die Verankerung der Frankophonie im internationalen System sowie die verschiedenen Organisationen, die die Zusammenarbeit der frankophonen Staaten prägen. Dabei wird im Besonderen auf die Rolle Kanadas, Quebecs und der afrikanischen Staaten innerhalb der französischen Sprachgemeinschaft eingegangen.

3.1 Die Frankophonie im internationalen System

3.1.1 Geber- und Nehmerländer in der Frankophonie

Belgien und Frankreich, Kanada, Luxemburg und die Schweiz stehen als reiche Staaten des Nordens 22 frankophonen Staaten im Afrika südlich der Sahara gegenüber, die von der Weltbank als Volkswirtschaften mit niedrigem Einkommen (d.h. das BNE pro Kopf beträgt weniger als 745 USD) klassifiziert wurden.¹ Die Entwicklungspolitik Kanadas wird in Kapitel 4 näher beleuchtet und analysiert, die der anderen frankophonen Geber in Kapitel 5. Welche Rolle die Frankophonie und ihre Institutionen dabei als Bindeglied zwischen Industrie- und Entwicklungsländern im Rahmen frankophoner Entwicklungspolitik spielt, macht Michel Guillou in folgendem Zitat deutlich:

¹The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank (Hrsg.): *Weltentwicklungsbericht 2003: Nachhaltige Entwicklung in einer dynamischen Welt*. Bonn, UNO-Verlag, 2003, S. 295. Zur Einteilung der Entwicklungsländer in verschiedene Kategorien siehe Anhang A.



Quelle: „La Francophonie - les pays membres.“ <http://www.mediasgaia.com/Histo/France/francophonie/francophonie.htm>

Abbildung 3.1: Die Mitgliedsstaaten der Frankophonie

Au sein de l'espace francophone, les pays sont, dans leur grande majorité, des pays sous-développés; les pays développés n'en constituent qu'un petit nombre. En raison des rapports tissés par l'histoire entre les différents peuples, tous les pays constitutifs de cet espace sont aujourd'hui engagés de manière solidaire dans une multitude de projets et d'actions inscrits prioritairement dans une perspective de développement. Ce développement est prioritaire pour les pays du Sud qui se sont assigné trois objectifs: se nourrir, se soigner, s'instruire.²

Der größte Teil der Bevölkerung der südlichen Mitgliedsstaaten der Frankophonie lebt unter der Armutsgrenze. Von den 49 als am wenigsten entwickelte Länder (LDC)³ klassifizierten Staaten⁴ sind 27 Mitglied der Frankophonie. Dies sind Dschibuti, Haiti, Kambodscha, Laos und Vanuatu und in Afrika südlich der Sahara Benin, Burkina Faso, Burundi, Kamerun, Zentralafrika, Kap Verde, Kongo, die Demokratische Republik Kongo, die Elfenbeinküste, Guinea, Guinea-Bissau, Äquatorialguinea, Madagaskar,

²Guillou, Michel: *La Francophonie - Nouvel Enjeu Mondial*. Paris, Hatier, 1993, S. 75.

³Zur Erklärung siehe Anhang A.

⁴Einteilung der UN, gemessen an folgenden Kriterien: BIP pro Kopf, Lebenserwartung, Kalorienversorgung pro Kopf, Stromverbrauch pro Kopf, Stand der Bildung, Ausrichtung der Wirtschaft auf Industrie und Export sowie eine Bevölkerung von weniger als 75 Millionen Einwohnern. Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.): *Journalistenhandbuch Entwicklungspolitik*. Berlin, 2002, S. 339 f. und Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Lexikon Dritte Welt*. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 99.-107. Tausend, 2002, S. 523 f. Ausführlich hierzu siehe Anhang A.

Mali, Niger, Ruanda, Senegal, Togo, Tschad, die Komoren, Mauretanien sowie São Tomé et Príncipe.⁵

Durch den Einfluss der Entwicklungsländer haben sich die Aktionsfelder der Frankophonie verändert und vergrößert: „C'est sous l'impulsion des pays en développement que les champs d'intérêt de la Francophonie se sont progressivement élargis pour intégrer l'aide au développement.“⁶ Auch beim 1995 stattfindenden Gipfeltreffen der Frankophonie in Cotonou/Benin wurde die Rolle der Frankophonie in Bezug auf Entwicklung der südlichen frankophonen Staaten hervorgehoben:

S'il est vrai que la Francophonie a un rôle majeur à jouer au plan politique, elle doit néanmoins continuer à être utile, visible et concrète et accepter d'être jugée sur ce qu'elle apporte réellement aux populations. [...] Il convient aujourd'hui d'agir sur l'environnement des populations en vue d'améliorer leur cadre de vie et de donner à celles et à ceux qui vivent dans l'espace francophone les moyens de prendre en main leur développement.⁷

Die Frankophonie nimmt im internationalen System eine besondere Position ein, die Riesz folgendermaßen darstellt: „Für die Zeit nach der Unabhängigkeit [...] kann man [...] die ‚Frankophonie‘ als Instrument beschreiben, politischen Einfluss mit den Mitteln der Kulturpolitik [...] zu sichern.“⁸

Dabei stellt sich die Frage, welche Rolle eine ursprünglich kulturell orientierte, auf der gemeinsamen Sprache beruhende Organisation in diesem Zusammenhang im internationalen System spielt. Ziel der in der Frankophonie organisierten Staaten ist nicht mehr nur Pflege, Schutz und Förderung der französischen Sprache und Kultur. Die Frankophonie versteht sich heute vielmehr als internationale Organisation, die den Dialog zwischen den Kulturen und die multilaterale Kooperation fördern möchte⁹

⁵Vgl. „Actions de l'Organisation Internationale de la Francophonie.“ http://www.ladocfrancaise.gouv.fr/dossier_actualite/francophonie/oif_actions.shtml [Letzter Zugriff: 11.4.2004] sowie The World Bank (Hrsg.): *Weltentwicklungsbericht 2003*. S. 295 und „La Francophonie - Liste des pays et des États membres.“ http://www.acdi-cida.gc.ca/cida_ind.nsf/8949395286E4D3A58525641300568BE1/543A5EF0CED82C6F85256A140078FCEA?OpenDocument [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

⁶Barrat, Jaques: *Géopolitique de la Francophonie*. Paris, Presses Universitaires de France, 1997, S. 121.

⁷„Qu'est-ce que la Francophonie?“ <http://www.acdi-cida.gc.ca/lafrancophonie> [Letzter Zugriff: 30.9.2003].

⁸Riesz, János: „Das frankophone Afrika südlich der Sahara.“ In: Kolboom, Ingo/ Kotschi, Thomas/ Reichel, Edward (Hrsg.): *Handbuch Französisch: Sprache - Literatur - Kultur - Gesellschaft: für Studium, Lehre, Praxis*. Berlin, Erich Schmidt, 2002, S. 445.

⁹Vgl. Conac, Gérard/ Hertzog, Robert/ Corbel, Jean-Claude/ Desouches, Christine: *Francophonie et coopération communautaire*. Cachan, Imprimerie Boudin, 1990, S. 43.

und aktiv in das internationale politische Geschehen eingreift. Sie befindet sich somit an der Schnittstelle verschiedener Disziplinen und vereint kulturelle und politische Aspekte.¹⁰

Der von der Frankophonie geforderte und geförderte Multilateralismus ist auch ein Kampf für Frieden, Dialog und Freiheit. „Et la paix, le dialogue des cultures et la liberté sont au cœur de l'idée de [la] Francophonie depuis que cette notion a germé dans les esprits.“¹¹

3.1.2 Solidarität als Handlungsmaxime

La Francophonie, c'est la coopération et le dialogue entre cultures différentes, mises en présence par l'usage d'une langue commune, hors de toute tentative de répression des identités, dans le cadre d'une entreprise globale [...].¹²

Die Gemeinsamkeit der frankophonen Länder beruht zunächst auf dem Gebrauch derselben Sprache. „[...] elle a été la langue d'un colonisateur qui l'a implantée sur tous les continents et elle est, à ce titre, responsable de nombreux clivages Nord-Sud, hérités du XIXe siècle.“¹³

Makhily Gassama bezweifelt jedoch, dass eine Sprache, die für die afrikanischen Kolonien Fremdherrschaft und Unterdrückung bedeutete, Grundlage für Solidarität sein kann: „Comment fonder une solidarité autour de l'utilisation commune d'une même langue, naguère pour certains d'entre nous, langue de domination et de répression?“¹⁴

Auch Valérie Mayer stellt in Frage, ob eine gemeinsame Sprache ausreicht, um politische, soziale und wirtschaftliche Affinität zwischen verschiedenen Nationen zu schaffen.¹⁵

¹⁰Ingo Kolboom weist darauf hin, dass die Frankophonie von der internationalen Politik bisher jedoch nicht als politischer Akteur akzeptiert wurde. Vgl. Kolboom, Ingo: „Die Internationale Francophonie - Kulturelle Makro-Region und politischer Akteur in der globalen Welt.“ In: Kolboom, Ingo/ Rill, Bernd (Hrsg.): *Frankophonie - nationale und internationale Dimensionen*. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 35, München, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., 2002, S. 9.

¹¹Gassama, Makhily: „La coopération et le dialogue entre cultures différentes à travers la Francophonie.“ In: Conac, Gérard/ Desouches, Christine/ Sabourin, Louis: *La coopération multilatérale francophone*. Paris, Economica, 1987, S. 50.

¹²Ebd.

¹³Barrat: *Géopolitique de la Francophonie*. S. 173.

¹⁴Gassama: „La coopération et le dialogue entre cultures différentes à travers la Francophonie.“ In: Conac/ Desouches/ Sabourin: *La coopération multilatérale francophone*. S. 52.

¹⁵Vgl. Mayer, Valérie: „Francophonie et système international.“ In: Conac/ Desouches/ Sabourin: *La coopération multilatérale francophone*. S. 324.

Das Französische dient jedoch auch der Vermittlung einer Kultur, die nach Jacques Barrat zur Schaffung der modernen Welt beigetragen hat und seit der Dekolonisierung Werte wie Frieden, Respekt der Menschenrechte, Wissenschaft und Kultur weitergegeben hat. Durch ihre geographische und institutionelle Ausdehnung ist es der Frankophonie gelungen, eine solidarische Gemeinschaft der Völker, die durch die gleiche sprachliche Kultur verbunden sind, zu entwickeln.¹⁶ Um das zwischen den sehr unterschiedlichen Staaten bestehende Zusammengehörigkeitsgefühl zu beschreiben, setzt Makhily Gassama Frankophonie mit *Fraternité*, also mit Brüderlichkeit, gleich.¹⁷ Diese Brüderlichkeit beschreibt auch die Solidarität der reichen Staaten des Nordens mit den armen Staaten des Südens. Im Rahmen dieser Solidarität leisten die Industrieländer Entwicklungshilfe für die ärmeren Staaten.

Bei der Umsetzung der Solidarität in konkrete Projekte spielt die *Agence intergouvernementale de la Francophonie* (AIF)¹⁸ eine wichtige Rolle:

L'Agence a déployé au fil des années des interventions de plus en plus significatives en matière de développement, au bénéfice des populations de ses pays membres, [...] traduisant ainsi en actions concrètes le principe de solidarité qui constitue une dimension essentielle de la Francophonie et un de ses axes politiques majeurs.¹⁹

Durch diesen ständigen Dialog soll die Annäherung der Völker gefördert werden. Auch Paul Okumba d'Okwatsegu stellt die Aufgabe der AIF in diesem Zusammenhang dar: „[...] organiser la solidarité francophone au bénéfice des plus défavorisés.“²⁰

Kritiker werfen der Frankophonie und vor allem Frankreich vor, mit ihrer Politik Neokolonialismus zu betreiben. Dem kann entgegen gehalten werden, dass die Frankophonie ein freiwilliger Verbund freier Staaten ist. Zudem sind es vor allem die ehemaligen Kolonien, die die Frankophonie befürworten und für sie eintreten: Nach der Auflösung des französischen Kolonialreichs waren es die unabhängigen afrikanischen Staaten, die

¹⁶Vgl. ebd.

¹⁷Gassama: „La coopération et le dialogue entre cultures différentes à travers la Francophonie.“ In: Conac/ Desouches/ Sabourin: *La coopération multilatérale francophone*. S. 50.

¹⁸Zu Organisation und Struktur der Frankophonie siehe Kap. 3.3; ausführlich zur AIF siehe Kap. 3.4.3.

¹⁹„Développement et solidarité - Chantier 4.“ http://agence.francophonie.org/upload/programmes/2002_chantier4.pdf, S. 1. [Letzter Zugriff: 16.10.2003].

²⁰Okumba d'Okwatsegu, Paul: „Un instrument privilégié pour une coopération harmonisée entre pays francophones, l'Agence de Coopération Culturelle et Technique.“ In: Conac/ Desouches/ Sabourin: *La coopération multilatérale francophone*. S. 73.

dem französischen Staat angeboten hatten, einen Kooperationsverbund aufzubauen, der auf der gemeinsamen Nutzung der französischen Sprache beruht. „Das aufgelöste Kolonialreich suchte nach einem gemeinsamen Nenner, und es waren paradoxerweise vor allem Protagonisten aus den alten Kolonien, die das gemeinsame Band der Sprache suchten, darunter aber mehr als das Sprachliche verstanden.“²¹ Durch die Wahl des Französischen als Amtssprache sicherten die ehemaligen Kolonien dessen Erhalt und Verbreitung und verhalfen Frankreich zu internationalem Status. Allerdings kam diese Rolle hauptsächlich den Eliten zu, die große Masse der Bevölkerung hatte keinen Zugang zu Bildung und somit auch nicht die Möglichkeit, die französische Sprache zu erlernen.²² „[...] la colonisation [colonisation, F.R.] a été loin de servir autant qu'on aurait pu le croire l'expansion du français: l'enseignement en était réservé à une petite élite et souvent restreint aux besoins de l'administration.“²³ Aufgrund ihrer Unabhängigkeit veränderten sich die Beziehungen der ehemaligen Kolonien zum Mutterland und die Strukturen der internationalen Organisationen, obwohl die Frankophonie im Unterschied zum Commonwealth nicht sofort entstanden ist.

De façon paradoxale, c'est l'avènement de nouveaux États indépendants qui, en choisissant le français, en a assuré le caractère international et le développement que nous lui connaissons aujourd'hui. Ce choix s'explique sans doute en partie par l'héritage du passé, par l'attachement aux richesses culturelles mais c'est surtout par rapport à l'avenir qu'il entend se justifier. C'est d'ailleurs à cette époque que naît, à l'extérieur de la France, l'idée de la francophonie qui cherchera à s'exprimer dans une foule d'institutions privées et publiques que nous connaissons aujourd'hui.²⁴

3.2 Die Entstehung des Begriffs und seine Bedeutung

Der Begriff ‚Frankophonie‘ an sich wurde erstmalig von dem französischen Geographen Onésime Reclus im Jahr 1880 gebraucht. Reclus bezeichnete damit all diejenigen, die der französischen Sprache mächtig sind. Er verband mit dem Begriff das „Sen-

²¹Kolboom, Ingo: „Francophonie: Von der kulturellen zur politischen Frankophonie.“ In: Kolboom/ Kotschi/ Reichel (Hrsg.): *Handbuch Französisch*. S. 463.

²²Vgl. hierzu Kap. 3.7.2.

²³Tardif, Jean: „Le Québec et la francophonie.“ In: Martin, Yves (Hrsg.): *Le Québec dans le monde*. Sainte-Foy, Québec dans le monde, 1990, S. 58.

²⁴Ebd.

dungsbewusstsein des französischen Universalismus“²⁵, das aus der Geschichte der französischen Republik seit 1789 hervorgeht. Es dauerte allerdings einige Zeit, bis der Begriff ‚Frankophonie‘ in den alltäglichen Sprachgebrauch übernommen wurde. Erst in der Endphase der französischen Entkolonisierung wurde er von den Wörterbüchern akzeptiert und 1962 in den *Larousse de la langue française* aufgenommen.²⁶

Heute hat ‚Frankophonie‘ vier verschiedene Bedeutungen²⁷:

1. *Linguistische Frankophonie*: Damit ist die Gemeinschaft all derer gemeint, die Kenntnisse des Französischen besitzen. Diese Definition entspricht daher am ehesten dem von Onésime Reclus erfundenen Begriff. Frankreich ist als Mutterland des Französischen historisches Zentrum dieser Frankophonie.
2. *Geolinguistische Frankophonie* bezeichnet alle Staaten und Regionen, in denen Französisch Amtssprache ist bzw. von einem Teil der Bevölkerung als Alltagssprache verwendet wird. Insgesamt sind 56 Staaten Mitglied der geolinguistischen Frankophonie. Auf dem afrikanischen Kontinent zählen hierzu der Senegal, Guinea, die Elfenbeinküste, Burkina Faso, Mali, Togo, Niger, Benin, Tschad, Kamerun, die Zentralafrikanische Republik, Kongo, die Demokratische Republik Kongo (ehemaliges Zaire), Ruanda, Burundi, Äquatorial-Guinea, Guinea-Bissau sowie São Tomé et Príncipe, die Komoren, Mauretanien und Madagaskar, Kap Verde, Dschibuti, Ägypten, Marokko, Gabun, die Seychellen und Mauritius, wobei die sieben letztgenannten Staaten zu den Ländern mit mittlerem oder hohem Einkommen zählen.²⁸
3. *Institutionelle Frankophonie* meint „das Ensemble nationaler und internationaler, privater, öffentlicher oder halböffentlicher Assoziationen und Institutionen, die sich weltweit der Pflege und Verteidigung der französischen Sprache und

²⁵Kolboom, Ingo: „Frankophonie: Der lange Weg eines Begriffes zur politischen Bewegung (1880 - 1998).“ In: Kolboom/ Rill (Hrsg.): *Frankophonie - nationale und internationale Dimensionen*. S. 22.

²⁶Vgl. Kolboom: „*Francophonie*: Von der kulturellen zur politischen Frankophonie.“ In: Kolboom/ Kotschi/ Reichel (Hrsg.): *Handbuch Französisch*. S. 463.

²⁷Vgl. Kolboom: „Die Internationale Frankophonie.“ In: Kolboom/ Rill (Hrsg.): *Frankophonie - nationale und internationale Dimensionen*. S. 10.

²⁸Vgl. The World Bank (Hrsg.): *Weltentwicklungsbericht 2003*. S. 295.

frankophonen Kultur(en) sowie der Kooperation in diesem Feld verschrieben haben.“²⁹

4. *Politisch-institutionelle bzw. geopolitische Frankophonie* beschreibt das international agierende Netzwerk aller frankophonen und teilweise frankophonen Staaten und Regierungen sowie die nicht frankophonen Staaten, die Mitglied der *Organisation Internationale de la Francophonie* (OIF) sind. Mit dieser Definition wird somit die Frankophonie als internationale politische Gemeinschaft bezeichnet. Sie wird in dieser Arbeit die wichtigste Rolle spielen, da Entwicklungspolitik eng mit internationalen Organisationen verknüpft ist und die politisch-institutionelle Frankophonie über eine eigene Entwicklungspolitik verfügt.

Ingo Kolboom unterteilt die institutionelle bzw. geopolitische Frankophonie nochmals in folgende drei Typen³⁰:

1. Assoziative Frankophonie der Nichtregierungsorganisationen: Daraus ist die internationale Frankophonie hervorgegangen, die alle zivilgesellschaftlichen Aspekte der Frankophonie vereinigt.
2. Intergouvernementale Frankophonie mit supranationalen Dimensionen: Sie kam erstmalig 1970 durch die Gründung der *Agence de coopération culturelle et technique* (ACCT) zum Ausdruck. Damit wurde eine Organisation geschaffen, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verschiedener frankophoner Staaten und Kulturen im wirtschaftlichen, technischen, entwicklungs- und bildungspolitischen Bereich koordiniert und institutionalisiert. Sie bildet die Schnittstelle zwischen dem assoziativen zivilgesellschaftlichen Netzwerk und den auf höchster Regierungsebene abgehaltenen Gipfeln.
3. Intergouvernementale Frankophonie der Gipfelkonferenzen: Sie entwickelte sich 1986 mit der Einrichtung regelmäßiger Gipfelkonferenzen. Die Staats- und Regierungschefs nahmen die Frankophonie dadurch in ihren Kompetenz- und Entscheidungsbereich auf, wodurch der Frankophonie innerhalb der Politik eine

²⁹Vgl. Kolboom: „Die Internationale Frankophonie.“ In: Kolboom/ Rill (Hrsg.): *Frankophonie - nationale und internationale Dimensionen*. S. 11.

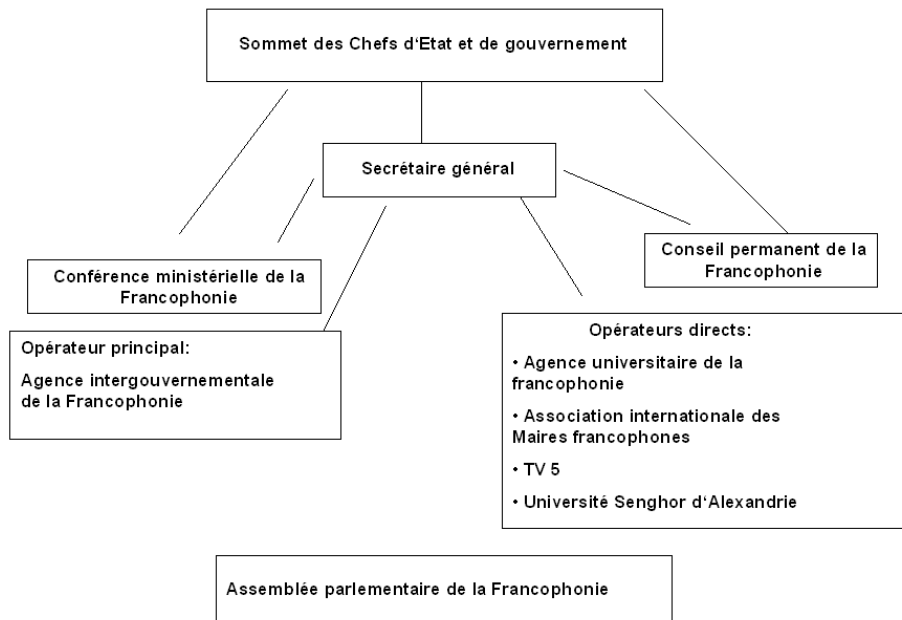
³⁰Vgl. ebd.

ganz neue Bedeutung beigemessen wurde. Dabei entwickelte sich eine hierarchische Organisationsstruktur, was u.a. zur Gründung der *Organisation internationale de la Francophonie* (OIF) führte.³¹

3.3 Die politisch-institutionelle Frankophonie

Im Folgenden sind die wichtigsten Organe und Institutionen der Frankophonie dargestellt, um zu verdeutlichen, auf welchen Ebenen und Wegen entwicklungspolitische Strategien entwickelt und umgesetzt werden.

Organisation internationale de la Francophonie (OIF) „Die OIF versteht sich als multilaterale und intergouvernementale Repräsentation einer Kulturregion mit wirtschaftlich-technologischen Interessen sowie als politischer Akteur im System der internationalen Beziehungen.“³² Die Mitglieder der OIF behalten ihre volle Sou-



Quelle: Kolboom/ Rill (Hrsg.): *Frankophonie - nationale und internationale Dimensionen*. S. 13.

Abbildung 3.2: Organigramm der OIF

³¹Zur Organisation und Struktur der Frankophonie und ausführlich zur OIF siehe Kap. 3.3.

³²Kolboom: „Die Internationale Frankophonie.“ In: Kolboom/ Rill (Hrsg.): *Frankophonie - nationale und internationale Dimensionen*. S. 13.

veränität, d.h. ihre Kompetenzen werden durch die OIF nicht eingeschränkt. Eine Besonderheit der OIF besteht darin, dass auch Nichtstaaten wie die beiden kanadischen Provinzen Quebec und Nouveau-Brunswick als teilnehmende Regierungen (*gouvernements participants*) Mitglied sind. Die OIF versteht sich als „frankophonieinterne Vergemeinschaftungsplattform“³³, die die Interessen ihrer frankophonen Mitgliedsstaaten auf internationaler Ebene bündelt und vertritt. Die OIF bildet das Zentrum aller Institutionen und Assoziationen, die sich mit der Pflege und Förderung der französischen Sprache und Kultur befassen und übernimmt eine doppelte Rolle als supranationale und zwischenstaatliche Organisation. Sie ist als politischer Akteur bei der UNO in New York sowie bei der Europäischen Union und bei der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vertreten.

Gipfelkonferenz „Die zwischenstaatliche Logik hingegen hatte ihre Plattform in der Gipfelkonferenz gefunden, und die hier vereinten Staats- und Regierungschefs, insbesondere die miteinander konkurrierenden Geberländer Frankreich und Kanada, sahen darin die Möglichkeit, eine intergouvernementale Frankophonie als ‚gleichberechtigten Akteur in der internationalen Politik‘ zur Geltung zu bringen.“³⁴ Jean Tardif weist auf die Besonderheit der Gipfeltreffen hin, die darin besteht, dass sich über 40 Länder ohne zwingenden Grund freiwillig zusammenschließen und regelmäßig treffen:

La décision des Chefs d’État et de Gouvernement d’une quarantaine de pays aussi divers de se réunir sur une base régulière alors qu’aucun lien nécessaire ne les y oblige, constitue un événement politique important. Que le fondement en soit l’usage commun d’une langue constitue un aspect singulier dont il faut prendre acte.³⁵

Die Gipfelkonferenz, der sog. *Sommet des chefs d’Etat et de gouvernements ayant le français en partage*, kürzer *Sommet de la Francophonie* oder *Sommet francophone*, ist das oberste Organ der OIF. An den alle zwei Jahre stattfindenden Gipfeln nehmen alle Mitglieder teil, um die Richtlinien und Ziele der Frankophonie festzulegen. Dabei geht es um die Beurteilung der internationalen Lage und die Koordination

³³Ebd. S. 15.

³⁴Kolboom: „*Francophonie: Von der kulturellen zur politischen Frankophonie.*“ In: Kolboom/Kotschi/ Reichel (Hrsg.): *Handbuch Französisch*. S. 466.

³⁵Tardif: „Le Québec et la francophonie.“ In: Martin (Hrsg.): *Le Québec dans le monde*. S. 61.

der Zusammenarbeit der verschiedenen öffentlichen und privaten Organisationen der Frankophonie. Dadurch soll die frankophone Kultur als Gegengewicht zur anglophonen Kultur international gefördert und gestärkt werden. Der erste Gipfel fand 1986 in Paris statt, 1987 war Quebec Gastgeber des Treffens, dem sieben weitere folgten. Der letzte Gipfel fand 2002 in Beirut statt.

An der Spitze der OIF steht der **Generalsekretär der Frankophonie**, *Secrétaire général*, der vom Gipfel ernannt wird. Er ist zudem Präsident des *Conseil permanent* und höchster Verantwortlicher der *Agence intergouvernementale de la Francophonie*. Er übernimmt Funktionen, die sich aus der Frankophonie als internationaler politischer Organisation ergeben, wie z.B. die Unterzeichnung von Verträgen und die Entsendung politischer Missionen. Unterstellt sind ihm ein Geschäftsführer (*Opérateur principal*) sowie die operativ tätigen Nichtregierungsorganisationen der OIF. Dazu zählen die *Agence universitaire de la francophonie* (AUF), die *Association internationale des Maires francophones* (AIMF), der Fernsehsender *TV5* und die *Université Senghor d'Alexandrie*. Beim letzten Gipfeltreffen in Beirut im Jahr 2002 wurde Abdou Diouf, ehemaliges Staatsoberhaupt des Senegal, für eine Amtszeit von vier Jahren zum Generalsekretär ernannt.

Die 1967 gegründete *Assemblée parlementaire de la Francophonie* dient als Basis der Organisationsstruktur der OIF. Mitglieder sind Parlamentsangehörige aus Europa, Nordamerika, Afrika, Asien und Ozeanien. Mit ihrem Ziel, eine zwischenstaatliche Einrichtung der Frankophonie zu sein, trug diese Organisation auch wesentlich zur Gründung der AIF bei. Sie sieht ihre Aufgabe darin, eine demokratische Verbindung zwischen Bevölkerung und Frankophonie-Institutionen herzustellen und beschäftigt sich in vier Kommissionen mit Politik und Verwaltung, Parlamentsangelegenheiten, Kooperation und Entwicklungshilfe sowie Bildung, Kommunikation und kulturellen Angelegenheiten. Beim fünften Gipfel 1995 hat sie den Status einer beratenden Versammlung erhalten.³⁶

³⁶Vgl. Mann, Roberto: „Institutionen und Programme der internationalen Frankophonie.“ In: Kolboom/ Kotschi/ Reichel (Hrsg.): *Handbuch Französisch*. S. 472.

Ministerkonferenz Die Ministerkonferenz, *Conférence ministérielle de la Francophonie* (CMF), überwacht die Umsetzung der Beschlüsse des Gipfels. Teilnehmer sind die Außenminister oder Minister für frankophone Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten. Auf Vorschlag des *Secrétaire général* wählt sie einen *Administrateur général*. Zudem überwacht sie die Finanzen der frankophonen Organisationen und entscheidet über die Aufnahme von neuen Mitgliedern. Zusätzlich finden Minister-treffen der jeweiligen Ressorts statt, bei denen die konkrete Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe ausgearbeitet werden. Zu nennen ist hier insbesondere die Konferenz der Bildungsminister, *Conférence des ministres de l'éducation nationale des pays d'expression française* (CONFEMEN), die die Verbesserung der schulischen Struktur in Entwicklungsländern sowie die Ausbildung und Entsendung von Lehrern und die Herstellung von französischen Schulbüchern für diese Länder organisiert hat.³⁷

Der **Ständige Rat**, *Conseil permanent de la Francophonie* (CPF), bestehend aus den persönlichen Vertretern der Staats- und Regierungschefs, überwacht die Ausführung der Beschlüsse der Ministerkonferenz. Bei seinen dreimal jährlich stattfindenden Treffen bereitet er die Gipfel vor. Die Mitglieder werden von den Mitgliedsstaaten und Regierungen der OIF ernannt.

3.4 Die Entwicklungshilfe der Frankophonie

3.4.1 Voraussetzungen und Grenzen

„La Francophonie, à l'instar des grandes agences multilatérales, souscrit au concept du développement humain et social durable, équitable et participatif, dont l'objectif principal vise la réduction de la pauvreté, en vue de son élimination à terme.“³⁸

Bei der Entwicklungshilfe der Frankophonie müssen die Interessen aller Mitglieder berücksichtigt und koordiniert werden. Die Einrichtung einer multilateralen Zusammenarbeit und die Ausweitung der frankophonen Kooperation stellen eine große Herausforderung für die jeweiligen Organisationen dar:

³⁷Vgl. ebd. S. 470.

³⁸„Développement et solidarité - Chantier 4.“
http://agence.francophonie.org/upload/programmes/2002_chantier4.pdf, S. 1. [Letzter Zugriff: 16.10.2003].

[...] la Francophonie, avec la quarantaine d'Etats qui participent aux Sommets, est aujourd'hui composée, pour plus des trois quarts, de pays qui comptent parmi les plus pauvres économiquement dans le monde. Il y a donc un deuxième défi à côté du dialogue des langues et des cultures, qui paraît au moins aussi évident: celui du développement.³⁹

Probleme, die bei der Absprache der verschiedenen Geldgeber entstehen, die alle ihre eigenen Interessen und Vorstellungen vertreten, müssen hierzu gelöst werden. Das geringe Budget der Frankophonie erschwert die Zusammenarbeit zusätzlich: Der OIF stehen jährlich 180 Millionen Euro zur Verfügung. Die AIF erhielt für ihre Projekte im Jahr 2002/2003 48,9 Millionen Euro.⁴⁰

Rechtliche Schwierigkeiten stellen ein weiteres Hindernis für die multilaterale Kooperation dar. Die Tatsache, dass nicht alle Staaten auch gleichzeitig Mitglied in allen Organisationen sind, ist ebenfalls problematisch.⁴¹ Die sehr unterschiedlichen Ausgangssituationen der einzelnen Mitglieder erschweren das Aushandeln von Kompromissen: „[...] certains y raisonnaient en termes de culture et d'autres en termes de survie.“⁴² Auch Laurence-Elisabeth Hovine weist auf dieses Problem hin: „La coopération multilatérale peut-elle être une issue? Lorsque le Sud parle de riz, le Nord parle de culture.“⁴³

Zudem stellt sich die Frage, ob der frankophone Dialog nicht lediglich auf nationalen Interessen beruht. Für eine wirksame multilaterale Zusammenarbeit nennt Valérie Mayer drei Voraussetzungen⁴⁴:

1. Es müssen ausreichende finanzielle Mittel, beispielsweise in Form von Fonds,

³⁹M. Lo-Gourmo: Beitrag zum *Table Ronde*: „La communauté francophone. De nouvelles perspectives de coopération internationale.“ In: Conac/ Hertzog/ Corbel/ Desouches (Hrsg.): *Francophonie et coopération communautaire*. S. 205 f.

⁴⁰„Actions de l'Organisation Internationale de la Francophonie.“ [Letzter Zugriff: 11.4.2004], vgl. auch Barrat: *Géopolitique de la Francophonie*. S. 128. Zum Vergleich: Die ODA (netto) Frankreichs betrug 2002 insgesamt 5821 Euro. Vgl. „France - aid at a glance.“

<http://www.oecd.org/dataoecd/42/0/23704506.gif?channelId=34447&homeChannelId=33721&fileTitle=France+Donor+Information>

[Letzter Zugriff: 27.3.2004]. Siehe auch Anhang C Abbildung C.2.

⁴¹Vgl. Schwob, J.: „Les Communautés culturelles sont-elles de nouveaux acteurs dans les relations internationales?“ In: Conac/ Hertzog/ Corbel/ Desouches (Hrsg.): *Francophonie et coopération communautaire*. S. 53.

⁴²Ebd. S. 54.

⁴³Hovine, Laurence-Elisabeth: „Francophonie et coopération.“ In: Conac/ Desouches/ Sabourin: *La coopération multilatérale francophone*. S. 321.

⁴⁴Vgl. Mayer: „Francophonie et système international.“ In: Conac/ Desouches/ Sabourin: *La coopération multilatérale francophone*. S. 327.

vorhanden sein.

2. Es muss eine Struktur vorhanden sein, mit der diese Fonds verwaltet werden können.
3. Die Projekte müssen auf effiziente Art und Weise durchgeführt werden.

Die Zusammenarbeit der frankophonen Länder birgt jedoch auch viele Chancen und Vorteile: „Le cadre de la Francophonie offre une possibilité de réfléchir sur des sujets, de poser des problèmes et de dégager les meilleures approches pour des solutions concrètes. Ainsi, elle constitue le meilleur champ pour une véritable coopération au développement.“⁴⁵

3.4.2 Aktionsfelder

Um die Entwicklungszusammenarbeit zu intensivieren, wurde beim Gipfeltreffen von Cotonou 1995 beschlossen, die Kooperationsprogramme der Frankophonie in Zukunft zu festigen. Im Rahmen des 2002 in Beirut stattfindenden Gipfeltreffens stellten die Verantwortlichen die frankophone Konzeption der sozialen Verschiedenartigkeit vor und legten sechs Aktionsfelder der Frankophonie fest⁴⁶:

1. Französisch und Partnersprachen
2. Kultur und Medien
3. Frieden, Demokratie und Justiz
4. Entwicklung und Solidarität
5. Bildung und berufssoziologische Eingliederung
6. Integration der Frankophonie in die Informationsgesellschaft

⁴⁵Traore, Awa: „La Francophonie en action: les réseaux.“ In: Conac/ Desouches/ Sabourin: *La coopération multilatérale francophone*. S. 363.

⁴⁶„La Francophonie - Les chantiers de la programmation.“
http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/francophonie/prog_locations-fr.asp [Letzter Zugriff: 5.9.2003].

Im Zusammenhang mit Entwicklungspolitik sind vor allem die Punkte drei, vier und fünf entscheidend. Auch in einigen anderen Bereichen sind entwicklungspolitische Maßnahmen geplant:

Französisch In den Staaten, in denen Französisch National- oder offizielle Amtssprache ist, will die Frankophonie das Erlernen der Sprache durch quantitative und qualitative Verbesserungen fördern und den Zugang zur Bildung erleichtern.

Kultur und Medien Vor allem die Bevölkerung in ländlichen Gegenden soll leichteren Zugang zu Büchern, Nachrichten und Freizeitaktivitäten haben. Außerdem sollen die Bedingungen für Künstler in südlichen Ländern verbessert werden. Ein weiteres Ziel besteht darin, die Kulturpolitik zu stärken und in die jeweilige nationale Entwicklungspolitik zu integrieren, um der wichtigen Rolle der Kultur gerecht zu werden. Jedes frankophone Land, und zwar hauptsächlich die südlichen Länder, soll in der Lage sein, eigene Bilder und Filme zu produzieren und die verschiedenen Verteilernetze damit zu speisen. Die Verbreitung von Büchern ist ein weiteres Anliegen, das die Entwicklungsländer betrifft: Durch Unterstützung und Ausbau von Verlagen und Druckereien vor Ort soll Literatur der breiten Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Frieden, Demokratie und Justiz Demokratie, Recht und Freiheit sollen in den frankophonen Ländern unterstützt und gesichert werden, außerdem sollen konkrete Kooperations- und Begleitmaßnahmen durchgeführt werden, die die Staats- und Regierungschefs in der Erklärung von Bamako (*Déclaration de Bamako*) vom 3.11.2000 festlegten. Ferner ist eine Unterstützung der Staaten bei der Durchführung von Justizreformen und bei der Modernisierung ihrer Politik vorgesehen.

Entwicklung und Solidarität Die Produktionskapazität und Wettbewerbsfähigkeit der Firmen in Entwicklungsländern soll gesteigert werden, damit sie von den Auswirkungen der Globalisierung profitieren können. Schwerpunkte sind die solidarische Zusammenarbeit und die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung, und zwar vor allem von Frauen und Kindern: „Promouvoir, au sein de la Francophonie,

une coopération fondée sur la solidarité et la complémentarité à travers une politique de soutien multiforme aux activités de développement de proximité qui visent prioritairement les populations rurales, en particulier les jeunes et les femmes.“⁴⁷ Ein weiteres Ziel ist, dass der Energieverbrauch nachhaltiger Entwicklung gerecht wird und erneuerbare Energien ausgebaut und unterstützt werden.

Bildung Die Ausarbeitung und Umsetzung nationaler Bildungspolitik wird unterstützt, wobei sich die OIF ganz klar auf die Bildung der Mädchen und Alphabetisierung der Frauen konzentriert. Die berufliche Bildung Jugendlicher in ländlichen Gegenden und in den Städten, hier vor allem im informellen Sektor, wird ebenfalls unterstützt.

3.4.3 Die Agence intergouvernementale de la Francophonie als Hauptakteur

Gründung und Ziele Gegründet wurde die AIF am 20. März 1970 mit dem Namen *Agence de Coopération Culturelle et Technique* (ACCT)⁴⁸ in Niamey/Niger unter dem Motto „égalité, complémentarité, solidarité“⁴⁹. Die Einrichtung dieser Institution verleiht der Francophonie erstmals formellen internationalen Charakter: „Par sa présence et son engagement dans les concertations internationales, l’ACCT contribue de façon remarquable au rayonnement international de la Francophonie.“⁵⁰

Aufgabe der AIF ist es, ihre 50 Mitgliedsstaaten in den Bereichen Justiz, Kultur, audiovisuelle Medien, Sprachen, Bildung, berufliche und technische Ausbildung und Informationstechnologie zu unterstützen. Okumba d’Okwatsegue formuliert das Ziel der AIF wie folgt: „L’objectif est de faire de l’Agence un centre de gestion du développement capable de mobiliser les ressource[s] intellectuelles et physiques de notre famille francophone dans la lutte contre les fléaux modernes qui ont nom famine,

⁴⁷Ebd.

⁴⁸Die ACCT wurde 1997 umbenannt in *Agence de la Francophonie* und heißt heute *Agence intergouvernementale de la Francophonie* (AIF).

⁴⁹„L’Agence.“ <http://agence.francophonie.org/agence/home.cfm> [Letzter Zugriff: 16.10.2003].

⁵⁰Mworoha, Émile: *ACCT 1970 - 1995. 25 ans au service du développement et de la coopération francophone*. Paris, Agence de Coopération Culturelle et Technique, 1995, S. 222.

sécheresse et analphabétisme.“⁵¹

Bei der Konferenz von Yamoussoukro 1983 wurde folgendes Programm der AIF festgelegt⁵²:

- Der Kampf um das Überleben und die damit zusammenhängenden Probleme, die die Mehrheit der Bevölkerung der frankophonen Gemeinschaft betreffen, hat absolute Priorität.
- Die wissenschaftliche und technische Forschung bei der Suche nach Lösungen, die Entwicklung ermöglichen und den lokalen Gegebenheiten angepasst sind, wird gefördert.
- Die AIF ermöglicht und fördert wissenschaftlichen Austausch.
- Die fundamentale Rolle der internationalen und regionalen Kooperation in der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung der Mitgliedsstaaten wird von der AIF bekräftigt und gefördert.

Die multilaterale Kooperation und die konkreten Projekte werden in einem Zweijahresplan festgelegt. Die entscheidende Rolle, die die Solidarität der Länder, beruhend auf der gemeinsamen Sprache, dabei spielt, ist auch in der Gründungscharta festgehalten:

[...] créée autour du partage d'une langue commune, le français, et chargée de promouvoir et de diffuser les cultures de ses membres et d'intensifier la coopération culturelle et technique entre eux. Le texte créant l'Agence indique que celle-ci doit être l'expression d'une nouvelle solidarité et un facteur supplémentaire de rapprochement des peuples par le dialogue permanent des civilisations.⁵³

Die AIF ist Hauptakteur der OIF und für den Großteil der operativen Programm-
arbeit sowie die Umsetzung der Kooperationsprogramme, die bei den Gipfeltreffen

⁵¹Okumba d'Okwatsegue: „Un instrument privilégié pour une coopération harmonisée entre pays francophones, l'Agence de Coopération Culturelle et Technique.“ In: Conac/ Desouches/ Sabourin: *La coopération multilatérale francophone*. S. 77.

⁵²Vgl. ebd. S. 64.

⁵³„D'où vient l'Agence?“ <http://agence.francophonie.org/agence/organisation.htm> [Letzter Zugriff: 16.10.2003], vgl. auch Artikel 10 der Gründungscharta der Frankophonie; „Textes officiels - La Charte de la Francophonie.“ <http://www.francophonie.org/publications/textes/#10> [Letzter Zugriff: 27.10.2003].

ausgearbeitet werden, zuständig. Ihr fällt dadurch die Rolle einer supranationalen Organisation zu, wohingegen der Gipfel für zwischenstaatliche Beziehungen zuständig ist.⁵⁴

Erster Generalsekretär der AIF war der Quebecer Jean-Marc Léger (1970 bis 1973). Von 1990 bis 1997 hatte ebenfalls ein Quebecer diesen Posten inne, nämlich Jean-Louis Roy.⁵⁵ Die AIF wird von einem *Administrateur général* (Hauptverwalter) geleitet, der auf Vorschlag des Generalsekretärs von der Ministerkonferenz der Frankophonie für vier Jahre ernannt wird. Seit Januar 1998 ist dies der Belgier Roger Dehaybe, der im November 1997 bei der Ministerkonferenz in Hanoi ernannt und 2002 im Amt bestätigt wurde. Die AIF unterhält drei regionale Büros: das Büro von Westafrika in Lomé/Togo, das Büro in Zentralafrika in Libreville/Gabun und eine Niederlassung in der asiatisch-pazifischen Region in Hanoi/Vietnam.

Projekte Die verschiedenen Projekte der AIF ergänzen sich gegenseitig und haben vor allem die Entwicklung der ländlichen Gebiete und Bevölkerung zum Ziel. Die Einbindung der Bevölkerung und die Verbesserung ihrer Bedingungen durch Bildungsmaßnahmen, die sich vor allem an Jugendliche richten, sind wichtige Prinzipien der Programme. Zu deren Umsetzung stehen der AIF zwei Arten von Budgets zur Verfügung: ein reguläres Budget, das aus obligatorischen Beiträgen der Mitgliedsstaaten besteht und ein weiteres, das sich aus freiwilligen Zahlungen zusammensetzt. Aufgrund der relativ geringen finanziellen Mittel der AIF sind ihre Hilfsleistungen hauptsächlich intellektueller Art. Sie bestehen vor allem in der Bildungsarbeit, der Organisation von wissenschaftlichen Kolloquien und Seminaren sowie der Verbreitung wissenschaftlicher, kultureller und technischer Information. Laut Jean-Claude Corbel ist die Auswahl der unterstützten Projekte aufgrund der großen Diskrepanz zwischen der Anzahl der Anträge und der zur Verfügung stehenden Mittel mitunter willkürlich. Als wichtigste Kriterien bei der Auswahl nennt er die Übereinstimmung mit den bei den Gipfelkonferenzen festgelegten Zielen und Orientierungen und eine nicht nur na-

⁵⁴Vgl. Kolboom: „*Francophonie*: Von der kulturellen zur politischen Frankophonie.“ In: Kolboom/Kotschi/ Reichel (Hrsg.): *Handbuch Französisch*. S. 465.

⁵⁵Vgl. „Le Québec et la Francophonie - Contributions du Québec à la Francophonie.“ <http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/francophonie/quebec.francophonie/contributions/contributions.asp> [Letzter Zugriff: 26.10.2003].

tionale, sondern auch regionale Bedeutung der Projekte.⁵⁶ Die AIF verwaltet mehr als 200 Kulturzentren, 50 lokale Radiosender und einen digitalen Radiosender, der Sendungen ausstrahlt, die allgemeinbildende Themen zum Inhalt haben. Des Weiteren hat sie 48 Posten mit Internetzugang für Jugendliche eingerichtet.⁵⁷ Sie führt Aktionen zur Unterstützung der Künste und Künstler durch, unterstützt die Presse, den Zugang zu Informationstechnologien und die Förderung der französischen Sprache. Weitere Beispiele für von der AIF initiierte Projekte sind Literaturwettbewerbe, die Produktion von Fernsehsendungen afrikanischer Länder für *TV5*, die Produktion von Wörterbüchern für Französisch und bestimmte afrikanische Sprachen und die Herstellung von didaktischem Lehrmaterial und Schulbüchern für Grundschulen auf dem Land. Den Stellenwert der Bildung und des Zugangs zu neuen Technologien für Entwicklung unterstreicht auch Okumba d'Okwatsegue: „Tout doit être fait pour éviter que l'Afrique soit exclue de la révolution de l'informatique, principal vecteur du progrès de demain.“⁵⁸ Die Arbeit der AIF wird durch zwei weitere Programme ergänzt: Das *Programme Spécial de Développement* (PSD)⁵⁹ ermöglicht die punktuelle Reaktion auf dringende Bedürfnisse der Mitgliedsstaaten bei technischer Hilfe und Weiterentwicklung. Durch das *Programme Spécial de Solidarité* kann bei Naturkatastrophen und Kriegen schnell humanitäre Hilfe geleistet werden.

Untergeordnete Institutionen Mittlerweile sind der AIF weitere Institutionen untergeordnet, nämlich das seit 1988 existierende *Institut de l'énergie et de l'environnement de la Francophonie* (IEPF) mit Sitz in Quebec und das 1999 gegründete *Institut francophone des nouvelles technologies de l'information* (INTIF) in Bordeaux. Ersteres ist für Ausbildung, Information und Technologietransfer im Bereich Energie und Umwelt zuständig und verfolgt das Ziel, den Energiesektor in den Mitgliedsländern

⁵⁶Vgl. Corbel, Jean-Claude: „Les programmes de l'Agence de Coopération Culturelle et Technique.“ In: Conac, Gérard/ Desouches, Christine/ Nemery, Jean-Claude: *Coopération décentralisée et coopération multilatérale francophone*. Paris, Economica, 1989, S. 67.

⁵⁷„L'opérateur principal: l'AIF.“ <http://www.francophonie.org/acteurs/aif/> [Letzter Zugriff: 16.10.2003].

⁵⁸Okumba d'Okwatsegue: „Un instrument privilégié pour une coopération harmonisée entre pays francophones, l'Agence de Coopération Culturelle et Technique.“ In: Conac/ Desouches/ Sabourin: *La coopération multilatérale francophone*. S. 75.

⁵⁹Vgl. Development Assistance Committee: *Development Co-operation Review Series: Canada. DAC-Bericht 1994, Nr. 5*. S. 37 und Kap. 3.5.

auszubauen und zu fördern. Dabei sollen Ressourcen sinnvoll genutzt und der Schutz der Umwelt in die nationale Politik miteinbezogen werden. Das INTIF beschäftigt sich mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und Möglichkeiten zum Fernstudium. Aufgabe des Instituts ist es, nationale Kapazitäten zu stärken und die Entwicklung von Partnerschaften im Bereich der neuen Technologien im Rahmen der Frankophonie zu fördern. Zur AIF gehört zudem seit 1992 die *Banque internationale d'information sur les États francophones* (BIEF), deren Gründung beim ersten Frankophonie-Gipfel 1986 in Paris von Kanada unterstützt wurde. Sie ist in die administrativen Strukturen des kanadischen Kulturguts (*Patrimoine canadien*) eingegliedert und dient als Datenbank und Netzwerk, das dokumentarische und technologische Quellen sammelt und zur Verfügung stellt, um den Transfer von Information und Dokumentation zu erleichtern.

3.5 Kanada als Mitglied der Frankophonie

[...] La Francophonie [...] is a highly individualistic, postcolonial international organization which has evolved out of imperial experience and arrangements, principally those of [...] France [...]. [...] In both organizations [the Commonwealth and la Francophonie, F.R.] Canada has played a prominent part in transforming these associations and in shaping them into their present condition.⁶⁰

Kanada ist in der einmaligen Situation, als einziges Industrieland sowohl im Commonwealth als auch in der Frankophonie vertreten zu sein. Diese beiden internationalen Organisationen ermöglichen es Kanada, sich in allen Gebieten internationaler Aktualität Gehör zu verschaffen und sich für Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung einzusetzen. Peter Lyon misst den beiden Organisationen allerdings keine allzu große Bedeutung bei:

This is how the value of the Commonwealth and La Francophonie should be adjudged for Canada in the 1990s: useful forums for multilateral, mostly conference diplomacy. They are useful secondary rather than major instruments in Canada's continuing international concerns.⁶¹

Die Mitgliedschaft Kanadas im Commonwealth und der Frankophonie wird von der öffentlichen Meinung in Kanada begrüßt: Zum einen distanziert man sich von impe-

⁶⁰Lyon, Peter: „Canada, the Commonwealth, and La Francophonie.“ In: Watkins, Mel (Hrsg.): *Canada*. New York, Facts On File, 1993, S. 300.

⁶¹Ebd. S. 307.

rialer Dominanz und verweigert die Annahme imperialer oder neokolonialer Rollen, zum anderen bevorzugt man graduelle und nicht radikale Veränderungen und verfolgt einen pragmatischen Zugang zur Diplomatie.⁶² Kanada ist seit März 1970 Mitglied der Frankophonie⁶³ und Gründungsmitglied vieler Organisationen, u.a. der AIF. Kanada ist zudem in allen multilateralen Institutionen und Ministerkonferenzen der Frankophonie vertreten. Diese bieten Kanada die Möglichkeit, Beziehungen in den Bereichen Sprache und Kultur, Politik und Wirtschaft sowie Technologietransfer aufzubauen. „[...] die Kanadier [waren sich] stets bewußt, daß sich ihr Einfluß auf die internationalen Beziehungen durch die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Ländern in internationalen Organisationen und Bündnissen steigern läßt.“⁶⁴ Kanada war bereits zweimal Gastgeber eines Gipfeltreffens, und zwar 1987 in Quebec und 1999 in Moncton.

Die kanadische Regierung hat drei Hauptziele bei der Einrichtung von Institutionen der Frankophonie, die seit 1960 nach und nach aufgebaut wurden:

- Sie will Kanada als einheitliche internationale Persönlichkeit präsentieren.
- Zudem soll vermittelt und demonstriert werden, dass die kanadische Regierung die frankophonen Kanadier aller Provinzen, Quebec eingeschlossen, repräsentiert.
- Ein weiteres Ziel der Regierung besteht darin, der Politik, die dazu dient, die Beziehungen zur frankophonen Welt auszubauen und zu stärken, Substanz zu verleihen.

Im Unterschied zu Frankreich hat Kanada der Frankophonie sehr früh politische Ziele und Aufgaben zugewiesen, um seine internationale Autorität und nordamerikanische frankophone Identität darauf stützen zu können. Die Regierung hat konkrete Entwicklungsmodelle erarbeitet und Projekte durchgeführt, die der französischen Sprache

⁶²Vgl. ebd.

⁶³Vgl. „Etats et gouvernements membres - Canada.“
<http://www.francophonie.org/membres/etats/> [Letzter Zugriff: 27.11.2003].

⁶⁴Halstead John G. H.: *Kanadas Rolle in einer sich wandelnden Welt*. Augsburg, Universität, 1994, S. 18.

eine Rolle als modernes Kommunikationsmittel im Dienste der Entwicklungsländer zusichern.⁶⁵

Innerhalb der AIF ist Kanada bemüht, das Gleichgewicht zwischen kulturellen und technischen Aspekten zu wahren. „Canada has participated, and still participates, in all ACCT programs and assists prominently in the scientific and technical fields by promoting methods for circulating information rapidly among the members.“⁶⁶ Inspiriert durch den *Commonwealth Fund for Technical Cooperation* (CFTC), schlug Kanada 1975 erfolgreich die Gründung des *Programme Spécial de Développement* (PSD) vor, das technische Hilfsprogramme in den Bereichen technische Hilfe und Ausbildung sowie technische Studien und Machbarkeitsstudien durchführt. Ziel Kanadas dabei war, der AIF neue Schwungkraft zu verleihen und den Bedürfnissen der Entwicklungsländer gerecht zu werden.

Die Zuständigkeit für Frankophonie liegt in Kanada beim *Ministère des Affaires étrangères et du Commerce international* (MAECI) und der *Agence canadienne de développement international* (ACDI).⁶⁷

L'Agence canadienne de développement international (ACDI) est la principale source des fonds accordés par le Canada aux programmes de coopération de la Francophonie et gérés par la Direction des affaires de la Francophonie.⁶⁸

Der Staatssekretär für Lateinamerika, Afrika und Frankophonie Denis Paradis ist innerhalb der Regierung für diese Bereiche verantwortlich. Die *Direction des affaires de la Francophonie* koordiniert die Aktivitäten innerhalb des Ministeriums und verwaltet die Haushaltsmittel, die Kanada der AIF, den bei den Gipfeltreffen beschlossenen Projekten und den Aktivitäten der frankophonen Institutionen gewährt. Die Verwaltung der Fonds zur Förderung der Frankophonie, deren Ziel es ist, die Rolle Kanadas innerhalb der Frankophonie zu stärken, ist ebenfalls Aufgabe der *Direction des affaires de la Francophonie*. Um den Kontakt mit den Institutionen in Paris zu erleichtern, unterhält Kanada ein Büro in Paris, das vom *Correspondant national pour la Francophonie* geleitet wird.

⁶⁵Vgl. Barrat: *Géopolitique de la Francophonie*. S. 123.

⁶⁶Lyon: „Canada, the Commonwealth, and La Francophonie.“ In: Watkins (Hrsg.): *Canada*. S. 305.

⁶⁷Zur genauen Beschreibung dieser Institutionen siehe Kap. 4.3.

⁶⁸„Le Canada en Francophonie - La gestion canadienne de la Francophonie.“ http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/francophonie/cdn_management-fr.asp [Letzter Zugriff: 2.9.2003].

3.5.1 Die französische Sprache in Kanada

Unter den zehn kanadischen Provinzen⁶⁹ und drei Territorien ist Quebec die einzige einsprachig französische Provinz: 2001 bezeichneten von 7.125.580 Einwohnern 5.761.765 Französisch als ihre Muttersprache, was einem Anteil von 80,86 % entspricht.⁷⁰ Nouveau-Brunswick ist die einzige offiziell zweisprachige Provinz (Französisch und Englisch); in Kanada selbst gelten ebenfalls Französisch und Englisch als offizielle Amtssprachen.⁷¹ Alle anderen Provinzen sind einsprachig englisch. Innerhalb der kanadischen Föderation ist es deshalb vor allem die Provinz Quebec, die mithilfe der Frankophonie ihre Position zu stärken und ihre frankophone Kultur zu fördern und zu bewahren sucht.⁷²

Seit der Entstehung Kanadas haben seine französischsprachigen Einwohner für die Erhaltung und Anerkennung ihrer Kultur gekämpft, um sie vor der Assimilation durch die sie umgebende dominierende anglophone Kultur und Sprache zu bewahren.

Die sprachliche Struktur hat sich in Kanada seit seiner Entstehung stark verändert. Mittlerweile leben in Kanada mehr Menschen, deren Alltags- und Umgangssprache Französisch ist, als in der Schweiz und Belgien zusammen.⁷³ Bei einer Gesamtbevölkerung von 29.639.035 im Jahr 2001 hatten mehr als die Hälfte (58,45 % bzw. 17.325.315 Einwohner) Englisch als Muttersprache, etwas mehr als ein Fünftel (22,61 % bzw. 6.703.325 Einwohner) Französisch und ein sehr geringer Anteil von 0,37 % (112.575 Kanadier) Französisch und Englisch.⁷⁴ Die Bevölkerung Quebecs macht mit 24,04 % (7.125.580 Einwohner) knapp ein Viertel der kanadischen Bevölkerung aus.⁷⁵ Vor allem durch die Einwanderungspolitik Quebecs⁷⁶, die es der Provinz erlaubt, aus de-

⁶⁹Die Provinz ist eine der Bundesregierung untergeordnete Verwaltungseinheit innerhalb des kanadischen föderalen Systems, vergleichbar mit den Bundesländern der BRD, allerdings mit wesentlich mehr Kompetenzen ausgestattet.

⁷⁰„Population selon la langue maternelle, provinces et territoires.“
<http://www.statcan.ca/francais/Pgdb/demo18b.f.htm> [Letzter Zugriff: 27.11.2003].

⁷¹Vgl. Stamer, Jutta: „Nation Québec? - Frankophone Ausnahme in Nordamerika.“ In: Kolboom/ Rill (Hrsg.): *Frankophonie - nationale und internationale Dimensionen*. S. 89.

⁷²Vgl. Kap. 3.6.1.

⁷³Barrat: *Géopolitique de la Francophonie*. S. 71.

⁷⁴„Population selon la langue maternelle, provinces et territoires.“
<http://www.statcan.ca/francais/Pgdb/demo18a.f.htm> [Letzter Zugriff: 27.11.2003].

⁷⁵Ebd.

⁷⁶Aufgrund eines Abkommens mit der Regierung in Ottawa betreibt Quebec eine eigene Politik der Auswahl und Integration von Immigranten. Wichtiger Grundsatz dabei ist, dass Französisch die gemeinsame Sprache des öffentlichen Lebens ist. Vgl. Stamer: „Nation Québec?“ In: Kolboom/ Rill

mographischen Gründen einen bestimmten Prozentsatz der kanadischen Einwanderer aufzunehmen, sowie durch die Gesetzgebung, die Französisch als offizielle Sprache in Quebec konstituiert und die Nutzung der Sprache in Schulen und im öffentlichen Leben sichert, ist es gelungen, die frankophone Sprache und Kultur zu schützen.

3.5.2 Das Verhältnis Ottawa - Quebec

La Francophonie a mené à terme à la réconciliation nationale entre Canadiens et Québécois, la querelle des drapeaux est enterrée, et le Québec a amené Ottawa à reconnaître à la Belle Province un statut international.⁷⁷

Kanadas Status in der Frankophonie ist stark durch das Verhältnis der Bundesregierung in Ottawa mit der Regierung der französischsprachigen Provinz Quebec geprägt. Das gespaltene Verhältnis zu Ottawa wurde durch die *Révolution tranquille* verstärkt, bei der Quebec mehr Autonomie innerhalb der kanadischen Föderation forderte, aktiven Widerstand gegen den Einfluss des Englischen ausübte und entschlossen für die frankophone Kultur und Sprache eintrat. Auch der Wunsch, als *Société distincte* anerkannt zu werden⁷⁸, hat zu Spannungen im Verhältnis Quebecs mit der Regierung in Ottawa und den anglophonen Provinzen geführt.

Die Regierung in Ottawa veröffentlichte 1968 in einem Weißbuch ihre Position zum Status der Provinzen in den internationalen Beziehungen: „[...] que le Canada n’ait qu’une seule personnalité internationale, [...] les provinces devant s’en remettre à Ottawa pour communiquer avec l’étranger.“⁷⁹ Die Tatsache, dass die Provinz Quebec sich über diese Auffassung schon früh hinwegsetzte⁸⁰, war ein weiterer Streitpunkt zwischen Ottawa und Quebec. Die Konfrontation zwischen Quebec und Ottawa brachte eine unterschwellige Rivalität mit sich, wodurch die afrikanischen Staaten indirekt dazu aufgefordert wurden, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden. Die innenpolitischen Spannungen wirkten sich auch auf die außenpolitische Situation und

(Hrsg.): *Frankophonie - nationale und internationale Dimensionen*. S. 92.

⁷⁷Hovine: „Francophonie et coopération.“ In: Conac/ Desouches/ Sabourin: *La coopération multilatérale francophone*. S. 322.

⁷⁸Vgl. Stamer: „Nation Québec?“ In: Kolboom/ Rill (Hrsg.): *Frankophonie - nationale und internationale Dimensionen*. S. 89.

⁷⁹Vgl. Morin, Jacques-Yvan: „Situation de la coopération internationale du Québec dans le cadre du fédéralisme canadien.“ In: Conac/ Desouches/ Nemery: *Coopération décentralisée et coopération multilatérale francophone*. S. 113.

⁸⁰Sie war bereits 1965 Mitglied einer internationalen Organisation geworden. Vgl. hierzu ausführlich Kap. 3.6.

insbesondere auf die Zusammenarbeit in der Frankophonie aus. Die Gründung der AIF 1970 konnte nur aufgrund des Kompromissvorschlags Frankreichs erfolgen: Im letzten Moment stimmte Kanada dem Vorschlag Frankreichs zu, Quebec den Status einer teilnehmenden Regierung (*gouvernement participant*) zu gewähren, der auch von den frankophonen afrikanischen Staaten unterstützt wurde.⁸¹ Dies war ein entscheidender Fortschritt für die selbständigen außen- und entwicklungspolitischen Aktivitäten Quebecs. Die kanadische Regierung relativierte diesen Quebec zuerkannten Status jedoch dadurch, dass sie 1977 auch Nouveau-Brunswick als teilnehmende Regierung anerkannte und anderen Provinzen die Teilnahme an den Gipfeltreffen ermöglichte.

Seit Beginn der achtziger Jahre steht die Provinz Quebec auch deshalb

mit der Zentralregierung auf Kollisionskurs, [...] weil die Bundesregierung in der neuen, von Québec nicht unterschriebenen Verfassung (1982) zwar die *individuellen* Rechte der außerhalb Québecs lebenden französischen Minderheiten [...] anerkannte, jedoch nicht die *Kollektivrechte* der in Québec lebenden, territorial bestimmten frankophonen Mehrheit.⁸²

Nachdem Brian Mulroney 1984 kanadischer Premierminister geworden war, konnte im Rahmen der Kooperation in der Frankophonie schließlich eine Einigung zwischen Ottawa und Quebec erzielt werden: 1985 unterzeichneten die beiden Regierungen ein Übereinkommen, das der Provinz Quebec die wirksame Teilnahme an den Gipfeltreffen zusicherte und die Modalitäten der Teilnahme regelte. Quebec erhielt dadurch den Status eines Beobachters (sog. *observateur intéressé*) bei Fragen zur wirtschaftlichen Situation und internationalen Politik und das Recht zur Teilnahme als vollständiges Mitglied bei Fragen der Kooperation und Entwicklung. Mittlerweile hat auch Nouveau-Brunswick den Status des *observateur intéressé* inne. Quebec und Nouveau-Brunswick nehmen zudem an der Vorbereitung der Gipfeltreffen teil. Die kanadische Regierung hat auch die Provinzen Manitoba und Ontario zur Teilnahme eingeladen. L'Île-du-Prince-Édouard und Alberta waren beim Gipfel in Beirut vertreten. Für das Engagement Kanadas im frankophonen Teil Afrikas spielt die Präsenz Quebecs in

⁸¹Vgl. Morin: „Situation de la coopération internationale du Québec dans le cadre du fédéralisme canadien.“ In: Conac/ Desouches/ Nemery: *Coopération décentralisée et coopération multilatérale francophone*. S. 114. Vgl. hierzu auch Kap. 3.5.2.

⁸²Weinmann, Heinz: „Geschichte des frankophonen Nordamerika.“ In: Kolboom/ Kotschi/ Reichel (Hrsg.): *Handbuch Französisch*. S. 438, kursive Stellen vom Autor übernommen.

den dortigen Ländern eine wichtige Rolle: Erst nachdem Quebec Beziehungen zu verschiedenen Staaten aufgenommen hatte, wurde auch Kanada in dieser Region entwicklungspolitisch aktiv.⁸³

3.5.3 Politische Ziele

„Le Canada a pour objectif ultime de contribuer à la création d’une véritable communauté qui resserre les liens d’interdépendance entre ses membres et les rend véritablement solidaires.“⁸⁴ Innerhalb der Frankophonie möchte Kanada einen Beitrag zur Entstehung einer internationalen Gemeinschaft leisten, die aktiv und solidarisch handelt. Die Zweisprachigkeit des Landes und der Wunsch, das Französische zu fördern, sind innenpolitische Gründe, die für das Engagement in der Frankophonie sprechen. Zudem ist die Frankophonie wie der Commonwealth eine internationale Organisation, mittels derer Kanada seinen Einfluss auf das internationale Geschehen ausbauen und steuern kann. Gleichzeitig bietet sie als multilaterales Forum der Verständigung und des Dialogs die Möglichkeit, kanadische Werte und Kultur zu verbreiten und zu vermitteln. Hierzu zählen vor allem die Förderung demokratischer, kultureller und wirtschaftlicher Belange. Durch sein Engagement in der Frankophonie möchte Kanada zudem Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaat, Frieden und Sicherheit schützen, also Werte, die sich auch in den Zielsetzungen seiner Außen- und Entwicklungspolitik widerspiegeln.⁸⁵ Der Ausbau der *Organisation internationale de la Francophonie* zu einem internationalen Akteur, der den Dialog der Kulturen im Zuge der Globalisierung fördert und vertieft, ist ein weiteres Ziel Kanadas.

Auf politischer Ebene steht die Verständigung zwischen den verschiedenen Institutionen der Frankophonie und die Kooperation mit anderen internationalen Organisationen, die im gleichen Bereich agieren, im Vordergrund. Zudem sollen anpassungsfähige Mechanismen entwickelt werden, mit denen schnell auf Veränderungen des internationalen Umfelds reagiert werden kann. Bei allen Entscheidungen sollen Frieden, Si-

⁸³Vgl. hierzu ausführlich Kap. 4.7.2.

⁸⁴„Le Canada en Francophonie - Les objectifs du Canada en Francophonie.“
http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/francophonie/cdn_goals-fr.asp#objectifspolitiques
[Letzter Zugriff: 5.9.2003].

⁸⁵Vgl. Kap. 4.

cherheit und Konfliktprävention oberste Priorität haben.

Für die Außenbeziehungen Kanadas dient die Frankophonie als Forum, um freundschaftliche Beziehungen aufzubauen und zu erhalten: „[...] it [la Francophonie, F.R.] signifies an interlinked set or sets of private and public arrangements and organizations designed to promote friendly ties among francophones.“⁸⁶

Zu den wirtschaftlichen Zielen gehört die Integration schwacher und unterentwickelter frankophoner Staaten in die globalen Wirtschaftsbeziehungen. Hier zeigt sich der enge Zusammenhang zwischen der Mitarbeit in der Frankophonie und den Zielsetzungen kanadischer Entwicklungspolitik. Weitere Anliegen bestehen darin, die Arbeit der öffentlichen Verwaltung möglichst transparent zu gestalten, saubere wirtschaftliche Abläufe zu gewährleisten sowie dunkle Machenschaften aufzudecken und zu vermeiden. Ferner soll das Engagement des privaten Sektors gegenüber Jugendlichen und die Gründung von Unternehmen gefördert werden.

Der Zugang zu neuen Informationstechnologien sowie die Verbreitung französischer Inhalte ist eines der Ziele im Bereich der Kooperation. Der Schutz und die Bildung der Jugend, vor allem im Zusammenhang mit Menschenrechten, stellt eine weitere wichtige Maßnahme dar. Jugendliche sollen vor allem durch Berufsausbildung, soziale Integration und den Zugang zu neuen Technologien gefördert werden.

3.6 Quebec als Mitglied der Frankophonie

Bezüglich des Anteils der Frankophonen an der Gesamtbevölkerung ist Quebec zweitwichtigstes Mitglied der Frankophonie: In Quebec sind über 80 % der Bevölkerung französischsprachig.⁸⁷ Nach Frankreich und Kanada ist die Provinz drittwichtigster Geldgeber für die Institutionen der Frankophonie: Alle zwei Jahre leistet sie einen Beitrag von 15 Millionen CAD.⁸⁸ Für die Frankophonie in Nordamerika stellt Quebec den „[...] Garanten für das Überleben der nordamerikanischen Frankophonie und

⁸⁶Lyon: „Canada, the Commonwealth, and La Francophonie.“ In: Watkins (Hrsg.): *Canada*. S. 304.

⁸⁷Vgl. Kap. 3.5.1.

⁸⁸Vgl. „Le Québec et la Francophonie - Contributions du Québec à la Francophonie.“ [Letzter Zugriff: 26.10.2003].

damit auch für den besonderen Charakter Kanadas [...]“⁸⁹ dar.

Die Regierung der Provinz hat einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau der Frankophonie geleistet: „Le gouvernement du Québec a joué un rôle déterminant, non seulement dans la création et le développement des institutions francophones, mais aussi dans la définition de leur rôle et dans la conduite de leurs actions multilatérales.“⁹⁰

Zu Beginn ihrer internationalen Aktivitäten schloss die Provinzregierung von Quebec hauptsächlich Abkommen mit Frankreich. Dadurch veränderte sich auch Frankreichs Rolle in der Frankophonie: Sie war nicht mehr nur durch die Beziehungen zwischen Frankreich und seinen ehemaligen afrikanischen Kolonien definiert, sondern nahm durch Beziehungen zu anderen frankophonen Gebieten neue Dimensionen an. Durch die engen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Frankreich bietet sich für Quebec die Möglichkeit, auch in anderen europäischen Ländern Fuß zu fassen.⁹¹

Das Verhältnis zu Frankreich ist für Quebec bei seinem Konflikt mit Ottawa⁹² von großer Bedeutung. Der damalige französische Staatspräsident Général de Gaulle machte bei seinem Besuch der frankophonen Provinz im Juli 1967 mit seinem Ausruf „Vive le Québec libre!“ die Haltung Frankreichs deutlich. Auch vor dem ersten Gipfeltreffen 1986 in Paris zeigte sich die Unterstützung Frankreichs: Der damalige kanadische Premierminister Pierre Elliott Trudeau war der Ansicht, dass nur souveräne Staaten an dieser Konferenz teilnehmen dürften. Daraufhin gab die französische Regierung bekannt, dass sie nur teilnehmen werde, wenn auch Quebec beim Gipfeltreffen vertreten sei. Gelöst wurde dieses Problem durch das Abkommen zwischen Ottawa und Quebec von 1985⁹³, auf dessen Grundlage der erste Frankophonie-Gipfel einberufen werden konnte.⁹⁴ Durch die Teilnahme Quebecs am ersten Gipfeltreffen konnte die Provinz ihr solidarisches Engagement innerhalb der Frankophonie ausbauen. Sie setzte sich vor allem für den Erhalt kultureller Unterschiede und den Ausbau demokratischer

⁸⁹Weinmann: „Geschichte des frankophonen Nordamerika.“ In: Kolboom/ Kotschi/ Reichel (Hrsg.): *Handbuch Französisch*. S. 438.

⁹⁰„Le Québec dans le monde - Les relations institutionnelles avec l'étranger.“ http://www.gouv.qc.ca/Vision/DansLeMonde/DansLeMonde_fr.html [Letzter Zugriff: 26.10.2003].

⁹¹Parti Québécois (Hrsg.): *Le Québec dans un monde nouveau*. Montréal, VLB Éditeur, 1993, S. 78.

⁹²Vgl. Kap. 4.7.2.

⁹³Vgl. Kap. 3.5.2.

⁹⁴Die bisherigen Versuche zur Einrichtung eines Gipfeltreffens waren am Konflikt zwischen der föderalen und provinziellen Regierung gescheitert.

Rechte ein.

Welche Unterstützung und Anerkennung sie von den anderen Mitgliedern erhält, wird in dem Beschluss deutlich, den zweiten Gipfel 1987 in Quebec selbst abzuhalten. Seit-her war die Provinz bei allen Gipfeltreffen vertreten.

1965 wurde Quebec innerhalb der Frankophonie erstmalig unabhängig von der föderalen Regierung in Ottawa Mitglied einer internationalen Organisation: Sie nahm an der *Commission mixte franco-québécoise* teil. 1968 wurden die Minister von Quebec zum ersten Mal zur *Conférence des ministres de l'éducation nationale des pays francophones* (CONFEMEN) eingeladen, deren Gründung 1960 die erste Bekundung zwischenstaatlicher frankophoner Kooperation bedeutete. Bemerkenswert ist, dass die Minister der kanadischen Regierung erst ein Jahr später zu dieser Veranstaltung eingeladen wurden.⁹⁵

3.6.1 Die Bedeutung der Frankophonie für Quebec

Que ce soit dans l'ordre des rapports bilatéraux ou sur le plan multilatéral, la francophonie aura constitué au cours des dernières décennies l'axe central de l'action internationale du Québec.⁹⁶

Die Frankophonie stellt für Quebec ein wichtiges Forum dar, mit dessen Hilfe es seine politischen und konstitutionellen Schwierigkeiten mit der föderalen Regierung in Ottawa auf die internationale Bühne übertragen konnte. Dabei wurde es, wie oben beschrieben, stark von Frankreich unterstützt. Zudem ist diese Gemeinschaft französischsprachiger Staaten das Hauptinstrument, in dessen Rahmen sich Quebec auf internationaler Ebene Gehör verschaffen, kulturelle und politische multi- und bilaterale Beziehungen aufbauen und Verträge schließen kann.⁹⁷ „[...] cette province a cherché à jouer un rôle en matière de diplomatie culturelle et à développer ce rôle, en particulier dans le contexte de la Francophonie.“⁹⁸ Die Zugehörigkeit zur Franko-

⁹⁵Vgl. Morin: „Situation de la coopération internationale du Québec dans le cadre du fédéralisme canadien.“ In: Conac/ Desouches/ Nemery: *Coopération décentralisée et coopération multilatérale francophone*. S. 113 und Kap. 4.7.2.

⁹⁶Léger, Jean-Marc: „Le Québec dans le monde et le dessein de la francophonie.“ In: Martin (Hrsg.): *Le Québec dans le monde*. S. 49.

⁹⁷„[...] le principal moyen d'expression internationale [...]“, vgl. Barrat: *Géopolitique de la Francophonie*. S. 123.

⁹⁸Hocking, Brian: „Les intérêts internationaux des gouvernements régionaux: désuétude de l'interne et de l'externe?“ In: Centre québécois de relations internationales (Hrsg.): *Études inter-*

phonie ist wichtig für Quebec, da die französische Sprache und Kultur einen wesentlichen Teil ihrer Existenz ausmachen: „L'appartenance du Québec à la Francophonie relève d'une nécessité vitale. La langue française et l'identité culturelle francophone représentent les composantes principales du peuple québécois.“⁹⁹

Außerdem wird der Provinz durch die Aktivitäten in der Frankophonie ein für eine untergeordnete Verwaltungseinheit einmaliger Status als vollberechtigter, mit nahezu allen Kompetenzen ausgestatteter Akteur in den internationalen Beziehungen zugesichert. „C'est [...] dans le cadre de la Francophonie et de la coopération multilatérale [...] que le Québec a pu affirmer le plus clairement sa présence et sa personnalité internationales.“¹⁰⁰

Dies ist nicht in allen internationalen Organisationen der Fall: Quebec wollte u.a. Mitglied in einigen Ausschüssen der UN werden, wurde aber nicht zugelassen.

3.6.2 Politische Ziele

Durch die Beziehungen zu anderen frankophonen Gemeinschaften möchte Quebec Unterstützung erhalten, um sich selbst behaupten zu können und zum Aufbau eines geopolitischen Netzwerks beizutragen. Die internationale Kooperation scheint demnach für die weitere Entwicklung der Provinz Quebec und für deren Zukunft in der Frankophonie notwendig zu sein.

Das Potenzial Quebecs zur Verwirklichung seiner Ziele bei der Mitgliedschaft und Teilnahme in den Organisationen und Konferenzen der Frankophonie besteht hauptsächlich in folgenden Rechten und Kompetenzen¹⁰¹:

- Die Provinz hat das Recht, als autonome Regierung als Teil der kanadischen Delegation in den Organen der Frankophonie präsent zu sein.

nationales: Les politiques des États non souverains: convergences et divergences. Bd. XXV, Nr. 3 (September 1994), S. 416.

⁹⁹„Le Québec et la Francophonie - Contributions du Québec à la Francophonie.“ [Letzter Zugriff: 26.10.2003].

¹⁰⁰Morin: „Situation de la coopération internationale du Québec dans le cadre du fédéralisme canadien.“ In: Conac/ Desouches/ Nemery: *Coopération décentralisée et coopération multilatérale francophone.* S. 113.

¹⁰¹Morin: „Situation de la coopération internationale du Québec dans le cadre du fédéralisme canadien.“ In: Conac/ Desouches/ Nemery: *Coopération décentralisée et coopération multilatérale francophone.* S. 118.

- Sie hat zudem das Recht, in eigenem Namen teilzunehmen und ihre eigene Meinung zu vertreten.
- Sie darf sich mit den Symbolen der Provinz (Flagge, Wappen usw.) darstellen, so dass sie von den anderen Mitgliedern als Provinz Quebec identifiziert wird.
- Sie ist dazu berechtigt, eigene Vorschläge zu machen und eigene Verpflichtungen einzugehen.
- Quebec hat das Recht, alle Fragen bezüglich der Kooperation zu behandeln, die unter die Zuständigkeit der konstitutionellen Kompetenz fallen.
- Quebec hat ein eigenes Stimmrecht sowie das Recht zur Enthaltung.

Die Entwicklung Quebecs innerhalb der Frankophonie hängt eng mit deren innenpolitischer Entwicklung zusammen. Unter Robert Bourassa, Premierminister von Quebec 1970 bis 1976¹⁰², war die multilaterale Frankophonie eines der Hauptziele der internationalen Tätigkeiten Quebecs. In diesem Zeitraum, nämlich 1971, ist Quebec auch der *Agence intergouvernementale de la Francophonie* (AIF) beigetreten. Während der zweiten Amtszeit der *Parti Québécois* 1981 bis 1985 unter René Lévesque¹⁰³ zeichneten sich zwei Entwicklungen ab, die den Stellenwert der Frankophonie in der internationalen Politik Quebecs definieren. Zum einen legt Quebec folgende Ziele innerhalb der multilateralen Frankophonie fest¹⁰⁴:

- Die Interessengemeinschaft zwischen Quebec und der Frankophonie soll erweitert und vertieft werden.
- Der Gebrauch der französischen Sprache als Mittel zur Entwicklung soll unterstützt und gefördert werden.

¹⁰²„Les Premiers Ministres du Québec.“

http://www.premier.gouv.qc.ca/secteur/bienvenue_quebec/decouvrir_quebec_premiers_ministres.htm [Letzter Zugriff: 15.4.2004].

¹⁰³Tremblay, Manon/ Pelletier, Réjean/ Pelletier, Marcel R. (Hrsg.): *Le parlementarisme canadien*. Quebec, Les Presses universitaires de l'Université Laval, 2000, S. 432 f.

¹⁰⁴Bernier, Ivan: „De l'économie mondiale à la Francophonie: les cibles générales et institutionnelles.“ In: Balthazar, Louis/ Bélanger, Louis/ Mace, Gordon: *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960-1990*. Sillery, Éditions du Septentrion, 1993, S. 327.

- Die Teilnahme an frankophonen Institutionen soll erweitert und ein Beitrag zu den wichtigsten internationalen privaten frankophonen Organisationen geleistet werden.
- Zudem soll die bilaterale Kooperation mit Frankreich und der französischen Gemeinschaft Belgiens sowie mit den anderen frankophonen Gemeinschaften Europas und Afrikas ausgebaut werden.

Zum anderen nennt Ivan Bernier das 1985 unterzeichnete Abkommen zwischen Ottawa und Quebec.¹⁰⁵ Er stellt die Frankophonie als zweitwichtigstes Ziel der internationalen Politik Quebecs dar: „La Francophonie, en tant que cible générale de la diplomatie québécoise, se situe au second rang des préoccupations du gouvernement québécois, immédiatement après l'économie internationale entendue au sens large.“¹⁰⁶ Weitere wesentliche Themen der Politik Quebecs sind internationale Organisationen und die Kooperation mit Entwicklungsländern.

3.7 Afrika in der Frankophonie

Vorbemerkung:

Bei allen Aussagen über die afrikanischen Staaten in der Frankophonie darf man die Tatsache nicht vernachlässigen, dass der afrikanische Kontinent durch eine starke, schwer messbare Heterogenität geprägt ist¹⁰⁷ und dass die einzelnen Staaten ihre eigene, spezifische Geschichte, Tradition und Kultur haben. Ihre Gemeinsamkeit beschränkt sich mitunter auf den Gebrauch der französischen Sprache, weshalb allgemeine Aussagen sich auch nur auf diesen Bereich beschränken. Davon abgesehen treten die afrikanischen Staaten, wenn es um gemeinsame Interessen und um ihre Entwicklung geht, geschlossen auf, um ihrer Stimme stärkeres Gewicht verleihen zu können.

¹⁰⁵Vgl. Kap. 3.5.2.

¹⁰⁶Bernier: „De l'économie mondiale à la Francophonie: les cibles générales et institutionnelles.“ In: Balthazar/ Bélanger/ Mace: *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960-1990*. S. 325.

¹⁰⁷Vgl. Barrat: *Géopolitique de la Francophonie*. S. 81.

3.7.1 Die Rolle der afrikanischen Staaten

L’Afrique est le pilier de la Francophonie tant du point de vue démographique qu’économique ou politique, car les pays francophones du continent noir constituent la principale composante de cette communauté fondée sur le partage d’une identité culturelle commune.¹⁰⁸

Wie in Kapitel 3.1.1 beschrieben, sind von den 56 Staaten und Regierungen, die an den Gipfeltreffen der Frankophonie teilnehmen, 30 afrikanische Staaten, von denen 22 als Entwicklungsländer gelten. Zahlenmäßig haben die afrikanischen Staaten also eine beherrschende Position und größeres Gewicht gegenüber den anderen frankophonen Gruppierungen.

Auch die Tatsache, dass der Zusammenschluss der frankophonen Länder, die Frankophonie, nach der Auflösung des französischen Kolonialreichs gegründet wurde und ihr Ursprung in Afrika liegt, unterstreicht die wichtige Rolle der afrikanischen Staaten: Die Staatsschefs der unabhängig gewordenen ehemaligen Kolonien schlugen dem französischen Staat den Aufbau eines Kooperationsverbundes und die Einrichtung einer multilateralen frankophonen Zusammenarbeit vor, die auf dem gemeinsamen Gebrauch der französischen Sprache beruht.¹⁰⁹

Die afrikanischen Länder haben seit der Gründung der Frankophonie immer eine aktive Rolle gespielt: „En effet, l’Afrique fut [...] beaucoup dans la promotion de l’idée de la spécificité francophone, comme dans la définition et la mise en place des dispositifs institutionnels et des procédures opérationnelles de la coopération francophone.“¹¹⁰

Jacques Barrat geht davon aus, dass die Zukunft der Frankophonie zu einem großen Teil auf dem afrikanischen Kontinent beruht, der aufgrund seines hohen Bevölkerungswachstums ein Milieu darstellt, das die Entwicklung und Verbreitung der französischen Sprache begünstigt.¹¹¹ Der ehemalige Staatspräsident der Republik Benin, Nicéphore Soglo¹¹², ist der Ansicht, dass die Frankophonie nur fortbestehen kann, wenn die Länder südlich der Sahara sich zu einem starken wirtschaftlichen Partner entwickeln.¹¹³ Laut Barrat kann das historische Erbe Afrikas unter Berücksichtigung

¹⁰⁸Barrat: *Géopolitique de la Francophonie* S. 113.

¹⁰⁹Vgl. Kap. 3.1.2.

¹¹⁰Barrat: *Géopolitique de la Francophonie*. S. 79.

¹¹¹Vgl. hierzu die gegenläufige Entwicklung in Quebec, wo die Geburtenrate sehr niedrig und die frankophone Kultur in Nordamerika deshalb bedroht ist.

¹¹²Er war von 1991 bis 1996 im Amt. Aktueller Staatspräsident ist Mathieu Kérékou.

¹¹³Vgl. Barrat: *Géopolitique de la Francophonie*. S. 114.

seiner Identität eine Chance für seine Entwicklung bieten, wenn Afrika sich von den Komplexen, die die historischen Erfahrungen hinterlassen haben, befreit. Die neu aufgebauten Beziehungen im Rahmen der Frankophonie könnten dann als Basis für eine wahre Entwicklung dienen.¹¹⁴ Die Mitgliedschaft in der Frankophonie ermöglicht den afrikanischen Staaten erleichterten Zugang zu technischer und wirtschaftlicher Entwicklung.

Die afrikanischen Staaten fordern von den frankophonen Industrieländern und den Frankophonie-Institutionen Unterstützung in unterschiedlichen Bereichen.¹¹⁵ Durch ihre Teilnahme in verschiedenen Organisationen der Frankophonie übernehmen die Entwicklungsländer den Diskurs der afrikanischen Staatschefs und drücken eine starke Erwartungshaltung hinsichtlich ihrer Entwicklung aus. Zudem erwarten sie von der Frankophonie Förderung und Unterstützung bei der Einrichtung einer neuen internationalen Ordnung, die auf Solidarität und Kooperation beruht. Die französische Sprache wird dabei als Kommunikationsmittel angesehen, das der Zusammenarbeit dient und auf dem Austausch zwischen Nord und Süd beruht. Die afrikanischen Staaten nutzen die Gipfeltreffen als Forum, um ihre Forderungen bekannt zu geben und im internationalen Geschehen außerhalb der UN wahrgenommen zu werden, wo ihren Interessen häufig zu wenig Beachtung geschenkt wird. Die Hinweise auf ihre schlechte wirtschaftliche Situation sind gleichzeitig ein Aufruf zum notwendigen Bewusstwerden über die Zukunft der Frankophonie an sich.

3.7.2 Die französische Sprache in Afrika

„Die Verbreitung der französischen Sprache und Kultur in den afrikanischen Kolonien gehörte schon sehr früh zu den erklärten Zielen des französischen Kolonialsystems.“¹¹⁶ Dadurch wurden die afrikanischen Sprachen und Dialekte unterdrückt, die die Kolonialherren als minderwertig ansahen. Sie wollten den Afrikanern mithilfe der französischen Sprache den Zugang zu einer höheren Kultur und Zivilisation ermögli-

¹¹⁴Vgl. ebd. S. 115.

¹¹⁵Vgl. ebd. S. 124.

¹¹⁶Riesz, János: „Négritude, Frankophonie und afrikanische Kultur - Léopold Sédar Senghor als Paradigma.“ In: Kolboom/ Rill (Hrsg.): *Frankophonie - nationale und internationale Dimensionen*. S. 104.

chen.

Tous ces pays ont adopté la langue de l'ancien colonisateur pour renforcer, voire pour créer une unité, une cohésion nationale face aux particularismes locaux, mais également comme moyen d'accès à la modernité.¹¹⁷

Das Französische stellt für viele afrikanische Staaten die einzige Sprache für internationale Kommunikation dar. Trotzdem wird es als Verkehrssprache nur von einem geringen Teil der Bevölkerung genutzt: Französisch ist in 13 afrikanischen Ländern offizielle Sprache, die allerdings nur von 10 % der Bevölkerung beherrscht wird. Dies ist vor allem auf die mangelnde Schulbildung zurückzuführen sowie auf die Tatsache, dass es den Regierungen nicht leicht fiel, den Schwerpunkt auf die Nationalsprache oder das Französische zu legen. Das hat zur Folge, dass vor allem die einheimischen Sprachen als Kommunikationsmittel im Alltag dienen. Hauptproblem ist, dass die Bildungssysteme nicht an die sozialen Bedürfnisse und Strukturen auf dem Arbeitsmarkt angepasst sind, da sie auf dem kolonialen Modell beruhen, bei dem die Schule dazu diente, Verwaltungsangestellte auszubilden. Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Unterschiede zwischen der Ausbildung der Eliten und der Bildung der Massen immer größer werden. Zudem wurden die Verbindungen zwischen Schule und Universität und dem öffentlichen Sektor aufgrund der Maßnahmen zur Reduzierung der öffentlichen Arbeitskräfte unter dem Druck struktureller Anpassungsprogramme unterbrochen.

Im Hinblick auf die Nutzung des Französischen lässt sich zwischen zwei Gruppen von Staaten unterscheiden: diejenigen, in denen Französisch lediglich als offizielle Amtssprache verwendet wird und die, in denen Französisch neben den afrikanischen Sprachen Verkehrssprache ist. Im Senegal ist Französisch als offizielle Landessprache in der Verfassung festgelegt. Zudem wird in Schulen und Universitäten auf Französisch unterrichtet und gelehrt. In diesem afrikanischen Staat besteht daher ein Gleichgewicht zwischen Französisch und den sechs weiteren offiziellen nationalen Sprachen. In der Elfenbeinküste und in Gabun spielt die französische Sprache ebenfalls eine wichtige Rolle; in ersterem Staat, weil viele Franzosen dort leben und in letzterem, weil es in dem pluriethnischen Staat keine Nationalsprache gibt. In den anderen frankophonen afrikanischen Staaten ist das Französische weniger weit verbreitet; in Mali beispiels-

¹¹⁷Barrat: *La Géopolitique de la Francophonie*. S. 80.

weise sind es weniger als 5 % Sprecher, in Burundi ebenfalls. Hier dominieren die traditionellen Sprachen als Verkehrs- und Umgangssprachen. In Guinea distanzierte man sich nach der Unabhängigkeit von Frankreich von dessen Kultur und Sprache, wodurch das Französische stark marginalisiert wurde. Diese Politik dauerte bis 1984 an, mittlerweile nimmt Guinea jedoch an den Gipfeltreffen der Frankophonie teil. Die weit verbreiteten Koranschulen stellen aber nach wie vor eine starke Konkurrenz für das Erlernen der französischen Sprache dar.¹¹⁸

Die beiden Staaten Kamerun und Dschibuti stellen in sprachpolitischer Hinsicht eine Besonderheit dar: In Kamerun sind sowohl Englisch als auch Französisch offizielle Sprachen, die als absolut gleichwertig gelten, wobei das Französische aufgrund der demographischen Gegebenheiten dominiert. In Dschibuti ist Französisch neben dem Arabischen Amtssprache. Französisch findet hauptsächlich in der schriftlichen Kommunikation Verwendung. Der Großteil der Bevölkerung spricht die einheimischen Sprachen *Afar* oder *Somali*.

¹¹⁸Barrat: *Géopolitique de la Francophonie*. S. 84.

Kapitel 4

Kanadas Entwicklungspolitik

Nachdem in den beiden vorhergehenden Kapiteln die Grundstrukturen der Entwicklungspolitik und Frankophonie erläutert wurden, geht es nun um die Spezifika kanadischer Entwicklungspolitik. Um einen Überblick zu erhalten, werden zunächst die Entwicklungspolitik seit 1960 und wichtige Institutionen dargestellt. Anschließend werden aktuelle Tendenzen bi- und multilateraler Hilfsmaßnahmen diskutiert. Außerdem werden die Besonderheiten der Entwicklungszusammenarbeit der Provinz Quebec analysiert.

4.1 Allgemeine Einführung und Charakteristika

Die kanadische Entwicklungs- und Außenpolitik ist geprägt durch historische Bindungen, vor allem zu Großbritannien und dem Commonwealth, und geographische Faktoren, hauptsächlich die Nähe zu den USA. Seit jeher bestimmend für die Außen- und damit auch für Entwicklungspolitik ist zudem die enge Verknüpfung von Innen- und Außenpolitik.

Kanada führt Entwicklungszusammenarbeit einerseits bilateral, d.h. von Regierung zu Regierung, andererseits multilateral in Kooperation mit internationalen Organisationen, u.a. mit den Vereinten Nationen und der Frankophonie, durch. Zudem werden Nichtregierungsorganisationen, kanadische Firmen und private Institutionen im Rahmen des sog. *Programme du Partenariat canadien* unterstützt.

Kanada ist ein wenig besiedeltes Land, das über natürliche Ressourcen und einen

großen Reichtum an Rohstoffen verfügt. Dadurch besteht eine starke Abhängigkeit vom Außenhandel, und zwar vor allem vom größten Handelspartner USA. Das Land besitzt eine offene, aber auch verwundbare Nationalökonomie, was dazu führt, dass „außenwirtschaftspolitische Erwägungen [...] für die kanadische Diplomatie von jeher eine zentrale Rolle“¹ spielen.

Aus der vielfältigen Geschichte, zunächst Besiedelung durch die Ureinwohner, danach Kolonie Frankreichs und Großbritanniens und schließlich Einwanderungsland für Immigranten aus aller Welt, ist eine multikulturelle Gesellschaft hervorgegangen. Kanadas führende Rolle sowohl in der Frankophonie als auch im Commonwealth, die auf diesen historischen Gegebenheiten beruht, ist eine Besonderheit, durch die sich seine Außenpolitik von der anderer Staaten unterscheidet.

It [Canada, F.R.] occupies a unique place in the international donor system, being the only donor country in both the Commonwealth and *la Francophonie*, at the same time a G7 country, and one which also identified itself with the group of ‚Like-minded Countries‘²[...].³

Die auf Bundesebene gesetzlich verankerte Zweisprachigkeit beruht auf der Tatsache, dass Großbritannien und Frankreich Kanadas Mutterländer sind. Auch das dezentralisierte, föderale System hat erheblichen Einfluss auf die Außenpolitik und schränkt laut Halstead die internationalen Bindungen Kanadas ein.⁴

Diese Charakteristika begründen laut Borchard ein überdurchschnittliches internationales Engagement Kanadas, das „die inneren Prinzipien von Kompromiss und Toleranz im Eintreten für Frieden, Menschenrechte und Umweltschutz nach außen zu tragen versucht.“⁵ Obwohl sich die Schwerpunkte immer wieder verlagert haben, sind „wirtschaftliche Prosperität, Souveränität und Unabhängigkeit, Gerechtigkeit und Demokratie und [...] Schutz der Umwelt“⁶ neben der Verpflichtung zum Erhalt von Frieden und Freiheit⁷ immer wichtige Faktoren bei den Zielsetzungen kanadi-

¹Lenz, Karl: *Kanada*. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, 2001, S. 302.

²Dazu gehören neben Kanada Dänemark, Finnland, die Niederlande, Norwegen und Schweden.

³Development Assistance Committee: *Development Co-operation Review Series: Canada. DAC-Bericht 1994, Nr. 5*. S. 9; kursive Stellen sind vom Autor übernommen.

⁴Halstead, John G. H.: *Kanadas Rolle in einer sich wandelnden Welt*. Augsburg, Universität, 1994, S. 17.

⁵Borchard, Ralf: „Die Außenpolitik Kanadas nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.“ In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament.“* B 17/95, Bonn, 21.4.1995, S. 33.

⁶Halstead: *Kanadas Rolle in einer sich wandelnden Welt*. S. 18.

⁷Vgl. ebd. S. 28.

scher Außenpolitik gewesen. Durch die Umsetzung dieser Werte konnte Kanada in der Weltpolitik ein eigenes Profil gewinnen. Die Bevölkerung sieht „in der Entwicklungshilfe eine Möglichkeit, ihre Werte auf der Weltbühne umzusetzen.“⁸

Kanada hat seit 1945 die Nachkriegsordnung stark beeinflussen können, u.a. aufgrund der vorübergehenden Schwächung der europäischen und asiatischen Staaten nach dem zweiten Weltkrieg. Kanada konnte so eine sehr aktive Rolle beim Aufbau der multilateralen Organisationen, v.a. der UNO, spielen⁹ und einen guten internationalen Ruf erwerben: „Heute gilt das Land als verlässlicher Partner im westlichen Bündnis und zugleich als engagierter Vertreter eines demokratie- und werteorientierten, fairen und altruistischen Multilateralismus.“¹⁰

Schon zu Zeiten des Kalten Krieges nahm Kanada eine Doppelrolle ein: Als Gründungsmitglied der NATO zeigte es sich auf der Seite des westlichen Lagers, gleichzeitig trat es als Vermittler sowohl innerhalb der Westmächte als auch zwischen Nord-Süd und Ost-West auf. Die Rolle als Vermittler hat Kanada, das sich selbst als Mittelmacht versteht, auch nach Ende des Ost-West-Konflikts beibehalten.¹¹ Das liegt unter anderem daran, dass Kanada einerseits ein reiches Industrieland, andererseits aber hauptsächlich Agrar- und Rohstoffproduzent und nur teilweise industrialisiert ist. Die strukturellen Probleme des OECD-Landes ähneln daher denen der Entwicklungsländer ist.¹²

4.2 Entwicklung seit 1960

4.2.1 Anfänge in den fünfziger Jahren

Kanada führt seit Beginn der fünfziger Jahre eine eigene Entwicklungspolitik durch, die zunächst internationalistisch geprägt war und lediglich in Form von Zuschüssen

⁸Ettmayer, Wendelin: *Kanada und die transatlantische Sicherheit*. Wien, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Wien Nr. 7, Institut für strategische Forschung, 2001, S. 59.

⁹Vgl. hierzu ausführlich Kap. 4.5.

¹⁰Lenz: *Kanada*. S. 299.

¹¹Vgl. Lenz: *Kanada*. S. 306 und Borchard: „Die Außenpolitik Kanadas nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.“ In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte*. S. 33.

¹²Vgl. Hofmann, Michael: *Kanadas Entwicklungspolitik*. Berlin, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 1986, S. I.

und nicht als Kredit vergeben wurde. In den fünfziger Jahren bestand die Entwicklungszusammenarbeit hauptsächlich in Projekten, die die Infrastruktur der Nehmerländer ausbauen und verbessern sollten. In den sechziger Jahren konzentrierte man sich dann auf Bildung und Ausbildung der betroffenen Bevölkerungsschichten. Die für Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellten Beiträge nahmen in den fünfziger Jahren nur langsam zu und erlangten erst in den späten sechziger Jahren einen beträchtlicheren Umfang. Von 1964 an wurden finanzielle Mittel auch als Darlehen und Kredite vergeben. 1950 arbeitete Kanada gemeinsam mit anderen Industrieländern den sog. *Colombo-Plan* aus, um den Ländern im südlichen Teil Asiens, vor allem Indien, zu helfen. „the Colombo Plan [...] was to become Canada’s first major venture into the field of economic development assistance.“¹³ Indien war lange Zeit das Nehmerland, das den größten Teil der bilateralen kanadischen Hilfe empfangen hat.¹⁴ In den späten fünfziger Jahren wurde die Hilfe auf die karibischen und die unabhängig gewordenen anglophonen afrikanischen Staaten ausgedehnt. Den frankophonen Staaten in Afrika kam erstmals 1961 Hilfe zu, die 1968 intensiviert wurde.¹⁵

Zu Beginn seiner entwicklungspolitischen Aktivitäten verfolgte Kanada hauptsächlich politische Interessen.¹⁶ Dies hing zum einen damit zusammen, dass zu Zeiten des Kalten Krieges das Risiko minimiert werden sollte, dass sich die ehemaligen Kolonien der damaligen Sowjetunion und dem kommunistischen Block zuwendeten.¹⁷ Zum anderen erkannte Kanada, dass ein angemessenes Hilfsprogramm erforderlich war, um von den Westmächten voll akzeptiert zu werden.

¹³Delvoie, Louis A.: „Canada and India: A new beginning?“ In: Lyon, Peter (Hrsg.): *The Round Table*. Nr. 345 (Januar 1998) London, Institute of Commonwealth Studies, University of London, S. 52.

¹⁴Vgl. Delvoie: „Canada and India: A new beginning?“ In: Lyon (Hrsg.): *The Round Table*. S. 53.

¹⁵Vgl. Kap. 4.7.2.

¹⁶Pratt, Cranford: „International Development Assistance.“ In: Watkins, Mel (Hrsg.): *Canada*. New York, Facts on File Inc., 1993, S. 500.

¹⁷Vgl. hierzu Kap. 2.5.1.

4.2.2 Die Entwicklungspolitik der sechziger und siebziger Jahre unter Pearson und Trudeau

Nach 1964 verlagerten sich die Schwerpunkte der kanadischen Entwicklungszusammenarbeit aus verschiedenen Gründen.¹⁸ Zum einen veranlasste die Unabhängigkeit der afrikanischen und karibischen Staaten die Regierung dazu, die Entwicklungshilfe auf diese Staaten auszudehnen. Außerdem wollten Großbritannien und die USA Kanada dazu bewegen, seine Entwicklungshilfe zu vergrößern, was zur Folge hatte, dass die von Kanada zur Verfügung gestellten Mittel 1970 erstmals größer waren als die von Großbritannien und den USA.

Canada was thus no longer primarily responding to a desire to achieve a respectable level of aid in contrast to those of its major allies. Instead the aid program had become itself an important component of Canada's foreign policy, expressing both the global reach of Canadian foreign policy interests and the expanding international component of Canadian humanitarianism.¹⁹

Unter Lester B. Pearson (Premierminister von 1963 bis 1968) und Pierre E. Trudeau (Premierminister von 1968 bis 1979 und 1980 bis 1984)²⁰ war die Entwicklungspolitik dadurch geprägt, dass ein kleiner Beraterkreis „altruistische Motive [...] und eigene nationale Interessen so geschickt aus[balancierte, F.R.], dass die Entwicklungshilfekonzeptionen sowohl in Kanada als auch international Anerkennung fanden.“²¹ Leitmotiv dabei war, dass Kanada unter humanitären und politischen Gesichtspunkten einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Dritten Welt leisten solle.²²

Under Lester Pearson's leadership and especially under Pierre Trudeau, the Canadian federal government encouraged strengthening Canada's ties with francophone countries, mainly in the form of strengthening representation and development aid in these nations through multilateral programs and organizations such as the Agency for Cultural and Technical Corporation [...] ²³

1961 initiierte Pearson ein bescheidenes technisches Hilfsprogramm im frankophonen Afrika, das 1964 ausgeweitet wurde. Es war expliziter Bestandteil der von Pearson

¹⁸Vgl. Pratt, Cranford: „Humane Internationalism and Canadian Development Assistance Policies.“ In: Pratt, Cranford (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. Montreal, London, Buffalo, McGill-Queen's University Press, 1994, S. 340.

¹⁹Pratt: „International Development Assistance.“ In: Watkins (Hrsg.): *Canada*. S. 501.

²⁰Vgl. Lenz: *Kanada*. S. 291.

²¹Hofmann: *Kanadas Entwicklungspolitik*. S. 20.

²²Vgl. ebd.

²³Jackson, Robert J.: *Canada - Politics and government*. Scarborough, Prentice-Hall Canada Inc., 1986, S. 647.

verfolgten Politik des Bilingualismus und Bikulturalismus.²⁴ Pearson setzte sich dafür ein, dass das 1968 im Rahmen der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vereinbarte Ziel, 0,7 % des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe aufzuwenden²⁵, von Kanada bald erreicht würde. Es wurde allerdings immer weiter verschoben und bis heute nicht verwirklicht.²⁶

Die Regierung unter Trudeau übernahm diese Leitlinien sowie das 0,7 %-Ziel. Zudem bekannte sie sich zu den wirtschaftlichen Eigeninteressen Kanadas und nutzte Entwicklungspolitik als Mittel, um Kanadas Profilbildung im internationalen Geschehen zu fördern.²⁷ Zu Beginn der Amtszeit Trudeaus nahmen internationale Aktivitäten zunächst ab, da sie seiner Meinung nach zu stark von verteidigungspolitischen Aspekten und wirtschaftlichen Interessen geprägt waren.²⁸ In den siebziger Jahren setzte Trudeau sich als Vermittler ein, u.a. als Co-Chairman des Gipfeltreffens in Cancun, an dem die Staats- und Regierungschefs aus neun Industrie- und 13 Entwicklungsländern teilnahmen, um für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit einzutreten.²⁹ Die Hilfsprojekte konzentrierten sich auf Sozialdienste, um den Anteil der armen Bevölkerung zu verringern. In dieser Zeit wurde die Hilfe für Lateinamerika erheblich gesteigert.

Wirtschaftliche und politische Belange traten zeitweilig in den Hintergrund, da man sich darauf konzentrierte, den ärmsten Ländern zu helfen. Verschiedene Entscheidungen und Maßnahmen zeigen jedoch, dass humanitäre Interessen bald wieder an Einfluss verloren haben: Die bilaterale Hilfe wurde zugunsten der Länder verlagert, die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten interessanter für Kanada waren. Außerdem nutzte man die Gelder der *Agence Canadienne de Développement International* (ACDI) ausgiebig, um kanadischen Firmen dabei behilflich zu sein, Verträge mit den Nehmerländern zu schließen.

²⁴Morrison, David R.: „The Choice of Bilateral Aid Recipients.“ In: Pratt, Cranford (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. S. 125.

²⁵Siehe hierzu Kap. 2.3.1.

²⁶Vgl. hierzu die Tabelle in Kap. 5.4 und Anhang C Abbildung C.3.

²⁷Vgl. Hofmann: *Kanadas Entwicklungspolitik*. S. 34.

²⁸Vgl. Jackson: *Canada - Politics and government*. S. 641.

²⁹Vgl. Hofmann, Michael/ Klingebiel, Stephan: „Kanada - Konzeptionell an der Spitze, aber wirtschaftlich geschwächt.“ In: Thiel, Reinold E. (Hrsg.): *Entwicklungspolitik - 33 Geberprofile*. Schriften des deutschen Übersee-Instituts, Nr. 36, Hamburg 1998, S. 143.

Hofmann weist darauf hin, dass diese Art der Entwicklungspolitik von 1968 an etwa 20 Jahre lang konsensfähig war, da sowohl die Interessen der Wirtschaft als auch der Gewerkschaften und NRO berücksichtigt werden konnten: Durch die Auswirkungen der Lieferbindung waren Privatwirtschaft und Gewerkschaften indirekt von der Entwicklungshilfe begünstigt. Hilfsmaßnahmen in Form von Nahrungsmittellieferungen wurden von der Agrarlobby unterstützt, da sie ihren Interessen entsprach. Weil die Nichtregierungsorganisationen erhebliche öffentliche Zuschüsse erhielten, zeigten auch sie sich mit der Entwicklungspolitik einverstanden.³⁰

Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre war die Vergabe von Krediten und Darlehen eine der wesentlichen Maßnahmen im Rahmen der bilateralen Hilfe. Die Bedingungen, die an diese Art der Entwicklungszusammenarbeit geknüpft waren, wurden lange Zeit von der OECD und anderen Geberländern kritisiert, da sie von Beginn an ausschließlich als liefergebundene Hilfe vergeben wurde.³¹ Diese Regelung wurde jedoch nur langsam gelockert: Kanada hat (mit Österreich) länger als andere OECD-Geber strenge Lieferbindungen aufrecht erhalten. Erst 1977 wurde entschieden, die finanzielle Hilfe für am wenigsten entwickelte Länder (LLDCs)³² nur noch in Form von Zuschüssen zu vergeben.³³ Vollständig wurde die Lieferbindung erst Ende der achtziger Jahre aufgehoben.

Der kanadischen Regierung war es wichtiger, langfristige Handelsbeziehungen aufzubauen als nicht konkurrenzfähige kanadische Exporteure zu unterstützen. Aus diesem Grund hat die ACDI Wert darauf gelegt, Projekte in Bereichen durchzuführen, in denen kanadische Unternehmen konkurrenzfähig sind.³⁴ Wie durchdringend der Einfluss der Liefergebundenheit und der Interessen kanadischer Exporteure war, zeigt sich an dem beständigen Versäumnis, die Entwicklungshilfe auf Landwirtschaft zu konzentrieren, an der stetigen und beträchtlichen Hilfe für den Energie- und Transportsektor und der dauerhaften Wichtigkeit der Nahrungsmittelhilfe.³⁵

³⁰Vgl. Hofmann: *Kanadas Entwicklungspolitik*. S. II.

³¹Vgl. hierzu Kap. 2.4.

³²Zur Einteilung der Länder in verschiedene Kategorien siehe Anhang A.

³³Vgl. Pratt, Cranford: „Canadian Development Assistance: A Profile.“ In: Pratt (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. S. 8.

³⁴Ebd. S. 9.

³⁵Ebd. S. 9 f.

1975 wurde die *Strategy for International Development Cooperation* ausgearbeitet, die als Richtlinien die Befriedigung der Grundbedürfnisse, die Lockerung der Lieferbindung und eine Umverteilung der öffentlichen Entwicklungshilfe für LLDCs³⁶ zum Inhalt hatte. Aufgrund der schlechten finanziellen Lage Kanadas Ende der siebziger Jahre wurden diese Ziele allerdings nicht weiter verfolgt. Die wirtschaftlichen Probleme führten auch dazu, dass die ACDI die kanadischen Eigeninteressen noch stärker berücksichtigen musste.

4.2.3 Entwicklungspolitik in den achtziger und neunziger Jahren unter Trudeau und Mulroney

Nach seiner Wiederwahl 1980 setzte sich Trudeau für den Nord-Süd-Dialog ein, um eine gerechtere Verteilung der Ressourcen zwischen armen und reichen Ländern zu erreichen. Die Regierung Trudeau ermöglichte eine Ausdehnung der Hilfsmaßnahmen Kanadas in der Dritten Welt: Die kanadische Entwicklungshilfe wurde von 300 Millionen CAD auf 1,4 Milliarden CAD erhöht.³⁷ Während andere Staaten die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit reduzierten, erhöhte Kanada die Ausgaben, wodurch es zu einem der führenden Geberländer wurde. Trudeau legte viel Wert auf den Ausbau der Beziehungen zu frankophonen Staaten, womit er auch dem Solidaritätsgedanken der Frankophonie gerecht wurde.³⁸ „Canada has become active in a host of Francophone organizations, principal among them being L'Agence de Coopération Culturelle et Technique.“³⁹

Auch Mulroney verfolgte diesen Ansatz und führte die regelmäßige Teilnahme an den Gipfeltreffen der Frankophonie fort. Dies war eine wichtige Maßnahme, um die historische Verbindung mit dem Commonwealth auszugleichen und die bikulturellen Ursprünge Kanadas gleichwertig zu gestalten. Die problematischen Beziehungen Ottawas zur Provinz Quebec⁴⁰ konnten durch die Aktivitäten der Regierung in der

³⁶Zu den verschiedenen Kategorien der Entwicklungsländer siehe Anhang A.

³⁷Keenlyside, Terence A.: „Canadian foreign policy.“ In: Pryke, Kenneth G./ Soderlund, Walter C.: *Profiles of Canada*. Mississauga, Copp Clark Pitman Ltd., 1992, S. 215.

³⁸Vgl. Kap. 3.1.2.

³⁹Keenlyside: „Canadian foreign policy.“ In: Pryke/ Soderlund: *Profiles of Canada*. S. 210.

⁴⁰Vgl. hierzu ausführlich Kap. 4.7.2.

Frankophonie und im frankophonen Afrika entlastet werden. Der Forderung Quebecs nach einem eigenen internationalen Status wurde gleichzeitig entgegengewirkt.

Perhaps most important has been the establishment of a substantial development assistance program in the Francophone African countries. These initiatives represent a federal response to the international aspirations of Quebec and are designed, in part, to demonstrate Ottawa's capacity to reflect through national foreign policy the bilingual and bicultural character of Canada, thus undercutting provincial sentiment in favour of control over at least some aspects of international relations.⁴¹

Unter Brian Mulroney (Premierminister von 1984 - 1993)⁴² wurde das Erreichen des 0,7 %-Ziels aufgrund des großen Haushaltsdefizits und der Kürzungen der Entwicklungshilfe auf unbestimmte Zeit verlegt. Die Regierung zeigte sich jedoch weiterhin bemüht, 0,7 % des BSP für Entwicklungshilfe auszugeben, wenn die Haushaltslage es zulässt.

Hauptziel der Außenwirtschaftspolitik war für Mulroney, ein harmonisches Verhältnis zu den USA aufzubauen, da die Abhängigkeit vom südlichen Nachbarn v.a. aufgrund der Außenhandels- und Exportbeziehungen nach wie vor groß war. Im Bereich der Entwicklungspolitik bestand das konzeptionelle Hauptanliegen der Regierung darin, den Privatsektor an der Entwicklungszusammenarbeit zu beteiligen. Über die Rolle der kanadischen Privatwirtschaft in der Entwicklungspolitik wurde jedoch kontrovers diskutiert: Die Regierung war der Ansicht, Entwicklungshilfe müsse sektoral offen sein und auf weniger Länder konzentriert werden. Der Privatsektor in Entwicklungsländern könne nur durch die Wirtschaft gefördert werden. Aus diesem Grund sollten die Exportinteressen kanadischer Unternehmen stärker berücksichtigt werden. Die Gewerkschaften und verschiedene NRO kritisierten hingegen, dass es den privaten Unternehmen weniger um humanitäre Hilfe als vielmehr um staatliche Hilfe bei Exportgeschäften ginge.⁴³

Die Regierung Mulroney verfolgte einen innovativen Ansatz, indem sie nachhaltige Entwicklung erstmals als Bestandteil der Entwicklungspolitik auffasste. Die ACIDI hat fünf Elemente nachhaltiger Entwicklung genannt:

1. Nachhaltigkeit der Umwelt: Erhalt der biologischen Artenvielfalt und der Inte-

⁴¹Keenlyside: „Canadian foreign policy.“ In: Pryke/ Soderlund: *Profiles of Canada*. S. 210.

⁴²Vgl. Lenz: *Kanada*. S. 291.

⁴³Vgl. Hofmann: *Kanadas Entwicklungspolitik*. S. 31.

- grität des Ökosystems,
2. wirtschaftliche Nachhaltigkeit: effiziente und gerechte wirtschaftliche Entwicklung, Erhöhung der Produktivität der Armen,
 3. politische Nachhaltigkeit: politische Bedingungen fördern, die den Menschenrechten, demokratischen Prozessen und *good governance* förderlich sind,
 4. soziale Nachhaltigkeit: Gleichberechtigung der Geschlechter fördern, Verbesserung der Einkommensverteilung und
 5. kulturelle Nachhaltigkeit: „[...] ensuring sensitivity to and recognition of cultural values conducive to development.“⁴⁴

Außerdem setzte man sich bei der Entwicklungshilfe für die Förderung von Demokratie und die Einhaltung der Menschenrechte ein.

The treatment of issues such as human rights, environment, decentralisation, and population showed that thinking in Canada had already moved beyond traditional modes into the issues that would be absorbing attention by donors in the 1990s.⁴⁵

Da die Frage der Beachtung der Menschenrechte für Kanada eine immer wichtigere Rolle spielte und zudem die Bereitschaft stieg, den Staaten entgegenzutreten, die die Grundrechte ihrer Bürger verletzen, wurden 1985/1986 wegen der Apartheid-Politik gegen Südafrika Sanktionen verhängt. 1986/1987 sprachen sich zwei parlamentarische Ausschüsse dafür aus, dass kanadische Entwicklungshilfe hauptsächlich den ärmsten Ländern und den ärmsten Völkern zugute kommen sollte. Die kanadische Hilfe konzentrierte sich dennoch nicht auf humanitäre Entwicklungsziele. Stattdessen hielt sich die Regierung bezüglich der Bedürfnisse der Dritten Welt an die Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Die kanadische Politik sollte als zusätzliche Stärkung dienen, um in den Nehmerländern die strukturelle Ordnungspolitik durchzusetzen, die der IWF als Bedingung für seine Unterstützung fordert. Die Dritte-Welt-Länder sollten dadurch dazu gebracht werden, das Eingreifen des Staates

⁴⁴Development Assistance Committee: *Development Co-operation Review Series: Canada. DAC-Bericht 1994, Nr. 5.* S. 25.

⁴⁵Ebd.

in die Wirtschaft zu begrenzen und eine marktdominierte Entwicklungsstrategie zu verfolgen.

Thus, Canadian aid policies, as with public policy in other areas, have moved into a much closer ideological rapport with the policies of the major industrialized states, the World Bank and the IMF.⁴⁶

Mitte der achtziger Jahre lag der Anteil öffentlicher Entwicklungshilfe am BSP in Kanada mit 0,49 % deutlich über dem Durchschnitt der Industrieländer.⁴⁷ Das Rekordniveau lag 1984/1985 bei 0,50 %.⁴⁸ Die Hilfe wuchs unter Mulroney weiter an und erreichte 1988/1989 ein Volumen von 3 Milliarden CAD. 1989 entschied die Regierung, die Mittel für Entwicklungshilfe zu kürzen, um das Haushaltsdefizit zu verringern.⁴⁹ Das System der Hilfsvergabe wurde schließlich so umgestellt, dass es auf der Vergabe von Zuschüssen beruhte.

4.2.4 Entwicklungspolitik unter Chrétien bis heute

Das Verhältnis zwischen den Ausgaben für öffentliche Entwicklungshilfe und dem Bruttonationaleinkommen (BNE)⁵⁰ ist seit den achtziger Jahren gesunken. In den neunziger Jahren wurden die Entwicklungshilfeleistungen Kanadas aufgrund der Notwendigkeit eines ausgeglichenen Haushalts weiterhin drastisch eingeschränkt. Das Verhältnis der kanadischen ODA⁵¹ zum Bruttonationaleinkommen verringerte sich von 0,45 % in den frühen neunziger Jahren auf unter 0,30 % am Ende des Jahrzehnts. 2000 lag es bei 0,25 %, 2001 bei 0,22 %.⁵² Damit nahm Kanada unter den 22 Mitgliedsländern des DAC den 19. Platz ein. 2001 befand sich Kanada, gemessen am absoluten Volumen öffentlicher Entwicklungshilfe, auf dem elften Platz der 22

⁴⁶Pratt: „International Development Assistance.“ In: Watkins (Hrsg.): *Canada*. S. 502.

⁴⁷Hofmann/ Klingebiel: „Kanada - Konzeptionell an der Spitze, aber wirtschaftlich geschwächt.“ In: Thiel (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. S. 144.

⁴⁸Comité d'aide au développement: „Coopération pour le développement: Canada.“ <http://www.oecd.org/dataoecd/46/36/2409554.pdf>, S. 90. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

⁴⁹Keenlyside: „Canadian foreign policy.“ In: Pryke/ Soderlund: *Profiles of Canada*. S. 215.

⁵⁰Zur Erklärung der Abkürzung siehe Anhang A.

⁵¹Zur Erklärung der Abkürzung siehe Anhang A.

⁵²„Prüfbericht über die Entwicklungszusammenarbeit Kanada.“ OECD-Pressmitteilung, Paris, 6.12.2002. <http://www.oecd.org/dataoecd/47/31/2409742.pdf> [Letzter Zugriff: 15.12.2003], vgl. auch Comité d'aide au développement: „Coopération pour le développement: Canada.“ S. 27. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

DAC-Länder.⁵³

1998 stellte die OECD bei ihrer Beurteilung der kanadischen Entwicklungspolitik fest, dass die kanadische Hilfe aufgrund des Haushaltsdefizits in sechs Jahren um 29 % gesunken ist. Die Einsparungen waren höher als in allen anderen Bereichen öffentlicher Ausgaben.⁵⁴

Unter Jean Chrétien (Premierminister seit 1993)⁵⁵ erfolgte eine kritische Revision und Bestandsaufnahme der kanadischen Entwicklungspolitik, die zur Neufestlegung kanadischer Entwicklungsziele führte.⁵⁶ Dazu zählen die Reduzierung der Armut durch die Unterstützung nachhaltiger Entwicklung sowie das Erreichen von wirtschaftlichem Reichtum und Liberalismus in Mittel- und Osteuropa.

Die ACDI selbst nennt als Prinzipien für die Grundlage internationaler Entwicklungsziele effektive Partnerschaften zwischen Partnerländern und externen Partnern, durch deren Vermittlung die Programme ausgeführt werden. Außerdem sei erforderlich, dass Entwicklungsstrategien von den Empfängerländern ausgearbeitet und ihre Prioritäten stärker als die der Geber berücksichtigt würden. Um zu gewährleisten, dass die Programme komplementär funktionieren können, sei die Verbesserung der Koordination zwischen einzelnen Gebern erforderlich. Die Evaluierung der durchgeführten Projekte und eine größere Abstimmung der einzelnen Politikbereiche wie Handel, Investition und Technologietransfer, die sich indirekt auf die Situation der Entwicklungsländer auswirken, seien ebenso wichtige Grundlagen.⁵⁷

Im Aktionsplan *Les priorités de développement social* der ACDI für 2000-2005 sind vier Kernbereiche sozialer Entwicklung festgelegt. Dabei handelt es sich um medizinische Grundversorgung und Ernährung, Grundausbildung, die Bekämpfung von AIDS und den besonderen Schutz der Kinder. Für die effizientere Gestaltung der

⁵³ „Prüfbericht über die Entwicklungszusammenarbeit Kanada.“ OECD-Pressemitteilung, Paris, 6.12.2002. [Letzter Zugriff: 15.12.2003].

⁵⁴ „Canada: Development Co-operation Review: Main Findings and Recommendations.“ www.oecd.org/document/61/0,2744,en_2649_37413_2409533_1_1_1_37413,00.htm [Letzter Zugriff: 2.10.2003].

⁵⁵ Vgl. Lenz: *Kanada*. S. 291.

⁵⁶ Vgl. Hofmann/Klingebiel: „Kanada - Konzeptionell an der Spitze, aber wirtschaftlich geschwächt.“ In: Thiel (Hrsg.): *Entwicklungspolitik - 33 Geberprofile*. S. 143.

⁵⁷ „Stratégie de développement durable de l'ACDI 2001 - 2003: Un plan d'action pour le changement.“

<http://www.acdi-cida.gc.ca/cida.ind.nsf/vall/AA18F2F492A9F15E852569F1005A7274?OpenDocument> [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

Entwicklungszusammenarbeit schlägt die ACDI die Angleichung der Vergabepraktiken und den Aufbau von Partnerschaften mit einer reduzierten Zahl an Ländern vor. Die Hilfsmaßnahmen sollten dabei laut ACDI auf bestimmte Sektoren konzentriert werden.⁵⁸ Der Entwicklung der ländlichen Gebiete und des privaten Sektors wird besondere Priorität eingeräumt. Die ACDI fordert außerdem die komplette Öffnung des kanadischen Marktes für die Produkte der am wenigsten entwickelten Länder und die vollständige Aufhebung der Lieferbindung der finanziellen Hilfsmaßnahmen.

Um diesen Vorgaben und Richtlinien gerecht werden zu können, hat die kanadische Regierung im Jahr 2002 einige wichtige Entscheidungen getroffen, die die Entwicklungspolitik maßgeblich beeinflussen:

- Die Haushaltssumme für internationale Hilfe wird bis 2010 pro Jahr um 8 % erhöht mit dem Ziel, das ODA-Volumen zu verdoppeln und das Verhältnis von ODA/BNE auf 0,35 % zu steigern, um sich den von der UN vorgegebenen 0,7 % kontinuierlich zu nähern.
- Mehrere Maßnahmen wurden angekündigt, um die afrikanischen Staaten zu unterstützen, u.a. ein Investitionsfonds von 100 Millionen CAD, der die Entwicklung des privaten Sektors ermöglichen soll.
- Die Hälfte der Erhöhung der ODA kommt Afrika zugute, ebenso eine spezielle Unterstützung in Höhe von 500 Millionen CAD, so dass bis 2007 insgesamt 6 Milliarden CAD nach Afrika fließen werden.
- Am wenigsten entwickelte Länder (LDCs)⁵⁹ haben, mit Ausnahme einiger landwirtschaftlicher Produkte, freien Zugang zum kanadischen Markt.
- Kanada akzeptiert die Empfehlungen des DAC und vergibt den Großteil seiner Finanz- und Projekthilfe ohne Lieferbindung.

Le premier ministre, Jean Chrétien, a annoncé à Monterrey que le Canada allait majorer son APD de 8 p. 100 chaque année et, au Sommet mondial pour le développement social, à Johannesburg, il a mentionné que le Canada doublerait son budget d'aide d'ici à 2010.[...] Bien qu'il s'agisse d'une très bonne nouvelle,

⁵⁸Vgl. Comité d'aide au développement: „Coopération pour le développement: Canada.“ S. 22 f. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

⁵⁹Zur Einteilung der Länder siehe Anhang A.

le Canada a réduit son aide d'une manière draconienne depuis 1990, soit de 0,48 p. 100 du revenu national brut à 0,25 p. 100 aujourd'hui comparé à l'objectif de 0,7 p. 100 fixé par l'ONU.⁶⁰

Aufgrund dieser Entscheidungen kommen auf die kanadische Politik einige Herausforderungen zu. Die Konzentration auf wenige Länder muss mit der weiten Verteilung der kanadischen Hilfsmaßnahmen in Einklang gebracht werden. Die angekündigte Steigerung der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit setzt außerdem wirtschaftliches Wachstum voraus. 2001 und 2002 war dies gegeben; das BIP stieg um jeweils 1,3 % und 3,5 %. Die Staatsverschuldung ist 1996 - 2002 von 71 % des BIP auf 49 % des BIP gesunken.⁶¹

Die gute finanzielle Lage hat laut Jahresbericht des *Programme de coopération industrielle de l'ACDI* dazu geführt, dass 2001/2002 von 390 Anträgen für Entwicklungsprojekte 247 genehmigt werden konnten. Davon werden 116 (47 %) in Asien, 64 (26 %) in Nord- und Südamerika und 61 (25 %) in Afrika und im Mittleren Orient durchgeführt.⁶² Die Projekte konzentrierten sich auf die Bereiche Industrie, Landwirtschaft, Energie und Wasser sowie Gesundheit und Ernährung.

4.3 Institutionelle Strukturen

Hauptakteure in der kanadischen Entwicklungspolitik sind der Premierminister und der *Secretary of State for External Affairs*. Umgesetzt werden die entwicklungspolitischen Richtlinien von der *Agence canadienne de développement international* (ACDI) und dem *Centre de recherche pour le développement international* (CRDI).

An der Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit sind mehrere Ministerien beteiligt, die in der Ausübung ihrer Tätigkeiten autonom sind. Neben dem Außenministerium, *Ministère des Affaires étrangères et du Commerce international* (MAECI), sind dies hauptsächlich das Finanzministerium, das Gesundheits-, Landwirtschafts- und

⁶⁰„Conseil Canadien pour la Coopération internationale - Rapport annuel 2002.“ http://www.ccic.ca/f/docs/001_2002_annual_report.pdf. S. 3 f. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

⁶¹Harenberg, Bodo: *Aktuell 2004*. Dortmund, Harenberg Lexikon-Verlag, 2003, S. 539.

⁶²„Programme de coopération industrielle de l'ACDI - Rapport annuel 2001-2002.“ http://www.acdi-cida.gc.ca/cida_ind.nsf/vall/46FCD11E8C35032085256BAC005A73B6?OpenDocument [Letzter Zugriff: 20.1.2004]; die restlichen 6 Projekte bzw. 2 % finden im Bereich *Politiques et systèmes* statt.

Justizministerium. Mit dem Landwirtschaftsministerium arbeitet die ACDI bei der Nahrungsmittelhilfe und bei der Durchführung von Agrarprojekten eng zusammen. Interministerielle Absprachen erfolgen hauptsächlich im Rahmen der Haushaltsplanverhandlungen.

Entwicklungspolitische Aktivitäten in Kanada sind gekennzeichnet durch die starke Beteiligung verschiedener Partner der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors, darunter NRO, Kirchen, Gewerkschaften, Ausbildungseinrichtungen und Unternehmen. Deshalb hat die Regierung sich in den vergangenen Jahren darum bemüht, die Koordination unter den einzelnen Akteuren zu verbessern und hat u.a. die Zusammenarbeit von ACDI und MAECI im Rahmen der Aktivitäten zur Konfliktprävention initiiert. Zudem arbeiten die ACDI, die *Banque du Canada*⁶³, MAECI und Finanzministerium bei der Kooperation mit den Direktionen von Weltbank, IWF und den regionalen Entwicklungsbanken zusammen.

Ministère des Affaires étrangères et du Commerce international und Ministère des Finances Das Außenministerium ist auch für Entwicklungszusammenarbeit zuständig. Es sorgt dafür, dass die verschiedenen Akteure der öffentlichen Verwaltung effizient zusammen wirken und nach außen einheitlich auftreten. Das MAECI transferiert öffentliche Mittel an verschiedene Institutionen und Programme der UN. Die Auswahl der Länder für die bilaterale Entwicklungshilfe, die vom Kabinett beschlossen wird, obliegt dem Außenministerium, ebenso die Repräsentanz in den Entwicklungsländern. Auch bei Projektzusagen, die über einem bestimmten Volumen liegen, wird das Außenministerium konsultiert.

Das Finanzministerium ist verantwortlich für Zuschüsse für die Weltbank und die Bemessung des ODA-Volumens sowie die Senkung bzw. Streichung der Schulden der Entwicklungsländer. Zudem beeinflusst es die Entwicklungspolitik durch Mischfinanzierung und OECD-Exportkredit-Richtlinien. Laut Hofmann ist das Verhältnis zwischen Finanz- und Entwicklungshilfebehörden im Vergleich zu anderen Ländern relativ konfliktfrei.⁶⁴

⁶³Die Funktion der *Banque Canada* entspricht der der deutschen Bundesbank bzw. der Europäischen Zentralbank.

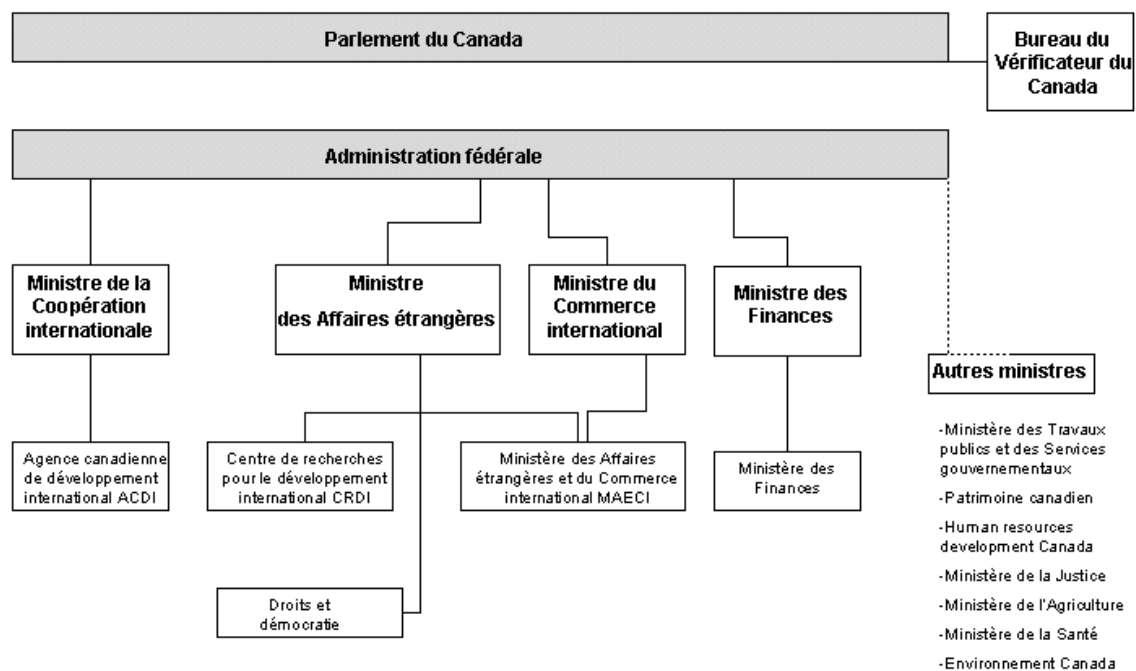
⁶⁴Vgl. Hofmann: *Kanadas Entwicklungspolitik*. S. 23.

Agence canadienne de développement international - Ministre de la Coopération internationale Die ACDI, die 1968 aus dem *External Aid Office* des Außenministeriums hervorging, ist der wichtigste Träger kanadischer Entwicklungshilfe und besitzt große Handlungsspielräume gegenüber dem übergeordneten Außenministerium. 78 % der kanadischen Gelder, die für Entwicklungshilfe ausgegeben werden, vergibt die ACDI, 22 % das Außen- bzw. Finanzministerium, deren Mittel über internationale Organisationen eingesetzt werden.⁶⁵ Die Behörde übernimmt sowohl ministerielle als auch administrative Aufgaben, ist also Ministerium und Durchführungsinstitution zugleich. Sie untersteht der Verantwortung des Ministers für internationale Zusammenarbeit, dem *Ministre de la Coopération internationale*, der Mitglied des Kabinetts ist. Die ACDI, die heute 1.400 Mitarbeiter in 100 Ländern zählt, wird von einem Präsidenten geleitet, der den Vorsitz im leitenden Gremium, dem *Comité de direction* hat. Diesem Komitee gehören die Leiter der elf Abteilungen, *directions générales*, an, die für die Regionen Afrika und Mittlerer Orient, Nord- und Südamerika, Asien und Zentral- und Osteuropa zuständig sind sowie für multilaterale Programme, Politik, Kommunikation, Personalwesen, Evaluation, Information und Technologie.

Ende der achtziger Jahre wurde die ACDI umstrukturiert: Die Organisation wurde dezentralisiert, d.h. die Zentrale in Ottawa wurde verkleinert, während die Auslandsbüros verstärkte finanzielle und personelle Unterstützung erhielten. 1993 wurde die Behörde erneut reorganisiert, um Effektivität und Innovation zu steigern, die Verfahren zu straffen und die Außenbeziehungen zu verbessern. Allerdings mussten die Auslandsbüros aufgrund fehlender Mittel verkleinert werden. Die ACDI, die als zentrale entwicklungspolitische Einheit Entscheidungen vorbereitet, gilt als professionell und ist international anerkannt für ihre engagierten und kompetenten Mitarbeiter.⁶⁶ Bestimmte Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit wie Armutsbekämpfung, Menschenrechte und Frauenförderung wurden früh als problematisch erkannt und gefördert. Deshalb spielt die ACDI bezüglich seiner Konzepte und Me-

⁶⁵Vgl. Ettmayer: *Kanada und die transatlantische Sicherheit*. S. 59.

⁶⁶Comité d'aide au développement: „Coopération pour le développement: Canada.“ S. 25. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].



Quelle: „Coopération pour le développement: Canada.“ <http://www.oecd.org/dataoecd/46/36/2409554.pdf>, S. 58.

Abbildung 4.1: Öffentliche Organe kanadischer Entwicklungshilfe

thoden eine Vorreiterrolle für andere Geberländer.

Die ACDI operiert sowohl bi- als auch multilateral. Die multilaterale Arbeit besteht vor allem in der Kooperation mit der UN und der Weltbank, aber auch mit anglo- und frankophonen Organisationen.

Le soutien de l'ACDI à la Francophonie et au Commonwealth reflète le biculturalisme du Canada, tandis que sa programmation, qui touche un très grand nombre de pays, traduit le caractère de plus en plus multiculturel de la société canadienne.⁶⁷

Die bilaterale Arbeit wurde wegen des Übergewichts an Eigeninteressen, die damit verfolgt wurden, häufig kritisiert: „The point of contention is that Canada's bilateral aid requirements are designed to tie aid to helping Canadian industries.“⁶⁸ Die Behörde selbst hingegen stellt ihre Ziele wie folgt dar: „Notre objectif: travailler avec les pays en développement et les pays en transition pour développer les outils qui leur permettront éventuellement de satisfaire à leurs besoins.“⁶⁹

⁶⁷ „Stratégie de développement durable de l'ACDI 2001 - 2003: Un plan d'action pour le changement.“ [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

⁶⁸ Jackson: *Canada - Politics and government*. S. 649.

⁶⁹ „ACDI - Notre Mission.“ <http://www.acdi-cida.gc.ca/notremission.htm> [Letzter Zugriff: 15. Januar 2004].

Centre de recherche pour le développement international Dieses Forschungszentrum ist 1970 gegründet worden, um den Entwicklungsländern dabei zu helfen, ihre wissenschaftlichen Kenntnisse auszubauen und wirtschaftliche, soziale und umwelttechnische Probleme zu lösen. Das CRDI führt selbst keine Forschungsarbeiten durch, sondern bietet Hilfe und wissenschaftlichen Rat an. Die Kernbereiche dieser Arbeit sind soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, Umwelt und natürliche Ressourcen sowie die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zugunsten der Entwicklung.⁷⁰

Das oberste Gremium des CRDI, der *Conseil des gouverneurs*, besteht aus 21 Mitgliedern und ist international besetzt: In der Satzung ist festgelegt, dass der Präsident, der Vize-Präsident und neun weitere Mitarbeiter Kanadier sein müssen; sieben sind anerkannte Forscher aus Entwicklungsländern und drei Mitarbeiter stammen aus OECD-Ländern. Üblicherweise ist auch der Präsident des ACIDI im *Conseil des gouverneurs* vertreten. Die Verantwortlichen dieser beiden Organisationen treffen sich in offizieller Form mindestens einmal pro Jahr. Die insgesamt 360 Mitarbeiter sind in Ottawa und sechs Regionalbüros in Uruguay, Singapur, Indien, Ägypten, Kenia, und Senegal tätig. Diese Institution erhält ca. 4 % des IAE, weitere Gelder stammen aus externen Quellen, hauptsächlich aus Fonds, die von der ACIDI verwaltet werden.

Im Jahr 2000/2001 wurden 900 Projekte unterstützt, der Großteil davon, nämlich 41 %, in Afrika.⁷¹ Das CRDI legt über das Außenministerium beim Parlament Rechenschaft über seine Arbeit und die Verwendung dieser Gelder ab. Ein Vorteil der Arbeit des CRDI besteht darin, dass sie ohne politischen Druck und unabhängig von der ACIDI stattfinden kann. Im Laufe der Zeit hat es sich international einen sehr guten Ruf erworben. „IDRC⁷² has world-wide reputation for supporting research and assisting scientists in developing countries to solve development problems and doing so in an innovative, flexible way.“⁷³

⁷⁰„Le CRDI en bref - Notre mandat.“ http://web.idrc.ca/fr/ev-8513-201-1-DO_TOPIC.html#1 [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

⁷¹Comité d'aide au développement: „Coopération pour le développement: Canada.“ S. 59. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

⁷²Englische Abkürzung für CRDI, siehe hierzu Anhang A.

⁷³Development Assistance Committee: *Development Co-operation Review Series: Canada. DAC-Bericht 1994, Nr. 5.* S. 31.

4.4 Zielsetzungen kanadischer Entwicklungspolitik

4.4.1 Außen- und sicherheitspolitische Ziele

Die kanadische Regierung hat in ihrem Bericht *Canada in the world* folgende drei Hauptziele genannt, die für die kanadische Außenpolitik allgemein gelten und somit auch den konzeptionellen Rahmen der Entwicklungspolitik als Teil der Außenpolitik darstellen:⁷⁴

- „promotion et prospérité de l’emploi“- Wohlstand und Beschäftigung,
- „protection de la sécurité du Canada dans un cadre mondial stable“- Schutz der Sicherheit Kanadas in einem stabilen internationalen System,
- „diffusion des valeurs et de la culture canadiennes“- Ausdruck und Verbreitung der kanadischen Werte und Kultur. „[...] du désir des Canadiens d’aider les moins fortunés et de leur sens aigu de la justice sociale [...]“.⁷⁵

In diesem Bericht wird Entwicklungspolitik als wichtiges Instrument genannt, um diese Ziele zu realisieren: „Le Canada dans le monde fait de la coopération pour le développement un instrument essentiel à la réalisation de ces trois objectifs et même un investissement dans la prospérité et l’emploi.“⁷⁶

Auch das Außenministerium selbst stellt internationale Entwicklungszusammenarbeit als wichtigen Bestandteil kanadischer Außenpolitik dar:

L’aide internationale est un instrument vital de la politique étrangère canadienne. Elle favorise la prospérité et l’emploi, protège la sécurité mondiale et contribue au rayonnement des valeurs et de la culture canadiennes.⁷⁷

Die internationale Hilfe ist außerdem wichtiges Instrument, um Beziehungen zwischen der kanadischen Wirtschaft und den Märkten der Entwicklungsländer aufzubauen

⁷⁴„Canada in the World. Canadian Foreign Policy Review 1995.“ http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/cnd-world/menu-en.asp [Letzter Zugriff: 9.5.2004].

⁷⁵„Aide internationale.“ http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/cnd-world/chap6-fr.asp [Letzter Zugriff: 2.9.2003].

⁷⁶„Canada: Examen d’aide: Résumé et conclusions.“ http://www.oecd.org/document/25/0,2744,en_2649_37413_2368217_1_1_1_37413,00.htm [Letzter Zugriff: 2.10.2003].

⁷⁷„Aide internationale.“ [Letzter Zugriff: 2.9.2003].

und zu intensivieren. Gleichzeitig soll die Weltwirtschaft gestärkt und nachhaltige Entwicklung gefördert werden.⁷⁸

Neben diesen Zielen spielt die geostrategische Bedeutung eines Landes bei der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle. Dies zeigt sich beispielsweise an den zahlreichen Hilfsmaßnahmen im Irak, wohingegen Regionen in Indien, die nach dem länger als gewöhnlich anhaltenden Monsun völlig überschwemmt waren, zur gleichen Zeit vernachlässigt wurden.⁷⁹ Die politische Stabilität im Nehmerland ist für die Geber aus strategischen Gründen häufig von Interesse. Auch die Unterstützung von Verbündeten oder die direkte Beeinflussung der Innen- und Außenpolitik des Nehmerlandes sind wichtige Faktoren bei der Umsetzung von Entwicklungspolitik.⁸⁰ Pratt nennt ebenfalls politische Interessen für kanadische Entwicklungshilfe: „[...] the primary motivation for Canadian aid [had, F.R.] been the political desire to be fully accepted as a member of the OECD club [...]“⁸¹ Laut Halstead sind die wichtigsten Interessen Kanadas kollektive Sicherheit, kollektiver Wohlstand und der kollektive Schutz der Umwelt.⁸²

Dass Kanada mit seiner Entwicklungshilfe auch strategische Ziele verfolgt, zeigt sich daran, dass die bilaterale Hilfe für Kuba, die Kanada, ebenso wie die Handelsbeziehungen, trotz des US-Embargos fortgeführt hat, eingestellt wurde, als Fidel Castro kubanische Truppen nach Angola und Äthiopien sendete.⁸³ Weitere Tatsachen, die belegen, dass der ACDI verstärkt daran gelegen ist, Ziele der Außenpolitik und wirtschaftliche Interessen zu verbinden, sind die Bevorzugung der reicheren Länder bei der Verteilung der bilateralen Hilfe und die Bemühungen, kanadische Investoren und Exporteure bei der Erschließung der Märkte in der Dritten Welt zu unterstützen. Eine ziemlich einschneidende Maßnahme war 1993 die Kürzung der Hilfsmaßnahmen für sechs der ärmsten afrikanischen Staaten, u.a. Äthiopien, Tansania und Uganda, wohingegen die Zusammenarbeit in Gabun, Marokko und Südafrika, die für Kanada

⁷⁸ „Canada in the World. Canadian Foreign Policy Review 1995.“ [Letzter Zugriff: 9.5.2004].

⁷⁹Vgl. hierzu die Sendung von Klug, Richard/ Schaaf, Stefan: „Die Katastrophenmacher“, ausgestrahlt am 11.2.2004 um 22:45 Uhr in der ARD.

⁸⁰Jackson: *Canada - Politics and government*. S. 649.

⁸¹Pratt: „International Development Assistance.“ In: Watkins (Hrsg.): *Canada*. S. 493.

⁸²Vgl. Halstead: *Kanadas Rolle in einer sich wandelnden Welt*. S. 28.

⁸³Vgl. Morrison: „The Choice of Bilateral Aid Recipients.“ In: Pratt (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. S. 133.

aus wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten interessanter sind, weitergeführt wurde. Da diese Entscheidung ohne Druck durch das Außenministerium erfolgte und alleinige Entscheidung der ACDI war, gewannen Kritiker den Eindruck, dass die ACDI zeigen will, dass sie mit politischen Aufgaben betraut werden könne.⁸⁴

4.4.2 Länderspezifische Ziele

Ein weiteres wichtiges Ziel, das Kanada mit seiner Entwicklungspolitik verfolgt, besteht darin, im internationalen System eigenes Profil zu gewinnen und sich dadurch auch vom dominanten Nachbarland, den USA, abzugrenzen. Entwicklungspolitik dient somit neben humanitären, wirtschaftlichen und politischen Interessen der nationalstaatlichen Emanzipation und internationaler Imagebildung. „Canadian political leaders have tended to see relations with the Third World [...] as an arena within which Canada can demonstrate its capacity to play an independent role in international politics.“⁸⁵ Auch Hofmann und Klingebiel weisen darauf hin, dass Kanada seine Außen- und Entwicklungspolitik als Instrument nutzen will, um sich von den USA unterscheiden und eine eigene Identität bilden sowie Eigenständigkeit beweisen zu können. Dies sei im Bereich der Nord-Süd-Politik gelungen.⁸⁶

Entwicklungszusammenarbeit wurde in Kanada stets auch als Vehikel für umfassendere Kooperationsbeziehungen mit Entwicklungsländern verstanden. Als außenpolitisches Instrument hatte EZ [Entwicklungszusammenarbeit, F.R.] traditionell die Funktion, ‚good will‘ (vor allem im Commonwealth und La Francophonie) zu erzeugen, um Kanada als Vermittler zwischen Norden und Süden glaubhaft erscheinen zu lassen.⁸⁷

4.4.3 Entwicklungspolitisch-humanitäre Ziele

„L’objectif de l’APD canadienne est de soutenir le développement durable dans les pays de développement, afin de réduire la pauvreté et de rendre le monde plus sûr, plus juste et plus prospère.“⁸⁸ Wie in Kapitel 4.2.4 beschrieben, sind die Ausgaben für

⁸⁴Pratt: „Humane Internationalism and Canadian Development Assistance Policies.“ In: Pratt (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. S. 356.

⁸⁵Pratt: „International Development Assistance.“ In: Watkins (Hrsg.): *Canada*. S. 493.

⁸⁶Vgl. Hofmann/ Klingebiel: „Kanada - Konzeptionell an der Spitze, aber wirtschaftlich geschwächt.“ In: Thiel: *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. S. 143.

⁸⁷Hofmann: *Kanadas Entwicklungspolitik*. S. 13.

⁸⁸„Aide internationale.“ [Letzter Zugriff: 2.9.2003].

öffentliche Entwicklungshilfe seit den achtziger Jahren gesunken. Da Kanada jedoch trotz seiner finanziellen Schwierigkeiten weiterhin eine führende Rolle in der Entwicklungspolitik spielen will, soll das ODA-Volumen gesteigert werden.⁸⁹ Kanada hat sich den internationalen Entwicklungszielen angeschlossen, die von den Mitgliedern der G8, UNO, Weltbank und IWF bestätigt wurden.⁹⁰ Eines der wichtigsten Vorhaben ist, den Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, bis 2015 um die Hälfte zu reduzieren. Zudem soll die Sterblichkeitsrate von Säuglingen und von Kleinkindern, die jünger als fünf Jahre sind, bis 2015 um zwei Drittel verringert werden. Die Sterblichkeitsrate der Mütter soll in demselben Zeitraum um drei Viertel sinken. Weitere Gesichtspunkte sind die Gewährleistung des Zugangs zu einer allgemeinen Grundausbildung bis 2015 und die Umsetzung der nationalen Strategien nachhaltiger Entwicklung bis 2005.

In *Canada in the world* sind als humanitäre Ziele ebenfalls die Verringerung von Armut und Ungleichheit sowie die Beachtung der Menschenrechte genannt.⁹¹ Auch das Ziel, die Entwicklungsländer im internationalen Wirtschaftssystem zu etablieren, deutet auf humanitäres Engagement hin, ebenso die Vorgabe, ein Viertel des Budgets der ODA für die Befriedigung der Grundbedürfnisse auszugeben: „Le Canada dans le monde oblige le gouvernement à réserver 25 % de son budget d'APD [frz. Abkürzung für ODA, F.R.] à la satisfaction des besoins humains fondamentaux.“⁹²: Um den eigenen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt der Bevölkerung ermöglichen zu können, hat die kanadische Regierung folgende Schwerpunkte für die kanadische Entwicklungshilfe festgelegt:

1. Die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse. Dazu zählen: medizinische Grundversorgung, Bildung, Familienplanung, Ernährung, Wasser, Hygiene und Wohnraum.
2. Frauen sollen gleichberechtigt an der nachhaltigen Entwicklung ihrer Gesellschaft teilhaben können und in den Entwicklungsprozess integriert werden.

⁸⁹Ettmayer: *Kanada und die transatlantische Sicherheit*. S. 61.

⁹⁰„Stratégie de développement durable de l'ACDI 2001 - 2003: Un plan d'action pour le changement.“ [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

⁹¹„Canada in the World. Canadian Foreign Policy Review 1995.“ [Letzter Zugriff: 9.5.2004].

⁹²Ebd.

3. Infrastruktur: Hilfe beim Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur, die dem Umweltschutz gerecht wird, benachteiligte Gruppen bevorzugt und die Schaffung von Kapazitäten begünstigt.
4. Menschenrechte, Demokratie und *good governance*: Beitrag zum Schutz der Menschenrechte, Förderung der Demokratie, verbesserte Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten.
5. Entwicklung des privaten Sektors, mit dem Ziel, gerechtes wirtschaftliches Wachstum in den Entwicklungsländern zu ermöglichen und zu fördern.
6. Umwelt: Unterstützung bei der Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen.

Die Einbeziehung der Empfänger der Entwicklungshilfe in alle Phasen des jeweiligen Programms ist eines der Prinzipien kanadischer Entwicklungshilfe. Ein weiterer wichtiger Grundsatz besteht darin, die jeweiligen Programme den lokalen Gegebenheiten anzupassen und bisherige Erfahrungen mit einfließen zu lassen, um die Hilfe möglichst genau auf die einzelnen Regionen abstimmen zu können. Unterstützt werden vor allem Bereiche, die für Kanada selbst eine wichtige Rolle spielen, wie z.B. Land- und Forstwirtschaft und Fischerei.

Keenlyside weist auf die ethische Verantwortung hin, der Kanada bei der Umsetzung seiner Hilfsmaßnahmen gerecht werden sollte.

[...] Canada has at least a minimal responsibility to ensure that its aid is not used to deny citizens of recipient countries basic economic, social and cultural rights - that [...] Canadian aid is not channelled to benefit a favoured religious or ethnic group within that society, at the expense of other groups.⁹³

Er ist der Ansicht, dass kanadische Hilfe sich darauf konzentrieren sollte, den Bedürfnissen der am meisten Benachteiligten in den ärmsten Ländern gerecht zu werden. „That in turn means selecting as its primary aid partners those countries that take seriously their own obligations under the covenant to meet the basic needs of their citizenry.“⁹⁴

⁹³Keenlyside: „Aiding Rights: Canada and the Advancement of Human Dignity.“ In: Pratt (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. S. 241.

⁹⁴Ebd.

Problematisch dabei sei jedoch, dass der Anteil der Hilfe, der den Ärmsten in den benachteiligten Staaten zukommt, unzulänglich ist und dass eine fortdauernde Abneigung herrscht, wenn es darum geht, Hilfsmaßnahmen für solche Länder zu kürzen, die diese Gelder zwar missbrauchen, für Kanada aber strategisch wichtig sind. „There persists [...] a tendency to see human rights [...] not as the very essence of what development is about, but as only one of a wide range of factors to be taken into account in aid decisions.“⁹⁵ In den letzten Jahren habe die Zahl der Projekte, die dazu dienen, die Menschenrechtssituation in den Entwicklungsländern zu verbessern, zugenommen. Ihr Anteil an den gesamten kanadischen Projekten bleibe jedoch gering.⁹⁶

Dass politische und humanitäre Gesichtspunkte bei der Verteilung der Hilfe dennoch eine Rolle spielen, zeigt folgendes Beispiel: 1974 wurde die Entwicklungszusammenarbeit mit Indien eingeschränkt, nachdem die indische Regierung entgegen den Absprachen Atomtests durchgeführt hat.⁹⁷

4.4.4 Ökonomische Motive

Dass Kanada mit seiner Entwicklungspolitik auch wirtschaftliche Interessen wie Exportförderung, Beschäftigungspolitik und Rohstoffsicherung verfolgt, zeigt sich u.a. an der zögerlichen und langsamen Aufhebung der Lieferbindung, die später erfolgte als in den meisten anderen Geberländern.⁹⁸ Das *Institut Nord-Sud* weist auf die damit zusammenhängende Problematik hin: „déliier l’aide canadienne d’objectifs commerciaux est une chose indispensable pour que l’ACDI puisse se concentrer d’une manière plus concertée sur le soulagement de la pauvreté.“⁹⁹ Zudem bemängelt es die Tatsache, dass Definition und Einteilung der Entwicklungsländer zu stark von wirtschaftlichen Kriterien beeinflusst sind.

Notre définition des pays en développement [...] tendent encore à principalement reposer sur des critères économiques. Ce sont les autres caractéristiques

⁹⁵Ebd. S. 260.

⁹⁶Ebd. S. 258.

⁹⁷Keenlyside: „Aiding Rights: Canada and the Advancement of Human Dignity.“ In: Pratt (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. S. 247.

⁹⁸Comité d’aide au développement: „Coopération pour le développement: Canada.“ S. 55. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

⁹⁹L’institut Nord-Sud: *Le Canada et le monde en développement: questions clés pour la politique étrangère canadienne*. Ottawa, Rowena Beamish, 1994, S. 22.

(comme le genre de gouvernement, la manière de traiter les femmes, le contexte environnemental) qui distinguent ces pays et déterminent, dans chaque cas, non seulement les intérêts du Canada mais aussi l'ensemble des réactions qui conviennent de sa part.¹⁰⁰

Die Lieferbindung und die umfangreiche Nahrungsmittelhilfe sind ein Indiz dafür, dass die Entwicklungszusammenarbeit zur Diversifizierung der Außenwirtschaftsbeziehungen und zur Erschließung der Märkte in der Dritten Welt beitragen soll.¹⁰¹ Hofmann und Klingebiel nennen Kanadas strukturelle Abhängigkeit als einen der Gründe, warum Kanada bei der Entwicklungszusammenarbeit auch wirtschaftliche Interessen verfolgt.¹⁰²

Jackson ist der Ansicht, dass ökonomische Erwägungen bei der Außenpolitik generell eine Rolle spielen:

Canada's foreign policy generally aims to build strong relationships with countries which are most important to Canada's economic development and which offer possibilities of long-term markets for Canadian exports. The parameters of these relationships are determined to a large degree by defence arrangements with Western Europe and the United States.¹⁰³

Die Entwicklungshilfe kommt auch Kanada direkt zugute: 33.000 Arbeitsplätze hängen direkt mit den verschiedenen Hilfsprogrammen zusammen. Rund 50 Universitäten und 60 Colleges profitieren von Verträgen und Forschungsvorhaben, die aus Entwicklungshilfeprojekten hervorgehen.¹⁰⁴

Die Verteilung der bilateralen Hilfe auf verschiedene Nehmerländer spiegelt ebenfalls wirtschaftliche Motive wider: „la croissance extrêmement rapide que connaît l'Asie de l'Est [...], et les nouvelles possibilités qui s'ouvrent en Amérique latine et en Asie du Sud, ont éveillé un vif intérêt pour une expansion des liens commerciaux [...]“¹⁰⁵. Das *Institut Nord-Sud* weist darauf hin, dass Subsahara-Afrika hingegen weiterhin wenig Aufmerksamkeit erhält.¹⁰⁶ Die Tatsache, dass Polen und die Länder des ehemaligen Jugoslawien im Jahr 2001/2002 an erster und zweiter Stelle der Empfänger bilateraler

¹⁰⁰Ebd. S. 9.

¹⁰¹Vgl. Hofmann: *Kanadas Entwicklungspolitik*. S. 86.

¹⁰²Vgl. Hofmann/ Klingebiel: „Kanada - Konzeptionell an der Spitze, aber wirtschaftlich geschwächt.“ In: Thiel, Reinold E. (Hrsg.): *Entwicklungspolitik - 33 Geberprofile*. S. 144.

¹⁰³Jackson: *Canada - Politics and government*. S. 624.

¹⁰⁴Ettmayer: *Kanada und die transatlantische Sicherheit*. S. 60.

¹⁰⁵L'institut Nord-Sud: *Le Canada et le monde en développement: questions clés pour la politique étrangère canadienne*. S. 13.

¹⁰⁶Vgl. ebd.

Hilfe Kanadas standen, zeigt, wie wichtig Kanada der Aufbau von Beziehungen zu Ländern ist, die zu den Transformationsländern gehören.¹⁰⁷

4.4.5 Auswahl der Länder für bilaterale Hilfe

Die Motive, die Kanada mit seiner Entwicklungspolitik verfolgt, wirken sich natürlich bei der Auswahl der Nehmerländer und bei der Verteilung der bilateralen Hilfe aus. Mögliche Kriterien können die Befriedigung der Grundbedürfnisse, bisherige Erfahrungen mit dem Nehmerland als Partner, die Kompatibilität der Entwicklungsziele des Entwicklungslandes mit denen Kanadas sowie die Fähigkeit, die Hilfe effizient zu nutzen und der Respekt der Menschenrechte sein.¹⁰⁸ Für die Verteilung seiner bilateralen Hilfe teilt Kanada die Nehmerländer in drei Kategorien ein¹⁰⁹:

1. *Pays en développement à revenu intermédiaire* - Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen

In diesen Ländern sind die Fähigkeiten der Regierung solide und komplex. Die Entwicklungszusammenarbeit Kanadas besteht hier aus technischer Hilfe auf hohem Niveau.

2. *Pays à faible revenu en situation de crise* - Länder mit schwachem Einkommen in Krisensituationen

Hier sind die Fähigkeiten der Regierung schwach. Daher beruht die Zusammenarbeit auf humanitärer Hilfe, Stärkung des Friedens und Unterstützung von Projekten, die von NRO durchgeführt werden.

3. *Autres pays à faible revenu* - andere Länder mit schwachem Einkommen

Die Fähigkeiten der Regierung sind schwach, aber dazu entschlossen und in

¹⁰⁷Vgl. „The DAC List of Aid Recipients as at 1 January 2001.“ <http://www.oecd.org/dataoecd/51/16/1808900.htm?channelId=34485&homeChannelId=33721&fileTitle=DAC+List+of+Aid+Recipients+as+at+1+January+2001> [Letzter Zugriff: 25.3.2004] und „The DAC List of Aid Recipients as at 1 January 2003.“ <http://www.oecd.org/dataoecd/35/9/2488552.pdf> [Letzter Zugriff: 11.5.2004], siehe auch Anhang C Abbildung C.6 und C.7.

¹⁰⁸Vgl. Morrison: „The Choice of Bilateral Aid Recipients.“ In: Pratt (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. S. 142.

¹⁰⁹Comité d'aide au développement: „Coopération pour le développement: Canada.“ S. 31. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

der Lage, Reformen durchzuführen, demokratische Strukturen zu garantieren und ihre eigene Entwicklung in die Hand zu nehmen. Hauptansprechpartner der ACIDI ist in diesen Ländern die Regierung, wobei die Hilfsprogramme zum Großteil die Zivilgesellschaft betreffen.

Im Jahr 2000 erhielten die Länder der 1. Kategorie 35 % der Ausgaben. Die Länder mit schwachem Einkommen in Krisensituationen erhielten 29 % und andere Länder mit schwachem Einkommen 33 %.

Von den 15 ersten Empfängern waren drei Länder der 2. Kategorie (Polen, Ukraine und Russland); der Großteil waren Länder mit schwachem Einkommen, wovon wiederum vier zu den ärmsten Ländern zählten, nämlich Bangladesh, Haiti, Mali und der Senegal.¹¹⁰

Ein wesentliches Merkmal kanadischer Politik ist die breite Streuung der Hilfe und die Verteilung auf eine große Zahl (ca. 146) an Entwicklungsländern, was häufig kritisiert wird. Es gibt jedoch mehrere Gründe für diese Art der Verteilung: Kanada ist ein Einwanderungsland, dessen Immigranten engen Kontakt zu ihrer Heimat hegen und ihren Herkunftsländern helfen wollen. „le Canada fait partie de nombreux groupements régionaux et sa population diversifiée d’immigrés facilite le maintien de liens avec de nombreux pays en développement.“¹¹¹ Die starke Beteiligung von NRO und sonstigen gesellschaftlichen Organisationen führt dazu, dass sie großen Einfluss auf die Politik nehmen und sich gegen die Einschränkung der Hilfsmaßnahmen und Beschränkung der Zahl der Nehmerländer zur Wehr setzen. Zudem ist Kanada, da es selbst keine Kolonialmacht war, im Unterschied zu Frankreich oder Belgien nicht durch historische Bindungen beeinflusst.

Le Canada n’ayant jamais eu de colonies, la répartition de son aide n’est pas influencée par ses anciennes relations coloniales. C’est une grande puissance économique qui, en tant que pays à la fois anglophone et francophone, est membre de nombreuses organisations régionales et internationales, notamment le G8, le Commonwealth, la Francophonie, l’Organisation des Etats américains, la Coopération économique Asie-Pacifique et l’Organisation du Traité de l’Atlantique Nord.¹¹²

¹¹⁰Vgl. auch Kap. 5.

¹¹¹Comité d’aide au développement: „Coopération pour le développement: Canada.“ S. 31. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

¹¹²Ebd. S. 24.

Die große Verstreutheit der Hilfe wirkt sich jedoch negativ auf Kanadas politisches Gewicht und Mitspracherecht aus. Obwohl es Mitglied der G8 ist, ist Kanadas Status unter den anderen Geberländern nicht sehr gut: Die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik und Koordination mit den anderen Geberländern zu nehmen, schwindet mit der Verringerung der Hilfe für das jeweilige Land.¹¹³ Die breite Streuung der kanadischen Hilfsmaßnahmen lässt darauf schließen, dass geographische Gesichtspunkte eine untergeordnete Rolle spielen. Inwieweit gemeinsame sprachliche Wurzeln für die Verteilung der Hilfe ausschlaggebend sind, wird im folgenden Teil näher beleuchtet.

4.5 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

4.5.1 Allgemeine Einführung

Le Canada a exercé une grande influence sur le système multilatéral grâce à la qualité de ses analyses, à ses interventions au sein des instances dirigeantes des organismes multilatéraux et aussi au fait qu'il était autrefois disposé à assumer une part relativement importante du financement de plusieurs organisations multilatérales et banques régionales de développement.¹¹⁴

Kanada arbeitet bei der multilateralen Entwicklungskooperation mit verschiedenen internationalen Partnern zusammen. Dazu gehören Organisationen der UN, internationale Finanzinstitutionen sowie Commonwealth und Frankophonie. Eine der Unterabteilungen der ACDI, die *Direction générale des programmes multilatéraux*, ist für diese multilaterale Zusammenarbeit zuständig. Im Rahmen der humanitären Hilfe sind die wichtigsten Partner das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK), die Antiminen-Programme der UN sowie verschiedene nichtstaatliche Organisationen.

Insgesamt hat die kanadische Regierung im Jahr 2000 33 % der öffentlichen Entwicklungshilfegelder für multilaterale Kooperation zur Verfügung gestellt. Kanada lag damit leicht über dem DAC-Durchschnitt¹¹⁵ von 30 %. Da Kanada als außereuropäisches Land keinen Beitrag zur EU leistet, besteht, wie bei anderen Nicht-EU-Mitgliedern auch, die Tendenz, einen höheren Prozentsatz an andere multilaterale

¹¹³Ebd. S. 31.

¹¹⁴„Canada: Examen d'aide: Résumé et conclusions.“ [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

¹¹⁵Zur Erklärung siehe Anhang A.

Organisationen zu zahlen. Dazu zählen u.a. der internationale Fonds für Umwelt, die Organisation amerikanischer Staaten und die Beratungsgruppe für Internationale Agrarforschung (CGIAR). Beim Aufbau der CGIAR hat Kanada eine aktive Rolle gespielt: Neben der finanziellen Unterstützung setzte es sich für die Ausweitung der Zuständigkeitsbereiche auf nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und Nahrungsmittelsicherheit ein.¹¹⁶

Bei der Vergabe multilateraler Hilfe verfolgt Kanada verschiedene Interessen. Diese Form der Entwicklungszusammenarbeit bietet die Möglichkeit, Entwicklungsländer zu erreichen, die nicht in Kanadas bilateralem Hilfsprogramm berücksichtigt sind. Des Weiteren trägt die multilaterale Zusammenarbeit dazu bei, dass Kanada sein Profil und seine Identität in der Welt festigen kann, indem es sich an der Lösung weltweit bestehender Probleme beteiligt und sich für die Realisierung der international anerkannten Entwicklungsziele einsetzt.¹¹⁷

[...] there is the value of individual multilaterals in serving domestic regional or provincial priorities and special concerns, for example the AsDB [Asian Development Bank, F.R.] for British Columbia and Canada's Pacific interest generally, [...], the Commonwealth for English Canada, the Francophonie for French Canada, and perhaps the AfDB as symbolic of the bilingual nature of Canada.¹¹⁸

Kanada hat aufgrund seines langjährigen Engagements einen guten Ruf erwerben können. „La réputation dont il jouit, pour ce qui est d'arriver à des consensus et d'appuyer les efforts de rapprochement, l'a aidé à changer les choses dans bien des secteurs, notamment le maintien de la paix et le développement international.“¹¹⁹

Zusammenarbeit mit den Institutionen der UN Kanada schätzt und unterstützt die Rolle, die die UN bei der Verwirklichung der internationalen Entwicklungsziele spielt. Dennoch hat die Förderung der UN-Institutionen abgenommen: 1996 waren es 171 Millionen USD, wohingegen es vier Jahre später nur noch 120 Millionen

¹¹⁶Vgl. Development Assistance Committee: *Development Co-operation Review Series: Canada. DAC-Bericht 1994, Nr. 5.* S. 36.

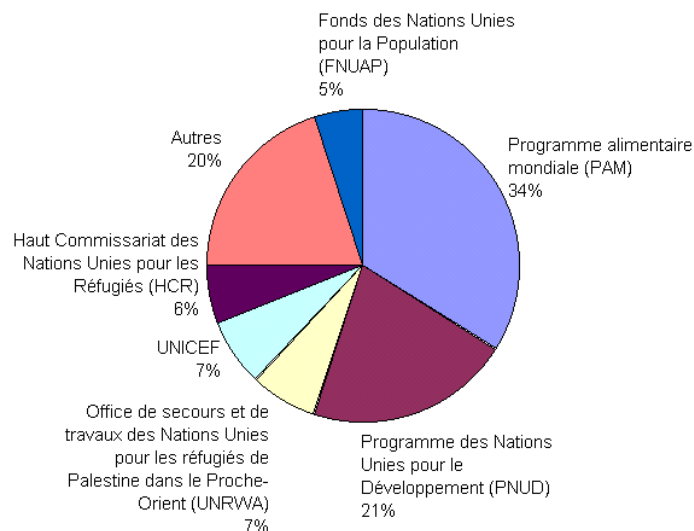
¹¹⁷Vgl. Comité d'aide au développement: „Coopération pour le développement: Canada.“ S. 33. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

¹¹⁸Protheroe, David Robert: *Canada and multilateral aid.* Ottawa, The North-South Institute, 1991, S. 106.

¹¹⁹„Programmes multilatéraux - Aperçu.“ <http://www.acdi-cida.gc.ca/multi-f.htm> [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

USD waren. Laut OECD liefert Kanada keine genauen Angaben über Prioritäten und Kriterien bei der Vergabe seiner Gelder im Rahmen der UN, unterstützt aber konstant alle großen Institutionen. Die Verteilung der Hilfe im Jahr 1999/2000 wird in Abbildung 4.2 deutlich.

Der Großteil des Beitrags für das Welternährungsprogramm setzt sich aus gebun-



Quelle: „Coopération pour le développement: Canada.“ <http://www.oecd.org/dataoecd/46/36/2409554.pdf>, S. 91.

Abbildung 4.2: Kanadas Beiträge für UN-Institutionen (Durchschnitt von 1999/2000)

dener Lebensmittelhilfe als Programm gegen Hunger, Unterernährung und Krankheit zusammen. Die restlichen 20 % verteilen sich auf weitere UN-Institutionen wie UNESCO, den Fonds zur Entwicklung der Frauen (UNIFEM) und das gemeinsame Programm der UN zur Bekämpfung von AIDS.

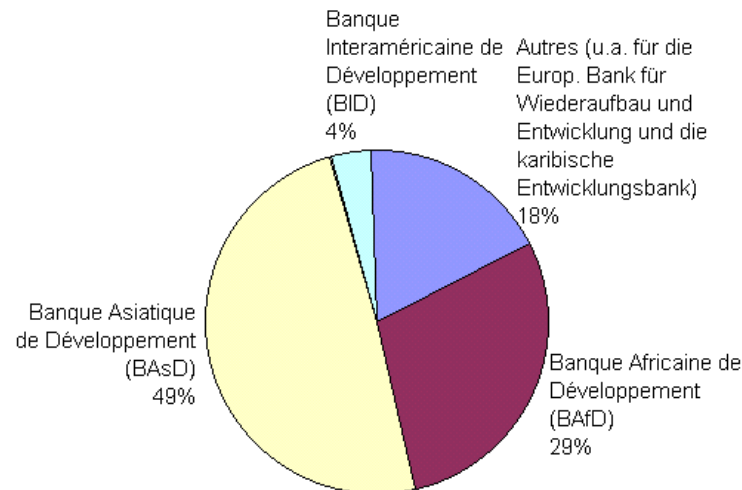
Internationale Finanzinstitutionen „Canada has taken an activist role in international financial institutions (IFIs) which is noteworthy. It is one of the few, perhaps the only, DAC donors to be active in all the major IFIs [...].“¹²⁰ Im Jahr 2000 lag der Beitrag Kanadas mit 8 % für die Weltbankgruppe (dazu zählen u.a. IWF und WHO) und 5 % für die Regionalbanken¹²¹ höher als der DAC-Durchschnitt in den letzten

¹²⁰Development Assistance Committee: *Development Co-operation Review Series: Canada. DAC-Bericht 1994, Nr. 5. S. 36.*

¹²¹Jeweils als Anteil an den gesamten öffentlichen Entwicklungshilfegeldern, die für die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit bereit gestellt wurden.

Jahren.

Wie sich die Hilfe für die regionalen Entwicklungsbanken verteilt, ist in Abbildung 4.3 dargestellt. Kanada ist 1972 der Interamerikanischen Entwicklungsbank beigetre-



Quelle: „Coopération pour le développement: Canada.“ <http://www.oecd.org/dataoecd/46/36/2409554.pdf>, S. 91.

Abbildung 4.3: Kanadas Beiträge für regionale Entwicklungsbanken (Durchschnitt von 1999/2000)

ten und 10 Jahre später, als auch nichtregionale Mitglieder zugelassen wurden, der Afrikanischen Entwicklungsbank. Es ist in allen Banken, in denen es Mitglied ist, im Vorstand vertreten. Die kanadischen Repräsentanten unterstützen die strukturelle Anpassung und Wachstumspolitik sowie die Liberalisierung der Märkte und die verstärkte internationale Integration. Kanada hat sich zudem für mehr Transparenz und Information bei der Durchführung solcher Maßnahmen eingesetzt und dafür, dass Entscheidungen, die in den Banken auf multilateraler Ebene getroffen werden, nicht auf politischen Kriterien beruhen, sondern auf Gesichtspunkten, die der wirtschaftlichen Situation und der Entwicklung einer Region gerecht werden. Diese Tatsache spricht dafür, dass neben ökonomischen Beweggründen auch entwicklungspolitisch-humanitäre Gesichtspunkte eine Rolle spielen. In der Entwicklung der Afrikanischen Entwicklungsbank spielte Kanada aufgrund seiner großzügigen Beiträge eine wichtige Rolle. In den siebziger Jahren war Kanada größter Geber dieser Bank. Protheroe führt diese große Unterstützung auf die Tatsache zurück, dass die *African Development Bank* eine zweisprachige Institution ist: „These high levels reflect the status

of the Bank as a bilingual English-French institution and the broad developmental priority Canada has given to Africa.“¹²² Hier zeigt sich, dass Zweisprachigkeit für Kanada eine große Rolle spielt und sein bikultureller Hintergrund eines der Motive für Entwicklungszusammenarbeit ist. 2003 hat Kanada 10 Millionen CAD bereitgestellt, mit deren Hilfe die Afrikanische Entwicklungsbank ermutigt werden soll, vermehrt in den Aufbau der Infrastruktur zu investieren.¹²³

4.5.2 Commonwealth und Frankophonie

The predominance of the English and French languages in Africa, and Canada's position as part of the Commonwealth and La Francophonie, have led to special ties with these countries [Africa and the Middle East, F.R].¹²⁴

Wie bereits erwähnt, ist Kanada das einzige Geberland, das im Commonwealth und in der Frankophonie vertreten ist. Dadurch kann Kanada „das Selbstverständnis einer ‚multikulturellen Gesellschaft‘ [...] nach außen“¹²⁵ tragen. Hofmann weist darauf hin, dass die regionale Verteilung der Entwicklungshilfe der kanadischen Gesellschaftspolitik gerecht wurde, „indem in Afrika und der Karibik englisch- und französischsprachige Länder gleichrangig gefördert wurden.“¹²⁶ Auch seiner Vermittlerrolle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern kann Kanada in beiden Organisationen nachkommen. 1991/1992 erhielten die beiden Organisationen insgesamt fast ein Drittel der Mittel für öffentliche Entwicklungshilfe.¹²⁷

Im Commonwealth unterstützt Kanada verschiedene Programme. Neben der ersten Hilfsmaßnahme, der Teilnahme am Colombo-Plan, sind dies der Fonds für technische Zusammenarbeit, *Commonwealth Fund for Technical Co-operation* (CFTC), die Beratungsgruppe für Technologie-Management (*Commonwealth Consultative Group on Technology Management*) und die Initiative für Menschenrechte, *Commonwealth Human Rights Initiative*. Der CFTC erhält unter den Commonwealth-Institutionen den größten Teil der kanadischen Gelder. Im CFTC hat Kanada großen Einfluss

¹²²Protheroe: *Canada and multilateral aid*. S. 69.

¹²³„La mise en œuvre du Plan d'action du G8 pour l'Afrique - Les engagements du Canada un an plus tard.“ <http://www.g8.gc.ca/att-fr.asp> [Letzter Zugriff: 20.1.2004].

¹²⁴MacGuigan: *Canada in today's world*. S. 116.

¹²⁵Hofmann: *Kanadas Entwicklungspolitik*. S. I, Anführungszeichen vom Autor übernommen.

¹²⁶Ebd. S. 1.

¹²⁷Development Assistance Committee: *Development Co-operation Review Series: Canada. DAC-Bericht 1994, Nr. 5*. S. 37.

ausüben und wichtige Reformen initiieren können. „The Commonwealth, like the Francophonie, has considerable domestic political importance in Canada, although perhaps mostly in latent form, but its development assistance activities are less well-known.“¹²⁸

Die Zusammenarbeit mit den Frankophonie-Institutionen findet in Kanada sowohl auf föderaler Ebene statt als auch in den Provinzen Quebec und Nouveau-Brunswick. Kanada hat sich dafür eingesetzt, dass die Frankophonie-Institutionen neben kulturellen auch wirtschaftliche und politische Ziele verfolgen.

„Being in the position to encourage interaction between *la Francophonie* and the Commonwealth has enabled Canada to play a special role.“¹²⁹ Durch die Zugehörigkeit zu beiden Organisationen konnte Kanada auch gemeinsame Programme anregen, so z.B. die Durchführung eines Impf- und Immunisierungsprojekts im frankophonen und anglophonen Afrika und die Ausarbeitung einer gemeinsamen Position gegenüber der Politik Südafrikas.¹³⁰ Kanadas Mitgliedschaft in beiden Organisationen wirkt sich auch auf die Verteilung der Entwicklungshilfe aus:

Kanadas bikultureller Hintergrund und seine Zugehörigkeit sowohl zum Commonwealth als auch zur Francophonie haben zu einer relativ gleichgewichtigen Berücksichtigung von anglo- und frankophonen Entwicklungsländern geführt. Eine Konzentration auf Schwerpunktländer hat sich dabei nicht herausgebildet.¹³¹

Die Beiträge der ACDI für die multilateralen Institutionen der Frankophonie werden von der Unterabteilung *Commonwealth/La Francophonie* verwaltet. Das Programm für Frankophonie sieht auch die Unterstützung regionaler Initiativen vor, an denen die frankophonen Staaten in den Bereichen Bildung, Informationstechnologien, Friedenssicherung, Erweiterung des privaten Sektors und Umweltschutz teilnehmen. 2002/2003 wurden insgesamt 47.684.282 CAD für verschiedene Institutionen der Frankophonie bereit gestellt¹³², die unter anderem der Finanzierung der Sendungen der südlichen afrikanischen Länder für *TV 5* dienen. Für das *Programme*

¹²⁸Protheroe: *Canada and multilateral aid*. S. 94.

¹²⁹Ebd., kursive Stellen vom Autor übernommen.

¹³⁰Ebd.

¹³¹Hofmann/ Klingebiel: „Kanada - Konzeptionell an der Spitze, aber wirtschaftlich geschwächt.“ In: Thiel (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. S. 146.

¹³²„Le Canada en Francophonie - Contribution multilatérale du Canada à la Francophonie.“ http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/francophonie/multilateral-fr.asp [Letzter Zugriff: 11.5.2004].

spécial de développement stellte die ACDI im gleichen Jahr 1,4 Millionen CAD zur Verfügung. Mehr als 5 % dieses Programms werden für Ausbau und Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen ausgegeben. Hauptanliegen der ACDI innerhalb der Frankophonie ist es, den Wissens- und Technologietransfer in die frankophonen Entwicklungsländer sowie die Koordination zwischen multi- und bilateralen Hilfsprogrammen zu unterstützen und zu fördern.

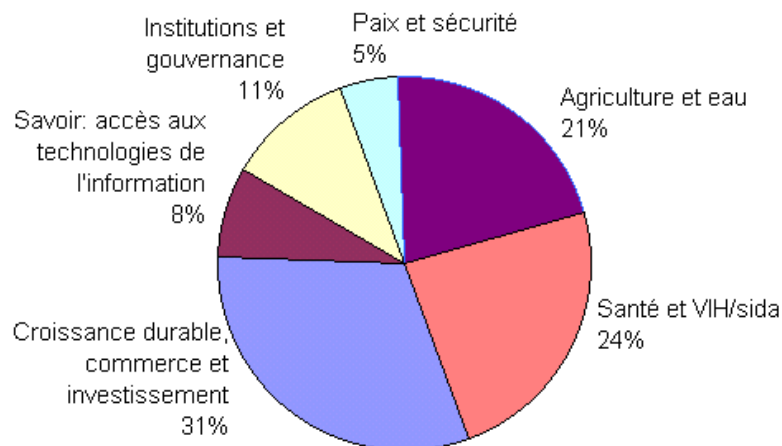
4.5.3 Umsetzungsformen in Afrika in Kooperation mit multilateralen Organisationen

In Afrika konzentriert sich die Entwicklungszusammenarbeit Kanadas auf die Verringerung der Armut und die Förderung von Frieden und Sicherheit. Die kanadische Regierung will hauptsächlich zur Befriedigung der Grundbedürfnisse beitragen. Die Unterstützung von Flüchtlingen, die aufgrund kriegerischer Auseinandersetzungen vertrieben wurden, ist ein weiterer wichtiger Bestandteil des Entwicklungshilfeprogramms. Der Anteil der Ausgaben der ACDI für diesen Bereich ist in den letzten drei Jahren von 51 % auf 59 % gestiegen.

Kanada führt in Afrika in Kooperation mit anderen Geberländern und multilateralen Organisationen verschiedene Programme durch. Eines dieser Programme ist der Aktionsplan für Afrika der Mitglieder der G8. Er wurde beim Gipfel von Kananaskis im Juni 2002 ausgearbeitet, um das afrikanische Programm *New Partnership for Africa's Development* (NEPAD) zu unterstützen. NEPAD ist eine Initiative afrikanischer Staats- und Regierungschefs, die zum Ziel hat, die Armut in Afrika durch neue partnerschaftliche Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft zu verringern und Unterentwicklung durch spezielle Verbindungen zu den Industrieländern zu reduzieren. Der Aktionsplan der G8 sieht sich als komplementäre Ergänzung zu NEPAD, indem er eine neue Beziehung zwischen den Mitgliedern der G8 und den afrikanischen Staaten definiert.

Kanada hat folgende vier Bereiche als Prioritäten im Rahmen des Aktionsplans festgelegt: übertragbare Krankheiten, Informations- und Kommunikationstechnologie, Reduzierung der Schulden und Erleichterung des Zugangs zum Weltmarkt. Für die

Umsetzung des Plans wurden verschiedene Maßnahmen eingeleitet: Kanada stellt für Afrika sechs Milliarden CAD für einen Zeitraum von fünf Jahren (bis 2007) bereit. Zu den 700 Millionen CAD, die Kanada Afrika pro Jahr gewährt, kommt ein Fonds von 500 Millionen CAD hinzu. Welche Bereiche durch diesen *Fonds canadien pour*



Note: Ce graphique représente 421 Millions des 500 Millions de dollars du Fonds canadien pour l'Afrique affectés à des initiatives annoncées au Sommet du G8 de Kananaskis en juin 2002.

Quelle: „La mise en œuvre du Plan d'action du G8 pour l'Afrique.“ <http://www.g8.gc.ca/att-fr.asp>

Abbildung 4.4: Der kanadische Fonds für Afrika

l'Afrique finanziert werden, ist in Abbildung 4.4 dargestellt.

Brian Tomlinson relativiert den Umfang dieser Summen, die Kanada seit kurzem für Afrika bereit stellt:

En fait, sur un cumulatif de ces dix années [1990 - 2000, F.R.], l'Afrique subsaharienne accuse une perte de plus de 1,6 milliard de dollars d'aide en provenance du Canada, si l'on présume que celle-ci avait été maintenue à son niveau atteint en 1990. Dans ce contexte, le Fonds canadien pour l'Afrique de 500 millions de dollars sur trois années annoncé dans le budget de décembre 2001 ne représente qu'une faible mesure pour rattraper ces pertes.¹³³

Kanada hat sich im Rahmen des Aktionsplans dazu verpflichtet, die Tarife und Kontingentierungen aufzuheben, die fast alle Importe der 48 am wenigsten entwickelten Länder betreffen. Davon ausgenommen sind lediglich einige Agrarprodukte, die mit kanadischen Produkten in direkter Konkurrenz stehen. Durch diese Maßnahme haben die afrikanischen Staaten leichteren Zugang zum kanadischen Markt und können

¹³³Tomlinson, Brian: „Relations économiques du Canada avec l'Afrique subsaharienne: Tendances récentes.“ S. 4. http://www.ccic.ca/f/003/acf_2002_05_can_econ_relations_africa.shtml [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

so Arbeitsplätze im eigenen Land schaffen. Kanada hat außerdem alle Schulden der Staaten in Subsahara-Afrika aufgehoben, die die öffentliche Entwicklungshilfe betreffen.

Im Gesundheitssektor hat die kanadische Regierung 50 Millionen CAD für die Forschung nach einem Impfstoff gegen AIDS sowie für Präventionsprogramme und Aufklärungsarbeit, insbesondere mit Frauen und Kindern, bereit gestellt. Weitere zwölf Millionen CAD stehen zur Verfügung, um die sozialen Auswirkungen von AIDS auf die Arbeitswelt, Familienstrukturen und die Erziehung der Kinder ausgleichen zu können.¹³⁴ Die Ausrottung der Kinderlähmung, die es in Afrika noch in vier Ländern gibt, unterstützt Kanada mit 50 Millionen CAD. Ähnliche Beträge hat die Regierung für die Verbesserung der Wasserversorgung sowie für Forschungsprojekte zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität (in Zusammenarbeit mit CGIAR) ausgegeben. Bis 2006 will Kanada dem Landwirtschaftssektor 300 Millionen CAD zur Verfügung stellen, bis 2008 soll diese Summe auf 500 Millionen CAD pro Jahr erhöht werden. Ziel dieser Unterstützung ist die Reduzierung der Armut durch nachhaltige Produktivität und verbesserte Wettbewerbsfähigkeit sowie die allgemeine Verbesserung der Lebensmittelversorgung. Wie wichtig die Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Produktivität für Entwicklung ist, äußert die kanadische Ministerin für internationale Zusammenarbeit, Susan Whelan, in folgender Erklärung:

L'action de l'agriculture en développement durable est incroyablement puissante [...]. [...] Dans les régions rurales, où habitent la plupart de ceux qui vivent dans la pauvreté absolue, l'agriculture est inextricablement liée à la santé, à l'éducation, au secteur privé, à l'eau et à l'environnement. Nous avons l'obligation morale de faire bénéficier les plus démunis de nos travaux de recherche agricole.¹³⁵

Zur Besserstellung der Frauen fördert Kanada deren wirtschaftliche und politische Autonomie und beschäftigt sich mit Gewaltprävention und der Situation der Frauen in bewaffneten Konflikten.

¹³⁴ „Communiqués de presse - Le Canada intensifie les programmes de lutte contre le VIH/sida en Afrique.“ http://www.acdi-cida.gc.ca/cida_ind.nsf/883455a38682affe852565310067c636/cfc46433aef729ea85256def00513463?OpenDocument [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

¹³⁵ „Communiqués de presse - Le Canada demande à ce qu'un plus grand soutien soit accordé à la recherche agricole pour assurer le développement rural en Afrique.“ http://www.acdi-cida.gc.ca/cida_ind.nsf/883455a38682affe852565310067c636/b1e262d6e0c9502f85256dce00572797?OpenDocument [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

Initiative Acacia *Acacia* ist eine Initiative des CRDI, die Staaten in Subsahara-Afrika dabei unterstützt, Informationstechnologien für ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen. Dazu gehören ein Forschungsprogramm und die Entwicklung von Pilotprojekten zu Anwendungsmöglichkeiten, zur Technologie an sich, zur *bonne gouvernance* und zu politischen Strategien, die die Informationstechnologie betreffen. Diese Initiative unterstützt auch den Beitrag Kanadas zur Verwirklichung der Ziele der *Initiative Africaine de Société de l'information entérinée par les gouvernements des pays d'Afrique*, die als Aktionsrahmen für die Schaffung einer Infrastruktur für Information und Kommunikation dient.¹³⁶

Programme panafricain Mit diesem Programm will die ACIDI zur Vereinbarung multiregionaler, grenzüberschreitender Abkommen in Afrika und deren effizienter Umsetzung beitragen. So sollen gemeinsame Lösungen für Probleme, die nicht nur einen Staat betreffen, gefunden werden. Dazu zählen die Ausbreitung von Krankheiten, v.a. AIDS, die sinnvolle und gerechte Nutzung natürlicher Ressourcen, die Liberalisierung des Handels und Vergrößerung der afrikanischen Märkte sowie die Stärkung politischer Stabilität und die Vereinfachung der Verwaltungsstrukturen. Das Budget beträgt 23,4 Millionen CAD pro Jahr. Das sind 8,8 % der Summe, die jährlich von der ACIDI für Afrika und den Mittleren Orient ausgegeben werden. 2001 wurde dieser Betrag unter 42 multiregionalen Projekten aufgeteilt. Im Bereich Bildung hat das Programm wesentlich zur Unterstützung der *Association pour le développement de l'éducation en Afrique* beigetragen. Kanada hat durch die Umsetzung dieses Projekts eine Vorreiterrolle inne: „le Canada est le premier donateur étranger à se doter d'un programme - le Programme panafricain de l'ACIDI - de soutien aux institutions panafricaines désireuses de renforcer leurs structures et compétences organisationnelles.“¹³⁷

Projekte in Kooperation mit der Frankophonie Der Wissenstransfer von technologischem Know-how mit besonderer Berücksichtigung der Anwendbarkeit ist Hauptaufgabe des *Programme de renforcement institutionnel en matière technologique*

¹³⁶„Acacia.“ http://web.idrc.ca/fr/ev-5895-201-1-DO_TOPIC.html [Letzter Zugriff: 19.1.2004].

¹³⁷„Afrique et Moyen-Orient - Le programme panafricain.“ <http://www.acidica.gc.ca/cidaweb/webcountry.nsf/0/9A85394EC484F30285256BB40064ADAB?OpenDocument> [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

en *Afrique francophone (PRIMTAF II)*. Dadurch sollen, beruhend auf den Erfahrungen der ersten Phase des Projekts, solche Institutionen unterstützt werden, die Ausbildungsplätze anbieten und deshalb bei der Dynamisierung des Arbeitsmarktes eine wichtige Rolle spielen. Ziel ist eine bessere Abstimmung von Bildungsangeboten und den Anforderungen des produzierenden Sektors.

Das Projekt wird von kanadischen Ausbildungseinrichtungen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern in den Mitgliedsstaaten der Frankophonie durchgeführt, die nicht von bilateralen Hilfsprogrammen profitieren.¹³⁸ Im Rahmen dieses Programms wurden u.a. die Projekte *@frinet* und *Franconet* realisiert, die der Einführung und Verbreitung von Internetanschlüssen und der Schaffung eines Netzwerks französischer Internetseiten dienen. An letzterem waren bisher die Staaten Benin, Burkina Faso, Kamerun, Ägypten, Gabun, Guinea, Haiti, Laos, Libanon, Mali, Niger, die Demokratische Republik Kongo, Rumänien, Ruanda, Senegal, die Seychellen, der Tschad, Togo und Vietnam beteiligt.

Das Programm *LEAD Afrique francophone* fördert afrikanische Führungskräfte, die aus frankophonen Ländern stammen. Ein weiteres Projekt, das *Programme d'initiatives de jeunes entreprises* unterstützt vor allem kleine und mittlere Unternehmen und junge Führungskräfte beim Aufbau von Handelsbeziehungen zwischen Nord und Süd und den Ländern des Südens untereinander. Die Organisation *Transparency International* finanziert ein Programm zum Kampf gegen die Korruption im frankophonen Afrika. Für den Erhalt von Frieden und Sicherheit setzt sich das *Centre Pearson* ein. An diesem Projekt nehmen die Länder Benin, Kamerun, Elfenbeinküste, Gabun, Mali, Ruanda und Senegal aktiv teil.

¹³⁸Dazu zählen Burundi, Kap Verde, die Komoren, Kongo, Dschibuti, Guinea-Bissau, Äquatorialguinea, Mauritius, Madagaskar, Mauretanien, die Zentralafrikanische Republik, die Demokratische Republik Kongo, São Tomé et Príncipe, die Seychellen, der Tschad und Togo.

4.6 Bilaterale Hilfsmaßnahmen

4.6.1 Allgemeine Einführung

Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit lässt sich als Hilfe für individuelle Staaten für bestimmte Entwicklungsprojekte und -programme definieren.¹³⁹ Charakteristisch für Kanada ist (im Vergleich zum Durchschnitt der DAC-Staaten) der verhältnismäßig hohe Prozentsatz an Geldern (70 % der öffentlichen Mittel), der NRO zur Verfügung gestellt wird. Das bedeutet, dass der Anteil der Gelder, die direkt in den Entwicklungsländern verteilt werden, relativ gering ist: Im Jahr 2000 wurden von 1.143 Millionen USD bilateraler Hilfe nur 511 Millionen USD, also weniger als die Hälfte, direkt verteilt. Dies ist deutlich weniger als der Prozentsatz von 74 % der Gesamtheit der Mitglieder des DAC. Laut OECD müsste jedoch der Großteil bestimmten Ländern oder Regionen direkt zugehen.¹⁴⁰

Die Ausgaben für Verwaltungskosten sind in Kanada vergleichsweise hoch, die für Infrastruktur und Wirtschaft hingegen vergleichsweise gering.

Im Jahr 2000 lag der Anteil der bilateralen Hilfe mit 67 % leicht unter dem Durchschnitt von 70 % des DAC. 67 % der bilateralen Hilfe wurden 2000 als Spenden vergeben, davon 20 % für technische Kooperation und 5 % für Nahrungsmittelhilfe. Im Jahr 2001 verzeichnete Kanada unter den frankophonen Geberländern (dazu zählen neben Kanada Belgien, Frankreich, Luxemburg und die Schweiz) mit 78 % den höchsten Anteil der Ausgaben für bilaterale Hilfsleistungen. Ein Jahr später lag der Anteil bei 75 %.¹⁴¹

Für die Vergabe der bilateralen Hilfe und die inhaltliche Planung und Steuerung der Entwicklungszusammenarbeit ist das zuständige Länderreferat der ACIDI verantwortlich. Mit dem jeweiligen Nehmerland finden Verhandlungen statt, um die Vorstellungen bezüglich der Art der Projekte und der sektoralen Verteilung abzustimmen. Danach wird eine Rahmenvereinbarung abgeschlossen, in der die beabsichtigten Maß-

¹³⁹Vgl. Pratt: „Canadian Development Assistance: A Profile.“ In: Pratt (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. S. 6.

¹⁴⁰Comité d'aide au développement: „Coopération pour le développement: Canada.“ S. 30. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

¹⁴¹Siehe hierzu die Tabelle in Kap. 5.4 sowie Kap. 5 und „Canada - aid at a glance.“, Anhang C Abbildung C.3.

Kanadas Entwicklungshilfe in Zahlen			
Ausgaben für reale (inflationsbereinigte) ODA insgesamt			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
2.067 Mio. USD	1.761 Mio. USD	1.533 Mio. USD	2.011 Mio. USD
Hauptempfängerländer			
<i>1995/1996</i>		<i>2001/2002</i>	
Polen	145 Mio. USD	Polen	92 Mio. USD
Ägypten	90 Mio. USD	Ex-Jugoslawien	63 Mio. USD
China	46 Mio. USD	Kamerun	43 Mio. USD
Bangladesh	38 Mio. USD	Elfenbeinküste	40 Mio. USD
Indien	36 Mio. USD	Bangladesh	31 Mio. USD
Peru	26 Mio. USD	Indien	27 Mio. USD
Ukraine	22 Mio. USD	China	27 Mio. USD
Ghana	22 Mio. USD	Afghanistan	25 Mio. USD
Haiti	21 Mio. USD	Vietnam	16 Mio. USD
Elfenbeinküste	21 Mio. USD	Russland	15 Mio. USD
Anteil der ODA am BNE (1995/1996: BSP)			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
0,38 %	0,32 %	0,22 %	0,28 %
Anteil der bilateralen Hilfsleistungen			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
67,00 %	76,00 %	78,00 %	75,00 %
Anteil der Hilfe für Subsahara-Afrika			
<i>1995/1996</i>		<i>2001/2002</i>	
<i>Subsahara-Afrika</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>	<i>Subsahara-Afrika</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>
273 Mio. USD	1.429 Mio. USD	269 Mio. USD	1.375 Mio. USD
Zahlungen an LDCs			
<i>1995/1996 (LLDCs)</i>		<i>2001/2002 (LDCs)</i>	
<i>LLDCs</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>	<i>LDCs</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>
221 Mio. USD	1.399 Mio. USD	209 Mio. USD	1.376 Mio. USD

Tabelle 4.1: Zahlen und Daten - Kanada. Quelle: 1995/1996: Michel (Hrsg.): *DAC-Bericht 1997. S. 100* 2001/2002: „Canada - aid at a glance.“

nahmen für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren festgehalten werden. Sie ist allerdings rechtlich unverbindlich.

Die jährlichen Regierungsverhandlungen mit den Nehmerländern, bei denen Jahreszusagen, Auszahlungsmodalitäten sowie Rahmenbedingungen und Perspektiven der Entwicklungszusammenarbeit besprochen werden, sind hingegen verbindlich.¹⁴²

Grundsätzlich gewährt die ACIDI bevorzugt den Ländern Hilfe, die eine stabile Regierung aufweisen und effiziente Strategien zur Verringerung der Armut durchführen.¹⁴³

4.6.2 Bilaterale Kooperation in Afrika

Wie wichtig der bikulturelle Hintergrund Kanadas für die Beziehungen zu den anglo- und frankophonen afrikanischen Staaten ist, wird in verschiedenen Aussagen deutlich. Die ACIDI nennt die gemeinsame Sprache und die gemeinsame Mitgliedschaft in Commonwealth oder Frankophonie als Grund für besonders enge Beziehungen zu den afrikanischen Staaten.

La volonté exprimée par le Canada d'améliorer la coordination des interventions [...] en faveur du développement se fonde sur les rapports particuliers qu'entretiennent le Canada et les pays africains. Avec son savoir-faire et sa technologie, sa compassion et sa tolérance, le Canada est perçu comme un partenaire de choix en Afrique et au Moyen-Orient. Notre multilinguisme commun nous rapproche encore plus. Le Canada est le seul pays membre à la fois de la Francophonie et du Commonwealth. Les pays africains étant pour la plupart membres de l'une ou l'autre de ces organisations, leurs liens avec le Canada gagnent nécessairement en qualité.¹⁴⁴

Obwohl zumindest die auf sprachlichen Gemeinsamkeiten beruhenden Präferenzen für Afrika eindeutig zu sein scheinen, hat sich die kanadische Entwicklungshilfe für Afrika in den letzten zehn Jahren stark gewandelt. Die ACIDI ist nach wie vor der Meinung, dass die afrikanischen Staaten bei der Verteilung der Gelder Vorrang haben sollten.

L'ACIDI considère que la majorité des pays prioritaires devraient se trouver en Afrique, compte tenu du fait que cette région compte plus de pays pauvres que toute autre région et que c'est elle qui a le moins progressé sur la voie de la réduction de la pauvreté.¹⁴⁵

¹⁴²Vgl. Hofmann: *Kanadas Entwicklungspolitik*. S. 39 f.

¹⁴³„Conseil Canadien pour la Coopération internationale - Rapport annuel 2002.“ S. 8. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

¹⁴⁴„Afrique et Moyen Orient - Aperçu.“ <http://www.acdi-cida.gc.ca/afrika-f.htm> [Letzter Zugriff: 14.1.2004].

¹⁴⁵Comité d'aide au développement: „Coopération pour le développement: Canada.“ S. 31. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

In den neunziger Jahren war Subsahara-Afrika von den Auswirkungen der Haushaltskürzungen jedoch am meisten betroffen.¹⁴⁶ Aufgrund der Entscheidung, bilaterale Hilfe in Ost- und Zentralafrika stufenweise abzubauen, hat die ACIDI 1993 die Hilfe für mehrere der ärmsten Staaten in Subsahara-Afrika gekürzt bzw. beendet. Unter anderen waren fünf Länder von diesen Kürzungen betroffen, die lange Zeit zu den Hauptempfängern gehört hatten, nämlich Kamerun, Kenia, Ruanda, Tansania und die Republikanische Republik Kongo.¹⁴⁷ Interessanterweise blieb Kamerun aufgrund der offiziellen Zweisprachigkeit¹⁴⁸ von den Kürzungen teilweise verschont. „Cameroon, a middle-income nation, was spared somewhat (in part because of its bilingual status) [...]“¹⁴⁹

Zwischen 1990 und 2000 hat die öffentliche Entwicklungshilfe für die Staaten in Subsahara-Afrika um 34,4 % abgenommen, während die kanadische Entwicklungshilfe insgesamt im gleichen Zeitraum um 31,2 % gesunken ist.¹⁵⁰ Der Anteil der Ausgaben für die subsaharischen Staaten lag 2001/2002 bei 19,56 % und war damit der niedrigste unter den frankophonen Geberländern.¹⁵¹ Unter den zehn Hauptempfängern waren 2001/2002 an dritter und vierter Stelle afrikanische Staaten, nämlich Kamerun und die Elfenbeinküste.¹⁵² Aufgrund der Einsparungen war Kanada auch nicht mehr unter den Hauptgebern; Anfang der neunziger Jahre zählte es noch in sieben afrikanischen Staaten zu den fünf Hauptgeberländern. Seit zwei Jahren sind die Ausgaben der ACIDI für das bilaterale Programm in Subsahara-Afrika wieder gestiegen. Die Gelder verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Sektoren¹⁵³

¹⁴⁶Morrison: „The Choice of Bilateral Aid Recipients.“ In: Pratt (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. S. 149.

¹⁴⁷Für die Republikanische Republik Kongo, Kenia und Ruanda waren die Beiträge aufgrund von Menschenrechtsverletzungen und politischer Unruhen schon früher vorübergehend eingestellt bzw. gekürzt worden. Vgl. ebd. S. 149 f.

¹⁴⁸Englisch und Französisch sind Amtssprachen.

¹⁴⁹Morrison: „The Choice of Bilateral Aid Recipients.“ In: Pratt (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. S. 150.

¹⁵⁰Tomlinson, Brian: „Relations économiques du Canada avec l’Afrique subsaharienne: Tendances récentes.“ S. 4. [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

¹⁵¹Vgl. Kap. 5.

¹⁵²An erster und zweiter Stelle waren Polen und nicht näher spezifizierte Länder Ex-Jugoslawiens. Vgl. „Canada - aid at a glance“, Abbildung C.3 im Anhang C.

¹⁵³Tomlinson, Brian: „Relations économiques du Canada avec l’Afrique subsaharienne: Tendances récentes.“ S. 5. [Letzter Zugriff: 29.3.2004]. Wie sich die restlichen 52,3 % verteilen, wird von Tomlinson nicht näher spezifiziert.

- Aufbau demokratischer Institutionen und des öffentlichen Sektors: 13,4 %,
- Entwicklung des privaten Sektors (inklusive kleine und mittlere Unternehmen): 13,4 %,
- Gleichberechtigung der Frau: 8,2 %,
- Umweltschutz: 7,4 %,
- Schutz der Menschenrechte: 5,3 %.

Der Handel zwischen Kanada und den Staaten in Subsahara-Afrika ist, auch verglichen mit anderen Entwicklungsländern, relativ unbedeutend: 2000 betrug der Anteil Subsahara-Afrikas an Importen aus Entwicklungsländern lediglich 3,2 %. Der Anteil an Exporten Kanadas in Entwicklungsländer war mit 4,1 % unwesentlich höher.¹⁵⁴ Rohöl und andere Mineralöle machten 46 % der Importe Kanadas aus afrikanischen Ländern aus. Gebrauchte Kleidung stellt den größten Anteil an Exportgütern von Kanada nach Afrika.¹⁵⁵

4.6.3 Maßnahmen in frankophonen afrikanischen Staaten

Im Folgenden werden die konkreten Hilfsmaßnahmen Kanadas in den frankophonen afrikanischen Staaten dargestellt. Dabei zeigt sich, dass die kanadische Entwicklungszusammenarbeit unter Berücksichtigung der oben genannten Ziele länder- und problemspezifisch ausgearbeitet und durchgeführt wird. Alle Beschreibungen beziehen sich auf das Jahr 2001/2002.¹⁵⁶

Benin

Hier stehen vor allem die Kontrolle und Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung im Vordergrund, wobei die bilaterale Hilfe verhältnismäßig gering ist.

¹⁵⁴Ebd. S. 9.

¹⁵⁵Ebd.

¹⁵⁶„Le Canada en Francophonie - Aide canadienne aux pays de la Francophonie.“ http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/francophonie/cnd_aid-fr.asp [Letzter Zugriff: 2.9.2003].

Der Kampf gegen Korruption und die Mobilisierung von Staatseinnahmen sind weitere wichtige Maßnahmen. 2001/2002 unterstützte die ACIDI die Einrichtung eines Systems zur Abfallentsorgung in der Stadt Cotonou. Zudem haben elf kanadische Organisationen Ernährungsprogramme und die Entwicklung von Kompetenzen im Umweltschutz gefördert. Im Rahmen industrieller Kooperation wurde ein Projekt zur Berufsausbildung realisiert. Der Benin ist eines der Länder, dem Kanada einen Zahlungsaufschub der Schulden gewährt hat, da Reformen durchgeführt wurden und die Regierung als fähig eingeschätzt wird, die aus der Schuldenerleichterung gewonnenen Mittel im Sinne der Entwicklung Benins einzusetzen und nicht z.B. für private oder militärische Zwecke zu missbrauchen.

Burkina Faso

Durch die Entwicklung von Personal und produktivem Potential soll mithilfe des bilateralen Programms die Armut verringert werden. Der private Sektor soll durch die Unterstützung der lokalen Wirtschaft zum Wirtschaftswachstum beitragen können. Die Bevölkerung wird aufgrund von Bildungsmaßnahmen, vor allem für Mädchen, sowie durch soziale Kommunikation und Dezentralisierung der Verwaltung dazu befähigt, zu ihrer eigenen Entwicklung beizutragen. Der Ausbau der Primärbildung wird durch die ACIDI besonders gefördert: In den nächsten zehn Jahren sollen dafür in Burkina Faso 50 Millionen CAD zur Verfügung stehen.¹⁵⁷ Das Programm *Partenariat Canadien* hat 2001/2002 31 Organisationen unterstützt, die in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Ernährung, Geschlechtergleichheit, Menschenrechten und Umwelt tätig geworden sind. Im Rahmen industrieller Kooperation wurden elf Projekte in ländlicher Entwicklung, Landwirtschaft, Bergbau, Transport und Informatik durchgeführt. Von 1989 bis 1991 stoppte Kanada die Hilfszahlungen für Burkina Faso, da dort mehrere Militärs hingerichtet wurden, obwohl die Beweislage für deren angeblichen Plan, den Präsidenten stürzen zu wollen, unklar war.¹⁵⁸

¹⁵⁷ „Conseil Canadien pour la Coopération internationale - Rapport annuel 2002.“ S. 6. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

¹⁵⁸ Vgl. Keenlyside: „Aiding Rights: Canada and the Advancement of Human Dignity.“ In: Pratt (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. S. 256.

Burundi

Aufgrund des Staatsstreichs, der zum Ausbruch des Bürgerkriegs geführt hat, wird Burundi seit 1996 nicht mehr durch bilaterale Hilfsprogramme gefördert. Die Verhandlungen für ein Friedensabkommen und die Einrichtung einer Übergangsregierung hat die kanadische Regierung hingegen unterstützt. Die Flüchtlinge in Burundi und Tansania konnten von der humanitären Hilfe Kanadas profitieren. Die Bereiche Geschlechtergleichheit, Menschenrechte, Gesundheit, Bildung und der Erwerb von Kenntnissen im Umweltschutz erhielten Unterstützung durch elf kanadische Hilfsorganisationen.

Demokratische Republik Kongo

1998 hat die kanadische Regierung die Demokratische Republik Kongo vorläufig in ihr bilaterales Hilfsprogramm aufgenommen. Die nationale Versöhnung, Friedensinitiativen und die Sanierung der sozialen und wirtschaftlichen Dienste stehen im Vordergrund, um die Stabilität des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems zu gewährleisten und dadurch die weitere Entwicklung des Landes zu ermöglichen. Dabei spielt die Unterstützung unternehmerischer Initiativen der Kongolesen eine wichtige Rolle. 2001/2002 wurden zehn Partner vom Programm *Partenariat canadien* gefördert, um die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Bildungsprogramme und Menschenrechte auszubauen. Des Weiteren wurden zwei Projekte im Energie- und Transportsektor im Rahmen der industriellen Kooperation durchgeführt.

Elfenbeinküste

Die Unterstützung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und der Schutz der Waldgebiete stehen hier im Mittelpunkt, daneben sind Dezentralisierung, die Gleichbehandlung von Mann und Frau sowie der Kampf gegen AIDS im Programm. Zwölf kanadische Organisationen kooperierten 2001/2002 in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Bildung, Gleichberechtigung und Demokratie. Sechs weitere Projekte wurden im Bergbau und im Transportwesen sowie in Bildung und Landwirtschaft durchgeführt. Die Entscheidung Kanadas, den ärmsten Ländern ihre Schulden bei der *Société pour l'expansion des exportations* (SEE) und der *Commission canadienne*

du blé (CCB) vollständig zu erlassen, war für die Elfenbeinküste wichtig: Sie hatte Schulden in Höhe von 250,9 Millionen CAD.¹⁵⁹

Gabun

In Gabun liegt der Schwerpunkt der Hilfsmaßnahmen auf technischer Zusammenarbeit in Schulbildung und beruflicher Ausbildung. Die Projekte werden je zur Hälfte von der ACDI und Gabun getragen. Der Ausbau der Institutionen des öffentlichen Sektors und die Förderung der Demokratie wurde 2001/2002 von fünf kanadischen Hilfsorganisationen gewährleistet. Finanziell unterstützt wurde auch der Kooperationsfonds der *Association Internationale des Maires Francophones* (AIMF). Fünf Projekte in den Bereichen Bau, Abfallentsorgung, Umweltschutz, gewerbliche Industrie und Transport wurden im Rahmen der industriellen Kooperation durchgeführt. Gabun war eines der Länder, die von den Kürzungen der Entwicklungshilfe in den neunziger Jahren verschont blieben.¹⁶⁰

Guinea

In Guinea konzentriert sich die bilaterale Hilfe Kanadas zum einen auf technische und berufliche Ausbildung, die Unterstützung der ländlichen Bevölkerung sowie die Förderung eines Instituts für Umweltforschung. Zum anderen soll wirtschaftliches Wachstum durch die Einrichtung von Sparkassen in der Hauptstadt Conakry erzielt werden. Finanzielle Unterstützung wird außerdem gewährleistet, um eine Strategie zur Verringerung der Armut zu entwickeln und den frankophonen Fernsehsender *TV5* einzuführen.

Im Jahr 2001/2002 hat Kanada vier kanadische Vereinigungen und Nichtregierungsorganisationen unterstützt, die Guinea in den Bereichen Gesundheit, Entwicklung von Kompetenzen zur Steigerung der Produktivität, Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie Schutz der Menschenrechte unterstützt haben. Im Rahmen der industriellen Kooperation wurden Projekte zur Reinigung und Aufbereitung von Trinkwasser,

¹⁵⁹ „Conseil Canadien pour la Coopération internationale - Rapport annuel 2002.“ S. 1. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

¹⁶⁰ Morrison: „The Choice of Bilateral Aid Recipients.“ In: Pratt (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. S. 150.

Energiegewinnung, industrieller Fertigung, sowie für Fischfang und Transport durchgeführt.

Guinea-Bissau

Das Programm *Partenariat canadien* hat 2001/2002 zwei Nichtregierungsorganisationen unterstützt, die Hilfe im Umweltschutz und einen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft geleistet haben.

Kamerun

Der Schutz der Wälder und der Umwelt, die Mikrofinanzierung und die Befriedigung der Grundbedürfnisse sind Hauptaspekte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in Kamerun. 22 kanadische Nichtregierungsorganisationen leisteten 2001/2002 Entwicklungshilfe in folgenden Bereichen: Bildung, Ernährung, Gesundheit, Erwerb von spezifischen Kenntnissen im Umweltschutz, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Recht und Demokratie. Auch der Kooperationsfonds der AIMF wurde hier gefördert. Zwei Projekte konnten im Rahmen der industriellen Zusammenarbeit in Landwirtschaft und Trinkwasseraufbereitung realisiert werden. Auch Kamerun profitierte vom teilweisen Erlass seiner Schulden, was einen Betrag von 440,1 Millionen CAD ausmachte.¹⁶¹

Kongo

Hier gibt es keine bilaterale Zusammenarbeit, Unterstützung ist jedoch durch lokale Projekte, finanziert durch den *Fonds canadien d'initiatives locales*, gewährleistet. Sieben kanadische Hilfsorganisationen leisteten 2001/2002 Hilfe in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Bildung, Umweltschutz und Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Madagaskar

Auch hier führt die kanadische Regierung keine bilateralen Hilfsprogramme durch.

¹⁶¹Tomlinson, Brian: „Relations économiques du Canada avec l’Afrique subsaharienne: Tendances récentes.“ S. 1. [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

Das Partnerschaftsprogramm hat 2001/2002 sieben Organisationen bei der Realisierung von Projekten im Umweltschutz und zur Förderung von Gesundheit, Ernährung und Menschenrechten unterstützt. Auch der Fonds des AIMF wurde finanziell gefördert. Madagaskar gehört zu den Staaten, denen ein Zahlungsaufschub der Schulden gewährt wurde.

Mali

Der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen soll verbessert, das Einkommen der Haushalte gefestigt und vergrößert werden. Die Integration der Frauen in die Gesellschaft und die Unterstützung von Dezentalisierungsmaßnahmen sind weitere wichtige Gesichtspunkte des kanadischen Entwicklungshilfeprogramms. Die nationalen Bildungs- und Gesundheitsprogramme werden von Kanada gefördert, zudem trägt es dazu bei, das Dienstleistungsangebot im Bereich der Mikrofinanzierung und die Einkommen der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe zu vergrößern. 25 kanadische Partnerorganisationen wurden 2001/2002 unterstützt, um in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Gleichberechtigung, Umweltschutz und Menschenrechte Entwicklungshilfe leisten zu können. Im Rahmen der industriellen Zusammenarbeit wurden zwei Projekte im Bereich Finanzen und Telekommunikation durchgeführt. In Mali unterstützt die ACIDI den Ausbau der Institutionen für primäre Schulbildung und medizinische Grundversorgung in besonderem Maße.

Mauretanien

Drei Partnerorganisationen erhielten 2001/2002 Unterstützung bei der Durchführung von Projekten zur Trinkwasseraufbereitung, Gesundheit, Ernährung, Bildung sowie dem Erwerb von Fachkenntnissen in den Bereichen Umwelt und Produktivität. Auch hier leistete Kanada einen Beitrag zum Kooperationsfonds der AIMF. Außerdem wurden verschiedene Programme in der Abbau- und Förderungsindustrie sowie im Transport-, Bank- und Finanzwesen umgesetzt.

Mauritius

Da das Pro-Kopf-Einkommen hier verhältnismäßig hoch ist, gibt es keine bilateralen

Entwicklungshilfeprojekte. Die ACIDI finanziert jedoch verschiedene regionale Programme. Im Rahmen des Partnerschaftsprogramms wurden 2001/2002 Projekte im Bereich Fernstudium und Einführung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien durchgeführt.

Niger

Im Niger unterstützt Kanada hauptsächlich Bildungsprogramme. Dazu zählen die Durchführung eines Zehnjahresplans für Bildung, der Aufbau der schulischen Infrastruktur und die Erhöhung der Schulbesuchsquote von Mädchen. Der Niger ist eines der Länder, die von besonderen Zuschüssen der ACIDI für diesen Bereich profitieren. Elf kanadische Vereinigungen kooperierten 2001/2002 in den Bereichen Gleichberechtigung, Umweltschutz, Gesundheit und Bildung. Auch hier wurde der AIMF, der im Niger tätig ist, finanziell gefördert. Die Verwaltung auf Regierungsebene wurden im Rahmen der industriellen Zusammenarbeit unterstützt.

Ruanda

Der Wiederaufbau des Landes steht im Mittelpunkt der bilateralen Hilfe. Hauptziele sind nationale Versöhnung, Verringerung der Armut und nachhaltige Entwicklung. Um diese zu erreichen, sollen die Menschenrechte, das Justizsystem und die zugehörigen Institutionen gestärkt werden. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau soll gefördert und die Befriedigung der Grundbedürfnisse, vor allem die von Frauen und Kindern, erreicht werden. Die kanadischen NRO, die von Kanada unterstützt wurden, waren 2001/2002 in den Bereichen Gleichberechtigung, Menschenrechte, Gesundheit, Bildung und Umweltschutz aktiv. Drei Projekte in Landwirtschaft, Bergwerk und Stadtplanung wurden auf der Ebene der industriellen Zusammenarbeit ins Leben gerufen.

Senegal

Die beiden wichtigsten Bereiche, die im Senegal unterstützt werden, sind der Bildungssektor und der Aufbau der Volkswirtschaft. Der Senegal hat ein eigenes, auf eine Dauer von zehn Jahren angelegtes Programm entwickelt, das sich auf Grundauf-

bildung sowie technische und professionelle Ausbildung konzentriert. Um die Wirtschaft aufzubauen, wird die Gewährung von Krediten erleichtert und die Spartätigkeit gefördert. Außerdem werden kleine Betriebe in der Verbesserung ihrer Organisationsstruktur und ihrer technischen Ausstattung unterstützt. Kanadische Organisationen arbeiteten 2001/2002 mit senegalesischen Partnern zusammen, um Kenntnisse in den Bereichen Umwelt und Produktivität zu fördern sowie, wie in Guinea auch, Bildung, Gesundheit und die Gleichberechtigung der Frau zu unterstützen. Die finanzielle Unterstützung durch den Kooperationsfonds der AIMF war ebenfalls Bestandteil des Programms. Des Weiteren wurden Projekte in Landwirtschaft, Bau, Kommunikation, Informatik und Umweltschutz unterstützt. Der Senegal gehört zu den Ländern, denen ein sofortiger Zahlungsaufschub der Schulden gewährt wurde, da hier wichtige Reformen und Strategien zum Kampf gegen Armut durchgeführt wurden.

Togo

Der Togo wird nicht im Rahmen bilateraler Hilfsprogramme gefördert. Die ACIDI unterstützt diesen Staat jedoch im Rahmen regionaler Projekte, wie z.B. bei der Bekämpfung von AIDS, unter anderem durch das Projekt *Projet d'appui à la lutte contre le sida en Afrique de l'Ouest* und durch einen kanadischen Fonds lokaler Initiativen im Togo (*Fonds canadien d'initiatives locales togolaises*), durch den Gemeinschaftsinitiativen der Nichtregierungsorganisationen gefördert werden. Zudem sind 2001/2002 elf kanadische Partner unterstützt worden, die in den Gebieten Gesundheit, Bildung, Gleichberechtigung und Menschenrechten Hilfe geleistet haben.

Tschad

Der Tschad profitiert vom Fonds für lokale Initiativen und vom kanadischen Partnerschaftsprogramm (*Partenariat canadien*), in dessen Rahmen im Jahr 2001/2002 hauptsächlich im Bereich Bildung kooperiert wurde.

Zentralafrikanische Republik

Die Zentralafrikanische Republik ist nicht Teil des bilateralen Hilfsprogramms, profitiert aber wie Burundi und Kongo vom Fonds für lokale Initiativen. Die Befrie-

digung der Grundbedürfnisse und der Erwerb von Kompetenzen im Bereich Produktivität wurde 2001/2002 von drei kanadischen Organisationen unterstützt und gefördert. Durch den Kooperationsfonds der AIMF wurde die Zentralafrikanische Republik ebenfalls finanziell gefördert.

4.7 Die Entwicklungspolitik der Provinz Quebec

4.7.1 Entwicklung seit 1960

Die Regierung der Provinz Quebec engagiert sich seit den sechziger Jahren in der internationalen Zusammenarbeit. Vertretungen und Delegationen im Ausland hat die Provinz jedoch schon wesentlich früher eingerichtet: Bereits 1882 entsandte sie einen ständigen Repräsentanten nach Paris. Mit der Eröffnung einer Hauptvertretung (*délégation générale*) in Paris 1961 gewann die internationale Präsenz der Provinz weiter an Bedeutung.

Seit 1976 finanziert Quebec die *Association québécoise des organismes de coopération internationale* (AQOCI), eine Vereinigung 30 privater Hilfsorganisationen, mit jährlich 350.000 CAD.¹⁶² Seit 1964 hat Quebec ca. 550 Abkommen mit ausländischen Staaten und Regionen geschlossen, von denen mehr als 300 noch in Kraft sind. Im Jahr 2003 allein wurden 27 Abkommen geschlossen, durch die Studenten aus den jeweiligen Ländern von den Studiengebühren in Quebec befreit werden.

Seit Beginn der sechziger Jahre ist Quebec auch im Rahmen multilateraler Zusammenarbeit aktiv und hat verschiedene Abkommen mit der UNESCO, OIT¹⁶³, FAO¹⁶⁴, OMS¹⁶⁵ und der panamerikanischen Organisation für Gesundheit geschlossen. Die Provinz nimmt an den Entscheidungsmechanismen dieser Organisationen innerhalb der kanadischen Delegation teil, leistet aber auch eigenständige Beiträge. 2002 wur-

¹⁶²Sauvageau, Lyne/ Mace, Gordon: „Les relations extérieures du Québec avec l’Afrique et le Moyen-Orient.“ In: Balthazar, Louis/ Bélanger, Louis/ Mace, Gordon (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. Sillery, Éditions du Septentrion, 1993, S. 271.

¹⁶³*Organisation Internationale du Travail*, internationale Organisation für Arbeit

¹⁶⁴*Food and Agriculture Organization of the UN*, Organisation der UN für Ernährung und Landwirtschaft

¹⁶⁵*Organisation Mondiale de la Santé*, Weltgesundheitsorganisation

de in diesem Zusammenhang eine wichtige Änderung des Gesetzes des Ministeriums für internationale Beziehungen, *Loi sur le ministère des Relations internationales*, vorgenommen. Sie sieht vor, dass wichtige internationale Verpflichtungen der Provinz vorher der *Assemblée nationale* vorgelegt werden müssen. Dazu zählen einerseits Abkommen, die Quebec mit anderen Staaten schließt, andererseits bestimmte Vereinbarungen der kanadischen Regierung, deren Anwendung es erforderlich macht, dass Quebec selbst Verpflichtungen eingeht.¹⁶⁶

Bis 1980 spielte die Entwicklungspolitik keine große Rolle für die internationalen Beziehungen Quebecs. Zwischen 1983 und 1985 hat Quebec dann ein eigenes, selbst finanziertes Projekt durchgeführt: Die Provinz unterstützte die Ausbildung von Lehrern in Marokko.

4.7.2 Die problematischen Beziehungen zu Ottawa

Die Auslandsbeziehungen Quebecs sind seit jeher von dem Verhältnis zu Ottawa und dem Streit um die Kompetenzen der Provinz beeinflusst und geprägt.¹⁶⁷ „Le caractère distinct de la participation du Québec à la fédération canadienne a aussi un impact durable sur ses relations internationales.“¹⁶⁸

In Quebec entwickelte sich eine doppelte Dynamik: Einerseits hatte man den Willen, die Vorrechte Ottawas zu respektieren, andererseits wollte man gegenüber der föderalen Regierung autonom handeln.¹⁶⁹

Wie bereits erwähnt, kam es schon Ende der sechziger Jahre zu Konflikten mit Ottawa, als lediglich die Provinz Quebec, nicht aber die föderale Regierung, zur Konferenz der frankophonen Bildungsminister eingeladen worden war.¹⁷⁰ Die Regierung in Ottawa fürchtete zu diesem Zeitpunkt, dass Quebec alle Beziehungen zu frankopho-

¹⁶⁶„Notes sur l’histoire institutionnelle des relations internationales du Québec.“ http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/politique_internationale/historique/historique.asp [Letzter Zugriff: 7.3.2004].

¹⁶⁷Vgl. hierzu den Streit um die Mitgliedschaft Quebecs in der Frankophonie, Kap. 4.7.2.

¹⁶⁸Bernier, Luc: *De Paris à Washington: la politique internationale du Québec*. Sainte-Foy, Presses de l’Université du Québec, 1996, S. 152.

¹⁶⁹Vgl. Sauvageau/ Mace: „Les relations extérieures du Québec avec l’Afrique et le Moyen-Orient.“ In: Balthazar/ Bélanger/ Mace (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. S. 256.

¹⁷⁰Vgl. hierzu Kap. 3.6.

nen Ländern allein in die Hand nehmen würde. Daraufhin wurde Kanadas Interesse an den frankophonen Staaten in Afrika geweckt: Ottawa entsandte eine Delegation nach Afrika, die die Möglichkeiten und Ziele der kanadischen Entwicklungszusammenarbeit präsentierte.

Zuvor hatte sich Ottawa auf den anglophonen Teil Afrikas konzentriert, was mit den Auswirkungen des Ost-West-Konflikts und der Zugehörigkeit Kanadas zum britischen Empire zusammenhing.¹⁷¹ Die Entwicklungshilfe für das frankophone Afrika, die von 1960-1968 lediglich 300.000 CAD pro Jahr betragen hatte, wurde Ende der sechziger Jahre erheblich gesteigert und betrug 1973 mit 80 Millionen CAD ein Fünftel des Gesamtbudgets der ACDI.¹⁷² Im Jahr 1968 initiierte Ottawa im Rahmen der sog. *Mission Chevier* 50 Projekte in den frankophonen afrikanischen Staaten, um auszugleichen, dass der Stellenwert der Entwicklungshilfe für diese Länder falsch eingeschätzt worden war.¹⁷³

Da die frankophonen Länder von den Programmen der ACDI profitieren wollten, wurde die kanadische Regierung bevorzugter Ansprechpartner der afrikanischen Staaten. Sie befürchteten, dass die direkte Zusammenarbeit mit den kanadischen Provinzen die Verschlechterung der Beziehungen zu Ottawa bedeuten könnte. Außerdem wollten sie Quebec nicht bei seinen Autonomie-Bestrebungen gegenüber Ottawa unterstützen. Die Auswirkungen des Konflikts zwischen Kanada und Quebec auf die Beziehungen zu ausländischen Partnern verschärfen sich, als im November 1976 die *Parti Québécois* (PQ) an die Macht kam, die die föderale Autorität verneinte. Aus diesem Grund fand keine Kooperation zwischen der Provinzregierung und der ACDI mehr statt. Die Beziehungen zu den frankophonen afrikanischen Staaten wurden unter der Regierung der PQ allerdings in erheblichem Maße auf- und ausgebaut.

¹⁷¹Vgl. Sauvageau/ Mace: „Les relations extérieures du Québec avec l’Afrique et le Moyen-Orient.“ In: Balthazar/ Bélanger/ Mace (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. S. 287.

¹⁷²Ebd.

¹⁷³Vgl. ebd.

4.7.3 Träger der Entwicklungspolitik in Quebec

Quebec hat ein eigenes Ministerium für internationale Beziehungen, das *Ministère des Relations internationales*, eingerichtet. Innerhalb des Ministeriums ist das *Secrétariat à l'aide internationale du Québec* (SAIQ) für die Entwicklungszusammenarbeit der Provinz zuständig. „Sa mission consiste à soutenir les actions menées conjointement par la société civile québécoise et les communautés du Sud en faveur d'un développement durable et équitable.“¹⁷⁴ Das Sekretariat legt, ähnlich wie die ACDI auf föderaler Ebene, fest, welche Staaten zu den Empfängerländern der Hilfe Quebecs zählen. Die Entwicklungshilfeorganisationen reichen ihre Projektvorschläge beim Sekretariat ein. Sie werden von Auswahlkomitees, bestehend aus Vertretern des Ministeriums für internationale Beziehungen, bewertet und ausgewählt. Im Unterschied zur ACDI führt das SAIQ jedoch keine eigenen bi- oder multilateralen Programme durch:

[...] le SAIQ n'a pas de programme d'aide bilatérale ou multilatérale, la totalité des sommes consacrées à la solidarité est remise aux organismes québécois de coopération internationale (OCI) et à leurs partenaires du Sud.¹⁷⁵

Der Gesamtumfang der Hilfe ist mit weniger als acht Millionen CAD jährlich verhältnismäßig gering.

Die acht Mitarbeiter des SAIQ haben folgende Programme im Bereich internationaler Kooperation ausgearbeitet:

1. Das *Programme québécois de développement international* (PQDI) unterstützt die Maßnahmen und Entwicklungsinitiativen von mehr als 50 Organisationen Quebecs, die in frankophonen Entwicklungsländern sowie in Lateinamerika und auf den Antillen tätig sind. Sie unterstützen die Befriedigung der Grundbedürfnisse für Gesundheit, Bildung, Menschenrechte und Demokratie. Im Rahmen dieses Programms wurden 322 Projekte in 45 Ländern durchgeführt. Die Gesamthilfe beträgt 17,2 Millionen CAD. 59 % des Budgets der realisierten Pro-

¹⁷⁴„Solidarité internationale - Mission.“
http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/action_internationale/solidarite/solidarite.asp [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

¹⁷⁵Interview mit Alain Scrosati, siehe Anhang B.1.

jekte kamen Ländern mit niedrigem Einkommen¹⁷⁶ zugute.¹⁷⁷

2. Im Rahmen des Programms *Québec sans frontières* haben Quebecer im Alter von 18 bis 35 Jahren die Möglichkeit, Praktika in bestehenden Entwicklungshilfeprojekten zu absolvieren. Bisher wurden 246 Praktikumsplätze in 27 Ländern geschaffen, die von 2.075 Teilnehmern in Anspruch genommen wurden. Fast die Hälfte dieser Projekte werden in Ländern mit niedrigem Einkommen durchgeführt. Die fünf wichtigsten Partnerländer sind Burkina Faso, Mali, Senegal, die Dominikanische Republik und Peru. Das Gesamtbudget beträgt 11,8 Millionen CAD.¹⁷⁸
3. Das *Programme de sensibilisation du public* unterstützt 13 Organisationen finanziell bei der Information der Öffentlichkeit und bei der Durchführung von Aktionstagen¹⁷⁹ zur internationalen Solidarität. Um die Bevölkerung für die Wichtigkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu sensibilisieren, haben in ganz Quebec seit 1997 60 Bildungsprojekte stattgefunden. Das Gesamtbudget für dieses Programm beträgt 2,1 Millionen CAD.¹⁸⁰

4.7.4 Spezielle Interessen Quebecs

Hauptziele der internationalen Politik Quebecs sind der Auf- und Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen und die Mitarbeit in den Institutionen der Frankophonie. Wie für Kanada selbst ist die Frankophonie für Quebec ein wichtiges Mittel, um seine Stellung im internationalen Geschehen zu etablieren und zu festigen.

L'importance accordée à une institution comme la Francophonie dénote, quant à elle, une politique assez semblable à celle du Canada et à celle d'autres pays, petits et moyens qui, à la différence des grandes puissances, comptent sur leur participation à des organisations internationales pour préserver ou accroître leur statut.¹⁸¹

¹⁷⁶Länder, in denen das BSP weniger als 746 USD pro Kopf im Jahr beträgt. Näheres zur Einteilung in die verschiedenen Kategorien siehe Anhang A.

¹⁷⁷„Solidarité internationale - Faits saillants.“
http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/action_internationale/solidarite/faits_saillants.asp [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

¹⁷⁸Ebd.

¹⁷⁹Von 1997 bis 2003 fanden sieben solcher Aktionstage statt.

¹⁸⁰„Solidarité internationale - Faits saillants.“ [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

¹⁸¹Mace, Gordon/ Bélanger, Louis: „Synthèse comparative.“ In: Balthazar/ Bélanger/ Mace (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. S. 348.

Der Aufbau von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen ist für die Provinz, wie für Ottawa auch, das vorherrschende Ziel der internationalen Politik. Entwicklungszusammenarbeit ist ein weiterer jedoch weniger gewichtiger Bestandteil der Politik. Die Interessen, die Quebec mit Entwicklungshilfe verfolgt, haben vor allem die Stärkung der Zivilgesellschaft zum Ziel.

Die Provinz sieht sich selbst zwar als Akteur mit bescheidenen Mitteln, fühlt sich aber dennoch verantwortlich für die Verringerung der Unterentwicklung.¹⁸² Alain Scorsati, Mitarbeiter des SAIQ, beschreibt das Selbstverständnis Quebecs wie folgt: „[...] le Québec n’a pas la prétention d’être un joueur majeur dans le domaine du développement et de la coopération internationale. Pour cette raison, il a notamment choisi de s’appuyer sur la société civile pour réaliser des actions de solidarité.“¹⁸³

Die wichtigsten geographischen Ziele der internationalen Politik Quebecs sind Frankreich, die USA und Westeuropa. In Afrika ist die Provinz hauptsächlich im Bereich Bildung und Wissenschaft aktiv.

En effet, ce qui intéresse surtout le gouvernement du Québec en Afrique, à tout le moins sur le plan du discours, ce sont les questions liées à l’éducation et à la science, tandis que face à l’Asie et à l’Amérique latine on privilégie tout d’abord les domaines économiques et politiques-diplomatiques.¹⁸⁴

Aufgrund historischer Verbindungen und der geographischen Nähe sind die südamerikanischen Staaten von entscheidender Bedeutung für Quebec. Die Regierung der Provinz ist sich darüber im Klaren, dass die Integration dieser Länder nur dann funktioniert, wenn die Debatte und Interessen über den bloßen wirtschaftlichen und kommerziellen Rahmen hinausgehen.

Der afrikanische Kontinent spielte für die heutige Bedeutung Quebecs im internationalen Geschehen eine wichtige Rolle und wurde in diesem Zusammenhang von Quebec auch für innenpolitische Zwecke benutzt. Dies zeigt sich laut Sauvageau und Mace daran, dass entwicklungspolitische Ziele eine untergeordnete Rolle spielen: „l’aide au développement n’a jamais constitué une priorité dans le discours gouver-

¹⁸²Bernier, Ivan: „De l’économie mondiale à la Francophonie: les cibles générales et institutionnelles.“ In: Balthazar/ Bélanger/ Mace (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. S. 336.

¹⁸³Interview mit Alain Scorsati, siehe Anhang B.1.

¹⁸⁴Mace/ Bélanger: „Synthèse comparative.“ In: Balthazar/ Bélanger/ Mace (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. S. 345.

nemental québécois [...].¹⁸⁵ Als Gründe nennt er die Verteilung der konstitutionellen Kompetenzen auf föderaler und provinzieller Ebene sowie die Tatsache, dass Afrika wirtschaftlich verarmt ist und die Möglichkeiten, aufgrund von partnerschaftlichen Beziehungen wirtschaftlichen Nutzen für Quebec zu erzielen, in anderen Teilen der Welt besser sind. Des Weiteren stehen der Provinz nur begrenzte finanzielle Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung: Jährlich werden weniger als acht Millionen CAD für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben.¹⁸⁶

Laut Sauvageau und Mace könnten die Beziehungen zu den frankophonen afrikanischen Staaten jedoch von Nutzen für Quebec sein: Durch seine geographische Lage in Nordamerika könne es die nordamerikanischen Technologien und Entwicklungen übernehmen und nutzen, um sie in der frankophonen Umgebung Afrikas umzusetzen und dabei von der gemeinsamen Sprache profitieren. „[...] la communauté de langue constituait ici un véhicule idéal pour la coopération internationale du Québec.“¹⁸⁷ Obwohl die Regierung verhältnismäßig wenig Mittel für Afrika zur Verfügung stellt, nennt sie die frankophonen Länder neben den amerikanischen Staaten und den Antillen als bevorzugte Regionen für die Ausübung ihrer Solidarität. „Les pays de la Francophonie constituent, pour le Québec, un espace privilégié de coopération linguistique et culturelle, mais aussi un lieu d'expression de sa solidarité.“¹⁸⁸

Bei der Auswahl der Empfängerländer kommen historische, politische und kulturelle Gesichtspunkte zum tragen.

Les actions de développement soutenues par le Québec sont orientées vers les pays les moins favorisés de la Francophonie, de l'Amérique latine et des Antilles, avec une préoccupation majeure, dans ces pays, pour les populations les plus vulnérables face aux défis et contraintes du développement.¹⁸⁹

In anderen Regionen wird humanitäre Hilfe bei Naturkatastrophen oder bewaffneten Konflikten geleistet.

¹⁸⁵Sauvageau/ Mace: „Les relations extérieures du Québec avec l'Afrique et le Moyen-Orient.“ In: Balthazar/ Bélanger/ Mace (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. S. 281.

¹⁸⁶Interview mit Alain Scorsati, siehe Anhang B.1.

¹⁸⁷Sauvageau/ Mace: „Les relations extérieures du Québec avec l'Afrique et le Moyen-Orient.“ In: Balthazar/ Bélanger/ Mace (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. S. 281.

¹⁸⁸„Solidarité internationale - Les régions ciblées.“
http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/action_internationale/solidarite/axes_intervention/regions.asp [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

¹⁸⁹Ebd.

Im Unterschied zu der Entwicklungszusammenarbeit der kanadischen Regierung konzentriert sich die Hilfe Quebecs auf wenige Länder und Regionen. Dies zeigt sich auch daran, dass die Minister Quebecs hauptsächlich die frankophonen Staaten Kamerun und Gabun, Senegal und die Elfenbeinküste bereisen und bisher noch kein einziges anglophones Land in Afrika besucht haben.¹⁹⁰

4.7.5 Aktionsfelder der Entwicklungspolitik Quebecs

Die Grundsätze für die Entwicklungszusammenarbeit beruhen auf Werten, die auch die Basis für das Selbstverständnis der Gesellschaft der Provinz bilden. Dazu zählen Toleranz, Recht, gegenseitiger Respekt, soziale Gerechtigkeit, Offenheit und die Beteiligung der Bürger. Darauf basierend hat das SAIQ vier Prinzipien für seine Arbeit entwickelt¹⁹¹:

1. Die Bekämpfung der Armut ist, wie bei der ACDI auch, oberstes Ziel, ebenso die Einhaltung der Grundrechte für alle Bürger.
2. Durch nachhaltige Lösungen soll die Selbständigkeit der Gemeinschaften im Süden gefördert werden.
3. Die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Nord und Süd wird respektiert und in Entscheidungen einbezogen, ebenso der Einfluss, den das eigene Verhalten auf die gerechte Verteilung der Reichtümer hat.
4. Um einen Beitrag zu dauerhaftem Frieden und der Vermeidung von Konflikten leisten zu können, basieren alle Kooperationsprojekte auf gegenseitigem Respekt und Anerkennung.

Ähnlich wie die ACDI nennt das SAIQ als wichtigste Sektoren für Entwicklungsprojekte Gesundheit, Bildung, Umweltschutz, Menschenrechte, Demokratie sowie Informa-

¹⁹⁰Sauvageau/ Mace: „Les relations extérieures du Québec avec l’Afrique et le Moyen-Orient.“ In: Balthazar/ Bélanger/ Mace (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. S. 275.

¹⁹¹„Solidarité internationale - Axes d’intervention.“
http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/action_internationale/solidarite/axes_intervention/fondements.asp
[Letzter Zugriff: 29.3.2004].

tions- und Kommunikationstechnologie. Tatsächlich sind Bildung und Wissenschaft Hauptbestandteile der Entwicklungszusammenarbeit der frankophonen Provinz.

La majorité des interventions du Québec en Afrique [...] se situent au niveau éducatif: formation des cadres, établissement d'écoles spécialisées, mise sur pied de centre de formation technique, échange de conférenciers, de professeurs, accueil de stagiaires et ce, dans divers domaines comme la santé, l'hôtellerie, l'agriculture.¹⁹²

Auf der bilateralen Ebene besteht die Entwicklungszusammenarbeit vor allem in Abkommen, die die Verringerung bzw. den Erlass der Studiengebühren für ausländische Studenten, die in Quebec studieren wollen, zum Inhalt haben.

Auf der multilateralen Ebene kooperiert Quebec mit verschiedenen UN-Institutionen und der *Agence intergouvernementale de la Francophonie*.

À la suite de son adhésion à l'Agence de coopération culturelle et technique, (aujourd'hui l'Agence intergouvernementale de la Francophonie), en 1970, le Québec s'est tourné de plus en plus vers la Francophonie dans la poursuite de ses activités de coopération internationale réalisées maintenant en concertation avec les institutions de la Francophonie. Aujourd'hui, Haïti et les pays francophones d'Afrique sont les principaux bénéficiaires de l'aide internationale du Québec.¹⁹³

Zur Entwicklungszusammenarbeit zählen auch Abkommen in den Bereichen Infrastruktur, Gesundheit und Bildung. Innerhalb Kanadas kooperiert Quebec mit der ACDI: Seit 1971 ist die Provinz für die Durchführung verschiedener Projekte der ACDI im frankophonen Afrika zuständig. Gemeinsam durchgeführte Projekte werden zu 75 % von der ACDI und zu 25 % von Quebec finanziert. Im Rahmen dieser Projekte stellt Quebec neben Arbeitskräften (v.a. Entwicklungshelfer und Lehrer) seine technischen Ressourcen zur Verfügung. Auch Experten werden für bestimmte Zeit abgestellt, wenn sie angefordert werden, um in bestimmten Projekten mitzuarbeiten.¹⁹⁴

Die Provinz beteiligt sich außerdem an der Organisation und Durchführung von Kolloquien und Konferenzen in Quebec und Afrika. Quebec ist also vor allem in un-

¹⁹²Sauvageau/ Mace: „Les relations extérieures du Québec avec l'Afrique et le Moyen-Orient.“ In: Balthazar/ Bélanger/ Mace (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. S. 271.

¹⁹³„Le Québec et la Francophonie - Aide internationale du gouvernement du Québec.“ http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/francophonie/quebec_francophonie/contributions/aide.asp [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

¹⁹⁴Vgl. Sauvageau/ Mace: „Les relations extérieures du Québec avec l'Afrique et le Moyen-Orient.“ In: Balthazar/ Bélanger/ Mace (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. S. 269.

terstützender Form tätig: „L'action du gouvernement du Québec en Afrique est une action de support plutôt que d'initiative et de mise en œuvre de projets.“¹⁹⁵

Zur Förderung der Maßnahmen des SAIQ sind 78 % der NRO aus Quebec in Afrika tätig. Ihr Aktivitäten konzentrieren sich auf drei Länder, nämlich Mali, wo 38 Organisationen tätig sind, Haiti (31) und Burkina Faso (28).¹⁹⁶ Auch bei den Nichtregierungsorganisationen dominiert die Zusammenarbeit im Bereich Bildung: 26,5 % der Projekte werden in diesem Bereich durchgeführt, 16 % in der ländlichen Entwicklung und 14,5 % im Ernährungs- und Gesundheitssektor.¹⁹⁷

4.7.6 Kritik und Image

In Quebec wurde Afrika lange Zeit als ein weit entfernter Kontinent betrachtet, der hauptsächlich von Missionaren bereist wird. Die Wahrnehmung von Afrika war durch romantische Vorstellungen geprägt. Die ersten Beziehungen zu diesem Kontinent stellten auch keine geplanten politischen Vorgänge dar, sondern waren Aktivitäten von Einzelpersonen wie z.B. die der Missionare. Diese Arbeit der Missionare weckte bei der Bevölkerung Quebecs schon früh das Interesse und Bewusstsein für andere Länder, insbesondere Entwicklungsländer. Auch die Tatsache, dass diese Staaten nicht nur als Empfänger von Hilfsmaßnahmen, sondern als eigenständige Partner behandelt werden wollen, war schon früh bekannt. Aus diesem Grund basiert die Entwicklungszusammenarbeit heute auf dem Gedanken solidarischer Entwicklung.¹⁹⁸

Betrachtet man allerdings die offizielle Entwicklungspolitik der Regierung Quebecs, so scheint sie keine große Bedeutung zu haben. „L'image qu'on retire de la coopération internationale du Québec avec l'Afrique en est donc une d'action fort limitée.“¹⁹⁹

Durch den großen Anteil von NRO und Privatunternehmen im frankophonen Afrika

¹⁹⁵Ebd.

¹⁹⁶Riberdy, Nicole: „La présence sociale du Québec dans le monde.“ In: Martin, Yves (Hrsg.): *Le Québec dans le monde*. Sainte-Foy, Québec dans le monde, 1990, S. 85.

¹⁹⁷Ebd. S. 86. 12 % der Projekte dienen der Organisation der Gemeinschaft, 10 % dem Technologietransfer. Weitere Projekte werden in den Bereichen Frauenförderung, Menschenrechte, Flüchtlingshilfe, Nahrungsmittelhilfe, Forschung und Bildung sowie Notfallhilfe durchgeführt.

¹⁹⁸Ebd. S. 87.

¹⁹⁹Sauvageau/ Mace: „Les relations extérieures du Québec avec l'Afrique et le Moyen-Orient.“ In: Balthazar/ Bélanger/ Mace (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. S. 279.

ist die Provinz dort dennoch stark vertreten.

Bernier kritisiert, dass die internationale Politik Quebecs nicht auf klaren Zielen beruht. Zudem sei der kausale Zusammenhang zwischen den verfolgten Zielen einerseits und den durchgeführten Aktivitäten andererseits nicht offensichtlich. Des Weiteren bemängelt er, dass das Ministerium für internationale Beziehungen in der Öffentlichkeit nur unzureichend unterstützt wird. Vor allem die Presse erzeuge dadurch ein negatives Image, weil sie kaum über Erfolge, aber umso mehr über gescheiterte Aktionen berichte.²⁰⁰

4.8 Kritik an der kanadischen Entwicklungspolitik

In ihrem Prüfbericht über die Entwicklungszusammenarbeit Kanadas nennt die OECD verschiedene Handlungsempfehlungen und Kritikpunkte.²⁰¹ Sie lobt die Beteiligung Kanadas am Aktionsplan der G8 und den Einsatz für das afrikanische Programm NEPAD beim Gipfel in Kananaskis, ebenso das Ziel, die Armutsbekämpfung vorrangig zu fördern. Die Entscheidung, den Handel mit den am wenigsten entwickelten Ländern zu liberalisieren und (mit Ausnahme bestimmter Agrargüter) zoll- und quotenfreien Zugang zum kanadischen Markt zu gewähren, wird ebenfalls begrüßt. Der Prüfungsausschuss empfiehlt, die angekündigte Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe einzuhalten, was auf Grund von Haushaltsproblemen in der Vergangenheit nicht immer möglich war. Außerdem will er die Öffentlichkeit verstärkt in Entscheidungsprozesse einbeziehen, da sie Nachweise über den Erfolg der entwicklungspolitischen Maßnahmen erwarte. Die Rolle der kanadischen Gesellschaft müsse den neuen Anforderungen angepasst werden, die dadurch entstehen, dass die ACDI aufgrund der sog. offenen Programmplanung und der starken Einbeziehung der NRO auf die Führungsqualität und Selbständigkeit der Partnerländer angewiesen ist. Auch die verstärkte Zusammenarbeit der einzelnen Ministerien und Ressorts wird empfohlen.

²⁰⁰Bernier: *De Paris à Washington: la politique internationale du Québec*. S. 154.

²⁰¹„Canada: Development Co-operation Review: Main Findings and Recommendations.“
www.oecd.org/document/61/0,2744,en_2649_37413_2409533_1_1_1_37413,00.htm [Letzter Zugriff: 2.10.2003].

Verteilung der Hilfsmaßnahmen auf eine große Zahl von Entwicklungsländern Ein häufiger Kritikpunkt ist die weite Streuung der kanadischen Hilfsprojekte auf eine große Zahl von Ländern. 1989/1990 war Kanada in 119 Empfängerländern aktiv.²⁰² Bis 1993 war keine wirkliche Konzentration auf wenige Länder festzustellen, was dazu führte, dass Kanadas Einfluss als Geberland nicht besonders groß war. Die hohe Zahl an Empfängern hat außerdem zur Folge, dass Kanada in mehreren Ländern verschiedene kleine Projekte durchführt, anstatt in weniger Staaten längerfristige und weitergehende Hilfe zu leisten. Deswegen empfiehlt auch die OECD in ihrem Prüfbericht, dass Kanada sich auf eine begrenzte Zahl von Ländern konzentrieren solle, um zum einen Nachteile bezüglich der Wirksamkeit der Hilfsmaßnahmen auszugleichen und zum anderen die Verwaltungskosten zu senken.²⁰³ „L'ACDI est invitée à mettre en pratique son intention annoncée récemment de centrer les ressources d'aide supplémentaires sur un nombre limité de pays bénéficiaires aux fins d'en accroître l'impact.“²⁰⁴ Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass die breite Streuung der Hilfe auch dadurch begründet ist, dass Kanada, wie in Kapitel 4.4 beschrieben, einerseits keine historischen kolonialen Bindungen besitzt und andererseits als Einwanderungsland besondere Beziehungen zu vielen Staaten pflegt.

Kürzungen aufgrund von Sparmaßnahmen im Gesamthaushalt Die massiven Kürzungen im Budget für Entwicklungszusammenarbeit sind ebenfalls auf Kritik gestoßen. Das Budget für Entwicklungshilfe ist von 1993 bis 2000 kontinuierlich gesunken und war 1998/1999 mit einem Anteil von 0,3 % des BSP weit vom Zielwert 0,7 % entfernt.²⁰⁵

Hofmann und Klingebiel weisen auf die aus der wirtschaftlichen Lage resultierende

²⁰²Pratt: „Canadian Development Assistance: A Profile.“ In: Pratt (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. S. 7.

²⁰³Development Assistance Committee: *Development Co-operation Review Series: Canada. DAC-Bericht 1994, Nr. 5*. S. 34 und Comité d'aide au développement: „Coopération pour le développement: Canada.“ S. 35 und 69. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

²⁰⁴Comité d'aide au développement: „Coopération pour le développement: Canada.“ S. 34 f. [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

²⁰⁵Schneider, Steffen: „Kanada: Außenpolitische Neuorientierung oder Kontinuität?“ In: Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik e.V. (Hrsg.): *Jahrbuch Internationale Politik*. München, R. Oldenbourg Verlag GmbH, 2000, S. 285, vgl. auch Lenz: *Kanada*. S. 309.

Diskrepanz zwischen „politischem Wollen und ökonomischem Können“²⁰⁶ hin. Sie bemängeln, dass die kanadische Entwicklungspolitik aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel einerseits und des Drucks, Entwicklungshilfe mit eigenen wirtschaftlichen Interessen verbinden zu müssen, andererseits „ihrem Selbstverständnis immer weniger gerecht werden kann.“²⁰⁷

Auch die OECD hat festgestellt, dass Ende der neunziger Jahre ein Paradox entstanden ist: Zum einen interveniert Kanada in vielen Bereichen und erhält die Beziehungen zu möglichst vielen multilateralen Organisationen aufrecht, zum anderen hat die Regierung das Budget für die Entwicklungshilfe in sechs Jahren um 29 % reduziert. Dieses Paradox führt dazu, dass Kritiker sich fragen, welche Fähigkeiten Kanada besitzt, um die Rolle zu erfüllen, die es in der Welt gerne spielen würde und ob es dazu in der Lage ist.²⁰⁸

Aus diesen Gründen bezweifelt auch Lenz, dass die Erwartungen der kanadischen Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft erfüllt werden können, dass Kanada sich „auf der Basis eines demokratie- und wertorientierten Multilateralismus [...]“²⁰⁹ an der Lösung von globalen Problemen beteiligt. Er führt dies auch auf die haushalts- und wirtschaftspolitisch orientierte Außenpolitik unter Mulroney und Chrétien zurück.

Vernachlässigung humanitärer Gesichtspunkte Wie wichtig ökonomische Motive bei der Auswahl der Empfänger und bei der Durchführung der Hilfsmaßnahmen sind, wurde bereits in Kapitel 4.4.4 dargestellt. Um die genannten Entwicklungsziele wie Reduzierung der Armut und Befriedigung der Grundbedürfnisse erreichen zu können, muss die kanadische Regierung den Schwerpunkt bei der Entwicklungszusammenarbeit jedoch verlagern. 2001/2002 hat Kanada 15,18 % seiner öffentlichen Entwicklungshilfe für LICs ausgegeben.²¹⁰ Dies war der niedrigste Anteil unter den frankophonen Geberländern. Gerade weil Kanada verhältnismäßig wenig Mittel für

²⁰⁶Hofmann/ Klingebiel: „Kanada - Konzeptionell an der Spitze, aber wirtschaftlich geschwächt.“ In: Thiel (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. S. 144.

²⁰⁷Ebd. S. 148.

²⁰⁸„Canada: Examen d'aide: Résumé et conclusions.“ [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

²⁰⁹Lenz: *Kanada*. S. 309.

²¹⁰Vgl. hierzu Anhang C Abbildung C.3.

Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellt²¹¹, sollte es die Hilfe nach Ansicht des *Institut Nord-Sud* auf am meisten benachteiligte Entwicklungsländer konzentrieren.

La meilleure manière de renforcer nos valeurs et nos intérêts, passé l'intérêt économique à court terme, sera plutôt de concentrer nos rares ressources d'aide sur le soulagement de la pauvreté et sur la promotion de normes politiques, sociales et environnementales.²¹²

Das *Institut Nord-Sud* weist darauf hin, dass die Lieferbindung und die anhaltende Wichtigkeit ökonomischer Interessen einer effizienten Entwicklungspolitik keinen Nutzen bringen. Jackson bemängelt in diesem Zusammenhang, dass viele Programme aus anderen als humanitären Gründen durchgeführt werden. „assistance often does not go to the countries that need it most[...].“²¹³ Auch Pratt weist auf das große Interesse Kanadas für wirtschaftlich interessantere Entwicklungsländer, eine starke Konzentration auf diese Staaten und auf die Zunahme von Handelsvorteilen für kanadische Unternehmen hin.²¹⁴ Die kanadischen NRO fordern, dass den Nehmerländern mehr Entscheidungsfreiheit beim Abschließen von Handelsabkommen gewährt wird.

Les accords de commerce actuels doivent concéder plus de latitude aux pays en développement afin [...] de leur permettre de répondre à leurs besoins de développement en agriculture et en sécurité alimentaire ou en soins de la santé à coût abordable [...].²¹⁵

Positive Kritik „It is widely recognised that Canada has played an important role as a global partner in international development co-operation and has made distinctive contributions to the stability and economic progress of the developing world.“²¹⁶ Kanada ist international anerkannt für innovative Ansätze und seine Vorreiterrolle in vielen Bereichen.²¹⁷ Dabei wird begrüßt, dass es der kanadischen Außen- und Entwicklungspolitik gelungen ist, „eine Ausgewogenheit zwischen ‚Interessenpolitik‘ und

²¹¹2002 betrug der Anteil der ODA am BNE 0,28 %, vgl. Anhang C Abbildung C.3.

²¹²L'institut Nord-Sud: *Le Canada et le monde en développement: questions clés pour la politique étrangère canadienne*. S. 14.

²¹³Jackson: *Canada - Politics and government*. S. 649.

²¹⁴Pratt: „Humane Internationalism and Canadian Development Assistance Policies.“ In: Pratt (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. S. 344.

²¹⁵Tomlinson, Brian: „Relations économiques du Canada avec l'Afrique subsaharienne: Tendances récentes.“ S. 9. [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

²¹⁶Development Assistance Committee: *Development Co-operation Review Series: Canada. DAC-Bericht 1994, Nr. 5*. S. 11.

²¹⁷Vgl. Hofmann/ Klingebiel: „Kanada - Konzeptionell an der Spitze, aber wirtschaftlich geschwächt.“ In: Thiel (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberländer*. S. 148.

„wertbewusstem Engagement“ herzustellen.“²¹⁸ Nach Lenz gilt Kanada als „engagierter Akteur auf dem Felde der internationalen Diplomatie, der [...] Entwicklungs- und Menschenrechts-, Abrüstungs- und Nonproliferationspolitik“²¹⁹, wobei es sich der Herausforderung zwischen der Dialektik von Globalisierung und Fragmentierung stellen müsse. Auch der Entwicklungshilfe-Ausschuss der OECD erkannte Kanadas innovative Vorstöße bei der Ausweitung der Entwicklungszusammenarbeit auf Bereiche wie Gleichberechtigung von Mann und Frau und besondere Förderung nachhaltiger Entwicklung an.²²⁰ Zudem lobte er die Vermittlerrolle, die Kanada im Nord-Süd-Dialog einnimmt sowie das kontinuierliche Interesse, das akademische Kreise und Forschungsinstitute für Entwicklungszusammenarbeit zeigen. „Canada has provided leadership on a number of issues, often acting as a mediator between North and South.“²²¹

4.9 Kanadas Image im frankophonen Afrika

Die OECD schreibt in ihren Prüfberichten, wie positiv das Image Kanadas im Ausland ist:

Commentators have noted that alongside its overall foreign and economic policy linked to the [...] NATO and the G7, Canada has staked out a special identity in the field of foreign assistance which is widely admired and appreciated both by developing countries and other donors.²²²

Hofmann führt Kanadas Ansehen auf seine Rolle in der Nord-Süd-Diplomatie und auf die Art der Entwicklungszusammenarbeit zurück.²²³

Um herauszufinden, welches Image Kanada in frankophonen afrikanischen Ländern hat, habe ich verschiedene Botschafter per Email befragt. Awahou Labouda, *Ministre Conseiller* der Botschaft Benins in Ottawa, beantwortet die Frage nach der Wahrnehmung Kanadas wie folgt: „Au Bénin, le Canada est perçu comme un ‚Eldorado‘ ou

²¹⁸Ettmayer: *Kanada und die transatlantische Sicherheit*. S. 61, Anführungszeichen vom Autor übernommen.

²¹⁹Lenz: *Kanada*. S. 306.

²²⁰„Prüfbericht über die Entwicklungszusammenarbeit Kanada.“ OECD-Pressemitteilung, Paris, 6.12.2002. [Letzter Zugriff: 15.12.2003].

²²¹Development Assistance Committee: *Development Co-operation Review Series: Canada. DAC-Bericht 1994, Nr. 5*. S. 25.

²²²Ebd.

²²³Vgl. Hofmann: *Kanadas Entwicklungspolitik*. S. I.

on peut aller travailler, avoir de l'argent et surtout bien vivre.“²²⁴ Kanada werde für seine Entwicklungspolitik in afrikanischen Ländern bewundert, weil es nicht an der Kolonisierung Afrikas beteiligt war und weil es sich als reiches Land der Not in Afrika bewusst ist und verstanden hat, dass es seinen Reichtum mit den Armen teilen muss. Labouda nennt die französische Sprache als wichtiges Mittel der Annäherung und Sympathie: „la Francophonie demeure un creuset où les différentes cultures se rencontrent et se comprennent.“²²⁵

Auch ein Mitarbeiter der madagassischen Botschaft in Kanada nennt die Zugehörigkeit zur Frankophonie als wichtige Gemeinsamkeit: „Les relations bilatérales sont cordiales, d'autant plus que les deux pays appartiennent à la Francophonie.“²²⁶

Mamadou B. Diawara, Mitarbeiter der Botschaft Malis in Kanada, bezeichnet die Frankophonie als Annäherungsfaktor zwischen Kanada und Mali.²²⁷

Auch Pierre Ntantu Kimper von der kanadischen Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo stellt die Tatsache, dass Kanada keine Kolonialmacht war, positiv dar:

Le Canada a une bonne image en RDC [République Démocratique du Congo, F.R.], surtout n'ayant pas un passé colonial, mais aussi la politique extérieure du Canada est fort appréciée des Congolais car le Canada privilégie plus le respect de l'autre dans le cadre de ses relations bilatérales avec la RDC.²²⁸

Da Kanada eine Politik der Partnerschaft, *Politique de partenariat*, ausübt, könne die Entwicklungshilfe den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst werden und unterliege nicht den Vorgaben aus Ottawa. Kimper nennt die gemeinsame Sprache ebenfalls als wichtige Brücke der Verständigung zwischen den beiden Staaten.

Es zeigt sich also, dass Kanada, obwohl der Umfang seiner Entwicklungshilfe im Vergleich zu den anderen frankophonen Gebern relativ gering ist, ein positives Image in den Nehmerländern hat. Dabei spielen sowohl seine unbelastete Vergangenheit als auch die gemeinsame Sprache eine wichtige Rolle.

²²⁴Interview mit Awahou Labouda, siehe Anhang B.2.2.

²²⁵Ebd.

²²⁶Interview mit einem Mitarbeiter der madagassischen Botschaft in Ottawa, siehe Anhang B.2.4.

²²⁷Interview mit Mamadou B. Diawara, siehe Anhang B.2.5.

²²⁸Interview einem Mitarbeiter der kanadischen Botschaft in Kinshasa/ Demokratische Republik Kongo, siehe Anhang B.2.3.

Auch in der kanadischen Bevölkerung genießt die kanadische Entwicklungspolitik breiten Rückhalt. Die Kanadier wollen ihre Werte und Ansichten durch die Entwicklungszusammenarbeit weitergeben und fühlen sich der Dritten Welt gegenüber zur Hilfe verpflichtet. „The basis of the public support for CIDA [engl. Abkürzung für ACDI, F.R.] is predominantly ethical. Canadians have come to accept a measure of obligation towards those who live in poverty in other countries.“²²⁹ Die Kanadier sehen das Engagement in der Dritten Welt als Vervollständigung ihres Bestrebens nach sozialer Gerechtigkeit in Kanada selbst.²³⁰ Aufgrund der umfassenden und ernsthaften Aufklärungsarbeit besteht in Kanada auch keine Tendenz zur Hilfsmüdigkeit (sog. *aid fatigue*), wie es in den USA der Fall ist.

Die Organisation *Contact Nord/Sud* beschreibt den Ruf Kanadas im Ausland wie folgt: „Comme le Canada n’a jamais été une puissance coloniale et que notre implication au niveau international est très grande, nous jouissons d’une très bonne réputation à l’étranger.“²³¹ Kanadier würden konservative ethische und moralische Werte vertreten und sich auf die zu erfüllenden Aufgaben konzentrieren.

²²⁹Pratt: „International Development Assistance.“ In: Watkins (Hrsg.): *Canada*. S. 491.

²³⁰Vgl. L’institut Nord-Sud: *Le Canada et le monde en développement: questions clés pour la politique étrangère canadienne*. S. 12.

²³¹Contact Nord/Sud: *Formation au travail à l’international*. Emploi Quebec, Quebec, 2001, S. 44.

Kapitel 5

Vergleich der frankophonen Geberländer

In diesem Kapitel werden die Entwicklungspolitiken der frankophonen Geberländer Belgien, Frankreich, Kanada, Luxemburg und Schweiz miteinander verglichen. Dazu sind zunächst die Charakteristika der Entwicklungszusammenarbeit der einzelnen Staaten (außer Kanada) dargestellt und diskutiert. Im anschließenden Vergleich werden Unterschiede und Gemeinsamkeiten der verschiedenen Entwicklungspolitiken erarbeitet und analysiert. Zum Beleg greife ich dabei auf die neuesten Statistiken der OECD von 2001/2002¹ zurück. Um die Entwicklung seit Mitte der neunziger Jahre verfolgen zu können und einen Vergleich zu den aktuellen Zahlen zu haben, untersuche ich außerdem die Statistiken der OECD von 1995/1996².

Dabei ist zu beachten, dass die Bezugsgröße für den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe ODA (*Official Development Assistance*) im Jahr 2000 geändert wurde: 1995/1996 wurde sie im Verhältnis zum Bruttonationalprodukt (BSP, englisch *Gross National Product* bzw. GNP) gemessen, 2001/2002 im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE, englisch *Gross National Income* bzw. GNI). Im Text wird die englische Abkürzung ODA verwendet, da dies die gängige Bezeichnung für öffentli-

¹Siehe hierzu die Statistiken im Anhang C.

²Alle Angaben beziehen sich auf Michel, James H. (Hrsg.): *Entwicklungszusammenarbeit: Politik und Leistungen der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe. DAC-Bericht 1997*. Bericht des Vorsitzenden des Ausschusses für Entwicklungshilfe, Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung, 1997.

che Entwicklungshilfe ist. Alle Abkürzungen und Bezugsgrößen sind im Glossar im Anhang A erklärt.

5.1 Belgien

Die Entwicklungspolitik Belgiens ist durch ein schwieriges Verhältnis zu den ehemaligen Kolonien geprägt und hat in der belgischen Politik und öffentlichen Verwaltung nur geringes Gewicht. Aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise besteht die Tendenz, die staatliche Entwicklungszusammenarbeit nicht nur für entwicklungspolitische Ziele, sondern auch für ökonomische Interessen wie Exportförderung einzusetzen. Dies ist für Belgien besonders wichtig, da es als offene Volkswirtschaft wie Kanada auf weltweiten Austausch angewiesen ist. Sowohl der Staat als auch die private Wirtschaft legen seit langer Zeit viel Wert auf enge Verbindungen zu Afrika.

Le continent africain en général et l'Afrique centrale en particulier constituent la priorité de la politique étrangère de la Belgique. Dans ce continent, ravagé par les conflits et la pauvreté, la Belgique s'engage pour la paix et la stabilité, pour le respect de la démocratie et des droits de l'homme, pour la coopération au développement et pour la reconstruction économique.³

Die Unternehmen konzentrieren sich vor allem auf die frankophonen Staaten, so dass die Dominanz dieser Länder aus der Zeit der Kolonialpolitik bis heute anhält. Die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien gestalten sich jedoch nicht immer einfach: Während des Ost-West-Konflikts war es Hauptziel der belgischen Außenpolitik, dafür zu sorgen, dass die Demokratische Republik Kongo den Westmächten wohlgesonnen geblieben ist. Nach dem Ende des Kalten Krieges verschlechterten sich die Beziehungen, bis sie 1991 eingefroren wurden. Heute unterstützt Belgien das ehemalige Zaire beim Aufbau einer friedlichen Gesellschaft und leistet Unterstützung bei der Vorbereitung von Wahlen, der Wiederherstellung staatlicher Autorität und der Durchführung wichtiger Reformen. Belgien hat zudem die traditionelle Zusammenarbeit im Bildungs- und Gesundheitswesen auf Reformen des öffentlichen Dienstes, der Armee, Polizei und Justiz ausgedehnt. Sowohl 1995/1996 als auch 2001/2002 stand

³„Politique étrangère de la Belgique: Relations bilatérales - Afrique.“
<http://www.diplobel.fgov.be/fr/policy/policynotedetail.asp?TEXTID=7959> [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

die Demokratische Republik Kongo an zweiter Stelle der zehn Hauptempfänger.⁴

Die Vorbereitung der Politik und Programme im Bereich der bilateralen Kooperation obliegt der *Direction Générale de la Coopération au Développement* (DGCD).

La Direction Générale de la Coopération au Développement (DGCD) [...] est responsable de l'élaboration de la gestion et des stratégies à mettre en œuvre et de l'identification des programmes et des prestations de coopération.⁵

Sie ist im belgischen Außenministerium, dem *Service Public Fédéral Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au Développement*, angesiedelt. Umgesetzt werden die Entscheidungen der DGCD von der 1998 gegründeten Organisation *Coopération technique belge* (CTB). Im frankophonen Afrika arbeitet die CTB mit den Partnerländern Benin, Mali, Niger, Senegal, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda zusammen⁶, von denen 2001/2002 die drei letztgenannten zu den zehn Hauptempfängern gehörten.⁷ Das Schatzamt vergibt Staatskredite an Entwicklungsländer und kümmert sich um die multilaterale Zusammenarbeit mit der Weltbankgruppe und den Regionalbanken. Dabei fällt auf, dass bei der Gewährung von Staatskrediten entwicklungspolitische Entscheidungskriterien eine untergeordnete Rolle spielen. Sie erfolgt liefer-, teilweise sogar lieferantengebunden und zu relativ weichen finanziellen Bedingungen. Wegen der aus dem Haushaltsdefizit hervorgehenden hohen Zahl unbesetzter Planstellen in der DGCD wurden administrative, logistische und Projektmanagement-Aufgaben nach einer Strukturreform Anfang der neunziger Jahre an verschiedene NRO, Universitäten und sonstige Organisationen delegiert.

Pour avoir un impact significatif sur les possibilités de développement d'un pays, il est nécessaire d'engager un certain montant. C'est pourquoi, la Loi a concentré l'aide belge sur un maximum de 18 pays.⁸

Dies sind im frankophonen Afrika neben Kongo die zuvor genannten Staaten.⁹ Die direkte bilaterale Kooperation beschränkt sich auf fünf Sektoren, nämlich die medizinische

⁴Erster Empfänger war 1995/1996 Bolivien und 2001/2002 Tansania.

⁵„Coopération bilatérale directe - Acteurs.“

<http://www.btctb.org/showpage.asp?iPageID=443> [Letzter Zugriff: 6.3.2004].

⁶„La CTB en Afrique.“ <http://www.btctb.org/showpage.asp?PageID=217> [Letzter Zugriff: 11.4.2004].

⁷Vgl. hierzu „Belgium - aid at a glance“, Anhang C Abbildung C.1.

⁸„DGCD - Généralités.“ http://www.dgdc.be/fr/dgci/docs_generalites/annuaire.html [Letzter Zugriff: 6.3.2004].

⁹Des Weiteren zählen Südafrika, Algerien, Bolivien, Ecuador, Marokko, Mosambik, Uganda, Palästina, Peru, Tansania und Vietnam dazu.

Belgiens Entwicklungshilfe in Zahlen			
Ausgaben für reale (inflationsbereinigte) ODA insgesamt			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
1.034 Mio. USD	943 Mio. USD	867 Mio. USD	996 Mio. USD
Hauptempfängerländer			
<i>1995/1996</i>		<i>2001/2002</i>	
Bolivien	53 Mio. USD	Tansania	45 Mio. USD
Demokr. Rep. Kongo	26 Mio. USD	Demokr. Rep. Kongo	42 Mio. USD
Ruanda	23 Mio. USD	Kamerun	29 Mio. USD
Vietnam	13 Mio. USD	Serbien/Montenegro	28 Mio. USD
Tansania	13 Mio. USD	Elfenbeinküste	24 Mio. USD
China	11 Mio. USD	Ruanda	17 Mio. USD
Indonesien	10 Mio. USD	Bolivien	14 Mio. USD
Ecuador	9 Mio. USD	Burkina Faso	13 Mio. USD
Senegal	9 Mio. USD	Burundi	13 Mio. USD
Algerien	9 Mio. USD	Vietnam	11 Mio. USD
Anteil der ODA am BNE (1995/1996: BSP)			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
0,38 %	0,34 %	0,37 %	0,43 %
Anteil der bilateralen Hilfsleistungen			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
50,00 %	58,00 %	58,00 %	66,00 %
Anteil der Hilfe für Subsahara-Afrika			
<i>1995/1996</i>		<i>2001/2002</i>	
<i>Subsahara-Afrika</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>	<i>Subsahara-Afrika</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>
20 Mio. USD	114 Mio. USD	299 Mio. USD	636 Mio. USD
Zahlungen an LDCs			
<i>1995/1996 (LLDCs)</i>		<i>2001/2002 (LDCs)</i>	
<i>LLDCs</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>	<i>LDCs</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>
15 Mio. USD	271 Mio. USD	222 Mio. USD	635 Mio. USD

Tabelle 5.1: Zahlen und Daten - Belgien. Quelle: 1995/1996: Michel (Hrsg.): *DAC-Bericht 1997*. S. 86. 2001/2002: „Belgium - aid at a glance.“

Grundversorgung, Bildung und Ausbildung, Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung, Infrastruktur und die Festigung der Gesellschaft durch Konfliktprävention. Weitere sektorübergreifende Bereiche, in denen Belgien interveniert, sind die Chancengleichheit von Männern und Frauen, Umweltschutz und die soziale Wirtschaft.

Für Entwicklungshilfe in Afrika hat Belgien den *Fonds de Survie* eingerichtet. Damit werden Programme finanziert, die zum Ziel haben, die Überlebenschancen der Menschen zu verbessern, die von Hunger, Unterernährung und Armut bedroht sind.

„Zum Image Belgiens in der Dritten Welt insgesamt gehört seine Präferenz für Multilateralismus.“¹⁰ Der Anteil multilateraler Hilfe betrug 1995/1996 50 % bzw. 42 % und 2001/2002 42 % bzw. 34 %.¹¹ Damit ist der Prozentsatz multilateraler Hilfe in Belgien tatsächlich höher als in allen anderen frankophonen Geberländern. Die multilaterale Zusammenarbeit beruht auf drei Hauptpfeilern, und zwar auf der Zusammenarbeit mit der UNO und ihren Institutionen, der europäischen Entwicklungszusammenarbeit sowie der Kooperation mit internationalen Finanzinstitutionen, d.h. der Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken. In den Botschaften gibt es Referenten, die für Entwicklungszusammenarbeit zuständig sind. Auch die CTB ist in den wichtigsten Nehmerländern vertreten. Interessant ist die Tatsache, dass es in Belgien genau wie in Kanada innerstaatliche Meinungsverschiedenheiten aufgrund der Kompetenzverteilung in Bezug auf die internationale Zusammenarbeit gibt. Wallonien und Flandern, sog. *Communautés*, dürfen außerstaatliche Beziehungen innerhalb ihrer Kompetenzbereiche eingehen und Verträge schließen. Dazu zählen Kultur, Bildung und bestimmte soziale Sektoren.¹² Wallonien, die französischsprachige Gemeinschaft Belgiens, ist hier besonders aktiv: Sie hat mehr als 50 Abkommen im kulturellen Bereich geschlossen und ein Verwaltungsinstrument für internationale Beziehungen, das *Commissariat Général aux Relations Internationales* (CGRI) gegründet. Wie in der Provinz Quebec gibt es auch ein eigenes Ministerium für auswärtige Angelegenheiten,

¹⁰Bendix, Paul J.: „Belgien - Das schwierige Verhältnis zu den früheren Kolonien.“ In: Thiel, Reinold E. (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. Hamburg, Deutsches Überseeinstitut, 1998, S. 50.

¹¹Dies errechnet sich aus der Differenz des Anteils der bilateralen Hilfe und 100 %.

¹²Vgl. Gendebien, Henry: „Droit et pratique de la coopération décentralisée.“ In: Conac, Gérard/Desouches, Christine/ Nemery, Jean-Claude: *Coopération décentralisée et coopération multilatérale francophone*. Paris, Economica, 1989, S. 125.

das *Ministère des Relations extérieures*. Zudem ist Wallonien durch Delegationen in verschiedenen Ländern vertreten und hat einen eigenen Repräsentanten für multilaterale Angelegenheiten in Paris. Die französischsprachige Gemeinschaft nimmt auch an den Sitzungen multilateraler Organisationen teil, ebenso die flämische Gemeinschaft, wenn ihre Kompetenzen betroffen sind. Die Mitarbeit der Gemeinschaften in der EU gestaltet sich schwierig, da Belgien hier einheitlich vertreten sein will und sich auf die Nichtanerkennung der Regionen durch die EU beruft.¹³

Für Wallonien spielt die Mitarbeit in der Frankophonie eine wichtige Rolle:

Toujours sur le plan multilatéral, la Francophonie est de toute évidence un espace privilégié pour l'expression de l'identité et des intérêts de la Communauté française.¹⁴

Wie Quebec ist Wallonien neben Belgien bei den Gipfeltreffen der Frankophonie als eigene Delegation vertreten. Anders als in Kanada wird die Mitgliedschaft in der AIF allein von der französischsprachigen Gemeinschaft geführt, obwohl juristisch gesehen der belgische Staat Mitglied ist. Wallonien zahlt auch den Gesamtbeitrag Belgiens an die AIF.

5.2 Frankreich

Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich versucht durch Entwicklungszusammenarbeit die engen Verbindungen zu den frankophonen Völkern im wirtschaftlichen, politischen, militärischen und kulturellen Bereich aufrechtzuerhalten. Claus und Weidnitzer schreiben, dass die französische Entwicklungspolitik durch die „intensiven, privilegierten Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien bestimmt“ wird.¹⁵ „Frankreich hat bislang keinen Zweifel daran gelassen, daß auch in Zukunft [...] das frankophone Afrika im Zentrum seiner Entwicklungspolitik stehen wird.“¹⁶ Im Jahr 2001/2002 war der Anteil der Zahlungen Frankreichs für Subsahara-Afrika mit 49 % der ODA insgesamt

¹³Die grenzüberschreitende interregionale Zusammenarbeit wird durch EU jedoch begünstigt und verstärkt, vgl. z.B. die Kooperation im Saar-Lor-Lux-Raum.

¹⁴Gendebien: „Droit et pratique de la coopération décentralisée.“ In: Conac/ Desouches/ Nemery: *Coopération décentralisée et coopération multilatérale francophone*. S. 127.

¹⁵Claus, Burghard/ Weidnitzer, Eva: „Frankreich - Der Löwenanteil für die Länder der Frankophonie.“ In: Thiel (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. S. 98.

¹⁶Ebd. S. 106.

am höchsten. Auch 1995/1996 lag er bei knapp 50 %. Wichtig dabei ist der Wunsch Frankreichs, sich selbst mit Hilfe seiner engen Beziehungen zu Subsahara-Afrika als Weltmacht zu präsentieren. Frankreich ist der älteste und wichtigste Geldgeber Afrikas und auch erster industrieller und kommerzieller Partner.¹⁷

Die Frankophonie und ihre Institutionen waren von Paris ursprünglich als traditionelles Instrument der Kooperation mit kultureller Komponente gedacht, das dazu dient, die bevorzugten Verbindungen mit seinen ehemaligen Kolonien aufrechtzuerhalten. Die multilaterale Gemeinschaft wurde gegründet, damit Frankreich nach der Entkolonisierung besondere Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien pflegen kann.¹⁸ Durch diese Institutionalisierung der Beziehungen sollten die engen bilateralen Bindungen zwischen Frankreich und den afrikanischen frankophonen Ländern verstärkt werden. In diesem Zusammenhang wurde Frankreich Neokolonialismus vorgeworfen. Durch die Tendenz Frankreichs, die Beziehungen zu Afrika auf bilaterale Zusammenarbeit zu beschränken, wurde das durch die Frankophonie entstandene Netzwerk und ihre Organisationen unterlaufen.¹⁹ Frankreich wird zudem vorgeworfen, dass es seine Verbindungen zu den Ex-Kolonien basierend auf einer auf französischem Reichtum, Technologie und u.U. auch Waffen beruhenden Überlegenheit bequem und bilateral gestalten wolle.²⁰ Wie Quebec haben die Beziehungen zu Afrika Frankreich dazu verholfen, seine Position nicht nur innerhalb Europas, sondern auch im internationalen Geschehen zu etablieren und zu festigen. Laut Barrat spielen für Frankreich neben der Verteidigung der französischen Sprache partnerschaftliche Beziehungen eine wesentliche Rolle.

[...] former un ensemble, qui, bâti sur des référents linguistiques et culturels en partie communs, permette de dessiner les contours d'un nouveau partenariat entre les pays industrialisés du Nord et leurs voisins en développement du Sud.²¹

¹⁷Barrat, Jaques: *Géopolitique de la Francophonie*. Paris, Presses Universitaires de France, 1997, S. 125 f.

¹⁸Vgl. Brock, Lothar: „Der Nord-Süd-Konflikt: Geschichte, Erscheinungsformen, und weltpolitische Bedeutung der Fehlentwicklungen in der Dritten Welt.“ In: Knapp, Manfred/ Krell, Gert (Hrsg.): *Einführung in die internationale Politik*. München, R. Oldenbourg Verlag GmbH, 21991, S. 207.

¹⁹Riesz, János: „Négritude, Frankophonie und afrikanische Kultur - Léopold Sédar Senghor als Paradigma.“ In: Kolboom, Ingo/ Rill, Bernd (Hrsg.): *Frankophonie - nationale und internationale Dimensionen*. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 35, München, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., 2002, S. 105.

²⁰Bothwell, Robert: *Canada since 1945*. Toronto, University of Toronto Press, 21993, S. 426.

²¹Barrat: *Géopolitique de la Francophonie*. S. 122.

Laut Barrat sieht sich Frankreich als Verteidiger der Interessen der Länder des Südens und schlägt deshalb neue Wege der Entwicklungshilfe vor.²² Kolboom schreibt, dass Frankreich seine vorherrschende Stellung in der Frankophonie aufgeben muss, wenn diese Organisation weiterhin Bestandskraft haben soll.

Nur wenn Frankreich seine Verantwortung für die französische Sprache und die französischsprachigen Kulturen stärker als bisher mit *anderen* frankophonen Ländern teilt, d.h. bereit ist, ein französischsprachiges Land unter anderen zu sein und seine Strategie in eine *gegenseitige* Multilateralität einzubetten, wird die internationale Frankophonie-Bewegung im 21. Jh. eine Chance haben.²³

Als gemeinsames Merkmal der frankophonen Geberländer lässt sich die verstärkte Wirkung der frankophonen Organisationen im internationalen Geschehen feststellen, die durch das gemeinsame Engagement Frankreichs und der anderen frankophonen Industrieländer zustande gekommen ist.²⁴

Im französischen Außenministerium ist die *Direction Générale de la Coopération internationale du Développement* (DGCID) für Entwicklungspolitik zuständig. Sie ist aus der Zusammenlegung des *Secrétariat d'État de la Coopération* mit der Abteilung für wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit hervorgegangen. Innerhalb der DGCID arbeitet das *Comité interministériel de la coopération internationale et du développement* (CICID) die Richtlinien der Entwicklungspolitik aus und legt alle fünf Jahre die Hauptziele fest. Zudem definiert es die sog. *Zone de solidarité prioritaire* (ZSP), d.h. die Länder, die bilaterale Hilfe erhalten. Die DGCID plant zudem, welche Programme mit welchen Instrumenten umgesetzt werden.

Au cœur de la DGCID, la mission pour la coopération non gouvernementale favorise la concertation avec les acteurs non gouvernementaux et développe des synergies avec les actions des collectivités locales.²⁵

Die *Agence française de développement* (AFD) ist Hauptakteur bei der Umsetzung der französischen Entwicklungshilfemaßnahmen. Sie ist in mehr als sechzig Ländern,

²²Vgl. ebd.

²³Kolboom, Ingo: „*Francophonie: Von der kulturellen zur politischen Frankophonie.*“ In: Kolboom, Ingo/ Kotschi, Thomas/ Reichel, Edward (Hrsg.): *Handbuch Französisch: Sprache - Literatur - Kultur - Gesellschaft: für Studium, Lehre, Praxis.* Berlin, Erich Schmidt, 2002, S. 468, kursive Stellen vom Autor übernommen.

²⁴Vgl. Barrat: *Géopolitique de la Francophonie.* S. 123.

²⁵„La DGCID au cœur du dispositif français de coopération.“
http://www.diplomatie.gouv.fr/cooperation/dgcid/direction/page_03.html [Letzter Zugriff: 17.3.2004].

Frankreichs Entwicklungshilfe in Zahlen			
Ausgaben für reale (inflationsbereinigte) ODA insgesamt			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
8.443 Mio. USD	7.510 Mio. USD	4.198 Mio. USD	5.125 Mio. USD
Hauptempfängerländer			
<i>1995/1996</i>		<i>2001/2002</i>	
Elfenbeinküste	569 Mio. USD	Elfenbeinküste	432 Mio. USD
Frz.-Polynesien	458 Mio. USD	Frz.-Polynesien	425 Mio. USD
Neukaledonien	436 Mio. USD	Neukaledonien	342 Mio. USD
Ägypten	403 Mio. USD	Mosambik	239 Mio. USD
Kamerun	307 Mio. USD	Marokko	222 Mio. USD
Marokko	305 Mio. USD	Ägypten	184 Mio. USD
Senegal	259 Mio. USD	Polen	176 Mio. USD
Algerien	214 Mio. USD	Kamerun	144 Mio. USD
Kongo	190 Mio. USD	Senegal	139 Mio. USD
Gabun	175 Mio. USD	Mayotte	125 Mio. USD
Anteil der ODA am BNE (1995/1996: BSP)			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
0,55 %	0,48 %	0,32 %	0,38 %
Anteil der bilateralen Hilfsleistungen			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
76,00 %	77,00 %	62,00 %	66,00 %
Anteil der Hilfe für Subsahara-Afrika			
<i>1995/1996</i>		<i>2001/2002</i>	
<i>Subsahara-Afrika</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>	<i>Subsahara-Afrika</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>
3.252 Mio. USD	7.143 Mio. USD	1.997 Mio. USD	4.048 Mio. USD
Zahlungen an LDCs			
<i>1995/1996 (LLDCs)</i>		<i>2001/2002 (LDCs)</i>	
<i>LLDCs</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>	<i>LDCs</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>
1.377 Mio. USD	7.142 Mio. USD	1.087 Mio. USD	4.049 Mio. USD

Tabelle 5.2: Zahlen und Daten - Frankreich. Quelle: 1995/1996: Michel (Hrsg.): *DAC-Bericht 1997*. S. 82. 2001/2002: „France - aid at a glance.“

unter anderem in den 14 Staaten der *Zone franc*²⁶, den Ländern des Maghreb²⁷ und den DOM-TOM²⁸, aktiv. Die AFD finanziert Projekte in allen Sektoren, die der Bekämpfung der Armut und der Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung durch den Ausbau der Infrastruktur und der Schaffung von Arbeitsplätzen und Firmen dienen sollen.

Für den Staat sichert die AFD die Vergabe der Gelder des Schatzamtes und die Beiträge, die Frankreich zur Finanzierung struktureller Anpassungsmaßnahmen dem IWF zur Verfügung stellt. Die finanzielle Zusammenarbeit wird zum Teil auch vom Wirtschaftsministerium geregelt. Im Rahmen multilateraler Zusammenarbeit koordiniert die AFD die Kooperation mit der EU und anderen internationalen Organisationen. Ziel dabei ist, die Entwicklungshilfe durch bessere Koordinierung der Projekte mit den multilateralen Akteuren effizienter zu gestalten und Einfluss auf deren Entscheidungen zu nehmen. Der *Haut Conseil de la Coopération Internationale* (HCCI) koordiniert die Entwicklungszusammenarbeit mit den NRO, Universitäten und Forschungsinstituten, um die Übereinstimmung und das effektive Zusammenwirken der Maßnahmen zu gewährleisten. Zudem ist er für die Information und Aufklärung der Bevölkerung zuständig. Das *Ministère de l'Outre-Mer* koordiniert die Hilfe für die DOM-TOM.

Jede der erwähnten Behörden außer der letztgenannten hat ihren eigenen Vertreter in den französischen Botschaften.

Die frankophonen schwarzafrikanischen Staaten und Madagaskar, die beim Übergang in die Unabhängigkeit gegenüber Frankreich anders als der Maghreb und Indochina ‚loyal‘ geblieben waren, wurden bevorzugt behandelt.²⁹

Sie erhalten heute den Großteil der französischen Entwicklungshilfe: 1995/1996 bzw. 2001/2002 gehörten die Elfenbeinküste, Kamerun, der Senegal, Kongo und Gabun zu den ersten zehn Empfängerländern. Allerdings zählten in beiden Jahren auch die

²⁶Dies sind in Westafrika: Benin, Burkina Faso, die Elfenbeinküste, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Senegal und Togo; in Zentralafrika: Kamerun, die Zentralafrikanische Republik, der Kongo, Gabun, Äquatorialguinea und der Tschad. Vgl. „La Zone Franc - Qu'est-ce que la Zone Franc?“ <http://www.banque-france.fr/fr/zonefr/main.htm> [Letzter Zugriff: 17.3.2004].

²⁷Zum Maghreb gehören die Staaten Tunesien, Algerien, Marokko, Mauretanien und Libyen.

²⁸Départements bzw. Territoires d'outre-mer

²⁹Claus/ Weidnitzer: „Frankreich - der Löwenanteil für die Länder der Frankophonie.“ In: Thiel (Hrsg.): *Entwicklungspolitik - 33 Geberprofile*. S. 98. Anführungszeichen von den Autoren übernommen.

Staaten des Maghreb Marokko und Algerien dazu. Eine Besonderheit französischer Entwicklungspolitik sind die Zahlungen an die Übersee-Gebiete mit Sonderstatus (DOM und TOM).³⁰

Ein weiteres spezielles Merkmal ist die sog. *Zone franc*, der 14 frankophone subsaharische Staaten, die Komoren und Frankreich angehören. Sie ist aus dem ehemaligen Kolonialreich hervorgegangen und soll die marktwirtschaftliche Stabilität der Mitglieder gewährleisten. Die Währungszone beruht auf folgenden Prinzipien: freie Konvertibilität der Währungen der teilnehmenden Länder gegenüber dem Euro (früher gegenüber dem französischen Franc) durch festen Wechselkurs, Ausgleich eventueller Zahlungsbilanzdefizite der afrikanischen Staaten durch Frankreich, enge Bindung der afrikanischen Staaten an die französische Währungs- und Kreditpolitik.³¹ Die *Zone franc* besteht nach der Einführung des Euro fort. Die Wechselkurse werden in Abhängigkeit des Euro festgelegt.³²

Frankreich arbeitet im Bereich der multilateralen Hilfe hauptsächlich mit dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) und der Weltbank-Gruppe zusammen, wohingegen die Beiträge für UN-Institutionen verhältnismäßig gering sind. Neben der finanziellen Hilfe konnte Frankreich durch seine Politik wichtige Positionen in diesen Organisationen mit seinen Landsleuten besetzen, so dass seine Interessen hier unmittelbar vertreten sind. Durch das hohe Zuschusselement der ODA und den hohen Anteil an technischer Zusammenarbeit drückt Frankreich seine Solidarität mit den ehemaligen Kolonien aus, wobei die Lieferbindung wie in Kanada jedoch sehr hoch ist. Eines der wichtigsten Ziele ist der Umwelt- und Ressourcenschutz, außerdem wird der Entwicklung urbaner Zonen und - wie in Kanada - der Rolle der Frau im Entwicklungsprozess besonderes Gewicht beigemessen.

³⁰Sie wurden bis 1990 vom DAC in den Statistiken über ODA registriert, aufgrund ihres besonderen Status jedoch gesondert aufgeführt. Seit 1991 werden die Zahlungen an DOM nicht mehr als ODA gezählt. Dies hat dazu geführt, dass der Anteil der Entwicklungshilfe Frankreichs insgesamt geringer geworden ist. Die Beiträge an TOM hingegen werden seither als normale ODA-Leistungen anerkannt und nicht mehr gesondert ausgewiesen. Vgl. Claus/ Weidnitzer: „Frankreich - der Löwenanteil für die Länder der Frankophonie.“ In: Thiel (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. S. 99.

³¹Siehe Christadler, Marieluise/ Uterwedde, Henrik (Hrsg.): *Länderbericht Frankreich: Geschichte - Politik - Wirtschaft - Gesellschaft*. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 1999, S. 635. Vgl. auch „La Zone Franc - Qu'est-ce que la Zone Franc?“ [Letzter Zugriff: 17.3.2004].

³²Vgl. „Le rattachement à l'euro du franc CFA et du franc comorien.“ <http://www.banque-france.fr/fr/zonefr/main.htm> [Letzter Zugriff: 17.3.2004].

Wie in Quebec wird im Bereich der technischen und kulturellen Zusammenarbeit viel Wert auf Bildung und Ausbildung gelegt: Zwei Drittel der Entwicklungshelfer in den ehemaligen afrikanischen Kolonien sind Lehrkräfte. Zudem gibt es ein umfangreiches Stipendienprogramm für ausländische Studenten an französischen Universitäten.

Seit dem franko-afrikanischen Gipfel von La Baule 1990 bekennt Frankreich sich dazu, die Entwicklungszusammenarbeit an Rechtsstaatlichkeit und die Einleitung von Demokratisierungsprozessen zu binden. Als weitere Ziele nennt die Regierung - wie Kanada auch - Armutsbekämpfung und die Bevorzugung der ärmsten Staaten. Betrachtet man die zehn Hauptempfänger der letzten Jahre, scheint dies auch in der praktischen Umsetzung zum Tragen zu kommen. Mitte der neunziger Jahre hat Frankreich aufgrund der Abwertung des CFA-Francs³³ in Afrika erheblich an Einfluss verloren. Zudem war es von den Konflikten in Niger, Guinea, Kongo und der Zentralafrikanischen Republik indirekt betroffen. In Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo unterstützte Frankreich aus Angst vor Machtverlust die Parteien, die am Ende nicht siegreich waren.³⁴ Die erfolgreichen Fraktionen wandten sich von Frankreich ab und fanden die Unterstützung der USA, die dadurch großen Einfluss in Afrika gewinnen konnten. Aufgrund dieser Erfahrungen möchte Frankreich den „traditionellen bilateralen Klientelismus“³⁵ überwinden und als Vermittler zwischen Nord und Süd sowie zwischen den afrikanischen Staaten und den internationalen Finanzorganisationen auftreten. Da auch Kanada diese Rolle für sich beansprucht, stellt sich die Frage, ob es hier zu einer Konkurrenzsituation kommen wird. Frankreich muss bei der 1986 von Mitterrand initiierten „Politik einer internationalen Gipfeldiplomatie frankophoner Staaten“³⁶ die afrikanischen Staaten miteinbeziehen, da Frankreich außerhalb von Afrika keine geschlossene frankophone Einflussosphäre hat und Kanada - insbesondere Quebec - ernsthafte Rivalen auf diesem Gebiet sind.³⁷ Laut Stark

³³Gemeinsame Währung der *Communauté financière africaine*, d.h. der aus 14 afrikanischen Staaten bestehenden Finanzgemeinschaft. Siehe Christadler/ Uterwedde (Hrsg.): *Länderbericht Frankreich*. S. 635.

³⁴In Ruanda waren dies die Hutus, im ehemaligen Zaire der ehemalige Staatschef Mobutu Sese Seko. Siehe Kolboom, Ingo/ Stark, Hans: „Frankreich in der Welt. Weltpolitik als Berufung?“ In: Christadler/ Uterwedde (Hrsg.): *Länderbericht Frankreich*. S. 456.

³⁵Ebd. S. 457.

³⁶Ebd. S. 458.

³⁷Ebd.

und Kolboom wird sich die französische Afrikapolitik in Zukunft auf die „offensive Pflege der Frankophonie“³⁸ im Sinne einer „Gestaltung eines kulturell bestimmten regionalen Subsystems in den internationalen Beziehungen“³⁹ konzentrieren.

La France participe pleinement à l'action de la Francophonie en faveur de la paix, de la démocratie et des droits de l'homme. Elle soutient son implication dans le processus de réconciliation et de sortie de crise en Afrique, dont les exemples les plus marquants concernent la Côte d'Ivoire et les Comores. Par ailleurs, le renforcement de l'Etat de droit passe par la mise en réseau des professionnels du droit, la formation continue des magistrats et l'aide à la tenue d'élections libres, fiables et transparentes. L'effort porte aussi sur la diffusion d'une culture démocratique au sein de l'espace francophone.⁴⁰

5.3 Luxemburg

Obwohl sich das Großherzogtum verhältnismäßig spät dazu entschieden hat, ein bilaterales Hilfsprogramm aufzubauen, ist es heute eines der wenigen Geberländer, deren ODA-Volumen eine steigende Tendenz aufweist: 1996 waren es 0,44 % des BSP, 2002 bereits 0,77 %. Von 1995 auf 1996 verzeichnete Luxemburg die höchste Zuwachsrate unter den frankophonen Geberländern: Der Prozentsatz des Anteils der ODA am BSP stieg um 0,08 %. Luxemburg liegt über dem DAC-Durchschnitt und hat nach den Niederlanden, Schweden, Dänemark und Norwegen das 0,7 %-Ziel bereits erreicht. In den Jahren 2001 und 2002 war der Anteil der ODA am BNE der höchste unter den verglichenen Staaten. Die Hilfe wird in Form von nicht rückzahlbaren Zuwendungen und ohne Lieferbindung vergeben. Dies hängt damit zusammen, dass in Luxemburg kaum verarbeitende Industrie zu finden ist. Die Tatsache, dass in Luxemburg das BSP pro Kopf sehr hoch ist, dürfte hier ebenfalls eine Rolle spielen.

Im Außenministerium ist die *Direction de la coopération au développement* für die Ausarbeitung der Entwicklungspolitik zuständig. Die praktische Durchführung der vom Ministerium finanzierten bilateralen Projekte obliegt der privatrechtlichen *Lux-Development S.A.*

In Luxemburg konzentriert sich die Entwicklungszusammenarbeit ähnlich wie in Belgien auf einige bestimmte Sektoren, und zwar auf landwirtschaftliche Entwicklung,

³⁸Ebd.

³⁹Ebd.

⁴⁰„Les priorités françaises.“ <http://www.diplomatie.gouv.fr/francophonie/priorites.html> [Letzter Zugriff: 17.3.2004].

Umwelt, den Ausbau des sozialen Sektors sowie Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung und -sanierung. Für die drei letztgenannten Bereiche stellt Luxemburg mehr als 80 % der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit von Regierung zu Regierung und in Kooperation mit NRO zur Verfügung.⁴¹ Wie in Kanada haben die Bekämpfung der Armut und die Förderung der Frauen in der Entwicklung sowie partnerschaftliche Zusammenarbeit oberste Priorität. Aufgrund seiner privilegierten Beziehungen mit der Weltbank und dem IWF ist das Finanzministerium bevorzugter Ansprechpartner des Außenministeriums.

Bis Anfang der neunziger Jahre war die Streuung der Empfängerländer wie in Kanada sehr breit. Im Jahr 1993 gab es 64 Empfängerländer, von denen nur drei mehr als zwei Millionen USD erhielten.⁴² Dies wurde jedoch vor etwa zehn Jahren geändert, um den Einfluss und Effekt der Hilfsmaßnahmen vergrößern zu können.

Le Gouvernement luxembourgeois a fait le choix depuis près de dix ans de cibler sa coopération sur un nombre limité de pays en développement, appelés pays cible, afin de garantir un impact maximal et une meilleure visibilité de son effort. Ainsi, le Ministère des Affaires étrangères concentre la majeure partie de sa coopération bilatérale sur les dix pays suivants : le Burkina Faso, le Cap Vert, le Mali, la Namibie, le Niger, le Sénégal, le Nicaragua, le Salvador, le Laos et le Vietnam.⁴³

Außer dem Senegal und Niger gehörten davon 2001/2002 alle zu den zehn Hauptempfängern.⁴⁴ Bei der Auswahl der Zielländer kommen die Empfehlungen des DAC zum Tragen und ebenso das Ziel, den ärmsten Ländern zu helfen.⁴⁵ Des Weiteren werden die vom UNDP veröffentlichten Indikatoren für Entwicklung berücksichtigt. 2002 lag Luxemburg mit einem Anteil der bilateralen Hilfsleistungen von 79 % netto an der Gesamt-ODA nach der Schweiz an zweiter Stelle. Daraus ergibt sich ein Anteil multilateraler Hilfe von 21 % netto.⁴⁶ Luxemburg arbeitet mit den Institutionen

⁴¹ „La politique des pays cible.“ <http://www.mae.lu/mae.taf?IdNav=56> [Letzter Zugriff: 21. März 2004].

⁴² Stock, Ruth: „Luxemburg - Ein kleiner Geber mit steigender Tendenz.“ In: Thiel (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. S. 153.

⁴³ „La politique des pays cible.“ [Letzter Zugriff: 21. März 2004].

⁴⁴ Vgl. hierzu „Luxembourg - aid at a glance.“, Anhang C Abbildung C.4.

⁴⁵ Aus diesem Grund gehören sechs der zehn Zielländer zu den LDC. Dies sind Kap Verde, Senegal, Burkina Faso, Mali, Niger und Laos.

⁴⁶ Luxemburg selbst gibt allerdings einen Anteil multilateraler Hilfe von 30 - 40 % an und für das Jahr 2001 37,34 %. Dabei ist jedoch nicht angegeben, ob es sich um Brutto- oder Nettzahlungen handelt. Vgl. „Campagne de sensibilisation - La Coopération au Développement en bref.“ <http://www.mae.lu/html/idnav1024/coop.pps> und „La coopération multilatérale.“ <http://www.mae.lu/images/biblio/biblio-98-403.pdf>, S. 6. [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

Luxemburgs Entwicklungshilfe in Zahlen			
Ausgaben für reale (inflationsbereinigte) ODA insgesamt			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
65 Mio. USD	85 Mio. USD	139 Mio. USD	139 Mio. USD
Hauptempfängerländer			
<i>1995/1996</i>		<i>2001/2002</i>	
Kap Verde	3,0 Mio. USD	Serbien/Montenegro	7,0 Mio. USD
Nicaragua	1,6 Mio. USD	Kap Verde	7,0 Mio. USD
Senegal	1,3 Mio. USD	El Salvador	6,0 Mio. USD
Vietnam	1,3 Mio. USD	Afghanistan	5,0 Mio. USD
Mauritius	1,2 Mio. USD	Mali	5,0 Mio. USD
Namibia	1,2 Mio. USD	Burkina Faso	5,0 Mio. USD
Tunesien	1,0 Mio. USD	Vietnam	5,0 Mio. USD
Ruanda	0,9 Mio. USD	Laos	5,0 Mio. USD
Chile	0,8 Mio. USD	Nicaragua	4,0 Mio. USD
Demokr. Rep. Kongo	0,8 Mio. USD	Namibia	4,0 Mio. USD
Anteil der ODA am BNE (1995/1996: BSP)			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
0,36 %	0,44 %	0,76 %	0,77 %
Anteil der bilateralen Hilfsleistungen			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
66,00 %	69,00 %	77,00 %	79,00 %
Anteil der Hilfe für Subsahara-Afrika			
<i>1995/1996</i>		<i>2001/2002</i>	
<i>Subsahara-Afrika</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>	<i>Subsahara-Afrika</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>
15 Mio. USD	29 Mio. USD	40 Mio. USD	110 Mio. USD
Zahlungen an LDCs			
<i>1995/1996 (LLDCs)</i>		<i>2001/2002 (LDCs)</i>	
<i>LLDCs</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>	<i>LDCs</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>
9 Mio. USD	29 Mio. USD	45 Mio. USD	111 Mio. USD

Tabelle 5.3: Zahlen und Daten - Luxemburg. Quelle: 1995/1996: Michel (Hrsg.): *DAC-Bericht 1997*. S. 101. 2001/2002: „Luxembourg - aid at a glance.“

der UN und der EU zusammen, ebenso mit der Weltbank und der Internationalen Entwicklungsbank, jedoch nicht mit regionalen Entwicklungsbanken. Luxemburg ist Mitglied der OIF und war Gastgeber verschiedener Konferenzen und Tagungen. Als Grund für die Auswahl der Nehmerländer werden die auf der Frankophonie beruhenden Beziehungen jedoch nicht genannt.

5.4 Schweiz

Die Schweiz ist ein Geberland, dessen Hilfsleistungen in absoluten Zahlen eher gering sind. „Gemessen an Wohlstand und Leistungsvermögen ist die Entwicklungspolitik der Schweiz eher zu klein und durchaus nicht generell fein.“⁴⁷ Die Schweiz möchte durch ihre Entwicklungspolitik „Weltoffenheit, Großzügigkeit und Solidarität“⁴⁸ beweisen. Ungeachtet bestehender Kritik zeigt sich die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit durch die weitgehende Bindungsfreiheit der Hilfe. Zudem werden finanzielle Mittel fast ausschließlich als Schenkung vergeben.

Bis Ende der achtziger Jahre lag die Schweiz weit unter dem DAC-Durchschnitt⁴⁹; 1970 hatte die öffentliche Entwicklungshilfe einen Anteil von 0,12 % am BSP, zehn Jahre später waren es 0,24 %.⁵⁰ Bis 1995 stieg die Hilfe um 0,1 % auf 0,34 %, und im Jahr 2002 war ein leichter Rückgang auf 0,32 % zu verzeichnen. Der Anteil der ODA am BSP bzw. BNE⁵¹ ist in der Schweiz in den Jahren 1995/1996 und 2001/2002 auffällig konstant: Von 1995 auf 1996 blieb er gleich, und von 2001 auf 2002 sank er um 0,02 %. Der Anteil der bilateralen Hilfsleistungen hingegen stieg von 2001 auf 2002 um 10 %. Im schweizerischen Außenministerium, dem Eidgenössischen Department für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist die Direktion für Entwicklung und Zusam-

⁴⁷Hofmann, Michael: „Schweiz: Klein, aber fein - mit Bankgeheimnis für Fluchtgelder.“ In: Thiel (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. S. 204.

⁴⁸„Mandat und Grundlage.“ <http://www.deza.admin.ch/index.php?userhash=4963980&navID=298&l=d> [Letzter Zugriff: 11.4.2004].

⁴⁹Zur Erklärung siehe Anhang A.

⁵⁰Hofmann: „Schweiz: Klein, aber fein - mit Bankgeheimnis für Fluchtgelder.“ In: Thiel (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. S. 199.

⁵¹Die Bezugsgröße für den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe hat sich im Jahr 2000 geändert: Vorher wurde sie im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) gemessen, seit 2000 wird der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) angegeben.

menarbeit (DEZA) für bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und technische Zusammenarbeit mit Osteuropa zuständig. Sie kümmert sich um die Gesamtkoordination mit anderen schweizerischen Bundesämtern und um humanitäre Hilfsleistungen. Diese werden vom Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH) erbracht. Das Staatssekretariat für Wirtschaft unterstützt die Schwerpunktländer bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch Budgethilfe, Entschuldungsmaßnahmen und technische Projekte im Finanzsektor. In der Schweiz leisten die NRO einen wesentlichen Beitrag zur Durchführung von Entwicklungsprojekten. Bei der Bevölkerung sind sie bekannter als die staatlichen Behörden für Entwicklungspolitik.⁵²

Ähnlich wie Belgien und Luxemburg legt die Schweiz den Schwerpunkt der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit auf 17 Schwerpunktländer in Afrika, Asien und Lateinamerika. Im Jahr 2004 sind dies im frankophonen Afrika Benin, Burkina Faso, Mali, Niger und Tschad, außerdem Mosambik, Tansania, Ecuador, Nicaragua, Bangladesh, Bhutan, Indien, Nepal, Pakistan, Bolivien, Peru und Vietnam.⁵³ Die Auswahl der letzten fünf Staaten lässt sich auch dadurch erklären, dass die Schweiz bevorzugt in solchen Regionen Entwicklungshilfe leistet, in denen andere Geber (noch) nicht vertreten sind. Die Schweizer Regierung nennt als Kriterien für die Auswahl der geographischen Einsatzräume die Bedürfnislage des Nehmerlandes, das Entwicklungspotenzial, d.h. politische Rahmenbedingungen und gute Regierungsführung, den Aufbau rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen sowie die Einhaltung der Menschenrechte, Vorteile der DEZA und politische Interessen der Schweiz. Hierzu zählen u.a. die Beteiligung an friedenspolitischen Sonderprogrammen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen und Maßnahmen zur Eindämmung von Migration.⁵⁴ Humanitäre Hilfe wird 2004 hauptsächlich in Kolumbien, Westafrika, Angola, Sudan, Eritrea, Äthiopien, auf dem Balkan, Moldawien, auf dem Kaukasus, im Nahen Orient und Af-

⁵²Hofmann: „Schweiz: Klein, aber fein - mit Bankgeheimnis für Fluchtgelder.“ In: Thiel (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. S. 202.

⁵³„Pays prioritaires et Régions principales pour la DDC 2004.“
http://www.deza.admin.ch/ressources/deza_product_fr.743.pdf [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

⁵⁴Vgl. „Geografische Schwerpunkte.“
<http://www.deza.admin.ch/index.php?userhash=4830132&navID=460&l=d>
 [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

Die Entwicklungshilfe der Schweiz in Zahlen			
Ausgaben für reale (inflationsbereinigte) ODA insgesamt			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
1.084 Mio. USD	1.072 Mio. USD	908 Mio. USD	863 Mio. USD
Hauptempfängerländer			
<i>1995/1996</i>		<i>2001/2002</i>	
Mosambik	27 Mio. USD	Serbien/Montenegro	29 Mio. USD
Indien	24 Mio. USD	Indien	23 Mio. USD
Bolivien	20 Mio. USD	Mosambik	23 Mio. USD
Ruanda	18 Mio. USD	Tansania	18 Mio. USD
Bosnien-Herzegowina	18 Mio. USD	Ex-Jugoslawien	17 Mio. USD
Tansania	17 Mio. USD	Burkina Faso	14 Mio. USD
Nepal	15 Mio. USD	Bosnien-Herzegowina	14 Mio. USD
Madagaskar	15 Mio. USD	Nepal	13 Mio. USD
Nicaragua	15 Mio. USD	Bangladesh	13 Mio. USD
Russland (OA)	15 Mio. USD	Bolivien	12 Mio. USD
Anteil der ODA am BNE (1995/1996: BSP)			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
0,34 %	0,34 %	0,34 %	0,32 %
Anteil der bilateralen Hilfsleistungen			
<i>1995</i>	<i>1996</i>	<i>2001</i>	<i>2002</i>
72,00 %	70,00 %	71,00 %	81,00 %
Anteil der Hilfe für Subsahara-Afrika			
<i>1995/1996</i>		<i>2001/2002</i>	
<i>Subsahara-Afrika</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>	<i>Subsahara-Afrika</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>
20 Mio. USD	316 Mio. USD	160 Mio. USD	709 Mio. USD
Zahlungen an LDCs			
<i>1995/1996 (LLDCs)</i>		<i>2001/2002 (LDCs)</i>	
<i>LLDCs</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>	<i>LDCs</i>	<i>Ausgaben insgesamt</i>
22 Mio. USD	424 Mio. USD	177 Mio. USD	710 Mio. USD

Tabelle 5.4: Zahlen und Daten - Schweiz. Quelle: 1995/1996: Michel (Hrsg.): *DAC-Bericht 1997*. S. 80. 2001/2002: „Switzerland - aid at a glance.“

ghanistan geleistet.⁵⁵ Die Zielsetzungen der schweizerischen Entwicklungspolitik sind mit denen der anderen frankophonen Geberländer vergleichbar:

Ziel der Entwicklungszusammenarbeit ist die Armutsreduktion im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe in den Partnerländern. Sie fördert namentlich die wirtschaftliche und staatliche Eigenständigkeit, trägt zur Verbesserung der Produktionsbedingungen bei, hilft bei der Bewältigung von Umweltproblemen und sorgt für besseren Zugang zur Bildung, gesundheitliche Grundversorgung und Kultur der am meisten benachteiligten Bevölkerung.⁵⁶

Die Entwicklungszusammenarbeit beruht auf zwei Prinzipien, und zwar zum einen auf der Berücksichtigung der wachsenden Ungleichheit zwischen Nord und Süd und zum anderen auf „[...] der Erkenntnis, dass die Schweiz als reiches Land im Kampf gegen diese Ungleichheiten eine Verantwortung trägt.“⁵⁷ Zu den Sektoren, in denen die Schweiz aktiv ist, zählen Konfliktprävention und -bewältigung, Einkommens- und Beschäftigungsförderung, die Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit, die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen sowie „gute Regierungsführung.“⁵⁸ Nach dem Weltgipfel von Rio de Janeiro 1992 verlagerte die Schweiz den Fokus der Entwicklungspolitik auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Auch Frauenförderung, Migration und die Bekämpfung von Drogenkonsum und AIDS gehören zu den Arbeitsbereichen der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit.

Im Rahmen multilateraler Zusammenarbeit leistet die Schweiz Beiträge für UN-Institutionen, und zwar hauptsächlich für UNDP und UNICEF. Pro Jahr steht den Agenturen und Fonds der UNO etwa ein Viertel der multilateralen öffentlichen Hilfe zur Verfügung. Seit 1992 ist die Schweiz Mitglied der Weltbank-Gruppe und des IWF. Gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft beteiligt sich die DEZA an Zahlungen für die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken. Im Unterschied zu Frankreich, Belgien und Luxemburg beteiligt sich die Schweiz nicht an der Entwicklungszusammenarbeit der EU. In der Frankophonie leistet die Schweiz Beiträge

⁵⁵ „Pays prioritaires et Régions principales pour la DDC 2004.“ [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

⁵⁶ „Die DEZA auf einen Blick.“

<http://www.deza.admin.ch/wideview.php?userhash=4830132&navID=718&l=d> [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

⁵⁷ „Entwicklungspolitik.“ <http://www.deza.admin.ch/portal.php?userhash=4830132&l=d&navID=8> [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

⁵⁸ Dazu zählen Rechtsstaatlichkeit, Dezentralisierung der Staatsgewalt, die Einhaltung der Menschenrechte und eine sinnvolle Verteilung der Rollen des Staates, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft. Vgl. „Entwicklungspolitik - Ziele.“ <http://www.deza.admin.ch/index.php?userhash=4830132&navID=299&l=d> [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

für die AIF (1998 waren es über vier Millionen CHF⁵⁹). Sie ist das einzige frankophone Geberland, das sich explizit als solches neben den anderen frankophonen Gebern darstellt: „Die Schweiz gehört mit Frankreich, Kanada, der Communauté française de Belgique und Québec zu den fünf wichtigsten Geldgebern der Frankophonie.“⁶⁰

5.5 Fazit

Allgemeine Merkmale Aus den oben beschriebenen Entwicklungspolitiken der Geberländer Belgien, Frankreich, Kanada, Luxemburg und Schweiz lassen sich mehrere Rückschlüsse ziehen, die auf dem Vergleich der OECD-Statistiken und der jeweiligen Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit basieren. Grundsätzlich ist zu sagen, dass der Stellenwert der Entwicklungspolitik bezüglich des Anteils der öffentlichen Entwicklungshilfe am BSP bzw. BNE in den untersuchten Staaten sehr unterschiedlich ist: 1995/1996 war der Anteil der ODA am BSP in Frankreich mit 0,55 %

Die Haushaltslage der Geberländer ^a und der Anteil der ODA am BNE im Jahr 2001					
	<i>Belgien</i>	<i>Frankreich</i>	<i>Kanada</i>	<i>Luxemburg</i>	<i>Schweiz</i>
BSP pro Kopf in USD	23.850	22.730	21.930	39.840	38.330
Anteil ODA/BNE in %	0,37	0,32	0,22	0,76	0,34

^aHarenberg, Bodo: *Aktuell 2004*. Dortmund, Harenberg Lexikon-Verlag, 2003.

Tabelle 5.5: Haushaltslage der Geberländer

bzw. 0,48 % am höchsten. Den niedrigsten Anteil verzeichnete 1995 die Schweiz mit 0,34 %, ein Jahr später Kanada mit 0,32 %. Sechs Jahre später hatte Luxemburg mit 0,76 % bzw. 0,77 % den höchsten Anteil der ODA am BNE. In Kanada war der Anteil in beiden Jahren mit 0,22 % bzw. 0,28 % am niedrigsten.

Betrachtet man das BSP pro Kopf als Indikator für den wirtschaftlichen Wohlstand eines Landes, lässt sich feststellen, dass sich die oben beschriebene Tendenz der Entwicklungszusammenarbeit hier wiederfindet: Luxemburg hat das höchste BSP pro

⁵⁹„EDA - Frankophonie.“ <http://www.eda.admin.ch/eda/g/home/foreign/franco.html> [Letzter Zugriff: 26.3.2004]. 1 EUR entspricht 1,5783 CHF (Tageskurs der Europäischen Zentralbank vom 1.3.2004; vgl. „Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank.“ <http://www.bundesbank.de/stat/download/stat.euref.pdf> [Letzter Zugriff: 26.3.2004]).

⁶⁰„EDA - Frankophonie.“ [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

Kopf und gibt am meisten für Entwicklungshilfe aus. In Kanada ist das BSP pro Kopf am niedrigsten, ebenso der Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen. Frankreich steht in beiden Kategorien an vierter Stelle. Es fällt auf, dass bezüglich des Anteils der ODA am BNE Belgien an zweiter Stelle steht, obwohl das BSP pro Kopf mit 23.850 USD wesentlich niedriger ist als das der Schweiz. Gemessen an den absoluten Zahlen sind die Ausgaben der Schweiz für Entwicklungszusammenarbeit also verhältnismäßig gering.

Ehemalige Kolonialmächte Eine der Ausgangsfragen war, inwieweit die Tatsache, dass ein Geberland früher Kolonialmacht war, die Entwicklungspolitik zum einen und die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien zum anderen beeinflusst. Von den verglichenen Ländern besaßen zu Beginn des zweiten Weltkrieges Belgien und Frankreich noch eigene Kolonien.⁶¹

Zu Belgien gehörte damals Belgisch-Kongo, heute die Demokratische Republik Kongo. Sowohl 1995/1996 als auch 2001/2002 stand dieser Staat an zweiter Stelle der zehn Hauptempfänger belgischer bilateraler Hilfe.

Frankreich besaß in Afrika weitaus mehr Kolonien. Davon fielen in den berücksichtigten Zeiträumen Tunesien, Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger, Guinea, Togo, Benin, Tschad, die Zentralafrikanische Republik und Madagaskar nicht unter die Hauptempfänger. Im Jahr 1995/1996 zählten sieben ehemalige Kolonien zu den zehn wichtigsten Nehmerländern. Dies war an erster Stelle die Elfenbeinküste, an fünfter Stelle Kamerun, danach Marokko, an siebter Stelle Senegal, dann Algerien, Kongo und Gabun. 2001/2002 waren es nur noch vier, und zwar wieder die Elfenbeinküste an erster Stelle, Marokko an fünfter Stelle, Kamerun an achter und Senegal an neunter Stelle. Der Anteil Belgiens und Frankreichs für Subsahara-Afrika war 2001/2002 sehr hoch; Frankreich gab mit 49 % der ODA anteilig am meisten für die subsaharischen Staaten aus, Belgien folgte mit 47 % der ODA an zweiter Stelle.

Frankophonie Der Gebrauch derselben Sprache hat in der Entwicklungspolitik nicht in allen Ländern den gleichen Stellenwert. Die Schweiz erwähnt als einziger der

⁶¹Vgl. hierzu die Karte C.8 im Anhang C.

untersuchten Staaten explizit die Tatsache, dass sie mit Frankreich, Belgien, Luxemburg und Kanada zu den Gebern der Frankophonie zählt.⁶² Ansonsten findet sich in der Beschreibung ihrer Entwicklungspolitik kein spezieller Hinweis in Bezug auf die Frankophonie.

Auch für Luxemburg scheint die Frankophonie in diesem Zusammenhang keine große Rolle zu spielen. Sie wird auf den Internetseiten der Regierung und des Außenministeriums nur indirekt erwähnt.

Für Frankreich als Gründer der Frankophonie hingegen ist diese ein wesentliches Instrument im Rahmen der Beziehungen zu seinen ehemaligen Kolonien in Afrika. Im Gegensatz zu Kanada, das der Frankophonie schon früh politische Funktion zuerkannte, will Frankreich die OIF nutzen, um die bilateralen Beziehungen zum frankophonen Afrika zu pflegen und zu stärken. Aufgrund der Tatsache, dass die Entstehung der Frankophonie eng mit der Auflösung des französischen Kolonialreichs zusammenhängt, ist es natürlich, dass die Frankophonie in der Entwicklungspolitik Frankreichs einen ganz anderen Stellenwert hat als in der Schweiz oder Luxemburg. In der Schweiz könnte zudem die Tatsache eine Rolle spielen, dass neben Französisch auch Deutsch, Italienisch und Rätoromanisch Amtssprachen sind und nur in einigen Kantonen Französisch gesprochen wird. In Luxemburg wird neben Französisch Luxemburgisch und Deutsch gesprochen. Dennoch scheint es verwunderlich, dass gerade Luxemburg als kleiner Staat die Frankophonie nicht nutzt, um im internationalen Geschehen Einfluss und Profil zu gewinnen.

Für die beiden Regionen Wallonien und Quebec hingegen ist die Frankophonie ein wichtiges Forum, um als nicht souveräne Gebietskörperschaften außenpolitisch aktiv zu werden und um sich international Gehör zu verschaffen. Dies hat in beiden Fällen zu innenpolitischen Konflikten um die Kompetenzen der föderalen Ebene und der untergeordneten Regionen geführt. Besonders heftig war dieser Streit in Kanada: Ohne das vermittelnde Eingreifen Frankreichs wäre das erste frankophone Gipfeltreffen gescheitert.⁶³ In Frankreich hingegen gab es aufgrund der zentralistischen Struktur des Staates diesbezüglich keine Probleme. Sowohl der Grad der Zentralisierung als

⁶²Vgl. oben bzw. „EDA - Frankophonie.“ [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

⁶³Vgl. Kap. 3.5.2.

auch die Ein- oder Mehrsprachigkeit eines Staates wirken sich also auf die jeweilige Außen- und Entwicklungspolitik aus.

Kriterien für die Auswahl der Nehmerländer In allen untersuchten Geberländern befand sich sowohl 1995/1996 als auch 2001/2002 mindestens ein frankophoner subsaharischer Staat unter den zehn Hauptempfängern. In Frankreich zählten 1995/1996 die meisten subsaharischen Staaten zu den Hauptempfängern, und zwar die Elfenbeinküste, Kamerun, Senegal, Kongo und Gabun. Luxemburg folgt mit den vier Staaten Kap Verde, Senegal, Ruanda und Demokratische Republik Kongo an zweiter Stelle. In Belgien gehörten Ruanda, Senegal und die Demokratische Republik Kongo zu den zehn ersten Nehmern. In der Schweiz waren es im gleichen Jahr die beiden Staaten Ruanda und Madagaskar. Unter den ersten zehn Empfängerländern kanadischer Entwicklungshilfe befand sich mit der Elfenbeinküste lediglich ein frankophones subsaharisches Land. 2001/2002 zählte Belgien die meisten frankophonen sub-

Der Anteil für Subsahara-Afrika in Prozent		
	1995 - 1996	2001 - 2002
Belgien	17,54	47,01
Frankreich	45,52	49,33
Kanada	19,10	19,56
Luxemburg	51,72	36,00
Schweiz	6,33	22,50

Tabelle 5.6: Anteil für Subsahara-Afrika

saharischen Staaten: die Demokratische Republik Kongo, Kamerun, Elfenbeinküste, Ruanda, Burkina Faso und Burundi. Luxemburg und Frankreich folgen mit jeweils drei Empfängern, und zwar Kap Verde, Mali und Burkina Faso im Großherzogtum und die Elfenbeinküste, Kamerun und Senegal in Frankreich. In Kanada waren es Kamerun und die Elfenbeinküste und in der Schweiz Burkina Faso.

Prozentual gesehen hat Luxemburg 1995/1996 den größten Anteil, nämlich 51,72 % der ODA für die Staaten in Subsahara-Afrika ausgegeben. Den niedrigsten Anteil hatte die Schweiz mit 6,33 %. Sechs Jahre später hatte Frankreich mit knapp der

Hälfte aller Ausgaben (49,33 %) den größten Anteil und Kanada mit 19,56 % den niedrigsten. Der Tabelle 5.6 kann man entnehmen, dass der Anteil der Ausgaben für Subsahara-Afrika in Frankreich und Kanada in den beiden Zeiträumen fast gleich geblieben ist. In Belgien und der Schweiz hat er stark zugenommen. Luxemburg ist das einzige Land, das einen sinkenden Anteil aufweist.

Betrachtet man die geographische und sektorale Verteilung der Entwicklungshilfe fällt außerdem auf, dass Belgien, die Schweiz und Luxemburg ihre Aktivitäten in beiden Bereichen auf bestimmte Schwerpunkte konzentriert haben.

Einer der Gründe für die breite Streuung der Empfänger kanadischer Entwicklungshilfe besteht darin, dass die Verteilung der Hilfe nicht durch historische Bindungen geprägt ist. Dem ist entgegenzuhalten, dass auch die neutrale Schweiz und Luxemburg bei der Wahl der Nehmerländer nicht durch Beziehungen zu ehemaligen Kolonien beeinflusst sind: Im Gegensatz zu Frankreich und Belgien waren sie keine Kolonialmächte und sind bei der Auswahl in dieser Hinsicht unbelastet. Die Schweiz und Luxemburg, die beiden reichsten der verglichenen Staaten, legen die Kriterien für ihre Auswahl explizit offen. Interessanterweise sehen sie dabei keine speziellen Verbindungen aufgrund der Frankophonie.

Wegen des hohen Anteils des BSP pro Kopf im eigenen Land können sie sich verstärkt auf humanitäre Entwicklungsziele konzentrieren. In Luxemburg werden die Hilfsleistungen ganz, in der Schweiz weitestgehend ohne Lieferbindung vergeben. Unbestreitbar ist, dass wirtschaftlich gesunde Geber ihre Eigeninteressen leichter zurückstellen und sich verstärkt auf entwicklungspolitisch-humanitäre Ziele konzentrieren können. Auch wenn Kanada wirtschaftlich nicht so gut dasteht wie Luxemburg und die Schweiz, könnte es sich an deren Kriterien für die Auswahl und vor allem an der Beschränkung auf eine bestimmte Anzahl an Nehmerländern orientieren. Dies scheint gerade deshalb notwendig zu sein, weil dadurch die verhältnismäßig geringen Mittel, die für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehen, gezielter und effizienter eingesetzt werden könnten.

Die Bekämpfung der Armut als offizielles Ziel Außer Belgien nennen alle frankophonen Geber die Verringerung der Armut als offizielles Ziel ihrer Entwicklungs-

politik. Der Anteil, den sie den LLDCs bzw. LDCs zukommen lassen, fällt jedoch sehr unterschiedlich aus.⁶⁴ Sowohl 1995/1996 als auch 2001/2002 ließ Luxemburg

Der Anteil für LDCs in Prozent		
	1995 - 1996	2001 - 2002
Belgien	5,54	34,96
Frankreich	19,28	26,85
Kanada	15,79	15,18
Luxemburg	31,03	40,00
Schweiz	5,19	25,00

Tabelle 5.7: Anteil der Hilfe für LDCs in Prozent

Kategorien der Hauptempfänger ^a						
	LDC	Other LICs	LMIC	UMIC	Transition	Adv. Dev. Countries
Belgien ^b	5	3	1	0	0	0
Frankreich	2	2	2	1	1	2
Kanada ^c	2	5	0	0	2	0
Luxemburg ^d	5	2	2	0	0	0
Schweiz ^e	5	1	2	0	0	0

^aZur Erläuterung der einzelnen Kategorien siehe Anhang A und C Abbildung C.6.

^bIn Belgien befindet sich Serbien/Montenegro unter den Hauptempfängern. Da es in der DAC-Liste nicht zu finden ist, sind hier nur neun Staaten aufgeführt.

^cIn Kanada sind die Staaten Ex-Jugoslawiens nicht näher spezifiziert, deshalb stehen hier neun Staaten.

^dIn Luxemburg befindet sich Serbien/Montenegro unter den Hauptempfängern. Da es in der DAC-Liste nicht zu finden ist, sind hier nur neun Staaten aufgeführt.

^eIn der Schweiz sind die Staaten Ex-Jugoslawiens nicht näher spezifiziert. Zudem befindet sich Serbien/Montenegro unter den Hauptempfängern, das in der DAC-Liste nicht zu finden ist. Deshalb sind in der Tabelle nur acht Staaten aufgeführt.

Tabelle 5.8: Kategorien der zehn Hauptempfänger

den größten Anteil seiner Entwicklungshilfe den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) zukommen. Der Anteil Kanadas, der 2001/2002 lediglich 15,18 % betrug, ist im Vergleich zu 1995/1996 fast gleich geblieben. In Belgien und der Schweiz hingegen

⁶⁴In den Statistiken der OECD von 1995/1996 wird die unterste Kategorie mit LLDC bezeichnet, 2001/2002 mit LDC. Für nähere Erläuterungen hierzu siehe Anhang A. Im Text verwende ich der Einfachheit halber die Bezeichnung LDC.

ist der Anteil für LDCs deutlich gestiegen. Bezüglich der Verteilung der Ausgaben für Entwicklungshilfe auf die einzelnen Kategorien der Nehmerländer⁶⁵ zeigte sich 2001/2002 vor allem in Kanada eine Diskrepanz zwischen den Aussagen der Regierung und der tatsächlichen Entwicklungszusammenarbeit: Zum einen verzeichnete es 2001/2002 den niedrigsten Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen, zum anderen war 2002 der Anteil für LICs und für Subsahara-Afrika am kleinsten.

Die Betrachtung der zehn Hauptempfänger 2001/2002 in Bezug auf die Einteilung des DAC⁶⁶ lässt darauf schließen, dass in Frankreich die offiziellen Ziele der staatlichen Entwicklungspolitik nicht mit den tatsächlichen Zahlen übereinstimmten: Hier fielen nur vier Hauptempfänger unter die beiden Kategorien der ärmsten Entwicklungsländer (LDCs und Other LICs). In Belgien hingegen zählten die meisten, nämlich acht, Hauptnehmerländer zu diesen beiden Kategorien.

⁶⁵Siehe hierzu die DAC-Liste der Empfänger von Entwicklungshilfe vom 1. Januar 2001 im Anhang C.6. Für weitere Informationen zu den DAC-Listen siehe Anhang A unter ODA.

⁶⁶Siehe ebd.

Kapitel 6

Schlussbetrachtung

Im Rahmen dieser Magisterarbeit habe ich mich mit der Rolle Kanadas in der Entwicklungspolitik frankophoner Länder seit 1960 im Hinblick auf Zielsetzungen, institutionelle Strukturen und Aktionsfelder befasst. Untersuchungsgegenstand war die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit Kanadas und seiner Provinz Quebec im Vergleich mit den anderen frankophonen Gebern im französischsprachigen Subsahara-Afrika sowie die multilaterale Kooperation im Rahmen der Frankophonie.

Um die verschiedenen Fragestellungen beurteilen zu können, habe ich zunächst einen Überblick über Entwicklungspolitik im Allgemeinen gegeben. Damit man speziell den Einfluss der Frankophonie in der kanadischen Entwicklungspolitik einschätzen kann, war es notwendig, deren Entstehung und institutionelle Strukturen zu beleuchten.

Für die kanadische Entwicklungspolitik hat sich gezeigt, dass, obwohl es eine breite Streuung der Nehmerländer gibt, dennoch der Forderung Rechnung getragen wird, die Situation der Empfänger durch die Wahl der Entwicklungshilfemaßnahmen (und eventuell auch durch Verweigerung solcher Maßnahmen) zu berücksichtigen. Dabei stellte sich auch heraus, dass Kanada bei der Entwicklungszusammenarbeit innovative Ansätze verfolgt, die bei der OECD und anderen Gebern Anerkennung finden. Dazu zählen die Gleichstellung von Mann und Frau und die Berücksichtigung verschiedener Aspekte der Nachhaltigkeit im Entwicklungsprozess.

Um herauszufinden, wo die Spezifika bezüglich der Frankophonie und der Rolle der französischen Sprache liegen, war die kanadische Entwicklungspolitik mit denen der

anderen frankophonen Geber zu vergleichen. Für die Beantwortung der Frage, inwieweit sich die Politik des kolonial unbelasteten Kanada von der ehemaliger Kolonialmächte unterscheidet, war ein Vergleich mit Belgien und Frankreich notwendig. Bei der Frage, ob die Tatsache, dass ein Geberland ehemals Kolonialmacht war, dessen Entwicklungspolitik beeinflusst, lassen sich Unterschiede bei der Auswahl der Nehmerländer feststellen: In Kanada ist die Streuung der Empfänger sehr breit, während sich bei Belgien und Frankreich eine deutliche Zuwendung zu ihren ehemaligen Kolonien erkennen lässt. Dass die ehemaligen Kolonialbeziehungen zentralen Einfluss auf die heutige Entwicklungspolitik Belgiens und Frankreichs haben, wird sowohl bei der Auswahl der Hauptempfängerländer als auch beim Umfang der finanziellen Mittel für Subsahara-Afrika deutlich. Dass Kanada selbst als kolonial unbelastetes Land eine wichtige Rolle unter den Geberländern spielt, trägt zum hohen Ansehen Kanadas bei den frankophonen Empfängerländern bei.

Die breite Streuung der Nehmerländer im Falle Kanadas ist allerdings auch ein Indiz dafür, dass die französische Sprache nicht als Hauptkriterium bei der Auswahl der Nehmerländer dient. Innerhalb der Frankophonie wird die gemeinsame Sprache jedoch auch von den Nehmerländern als verbindendes Element für die Entwicklungszusammenarbeit gesehen. Das Engagement innerhalb der Sprachgemeinschaft, in der Industrie- und Entwicklungsländer als Mitglieder vereint sind, trägt zur Verwirklichung des Solidaritätsgedankens innerhalb der Frankophonie bei. Des Weiteren konnte bestätigt werden, dass die Entwicklungspolitik Kanadas gleichwohl von ökonomischen Eigeninteressen geprägt ist, was sich unter anderem am langen Festhalten an der Lieferbindung zeigt.

Beim Vergleich der frankophonen Geberstaaten wird klar, dass ein Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Situation des Gebers und der Höhe der Ausgaben für Entwicklungshilfe besteht. Dies ist bei der Schweiz allerdings nicht der Fall; hier besteht eine größere Diskrepanz zwischen der Haushaltslage und dem Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungspolitik am Bruttonationaleinkommen als bei den anderen frankophonen Gebern.

Allein durch die Auswertung der Statistiken konnte nicht festgestellt werden, ob frankophone Geber frankophone Nehmer explizit bevorzugen und diese aufgrund der Zu-

gehörigkeit zur Frankophonie auswählen. Es könnten auch allgemeine humanitäre Gründe ausschlaggebend sein, wie Luxemburg und die Schweiz behaupten. Bei Frankreich und Belgien scheint zudem die Tatsache eine Rolle zu spielen, dass sie ihre ehemaligen Kolonien weiterhin unterstützen möchten. Inwieweit die französische Sprache bei den anderen frankophonen Gebern eine Rolle spielt, könnte in einer weiteren Forschungsarbeit näher untersucht werden. Die Verankerung des Solidaritätsgedankens in der Frankophonie lässt jedenfalls vermuten, dass auch hier die französische Sprache ein wesentliches Element bei der Zusammenarbeit ist.

Eindeutig ist hingegen, dass der Stellenwert der Frankophonie in der jeweiligen Entwicklungspolitik eng mit ihrer Entstehung und mit der Mehrsprachigkeit eines Landes zusammenhängt: In Frankreich, dem einzigen der verglichenen Staaten, in dem ausschließlich Französisch Amtssprache ist, wird ihr ein höherer Stellenwert eingeräumt als in den anderen frankophonen Geberländern. Auffallend ist, dass die Frankophonie von französischsprachigen Regionen innerhalb eines Staates wie Quebec oder Wallonien als Forum genutzt wird, um eine eigene Außenpolitik zu betreiben. Dadurch wird deren Position im internationalen Geschehen, zugleich aber auch ihr innenpolitisches Gewicht, gestärkt.

In der weiteren Forschung müssten die Entwicklungspolitiken der anderen frankophonen Geberstaaten im Hinblick auf oben genannte Aspekte genauer untersucht werden. Es wäre interessant, Kanadas Rolle innerhalb der Sprachgemeinschaft des Commonwealth auf ähnliche Art und Weise zu untersuchen, um herauszufinden, ob hier vergleichbare Tendenzen nachweisbar sind. Die Frage, inwiefern sich die Beziehung der französischsprachigen Gemeinschaft Belgiens mit der belgischen Regierung von dem Verhältnis Quebecs mit Ottawa bezüglich der internationalen Beziehungen unterscheidet, könnte ebenfalls ein interessanter Untersuchungsgegenstand sein. Wie sich die Präsenz Kanadas und Quebecs im Nehmerland selbst äußert und wie die Kooperation vor Ort funktioniert, war bisher kein zentraler Aspekt der Forschung. All diese Forschungsvorhaben sollten - wie die vorliegende Magisterarbeit - einen Beitrag dazu leisten, die Entwicklungszusammenarbeit unter Nutzung der durch die Frankophonie gegebenen Möglichkeiten in Zukunft so zu gestalten, dass Unterentwicklung und Armut in der Welt weiter verringert werden können.

ANHANG

Anhang A

Abkürzungsverzeichnis und Glossar

ACCT Agence de Coopération Culturelle et Technique, heute AIF
frühere Entwicklungshilfeorganisation der Frankophonie

ACDI Agence Canadienne pour le Développement International, engl. CIDA
Kanadische Behörde für Entwicklungszusammenarbeit

AFD Agence Française de Développement, früher CFD
Französische Behörde für Entwicklungszusammenarbeit

AfDB African Development Bank, frz. BAfD
Afrikanische Entwicklungsbank, gegründet 1963, Sitz in Abidjan, seit 1979 für
nichtregionale Mitglieder geöffnet¹

AIF Agence Intergouvernementale de la Francophonie, früher ACCT
Entwicklungshilfeorganisation der Frankophonie

AIMF Association Internationale des Maires Francophones
Internationale Vereinigung frankophoner Bürgermeister

AP Aide Publique, engl. OA, Definition siehe dort

APD Aide Publique au Développement, engl. ODA, Definition siehe dort

AQOCI Association Québécoise des Organismes de Coopération Internationale
Dachverband der Provinz Quebec der Organisationen für internationale Zusammen-
arbeit

Atlasverfahren der Weltbank Methode zur Umrechnung einer Landeswährung in
USD, bei der Dreijahresdurchschnitte der Wechselkurse verwendet werden, um
die Auswirkungen vorübergehender Wechselkursfluktuationen zu mildern.

¹Nuscheler, Franz: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. Bonn, Dietz, ⁴1996, S. 530.

- AUF** Agence Universitaire de la Francophonie
Vereinigung frankophoner Universitäten
- BAfD** Banque Africaine de Développement, engl. AfDB, Erklärung siehe dort
Afrikanische Entwicklungsbank
- BAfD** Banque Asiatique de Développement
Asiatische Entwicklungsbank
- BID** Banque Interaméricaine de Développement
Interamerikanische Entwicklungsbank
- BIEF** Banque internationale d'information sur les États francophones
Internationale Datenbank frankophoner Staaten
- BIP** Bruttoinlandsprodukt, engl. GDP, frz. PIB
Summe aller von In- und Ausländern innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft produzierten Güter bzw. erbrachten Dienstleistungen²
- BNE** Bruttonationaleinkommen, engl. GNI, frz. RNB
Das umfassendste Maß für das Einkommen eines Landes, misst die gesamte Wertschöpfung von Inländern aus inländischen und ausländischen Quellen. Das BNE umfasst das BIP zuzüglich des Nettoübertragenen aus Primäreinkommen aus ausländischen Quellen. Die Umrechnung von der jeweiligen Landeswährung in USD zum jeweils geltenden Kurs erfolgt mit Hilfe der Atlas-Methode der Weltbank. Seit dem Jahr 2000 dient das BNE und nicht mehr das BSP als Bezugsgröße für den Anteil der ODA. Der DAC verwendete 2001 zur Einteilung in seinen Listen jedoch die Einheit BSP.³
- BSP** Bruttosozialprodukt, engl. GNP, frz. PNB
Das BSP ist die Summe aller von Staatsbürgern innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen.
- CAD** kanadischer Dollar; 1 EUR entspricht 1,6707 CAD (Tageskurs der Europäischen Zentralbank vom 1.3.2004⁴)
- CAD** Comité d'Aide au Développement, engl. DAC, Erklärung siehe dort
- CCCI** Conseil Canadien pour la Coopération Internationale, engl. CCIC
Kanadischer Rat für internationale Zusammenarbeit
- CCIC** Canadian Council for International Co-operation, frz. CCCI, Erklärung siehe dort

²Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. S. 531.

³The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank (Hrsg.): *Weltentwicklungsbericht 2003: Nachhaltige Entwicklung in einer dynamischen Welt*. Bonn, UNO-Verlag, 2003, S. 297.

⁴„Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank.“ www.bundesbank.de/stat/download/stat_euref.pdf [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

- CFA** Communauté Financière Africaine
Finanzgemeinschaft der 14 zur Währungszone *Zone franc* gehörenden afrikanischen Staaten.
- CFD** Caisse Française de Développement, heute AFD, Erklärung siehe dort
- CFTC** Commonwealth Fund for Technical Cooperation
Fonds des Commonwealth für technische Zusammenarbeit
- CGIAR** Consultative Group on International Agricultural Research, frz. GCRAI
Beratungsgruppe für Internationale Agrarforschung
- CGRI** Commissariat Général aux Relations Internationales
Wallonische Institution für internationale Beziehungen
- CHF** Schweizer Franken; 1 EUR entspricht 1,5783 CHF (Tageskurs der Europäischen Zentralbank vom 1.3.2004⁵)
- CICID** Comité Interministériel de la Coopération Internationale et du Développement
Interministerielles Komitee für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Unterabteilung der französischen DGCID
- CIDA** Canadian International Development Agency, frz. ACDI, Erklärung siehe dort
- CMF** Conférence Ministérielle de la Francophonie
Konferenz der Frankophonie, an der die Außenminister oder Minister für frankophone Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten teilnehmen.
- CONFEMEN** Conférence des Ministres de l'Éducation Nationale des pays d'expression française
Konferenz der Bildungsminister frankophoner Staaten
- CPF** Conseil Permanent de la Francophonie
Ständiger Rat der Frankophonie
- CRDI** Centre de Recherches pour le Développement International, englisch IDRC
Kanadisches Forschungszentrum für internationale Entwicklung
- CTB** Coopération Technique Belge
Belgische Entwicklungshilfeorganisation
- DAC** Development Assistance Committee, frz. CAD
Fachausschuss der OECD, der für Entwicklungshilfe zuständig ist. Dem DAC gehören 23 westliche Industrieländer und die EU-Kommission an. Die entwicklungspolitischen Leistungen der DAC-Mitglieder werden alle drei Jahre anhand gemeinsam beschlossener Leitlinien überprüft (sog. *Peer Reviews*). Ziel dabei ist, den Gesamtbetrag der Leistungen an die Entwicklungsländer zu steigern

⁵„Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank.“ www.bundesbank.de/stat/download/stat_euref.pdf [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

und den Nutzeffekt der geleisteten Hilfe zu erhöhen. Seit 1981 findet jährlich ein Partnerschaftsforum aller Mitglieder statt.⁶

DAC-Durchschnitt Der DAC-Durchschnitt errechnet sich aus den Beiträgen der Mitglieder des DAC in der jeweiligen Kategorie (z.B. der Anteil der Ausgaben für multi- bzw. bilaterale Hilfe).

DEZA Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, Schweiz

DFAIT Department of Foreign Affairs and International Trade, frz. MAECI
Kanadisches Außenministerium

DGCID Direction Générale de la Coopération internationale du Développement
Generaldirektion für internationale Zusammenarbeit, Frankreich

DOM Départements d'outre-mer
französische Überseedepartements

EAI Enveloppe de l'aide internationale, engl. IAE, Erklärung siehe dort

EDA Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, Schweiz

EEF Europäischer Entwicklungsfonds
Der EEF wird durch Beiträge der Mitgliedsstaaten (und nicht durch den EU-Haushalt) finanziert. Deshalb unterliegt er nicht der Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments. Im Unterschied zu den Exekutivorganen von IWF und Weltbank haben die Mitgliedsstaaten in den Entscheidungsgremien des EEF kein Mitspracherecht. Der Großteil der Zusagen des EEF wird als nicht rückzahlbare Zuschüsse vergeben.

FAO Food and Agriculture Organization of the UN
Organisation der UN für Ernährung und Landwirtschaft

FMI Fonds Monétaire International, dt. IWF, engl. IMF, Erklärung siehe unter IWF

FNUAP Fonds des Nations Unies pour la population, engl. UNFPA, Erklärung siehe dort

G7/G8 Group of Seven
Gruppe der sieben großen Industrieländer Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, USA, die seit der Aufnahme Russlands 1997 als G8 bezeichnet wird.

GCRAI Groupe consultatif pour la recherche agricole internationale, engl. CGIAR,
Erklärung siehe dort

⁶Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. S. 44, vgl. auch Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (Hrsg.): *Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2002*. Berlin, 2002, S. 343.

GDP Gross Domestic Product, dt. BIP, frz. PIB

The gross domestic product is the sum of the gross value added by all resident producers in the economy plus any product taxes and minus any subsidies not included in the value of the products. It is calculated without making deductions for depreciation of fabricated assets or for depletion and degradation of natural resources.⁷

GNI Gross National Income, dt. BNE, frz. RNB, Erklärung siehe unter BNE

GNP Gross National Product, dt. BSP, frz. PNB, Erklärung siehe unter BSP

HCCI Haut Conseil de la Coopération Internationale

Französische Institution für internationale Zusammenarbeit

HCR Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés, engl. UNHCR, Erklärung siehe dort

HIC High-Income Country, frz. PME

Volkswirtschaft mit hohem Einkommen von über 9206 USD (BNE pro Kopf im Jahr 2001, berechnet nach dem Atlas-Verfahren der Weltbank)⁸

IAE International Assistance Envelope, frz. EAI

Umfasst öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) und Hilfe für Übergangsländer in Mittel- und Osteuropa (OA)

IBRD International Bank for Reconstruction and Development

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

IDA International Development Association

Internationale Entwicklungsorganisation der Weltbank. Die IDA vergibt nur Darlehen an ärmere Länder.⁹

IDRC International Development Research Centre, frz. CRDI, Erklärung siehe dort

IEPF Institut de l'Énergie et de l'Environnement de la Francophonie

Energie- und Umweltinstitut der AIF mit Sitz in Quebec

IKRK Internationales Komitee des Roten Kreuzes

IMF International Monetary Fund, dt. IWF, frz. FMI, Erklärung siehe unter IWF

INTIF Institut francophone des nouvelles technologies de l'information

Institut der AIF für neue Informationstechnologien mit Sitz in Bordeaux

⁷„World Bank - Technical Notes.“ <http://www.worldbank.org/data/databytopic/topnotes.html>, [Letzter Zugriff: 15.2.2004].

⁸The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank (Hrsg.): *Weltentwicklungsbericht 2003: Nachhaltige Entwicklung in einer dynamischen Welt*. S. 295.

⁹Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. S. 75.

IWF Internationaler Währungsfonds, engl. IMF, frz. FMI

Der IWF wurde 1945 nach der Bretton Woods-Konferenz gegründet, um eine Neuordnung und Stabilisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf der Basis fester Wechselkurse zwischen konvertiblen Währungen institutionell abzusichern. Der IWF ist wichtiges Steuerungsinstrument der internationalen Finanzpolitik und seit den achtziger Jahren Hauptakteur des internationalen Schuldenmanagements.¹⁰

LDC Least Developed Country, früher Less Developed Country, frz. PMA

In die von der UN eingerichteten Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder werden nur solche Staaten aufgenommen, die in Bezug auf Volkseinkommen, wirtschaftliche Diversifizierung und Sozialentwicklung bestimmte Schwellenwerte unterschreiten. Siehe auch LLDC.

Lieferbindung Vertragliche Bindung von Kapitalhilfe an Lieferungen und Leistungen aus dem Geberland.¹¹

LLDC Least Developed Country

Kategorie der UN (früher auch der OECD und Weltbank), die am wenigsten entwickelte Länder umfasst. In den Berichten des DAC taucht 2002 erstmals der Begriff LDC statt LLDC auf. Diese Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder wurde 1971 von der UN-Vollversammlung aus der Großgruppe der LDC ausgesondert. Seither werden die Begriffe LDC und LLDC von den UN-Organisationen unterschiedlich verwendet: zum Teil gelten LDC innerhalb der UN als Least Developed Countries, teilweise, im Unterschied zu den LLDC, als Less Developed Countries. Maßgebend für die Zuordnung zur LLDC-Gruppe sind seit Anfang der neunziger Jahre vier Indikatoren: extrem niedriges Pro-Kopf-Einkommen im Durchschnitt aus drei Jahren unter 900 USD), der *Augmented Quality of Life Index* (APQLI), berechnet aus Lebenserwartung, Kalorienversorgung pro Kopf, Einschulungsrate in Primar- und Sekundarschulen und der Alphabetisierungsrate von Erwachsenen, der *Economic Diversification Index* (EDI), dem der Anteil der Industrie am BIP, die Zahl der Beschäftigten in der Industrie, Stromverbrauch pro Kopf und die Exportstruktur zugrunde liegen, sowie eine Bevölkerungszahl von unter 75 Mio. Einwohnern.¹² In der DAC-Liste werden in dieser Kategorie solche Länder aufgenommen, die bezüglich Volkseinkommen, wirtschaftlicher Diversifizierung und Sozialentwicklung bestimmte Schwellenwerte unterschreiten.¹³

¹⁰Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. S. 536.

¹¹Ebd. S. 538.

¹²Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (Hrsg.): *Journalistenhandbuch Entwicklungspolitik 2002*. Berlin, 2002, S. 339 f. und Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Lexikon Dritte Welt*. Reinbek, Rohwolt, 99.-107. Tausend Dezember 2002, S. 523 f. sowie Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. S. 74 f.

¹³Vgl. Michel, James H. (Hrsg.): *Entwicklungszusammenarbeit: Politik und Leistungen der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe. DAC-Bericht 1997*. Bericht des Vorsitzenden des Ausschusses für Entwicklungshilfe, Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung, 1997, S. 109.

LMIC Lower Middle-Income Country, frz. PRITI

Volkswirtschaft mit mittlerem Einkommen, untere Kategorie mit einem BNE pro Kopf von 746 bis 2975 USD (im Jahr 2001, berechnet nach dem Atlas-Verfahren der Weltbank)¹⁴

MAECI Ministère des Affaires Étrangères et du Commerce International, engl. DFAIT, Erklärung siehe dort

NEPAD New Partnership for Africa's Development

Initiative afrikanischer Staats- und Regierungschefs, die zum Ziel hat, die Armut in Afrika durch neue partnerschaftliche Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft zu verringern und Unterentwicklung durch spezielle Verbindungen zu den Industrieländern zu reduzieren.

NGO Non-Governmental Organization, dt. NRO, frz. ONG

NRO Nichtregierungsorganisation, engl. NGO, frz. ONG

OA Official Aid, frz. AP

Die öffentliche Hilfe orientiert sich an den gleichen vier Kriterien wie die ODA, mit dem Unterschied, dass sie sog. Übergangsländern zukommt, die als fortgeschrittener betrachtet und deshalb auf der Liste des DAC gesondert aufgeführt werden.¹⁵

OAU Organisation für Afrikanische Einheit

OCDE Organisation pour la Coopération et le Développement Économique, engl. OECD, Erklärung siehe dort

ODA Official Development Assistance, frz. APD

Die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) umfasst nach Definition der OECD alle Finanzströme, die (a) aus dem öffentlichen Sektor stammen; (b) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Empfängerländer abzielen; (c) zu Vorzugskonditionen gewährt werden (Schenkungen und Darlehen zu günstigen Konditionen, wobei Darlehen ein Zuschuss-element von mindestens 25% gegenüber kommerziellen Kreditbedingungen haben müssen); (d) bestimmt sind für multilaterale Organisationen bzw. für Entwicklungsländer und -regionen, die in Teil 1 der OECD-Liste aufgeführt sind. Diese Liste wird alle drei Jahre vom DAC herausgegeben. Auch technische Zusammenarbeit zählt dazu. Schenkungen, Darlehen und Kredite für militärische Zwecke, Privatinvestitionen und öffentlich garantierte Exportkredite werden nicht zur ODA gerechnet.¹⁶

¹⁴The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank (Hrsg.): *Weltentwicklungsbericht 2003: Nachhaltige Entwicklung in einer dynamischen Welt*. S. 295.

¹⁵Vgl. „DAC's Glossary.“ http://www.oecd.org/glossary/0,2586,en_2649_33721_1965693_1_1_1_1,00.html#1965580 [Letzter Zugriff: 25.3.2004].

¹⁶Vgl. Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. S. 44 und „DAC's Glossary.“ [Letzter Zugriff: 25.3.2004] sowie Goede, Gerd W.: *Lexikon des Internationalen Handels*. München, R. Oldenbourg Verlag GmbH, 1996, S. 385.

- OECD** Organisation for Economic Cooperation and Development, frz. OCDE
Bei der OECD erfolgt die Einteilung der Entwicklungsländer wie bei der Weltbank in die Kategorien LIC, LMC, UMIC und HIC durch die Angabe des BNE pro Kopf, das durch das Atlas-Verfahren der Weltbank berechnet wird. Zusätzlich gibt es bei der OECD die Kategorie der LDCs, hier bezeichnet als Least Developed Countries.
- OIT** Organisation Internationale du Travail
Internationale Organisation für Arbeit
- OMS** Organisation Mondiale de la Santé
Weltgesundheitsorganisation
- ONG** Organisation Non-Gouvernementale, dt. NRO, engl. NGO
- ONUSIDA** Programme commun des Nations Unies sur le VIH/SIDA, engl. UNAIDS
Gemeinsames Programm der UN zur Forschung, Aufklärung und Bekämpfung von AIDS
- Other LICs** Other Low Income Countries, frz. PFR
Sonstige Länder der unteren Einkommensgruppe, d.h. Volkswirtschaften mit niedrigem Einkommen bis 745 USD (BNE pro Kopf im Jahr 2001, berechnet nach dem Atlas-Verfahren der Weltbank)¹⁷
- PAM** Programme alimentaire mondiale
Welternährungsprogramm der UN
- PFR** Pays à Faible Revenu, engl. LIC, Erklärung siehe dort
- PIB** Produit Intérieur Brut, dt. BIP, engl. GDP
- PMA** Pays les Moins Avancés, engl. LDC, Erklärung siehe dort
- PNB** Produit National Brut, heute RNB, dt. BSP, engl. GNP, Erklärung siehe unter BSP
- PNUD** Programme des Nations Unies pour le Développement, engl. UNDP
Entwicklungsprogramm der UN
- PQ** Parti Québécois
Politische Partei in Quebec
- PQDI** Programme Québécois de Développement International
Programm der Provinz Quebec für internationale Entwicklung
- PRE** Pays à Revenu Élevé, engl. HIC, Erklärung siehe dort

¹⁷The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank (Hrsg.): *Weltentwicklungsbericht 2003: Nachhaltige Entwicklung in einer dynamischen Welt*. S. 295.

- PRIMTAF II** Programme de Renforcement Institutionnel en Matière Technologique en Afrique Francophone
Hilfsprogramm der frankophonen Geberländer im französischsprachigen Afrika
- PRITI** Pays à Revenu Intermédiaire, Tranche Inférieure, engl. LMIC, Erklärung siehe dort
- PRITS** Pays à Revenu Intermédiaire, Tranche Supérieure, engl. UMIC, Erklärung siehe dort
- PSD** Programme Spécial de Développement
Entwicklungshilfeprogramm der AIF für technische Hilfe und Weiterentwicklung
- RDC** République Démocratique du Congo
Demokratische Republik Kongo
- RNB** Revenu National Brut, dt. BNE, engl. GNI, Erklärung siehe unter BNE
- SAIQ** Secrétariat à l'aide internationale du Québec
Institution für internationale Entwicklungshilfe der Provinz Quebec
- SKH** Schweizerisches Korps für humanitäre Hilfe
- Sonstige LIC** Sonstige Länder der unteren Einkommensgruppe, die alle nicht zur LLDC-Gruppe zählenden Länder mit einem BSP pro Kopf von weniger als 745 USD umfasst.¹⁸
- Subsistenzwirtschaft** Landwirtschaftliche Produktion, die der Eigenversorgung dient und nicht bzw. nur geringfügig den überlokalen Markt beliefert und deshalb außerhalb des monetären Kreislaufs bleibt.¹⁹
- TOM** Territoires d'outre-mer
französische Überseegebiete
- Transformationsländer** Dazu zählen die fortgeschrittenen mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die neuen unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion sowie fortgeschrittene Entwicklungsländer.²⁰
- UIJPLF** Union Internationale des Journalistes et de la Presse de Langue Française
Internationale Vereinigung frankophoner Journalisten und Presseorgane
- UMIC** Upper Middle Income Country, frz. PRITS
Volkswirtschaften mit mittlerem Einkommen, obere Kategorie, 2976 bis 9025

¹⁸Vgl. Michel (Hrsg.): *Entwicklungszusammenarbeit: Politik und Leistungen der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe. DAC-Bericht 1997.* S. 110.

¹⁹Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik.* S. 541.

²⁰Vgl. Michel (Hrsg.): *Entwicklungszusammenarbeit: Politik und Leistungen der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe. DAC-Bericht 1997.* S. 110.

USD (BNE pro Kopf im Jahr 2001, berechnet nach dem Atlas-Verfahren der Weltbank)²¹

UNAIDS United Nations Programme on HIV/AIDS, frz. ONUSIDA, Erklärung siehe dort

UNCTAD United Nations Conference on Trade and Development
Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung

UNDP United Nations Development Program, frz. PNUD
Entwicklungsprogramm der UN, seit 1970 Koordinationsstelle aller UN-Hilfsprogramme, die aus freiwilligen Beiträgen der UN-Mitglieder finanziert werden.²²

UNESCO United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit engagiert sich die UNESCO v.a. bei der Bekämpfung des Analphabetismus durch die Förderung von Alphabetisierungskampagnen.²³

UNFPA United Nations Fund for Population Activities, frz. FNUAP
Bevölkerungsfonds der UN, der dem UNDP unterstellt ist. Der UNFPA ist seit 1971 Koordinationsstelle der bevölkerungspolitischen UN-Aktivitäten, die durch freiwillige Beiträge finanziert werden. Der Großteil davon wird für Programme zur Familienplanung eingesetzt.²⁴

UNHCR United Nations High Commissioner for Refugees, frz. HCR
Der UNHCR leistet Rechtsschutz, organisiert Nothilfe und bemüht sich um Repatriierung von Flüchtlingen.²⁵

UNICEF United Nations Children's Fund, frz. Fonds des Nations unies pour l'enfance
UNICEF wird durch freiwillige Beiträge der Staaten finanziert sowie durch Spenden und Benefizveranstaltungen. Hauptaufgaben sind Schutz der Kinder vor Hunger, Krankheit und Ausbeutung durch Kinderarbeit und -prostitution, Förderung der Schulbildung und die Umsetzung der UN-Kinderkonvention von 1989.²⁶

UNIFEM United Nations Development Fund for Women, frz. Fonds de développement des NU pour la femme
Fonds der UN zur Förderung der Frau

UNRWA United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, frz. Office de secours et de travaux des Nations Unies pour les

²¹The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank (Hrsg.): *Weltentwicklungsbericht 2003: Nachhaltige Entwicklung in einer dynamischen Welt*. Bonn, UNO-Verlag, S. 295.

²²Nuscheler: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. S. 542.

²³Ebd.

²⁴Ebd.

²⁵Ebd.

²⁶Ebd. S. 543.

réfugiés de Palestine dans le Proche-Orient

Anlaufstelle der UN für Flüchtlinge aus Palästina im Nahen Orient

USD US-Dollar; 1 EUR entspricht 1,2484 USD (Tageskurs der Europäischen Zentralbank vom 1.3.2004²⁷)

Zone franc Währungsgemeinschaft, der 14 frankophonen subsaharischen Staaten Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Senegal, Togo, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Kongo, Gabun, Äquatorialguinea und Tschad sowie die Komoren und Frankreich angehören.²⁸

ZSP Zone de solidarité prioritaire

Gruppe der Länder, die von Frankreich bilaterale Hilfe erhalten.

Zuschusselement Messgröße für den Grad der Vergünstigung bzgl. Zinssatz, Laufzeit und Freijahren sog. weicher Kredite gegenüber Krediten zu marktüblichen Bedingungen. Ein reiner Zuschuss (*grant*) hat ein Zuschusselement von 100%. Der DAC verlangt ein Zuschusselement von mindestens 25%, damit öffentliche Darlehen als ODA anerkannt werden.

²⁷„Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank.“ www.bundesbank.de/stat/download/stat_euref.pdf [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

²⁸Vgl. „La Zone Franc - Qu'est-ce que la Zone Franc?“ www.banque-france.fr/fr/zonefr/main.htm [Letzter Zugriff: 17.3.2004] und Christadler, Marieluise/ Uterwedde, Henrik (Hrsg.): *Länderbericht Frankreich: Geschichte - Politik - Wirtschaft - Gesellschaft*. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 1999 (Schriftenreihe Bd. 360), S. 635.

Anhang B

Interviews

B.1 Interview mit einem Mitarbeiter des Secrétariat à l'aide internationale du Québec

B.1.1 Interviewleitfaden

Mesdames, Messieurs,

je suis étudiante allemande en relations internationales. Je suis en train d'écrire ma maîtrise sur le rôle du Canada et du Québec en particulier dans la politique de développement des pays francophones depuis 1960. Pendant mes recherches, je me suis posée plusieurs questions auxquelles je n'ai pas encore pu trouver de réponse. Je vous serais très reconnaissante si vous pouviez répondre aux questions suivantes:

- Quels sont les intérêts que le gouvernement québécois défend avec sa politique de développement?
- Quelles institutions sont responsables de la politique de développement? Quelles sont leurs tâches?
- Comment les pays au développement qui sont soutenus par le Québec sont-ils choisis? A cause de quels critères?
- Qui décide quel pays obtient quelle sorte d'aide?
- Comment les moyens financiers sont-ils distribués parmi les ONG, l'aide bilatérale, le soutien des organisations internationales etc.?
- Quelles formes de coopération sont pratiquées par le Québec?
- Quelles régions sont privilégiées par la politique québécoise de développement et pourquoi?
- Est-ce qu'il y a une préférence révélatrice des pays francophones?
- Est-ce que la langue française sert de lien ou de raison privilégiée dans la stratégie de la politique de développement?
- Est-ce qu'il y a des liens traditionnels à cause de la langue?
- Quel rôle le Québec joue-t-il au sein de la politique de développement canadienne?

Je vous remercie d'avance!

Je vous prie d'agréer, Mesdames et Messieurs, mes sincères salutations
Franziska Retzlaff

B.1.2 Antwort

- - - - Original Message - - - -

From: Alain Scrosati

To: f.retzlaff@web.de

Sent: Monday, November 03, 2003 9:05 PM

Subject: à propos du SAIQ

Bonjour,

Information sur le Secrétariat à l'aide internationale du Québec (SAIQ):

Questions / Réponses

Quels sont les intérêts que le gouvernement québécois défend avec sa politique de développement?

Les budgets du SAIQ sont forts modestes (moins de 8 millions CAN \$ par année) et le Québec n'a pas la prétention d'être un joueur majeur dans le domaine du développement et de la coopération internationale. Pour cette raison, il a notamment choisi de s'appuyer sur la société civile pour réaliser des actions de solidarité. En effet, la TOTALITÉ des transferts (subventions) en terme de projets de solidarité est dirigée vers les organismes québécois de coopération internationale (OCI) et leurs partenaires du Sud (société civile). En s'appuyant sur cette réalité, l'on pourrait dire que la politique québécoise de solidarité internationale repose sur le renforcement de la société civile au Québec et dans les pays partenaires.

Quelles institutions sont responsables de la politique au développement? Quelles sont leurs tâches?

Le Secrétariat à l'aide internationale du Québec (SAIQ) est l'unité du ministère des Relations internationales qui a la responsabilité des programmes de solidarité internationale. Le SAIQ gère trois programmes de coopération et de solidarité internationale: 1) Le Programme québécois de développement international (PQDI) soutient les interventions des organismes québécois de coopération internationale (OCI) dans les pays les moins favorisés de la Francophonie, de l'Amérique et des Antilles. Le programme d'aide du SAIQ est une réponse à des besoins de base en santé, en éducation, en organisation sociale et communautaire ainsi qu'en matières de droits de la personne et de démocratie. Voir le site: www.mri.gouv.qc.ca.

2) Québec sans frontières

Appui les organismes québécois de coopération internationale dans leurs interventions à l'étranger auprès des populations les moins favorisées des pays d'Afrique francophone, d'Amérique latine et des Antilles dans le cadre de programme de stages d'initiation à la coopération internationale. QSF s'adresse aux Québécoises et Québécois de 18 à 30 ans. Voir le site: www.quebecsansfrontieres.com.

3) Programme d'éducation du public québécois

Appui les organismes québécois de coopération internationale (OCI) dans leurs interventions auprès du public québécois par le financement d'activités d'éducation et les Journées québécoises de solidarité internationale, voir le site de l'Association québécoise des organismes de coopération internationale (AQOCI): www.aqoci.qc.ca.

Le Secrétariat est composé d'une petite équipe de 8 personnes qui travaillent au Québec à la gestion des trois programmes mentionnés plus haut.

Comment les pays au développement qui sont soutenus par le Québec sont-ils choisis? A cause de quels critères?

Les pays priorisés par les actions de solidarité internationale du Québec sont: les pays les moins favorisés de la Francophonie, de l'Amérique et des Antilles. Le choix de ces régions d'intervention est naturellement lié à des raisons historiques, politiques et culturelles. Le Québec est très attaché à la Francophonie et la proximité géographique avec l'Amérique hispanophone est un incontournable pour le Québec.

Qui décide quel pays obtient quelle sorte d'aide?

Le SAIQ a identifié des pays prioritaires (les pays les moins favorisés de la Francophonie, de l'Amérique et des Antilles), les OCI québécois et leurs partenaires du Sud déposent leurs projets au Secrétariat. Ces projets sont évalués au mérite par des comités de sélection formés de représentants du ministère des Relations internationales et de la société civile en fonction de critères de sélection (voir sur le site du mri).

Comment les moyens financiers sont-ils distribués parmi les ONG, l'aide bilatérale, le soutien des organisations internationales?

Tel qu'indiqué, le SAIQ n'a pas de programme d'aide bilatérale ou multilatérale, la totalité des sommes consacrées à la solidarité est remise aux organismes québécois de coopération internationale (OCI) et à leurs partenaires du Sud. Rappelons que la somme demeure fort modeste (moins de 8 millions \$ CAN par année).

Quelles formes de coopération sont pratiquées par le Québec?

L'engagement du gouvernement du Québec dans le développement et la solidarité internationale correspond aux valeurs qui ont tissé, ici, une société solidaire et responsable. Il met l'accent sur un développement social et économique qui favorise l'émergence d'un monde résolument tourné vers des valeurs humanistes et démocratiques: tolérance, justice, respect mutuel, équité sociale, participation civique et ouverture. Un développement pour, par et avec les populations des pays en développement. À ce titre, les interventions du SAIQ reposent sur quatre grands principes:

- Agir pour lutter contre la pauvreté et promouvoir les droits fondamentaux de chaque citoyen;
- favoriser l'autonomie des communautés du Sud en misant sur leur capacité d'action et leur volonté de trouver des solutions durables aux besoins qu'elles ont elles-mêmes identifiés;

- marquer notre appartenance au monde en reconnaissant l'interdépendance entre le Nord et le Sud et l'impact de nos comportements personnels sur la répartition équitable des richesses;
- établir des coopérations basées sur un respect mutuel, contribuant ainsi à combattre les causes de conflits et à construire [...].¹

Le partenariat avec la société civile est le levier privilégié par le gouvernement du Québec pour la réalisation de ses actions de développement. La société civile, ce sont les ONG (organisations non gouvernementales), les syndicats, les organismes socio-communautaires avec lesquels se construit la société d'aujourd'hui pour refléter nos choix sociaux et démocratiques. Parmi ces acteurs, le Québec choisit d'agir sur le terrain par le biais des organismes de coopération internationale et leurs partenaires. Plutôt que d'intervenir directement, le gouvernement du Québec mise sur la capacité de ces organismes à effectuer un travail de proximité avec les populations locales et à favoriser un développement participatif. Cela signifie concrètement que les actions de solidarité du Québec sont élaborées à partir des besoins que les communautés concernées expriment et de leurs choix. Le gouvernement du Québec reconnaît aussi que les organismes québécois de coopération internationale ont contribué et contribuent toujours à faire prendre conscience à la collectivité de l'impérieuse nécessité d'être présent dans le monde de façon solidaire et responsable. Dès le début des années soixante, des organismes québécois voués à la coopération internationale ont pris le relais d'organisations caritatives religieuses. On compte aujourd'hui, dans l'ensemble du Québec, une soixantaine d'organismes avec lesquels le SAIQ collabore pour la mise en œuvre de projets de développement et d'échanges avec les jeunes. Bon nombre de ces organismes sont regroupés au sein de l'Association québécoise des organismes de coopération internationale (AQOCI). Le partenariat du gouvernement du Québec avec la société civile trouve aussi écho dans la construction d'alliances solides entre les organismes québécois de coopération internationale et leurs partenaires des communautés de Sud, mais aussi dans le développement d'associations stratégiques entre les organismes de coopération et d'autres acteurs de la société civile du Québec. Ces derniers, grâce à leurs compétences et à leur volonté d'engagement, contribuent à assurer le plus grand transfert possible de ressources aux populations.

Quelles régions sont privilégiées par la politique québécoise de développement et pourquoi?

Les pays priorisés par les actions de solidarité internationale du Québec sont: les pays les moins favorisés de la Francophonie, de l'Amérique et des Antilles. Le choix de ces régions d'intervention est naturellement lié à des raisons historiques, politiques et culturelles. Le Québec est très attaché à la Francophonie et la proximité géographique avec l'Amérique hispanophone est un incontournable pour le Québec.

Est-ce qu'il y a une préférence révélatrice des pays francophones?

Environ 50 % des projets sont réalisés dans les pays francophones.

¹Der Autor hat den Satz nicht vervollständigt, er wurde so aus der Email übernommen.

Est-ce que la langue française sert de lien ou de raison privilégiée dans la stratégie de la politique de développement?

Pour environ 50 % des projets oui, puisqu'ils sont réalisés dans les pays francophones. L'autre 50 % des projets sont réalisés dans des pays hispanophones.

Est-ce qu'il y a des liens traditionnels à cause de la langue?

Oui à travers l'appartenance du Québec à la Francophonie.

Quel rôle le Québec joue-t-il au sein de la politique de développement canadienne?

Le Québec est le seul état de la fédération canadienne à s'être doté d'un outil de solidarité internationale distinct de l'Agence canadienne de développement international (ACDI). Le Québec témoigne ainsi de sa volonté de faire les choses d'une façon différente même si pour l'instant les moyens sont très limités (il ne faut pas oublier que les Québécoises et les Québécois versent déjà une partie de leurs impôts au gouvernement central qui gère l'ACDI: environ 20 % des fonds de l'Agence canadienne de développement proviennent ainsi du Québec).

Pour de plus amples informations sur nos activités, n'hésitez pas à nous contacter ou à venir nous voir.

Solidairement

Alain Scrosati

Conseiller

Secrétariat à l'aide internationale du Québec

525, boulevard René-Lévesque Est

Québec (Québec) G1R 5R9

Téléphone: (418) 649-2341

alain.scrosati@mri.gouv.qc.ca

site web: www.quebecsansfrontieres.com

B.2 Interviews mit den Botschaftsangestellten von Benin, der Demokratischen Republik Kongo, Madagaskar und Mali

B.2.1 Interviewleitfaden

Mesdames, Messieurs,

je suis étudiante allemande en relations internationales et je suis en train de décrire ma maîtrise sur le rôle du Canada dans la politique de développement en Afrique francophone. Je vous serais très reconnaissante si vous pouviez répondre aux questions suivantes:

- Quelle image a-t-on du Canada et de sa politique de développement dans votre pays?
- Quels caractéristiques distinguent le Canada des autres donateurs?
- Quelle opinion a la population des mesures canadiennes?
- Est-ce que la langue française sert de lien particulier entre votre pays et le Canada?
- Est-ce qu'il y a des liens traditionnels à cause de la langue?
- Connaissez-vous des publications traitant de ce sujet?

Je vous remercie d'avance!

Je vous prie d'agréer, Mesdames et Messieurs, mes sincères salutations
Franziska Retzlaff

B.2.2 Antwort der Botschaft Benin

----- Original Message -----

From: Awahou Labouda alabouda@yahoo.fr

To: Franziska Retzlaff f.retzlaff@web.de

Sent: Thursday, February 19, 2004 3:06 PM

Subject: Re: image du canada au bénin

Madame,

un échange de points de vue serait à mon avis plus intéressant. Mais je vais essayer de vous répondre rapidement: Au Bénin, le Canada est perçu comme un „Eldorado“ où on peut aller travailler, avoir de l'argent et surtout bien vivre. Le Canada est un pays que nous admirons beaucoup pour sa politique de développement envers les pays africains parce que d'une part, il n'avait pas participé à la colonisation de l'Afrique, et que d'autre part, comme pays riche, il est sensible à la misère de ce continent et a compris qu'il doit partager sa richesse avec ceux qui n'en ont pas. Le Canada monnaye rarement ses dons. Lorsque vous parlez la même langue que quelqu'un, il y a automatiquement un rapprochement instinctif entre vous et la Francophonie demeure un creuset où les différentes cultures se rencontrent et se comprennent. Je ne connais pas de publication traitant de ce sujet. Agréable journée Madame.— Francisa Retzlaff

f.retzlaff@web.de a écrit:

Monsieur,

comme je ne serais pas au Canada pendant le temps à venir, ce serait très gentil si vous pouviez répondre à mes questions par courriel.

Je vous remercie d'avance.

Franziska Retzlaff

----- Original Message ----- From: Awahou Labouda alabouda@yahoo.fr

To: Franziska Retzlaff f.retzlaff@web.de

Sent: Tuesday, February 17, 2004 2:45 PM

Subject: Re: image du canada au bénin

Madame,
vous pouvez donc me faire signe dès votre arrivée au Canada et je me ferai un plaisir de vous recevoir.
Bien à vous.
awa labouda

Franziska Retzlaff f.retzlaff@web.de a écrit:
Monsieur,

je vous remercie de votre réponse rapide et de votre invitation. Comme je suis en Allemagne pour l'instant, il n'est pas possible pour moi de venir à Ottawa malheureusement.

Franziska Retzlaff

Awahou Labouda alabouda@yahoo.fr schrieb am 13.02.04 22:38:26:

Mademoiselle,
j'ai bien reçu votre message du 11 février 2004 me demandant des informations sur les appréciations que les Béninois ont du Canada. Je crois qu'il serait plus intéressant pour vous de présenter à l'ambassade pour un entretien et alors à cette occasion, vous pourrez poser toutes les questions que vous voudrez. Je vous attends si possible, le mercredi 18 février 2004 à 11 heures à l'ambassade. Vous m'avertissez si vous avez un empêchement. Bon week end.

Awahou LABOUDA
Ministre Conseiller
Ambassade du Bénin
OTTAWA-CANADA

B.2.3 Antwort der kanadischen Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo

Réponse aux questions sur l'image du Canada en RDC

- - - - Original Message - - - -

From: pierre.ntantu@dfait-maeci.gc.ca

To: f.retzlaff@web.de

Sent: Thursday, February 12, 2004 4:41 PM

Subject: Réponse aux questions sur l'image du Canada en RDC

Bonjour Madame

Nous avons pris connaissance avec intérêt de votre message et questions sur l'image

du Canada en RDC. En ce qui concerne vos questions sur l'image du Canada en République démocratique du Congo (RDC) et de la politique de l'aide au développement du Canada en RDC, je peux vous répondre:

- Le Canada a une bonne image en RDC, surtout n'ayant pas un passé colonial, mais aussi la politique extérieure du Canada est fort appréciée des Congolais car le Canada privilégie plus le respect de l'autre dans le cadre de ses relations bilatérales avec la RDC.

- A propos de l'aide au développement, le Canada applique la politique du partenariat en RDC, ce qui a comme conséquence que l'aide au développement du Canada en RDC est orientée en fonction des besoins de la population locale et non d'un schéma imposé à partir d'Ottawa. Le Canada exige tout simplement de ses partenaires congolais de respecter les règles de la bonne gouvernance, l'apport des femmes dans les projets initiés et aussi le respect des droits de la personne et de l'environnement.

- La langue française est un pont important entre le Canada et la RDC surtout dans le cadre de la Francophonie. Je ne pense pas qu'il existe des liens traditionnels entre le Canada et la RDC mais plutôt avec la Belgique qui a colonisé la RDC.

- A ma connaissance, je ne connais pas d'ouvrage qui parle des relations entre la RDC et le Canada. Cependant, il faudra chercher, il se pourrait que des ouvrages ou des études ont été déjà publiées dans ce sens-là. J'espère avoir répondu à vos préoccupations.

Pierre Ntantu Kimper
Agent d'Affaires publiques
Ambassade du Canada, Kinshasa
Cellulaire(243)9912 186
Mitnet 307-3304
Courriel: pierre.ntantu@dfait-maeci.gc.ca

B.2.4 Antwort der Botschaft Madagaskar

----- Original Message -----

From: Ambassade de Madagascar [mailto:ambamadott@on.aibn.com]

Sent: 23 février 2004 09:03

To: Franziska Retzlaff

Subject: RE: question sur l'image du Canada au Madagascar

AMBASSADE DE MADAGASCAR
649, CHEMIN BLAIR
GLOUCESTER,
ONTARIO K1J 7M4
Canada
Tél. (613) 744-7995 – Fax: (613) 744-2530
Site-web: <http://www.madagascar-embassy.ca>

N 04/ 124-AMBAC/CLT/S2

Ottawa, le 20 février 2004

A

Franziska Retzlaff
f.retzlaff@web.de

Madame,

Suite à votre courriel en date du 11 février 2004, j'ai l'honneur de vous communiquer par fichier attaché, un bref aperçu sur les relations entre le Canada et la République de Madagascar. Pour d'autres informations, vous pouvez consulter les sites web suivants concernant certains bailleurs de fonds intervenant à Madagascar:

- <http://www.banquemonddiale.org.mg>
- <http://www.drce.org/madagascar>

Je vous remercie de l'intérêt porté à Madagascar et espère que ces informations vous seront utiles.

Mes salutations distinguées.

Relations Canada - Madagascar

Les relations bilatérales sont cordiales, d'autant plus que les deux pays appartiennent à la Francophonie. En 1997, le Canada a aidé à organiser et à financer les Jeux de la Francophonie tenus à Madagascar. Madagascar a appuyé la candidature du Canada au Conseil de sécurité en 1998 et le Canada a à son tour appuyé la réélection de M. Raymond Ranjeva à la Cour internationale de Justice l'année suivante. En septembre 1999, le président de la République de Madagascar a rencontré le ministre Boudria lors du Sommet de la Francophonie à Moncton, et le ministre malgache de l'Environnement et le président de l'Assemblée nationale ont effectué une visite à Ottawa en mai 2000. Le commerce bilatéral demeure modeste. En 2000, les exportations du Canada à Madagascar (machinerie et pièces d'avions) ont atteint 1,254 millions de dollars canadiens et les importations malgaches de produits canadiens (fruits de mer, épices et textiles), 5,172 millions. Les entreprises canadiennes démontrent par contre un intérêt accru pour le potentiel d'investissements de Madagascar, surtout dans les secteurs de l'exploitation minière et des hydrocarbures. QIT Fer et Titane, une entreprise de Montréal qui affiche la raison sociale QIT Madagascar Minerals S.A., élabore actuellement un projet d'extraction d'ilménite près de Fort Dauphin, dans le Sud-Est de l'île. Gulfstream Resources, une entreprise de Calgary qui a adopté la raison sociale Gulfstream Madagascar Limited, effectue actuellement des tests sismiques et du forage au large de Madagascar et dans l'Est du pays, dans le cadre de ses recherches de dépôts d'hydrocarbures. Plusieurs petites sociétés canadiennes d'exploitation minière font également la prospection d'or. La Société de Développement International Desjardins (SDID), de Montréal, a été engagée à titre d'organisme d'exécution d'un projet de la Banque mondiale dans le domaine de la mi-

crofinance. M. Serge Lachapelle, directeur administratif de QIT Madagascar Minerals S.A, est le consul honoraire du Canada à Antananarivo.

Madagascar reçoit une aide canadienne modeste par l'entremise des Fonds canadiens d'initiatives locales. Cependant, il peut également bénéficier d'autres fonds dans le cadre de projets multilatéraux qu'administrent les programmes panafricains et de la Francophonie de l'Agence Canadienne pour le Développement International (ACDI), tels que:

- Programme de renforcement institutionnel en matière technologique en Afrique francophone (PRIMTAF II): Appui à l'employabilité des jeunes dans le secteur du Tourisme - Hôtellerie.
- Partenariats pour le développement: Développement des ressources humaines et stratégies d'intervention contre les MST et le sida à Madagascar.
- Programme de partenariats des collèges canadiens (PPCC): Formation maritime.
- Techniques médicales: Participation à l'amélioration continue de la santé à Madagascar, en conformité avec la politique nationale de la santé.
- Programme canadien de bourses de la Francophonie: Mise à la disposition des étudiants malagasy, des bourses d'excellence permettant de faire des études supérieures (collégiales ou universitaires) au Canada.
- Projet „Doter la société civile en Afrique francophone des moyens de lutte contre la corruption“ mis en oeuvre par Transparency International.

B.2.5 Antwort der Botschaft Mali

----- Original Message -----

From: Mamadou B Diawara ambassadedumali@rogers.com

To: Franziska Retzlaff f.retzlaff@web.de

Sent: Friday, February 13, 2004 7:51 PM

Subject: Re: question sur l'image du Canada au Mali

Cher Monsieur

Merci de l'intérêt que vous portez aux relations entre le Canada et le Mali. Nous vous invitons à consulter notre site pour avoir quelques éléments de réponse à certaines de vos questions: www.ambamalicanada.org. Cliquez sur Relations Mali-Canada. Vous pouvez également cliquer sur Bienvenue dans laquelle vous trouverez le mot de l'Ambassadeur qui traduit assez bien l'accueil que les populations réservent à l'aide canadienne. La Francophonie constitue également un facteur de rapprochement entre les deux pays. Il existe un accord de coopération culturelle entre le Québec et le Mali au terme duquel 25 étudiants maliens bénéficient de l'exemption des droits de scolarité. Il prévoit aussi des échanges entre les universités. Près de 300 étudiants sont inscrits au CANADA, essentiellement dans les universités francophones. Le Mali fait partie des six pays africains de concentration de l'aide canadienne.

Anhang C

Karten und Statistiken

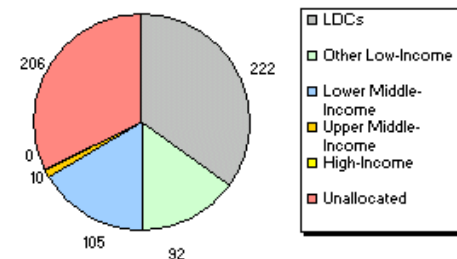
BELGIUM

Net ODA	2001	2002	Change 2001/02
Current (USD m)	867	1 072	23.6%
Constant (2001 USD m)	867	996	14.8%
In Euro (million)	968	1 137	17.4%
ODA/GNI	0.37%	0.43%	
Bilateral share	58%	66%	
Net Official Aid (OA)			
Current (USD m)	88	97	10.0%

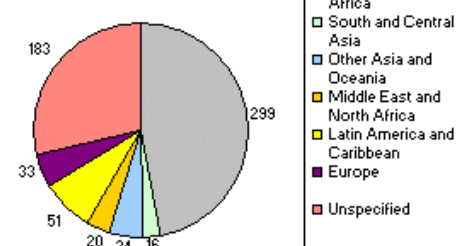
Top Ten Recipients of gross ODA/OA (USD million)	
1 Tanzania	45
2 Congo, Dem. Rep.	42
3 Cameroon	29
4 Serbia & Montenegro	28
5 Côte D'Ivoire	24
6 Rwanda	17
7 Bolivia	14
8 Burkina Faso	13
9 Burundi	13
10 Viet Nam	11

Gross Bilateral ODA, 2001-02 average, unless otherwise shown

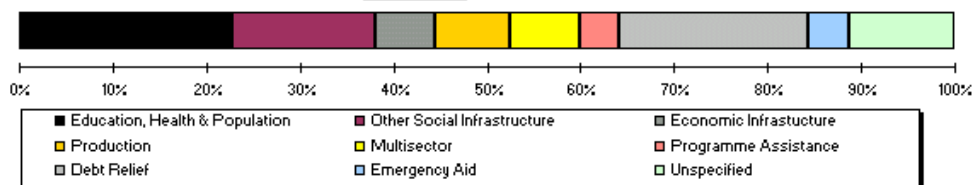
By Income Group (USD m)



By Region (USD m)



By Sector



Quelle: „Belgium - aid at a glance.“

<http://www.oecd.org/dataoecd/42/20/1860301.gif?channelId=34447&homeChannelId=33721&file>

Title=Belgium+Donor+Information [Letzter Zugriff: 25.3.2004].

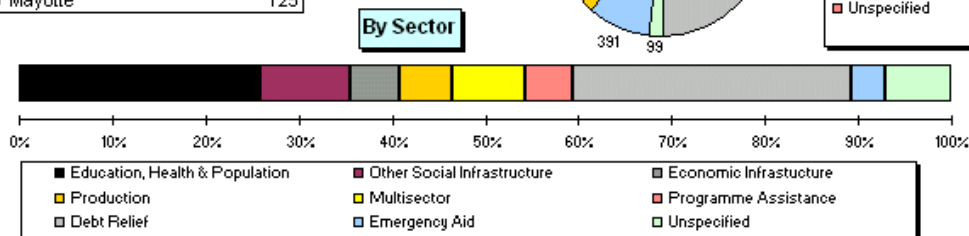
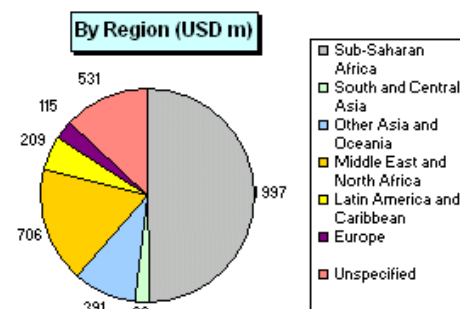
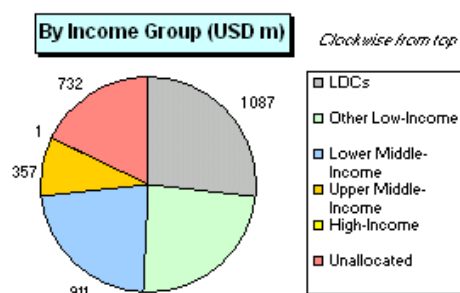
Abbildung C.1: Die Verteilung der öffentlichen Entwicklungshilfe Belgiens 2001/2002

FRANCE

Gross Bilateral ODA, 2001-02 average, unless otherwise shown

Net ODA	2001	2002	Change 2001/02
Current (USD m)	4 198	5 486	30.7%
Constant (2001 USD m)	4 198	5 125	22.1%
In Euro (million)	4 688	5 821	24.2%
ODA/GNI	0.32%	0.38%	
Bilateral share	62%	66%	
Net Official Aid (OA)			
Current (USD m)	1 334	1 464	9.8%

Top Ten Recipients of gross ODA/OA (USD million)	
1 Côte D'Ivoire	432
2 French Polynesia (OA)	425
3 New Caledonia (OA)	342
4 Mozambique	239
5 Morocco	222
6 Egypt	184
7 Poland (OA)	176
8 Cameroon	144
9 Senegal	139
10 Mayotte	125



Quelle: „France - aid at a glance.“
<http://www.oecd.org/dataoecd/42/0/23704506.gif?channelId=34447&homeChannelId=33721&fileTitle=France+Donor+Information> [Letzter Zugriff: 27.3.2004].

Abbildung C.2: Die Verteilung der öffentlichen Entwicklungshilfe Frankreichs 2001/2002

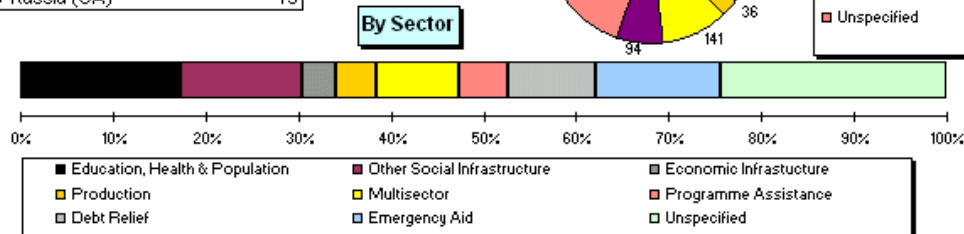
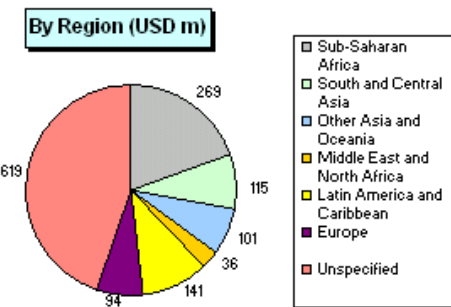
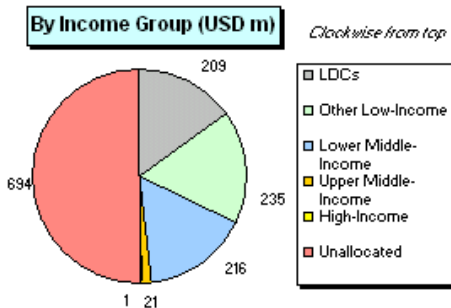
CANADA

Net ODA	2001	2002	Change 2001/02
Current (USD m)	1 533	2 006	30.9%
Constant (2001 USD m)	1 533	2 011	31.2%
In Canadian Dollars (million)	2 373	3 150	32.7%
ODA/GNI	0.22%	0.28%	
Bilateral share	78%	75%	

Net Official Aid (OA)			
Current (USD m)	152	104	-31.3%

Top Ten Recipients of gross ODA/OA (USD million)	
1 Poland (OA)	92
2 Ex-Yugoslavia Unsp.	63
3 Cameroon	43
4 Côte D'Ivoire	40
5 Bangladesh	31
6 India	27
7 China	27
8 Afghanistan	25
9 Viet Nam	16
10 Russia (OA)	15

Gross Bilateral ODA, 2001-02 average, unless otherwise shown



Quelle: „Canada - aid at a glance.“
<http://www.oecd.org/dataoecd/42/21/1860310.gif?channelId=34447&homeChannelId=33721&fileTitle=Canada+Donor+Information> [Letzter Zugriff: 25.3.2004].

Abbildung C.3: Die Verteilung der öffentlichen Entwicklungshilfe Kanadas 2001/2002

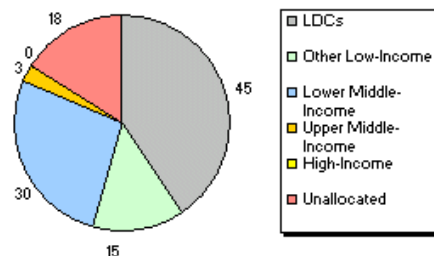
LUXEMBOURG

Net ODA	2001	2002	Change 2001/02
Current (USD m)	139	147	5.6%
Constant (2001 USD m)	139	139	0.2%
In Euro (million)	155	156	0.4%
ODA/GNI	0.76%	0.77%	
Bilateral share	77%	79%	

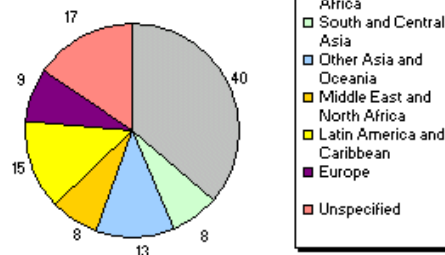
Top Ten Recipients of gross ODA/OA (USD million)	
1 Serbia & Montenegro	7
2 Cape Verde	7
3 El Salvador	6
4 Afghanistan	5
5 Mali	5
6 Burkina Faso	5
7 Viet Nam	5
8 Laos	5
9 Nicaragua	4
10 Namibia	4

Gross Bilateral ODA, 2001-02 average, unless otherwise shown

By Income Group (USD m) *Clockwise from top*



By Region (USD m)



Quelle: „Luxembourg - aid at a glance.“
<http://www.oecd.org/dataoecd/42/6/1860391.gif?channelId=34447&homeChannelId=33721&fileTitle=Luxembourg+Donor+Information> [Letzter Zugriff: 25.3.2004].

Abbildung C.4: Die Verteilung der öffentlichen Entwicklungshilfe Luxemburgs 2001/2002

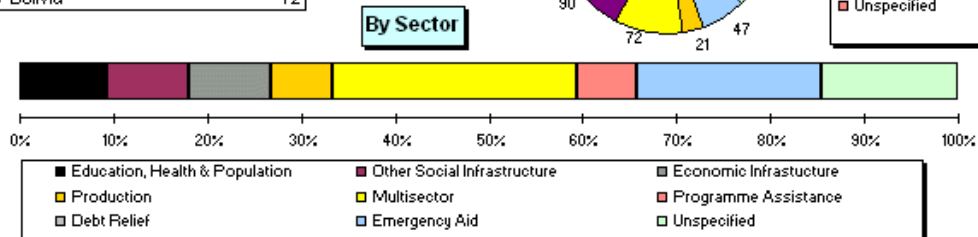
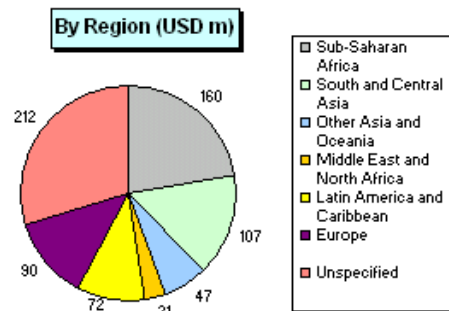
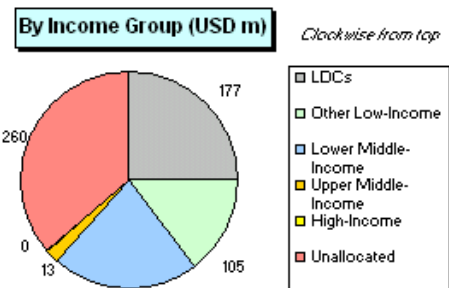
SWITZERLAND

Net ODA	2001	2002	Change 2001/02
Current (USD m)	908	939	3.4%
Constant (2001 USD m)	908	863	-5.0%
In Swiss Francs (million)	1 532	1 462	-4.6%
ODA/GNI	0.34%	0.32%	
Bilateral share	71%	81%	

Net Official Aid (OA)	2001	2002	Change 2001/02
Current (USD m)	63	66	5.0%

Top Ten Recipients of gross ODA/OA (USD million)	
1 Serbia & Montenegro	29
2 India	23
3 Mozambique	23
4 Tanzania	18
5 Ex-Yugoslavia Unsp.	17
6 Burkina Faso	14
7 Bosnia and Herzegovina	14
8 Nepal	13
9 Bangladesh	13
10 Bolivia	12

Gross Bilateral ODA, 2001-02 average, unless otherwise shown



Quelle: „Switzerland - aid at a glance.“

<http://www.oecd.org/dataoecd/42/52/1860553.gif?channelId=34447&homeChannelId=33721&file>

Title=Switzerland+Donor+Information. [Letzter Zugriff: 25.3.2004].

Abbildung C.5: Die Verteilung der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz 2001/2002

DAC List of Aid Recipients - As at 1 January 2001

Part I: Developing Countries and Territories (Official Development Assistance)					Part II: Countries and Territories in Transition (Official Aid)	
Least Developed Countries (LDCs)	Other Low- Income Countries (Other LICs) (per capita GNI < \$760 in 1998)	Lower Middle-Income Countries (LMICs) (per capita GNP \$761-\$3030 in 1998)	Upper Middle-Income Countries (UMICs) (\$3031-\$9360 in 1998)	High-Income Countries (HICs) (per capita GNP > \$9360 in 1998)	Central and Eastern European Countries and New Independent States of the former Soviet Union (CEECs/NIS)	More Advanced Developing Countries and Territories
Afghanistan	*Armenia	*Albania	Botswana	Malta ¹	*Belarus	§Aruba
Angola	*Azerbaijan	Algeria	Brazil	Slovenia ¹	*Bulgaria	Bahamas
Bangladesh	Cameroon	Belize	Chile		*Czech Republic	§Bermuda
Benin	China	Bolivia	Cook Islands		*Estonia	Brunei
Bhutan	Congo, Rep.	Bosnia and Herzegovina	Croatia		*Hungary	§Cayman Islands
Burkina Faso	Côte d'Ivoire	Colombia	Gabon		*Latvia	Chinese Taipei
Burundi	§East Timor	Costa Rica	Grenada		*Lithuania	Cyprus
Cambodia	Ghana	Cuba	Lebanon		*Poland	§Falkland Islands
Cape Verde	Honduras	Dominica	Malaysia		*Romania	§French Polynesia
Central African Republic	India	Dominican Republic	Mauritius		*Russia	§Gibraltar
Chad	Indonesia	Ecuador	§Mayotte		*Slovak Republic	§Hong Kong, China
Comoros	Kenya	Egypt	Mexico		*Ukraine	Israel
Congo, Dem. Rep.	Korea, Democratic Republic	El Salvador	Nauru			Korea, Rep.
Djibouti	*Kyrgyz Rep.	Fiji	Palau Islands			Kuwait
Equatorial Guinea	*Moldova	*Georgia	Panama			Libya
Eritrea	Mongolia	Guatemala	§St Helena			§Macao
Ethiopia	Nicaragua	Guyana	St Lucia			§Netherlands Antilles
Gambia	Nigeria	Iran	Trinidad and Tobago			§New Caledonia
Guinea	Pakistan	Iraq	Turkey			Qatar
Guinea-Bissau	*Tajikistan	Jamaica	Uruguay			Singapore
Haiti	*Turkmenistan	Jordan	Venezuela			United Arab Emirates
Kiribati	Viet Nam	*Kazakhstan				§Virgin Islands (UK)
Laos	Zimbabwe	Macedonia (former Yugoslav Republic)				
Lesotho		Marshall Islands				
Liberia		Micronesia, Federated States				
Madagascar		Morocco				
Malawi		Namibia				
Maldives		Niue				
Mali		Palestinian Administered Areas				
Mauritania		Papua New Guinea				
Mozambique		Paraguay				
Myanmar		Peru				
Nepal		Philippines				
Niger		South Africa				
Rwanda		Sri Lanka				
Samoa		St Vincent & Grenadines				
Sao Tome and Principe		Suriname				
Senegal		Swaziland				
Sierra Leone		Syria				
Solomon Islands		Thailand				
Somalia		§Tokelau				
Sudan		Tonga				
Tanzania		Tunisia				
Togo		*Uzbekistan				
Tuvalu		§Wallis and Futuna				
Uganda		Yugoslavia, Federal Republic				
Vanuatu						
Yemen						
Zambia						

* Central and Eastern European countries and New Independent States of the former Soviet Union (CEECs/NIS)

§ Territory

1. These countries and territories will transfer to Part II on 1 January 2003 unless an exception is agreed.

Quelle: „The DAC List of Aid Recipients as at 1 January 2001.“ <http://www.oecd.org/dataoecd/51/16/1808900.htm?channelId=34485&homeChannelId=33721&fileTitle=DAC+List+of+Aid+Recipients+as+at+1+January+2001> [Letzter Zugriff: 25.3.2004].

Abbildung C.6: DAC-Liste der Empfängerländer vom 1.1.2001

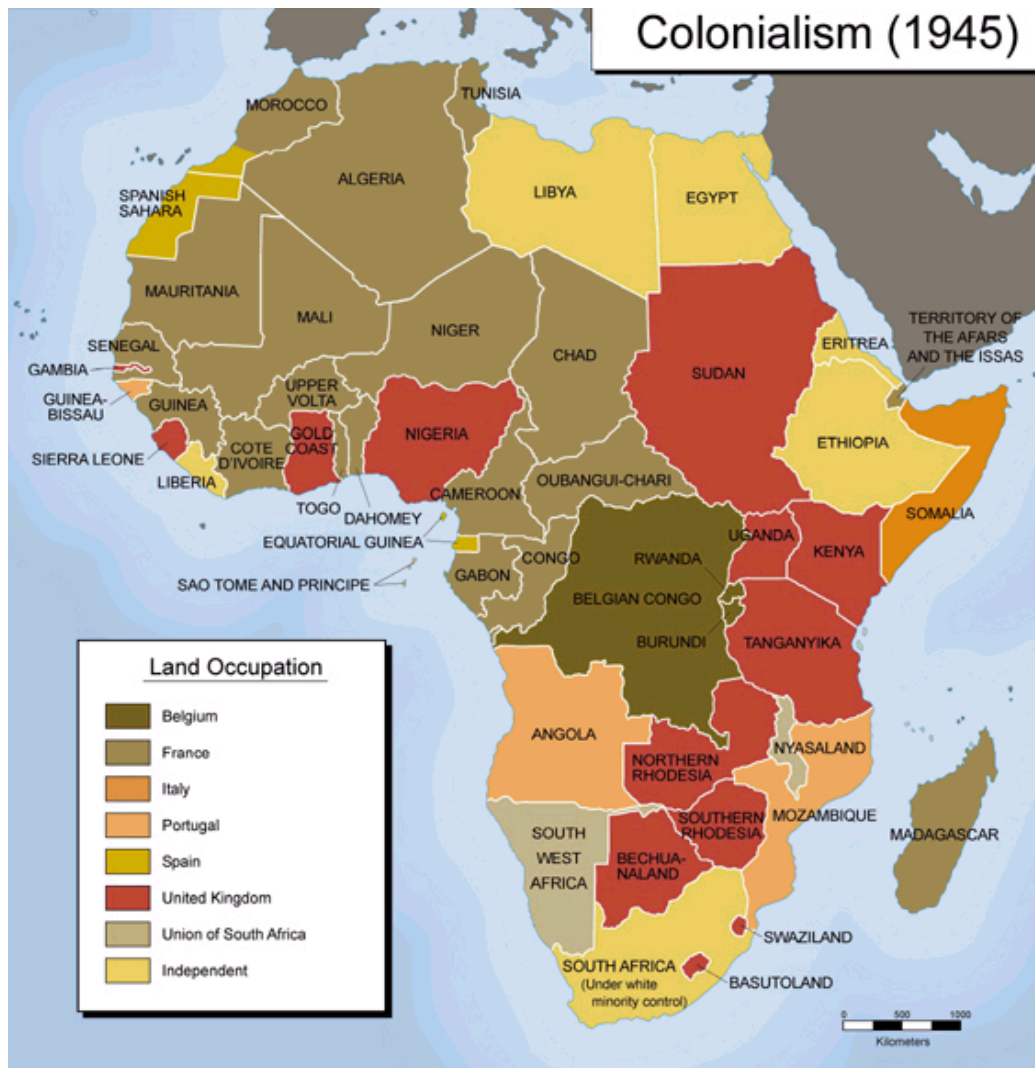
DAC List of Aid Recipients - As at 1 January 2003

Part I: Developing Countries and Territories (Official Development Assistance)				Part II: Countries and Territories in Transition (Official Aid)		
Least Developed Countries (LDCs)	Other Low- Income Countries (Other LICs) (per capita GNI < \$745 in 2001)	Lower Middle-Income Countries (LMICs) (per capita GNI \$746-\$2975 in 2001)	Upper Middle-Income Countries (UMICs) (per capita GNI \$2976-\$ 9205 in 2001)	High-Income Countries (HICs) (per capita GNI > \$9206 in 2001)	Central and Eastern European Countries and New Independent States of the former Soviet Union (CEECs/NIS)	More Advanced Developing Countries and Territories
Afghanistan	*Armenia	*Albania	Botswana	Bahrain	*Belarus	f Aruba
Angola	*Azerbaijan	Algeria	Brazil		*Bulgaria	Bahamas
Bangladesh	Cameroon	Belize	Chile		*Czech Republic	f Bermuda
Benin	Congo, Rep.	Bolivia	Cook Islands		*Estonia	Brunei
Bhutan	Côte d'Ivoire	Bosnia and Herzegovina	Costa Rica		*Hungary	f Cayman Islands
Burkina Faso	*Georgia	China	Croatia		*Latvia	Chinese Tai pei
Burundi	Ghana	Colombia	Dominica		*Lithuania	Cyprus f
Cambodia	India	Cuba	Gabon		*Poland	Falkland Islands
Cape Verde	Indonesia	Dominican Republic	Grenada		*Romania	f French Polynesia
Central African Republic	Kenya	Ecuador	Lebanon		*Russia	f Gibraltar
Chad	Korea, Democratic Republic	Egypt	Malaysia		*Slovak Republic	f Hong Kong
Comoros	*Kyrgyz Rep.	El Salvador	Mauritius		*Ukraine	China
Congo, Dem.Rep.	*Moldova	Fiji	f Mayotte			Israel
Djibouti	Mongolia	Guatemala	Nauru			Korea
Equatorial Guinea	Nicaragua	Guyana	Panama			Kuwait
Eritrea	Nigeria	Honduras	f St Helena			Libya f
Ethiopia	Pakistan	Iran	St Lucia			Macao
Gambia	Papua New Guinea	Iraq	Venezuela			Malta f
Guinea	*Tajikistan	Jamaica				Netherlands Antilles
Guinea-Bissau	*Uzbekistan	Jordan	Threshold for World Bank Loan Eligibility (\$5185 in 2001)			f New Caledonia
Haiti	Viet Nam	*Kazakhstan	f Anguilla			Qatar
Kiribati	Zimbabwe	Macedonia (former Yugoslav Republic)	Antigua and Barbuda			Singapore
Laos		Marshall Islands	Argentina			Slovenia
Lesotho		Micronesia,	Barbados			United Arab Emirates
Liberia		Federated States	Mexico			f Virgin Islands (UK)
Madagascar		Morocco	f Montserrat			
Malawi		Namibia	Oman			
Maldives		Niue	Palau Islands			
Mali		Palestinian Administered Areas	Saudi Arabia			
Mauritania		Paraguay	Seychelles			
Mozambique		Peru	St Kitts and Nevis			
Myanmar		Philippines	Trinidad and Tobago			
Nepal		Serbia & Montenegro	f Turks and Caicos Islands			
Niger		South Africa	Uruguay			
Rwanda		Sri Lanka				
Samoa		St Vincent & Grenadines				
Sao Tome and Principe		Suriname				
Senegal		Swaziland				
Sierra Leone		Syria				
Solomon Islands		Thailand				
Somalia		f Tokelau				
Sudan		Tonga				
Tanzania		Tunisia				
Timor-Leste		Turkey				
Togo		*Turkmenistan				
Tuvalu		f Wallis and Futuna				
Uganda						
Vanuatu						
Yemen						
Zambia						

* Central and Eastern European countries and New Independent States of the former Soviet Union (CEECs/NIS).
f Territory.

Quelle: „The DAC List of Aid Recipients as at 1 January 2003.“ <http://www.oecd.org/dataoecd/35/9/2488552.pdf>
[Letzter Zugriff: 11.5.2004].

Abbildung C.7: DAC-Liste der Empfängerländer vom 1.1.2003



Quelle: „Exploring Africa.“

http://exploringafrica.matrix.msu.edu/curriculum/lm7/B/stu_7Bactivitytwo.html [Letzter Zugriff: 03.5.2004].

Abbildung C.8: Kolonialgebiete in Afrika 1945

Literaturverzeichnis

Primärquellen

DEVELOPMENT Assistance Committee: *Development Co-operation Review Series: Canada. DAC-Bericht 1994, Nr. 5*. Organisation for Economic Co-operation and Development, 1994

MICHEL, James H. (Hrsg.): *Entwicklungszusammenarbeit: Politik und Leistungen der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe. DAC-Bericht 1997*. Bericht des Vorsitzenden des Ausschusses für Entwicklungshilfe, Organisation für Zusammenarbeit und Entwicklung, 1997

THE International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank (Hrsg.): *Weltentwicklungsbericht 2003: Nachhaltige Entwicklung in einer dynamischen Welt*. Bonn, UNO-Verlag, 2003

Internetquellen (primär)

„Belgium - aid at a glance.“

<http://www.oecd.org/dataoecd/42/20/1860301.gif?channelId=34447&homeChannelId=33721&fileTitle=Belgium+Donor+Information> [Letzter Zugriff: 25.3.2004].

„Canada - aid at a glance.“

<http://www.oecd.org/dataoecd/42/21/1860310.gif?channelId=34447&homeChannelId=33721&fileTitle=Canada+Donor+Information> [Letzter Zugriff: 25.3.2004].

„Canada: Development Co-operation Review: Main Findings and Recommendations.“

www.oecd.org/document/61/0,2744,en_2649_37413_2409533_1_1_1_37413,00.htm [Letzter Zugriff: 2.10.2003].

„Canada: Examen d'aide: Résumé et conclusions.“

http://www.oecd.org/document/25/0,2744,en_2649_37413_2368217_1_1_1_37413,00.htm [Letzter Zugriff: 2.10.2003].

„Canada in the World. Canadian Foreign Policy Review 1995.“

http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/cnd-world/menu-en.asp [Letzter Zugriff: 9.5.2004].

Comité d'aide au développement: „Coopération pour le développement: Canada.“

<http://www.oecd.org/dataoecd/46/36/2409554.pdf> [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

„Conseil Canadien pour la Coopération internationale - Rapport annuel 2002.“
http://www.ccic.ca/f/docs/001_2002_annual_report.pdf [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

„Développement et solidarité - Chantier 4.“
http://agence.francophonie.org/upload/programmes/2002_chantier4.pdf [Letzter Zugriff: 16.10.2003].

„Etats et gouvernements membres - Canada.“
<http://www.francophonie.org/membres/etats/> [Letzter Zugriff: 27.11.2003].

„France - aid at a glance.“
<http://www.oecd.org/dataoecd/42/0/23704506.gif?channelId=34447&homeChannelId=33721&fileTitle=France+Donor+Information> [Letzter Zugriff: 27.3.2004].

„La Francophonie - Les chantiers de la programmation.“
http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/francophonie/prog_locations-fr.asp [Letzter Zugriff: 2.9.2003].

„La Francophonie - Liste des pays et des États membres.“
<http://www.acdi-cida.gc.ca/cida.ind.nsf/8949395286E4D3A58525641300568BE1/543A5EF0CED82C6F85256A140078FCEA?OpenDocument> [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

„Luxembourg - aid at a glance.“
<http://www.oecd.org/dataoecd/42/6/1860391.gif?channelId=34447&homeChannelId=33721&fileTitle=Luxembourg+Donor+Information> [Letzter Zugriff: 25.3.2004].

„Millennium Development Goals - Poverty.“
<http://www.developmentgoals.org/Poverty.htm>. [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

„Population selon la langue maternelle, provinces et territoires.“
http://www.statcan.ca/francais/Pgdb/demo18a_f.htm [Letzter Zugriff: 27.11.2003].

„Population selon la langue maternelle, provinces et territoires.“
http://www.statcan.ca/francais/Pgdb/demo18b_f.htm [Letzter Zugriff: 15.4.2004].

„Programme de coopération industrielle de l'ACDI - Rapport annuel 2001-2002.“
<http://www.acdi-cida.gc.ca/cida.ind.nsf/vall/46FCD11E8C35032085256BAC005A73B6?OpenDocument> [Letzter Zugriff: 20.1.2004].

„Stratégie de développement durable de l'ACDI 2001 - 2003: Un plan d'action pour le changement.“
<http://www.acdi-cida.gc.ca/cida.ind.nsf/vall/AA18F2F492A9F15E852569F1005A7274?OpenDocument> [Letzter Zugriff: 23.1.2004].

„Switzerland - aid at a glance.“

<http://www.oecd.org/dataoecd/42/52/1860553.gif?channelId=34447&homeChannelId=33721&fileTitle=Switzerland+Donor+Information> [Letzter Zugriff: 25.3.2004].

„Textes officiels - La Charte de la Francophonie.“

<http://www.francophonie.org/publications/textes/#10> [Letzter Zugriff: 27.10.2003].

„The DAC List of Aid Recipients as at 1 January 2001.“

<http://www.oecd.org/dataoecd/51/16/1808900.htm?channelId=34485&homeChannelId=33721&fileTitle=DAC+List+of+Aid+Recipients+as+at+1+January+2001> [Letzter Zugriff: 25.3.2004].

„The DAC List of Aid Recipients as at 1 January 2003.“

<http://www.oecd.org/dataoecd/35/9/2488552.pdf> [Letzter Zugriff: 11.5.2004].

Sekundärliteratur

AGERON, Charles-Robert: *La décolonisation française*. Paris, Armand Colin, 1991

ALEMAN, Ulrich von/ Forndran, Erhard: *Methodik der Politikwissenschaft: eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis*. Stuttgart, Kohlhammer, ⁶2002

ANDERSEN, Uwe: „Entwicklungspolitik/-hilfe.“ In: Woyke, Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, ⁸2000

ANSPRENGER, Franz: „Das Commonwealth in Afrika.“ In: Hofmeier, Rolf (Hrsg.): *Afrika Jahrbuch 1995*. Institut für Afrikakunde, Opladen, Leske & Budrich, 1996, S. 45 - 50.

ANSPRENGER, Franz: *Politik im Schwarzen Afrika. Die modernen politischen Bewegungen im Afrika französischer Prägung*. Köln und Opladen, Westdeutscher Verlag, 1961

ARNAUD, Serge/ Bodin, Marcel/ Evanno, Philippe/ Guillou, Michel/ Lebrun, Claude/ Salon, Albert: „Une politique francophone pour la France.“ In: Agence de la Francophonie (Hrsg.): *L'Année francophone internationale, 2002*. Sainte-Foy, 2001, S. 315 - 318.

BARRAT, Jaques: *Géopolitique de la Francophonie*. Paris, Presses Universitaires de France, 1997

BELLERS, Jürgen: „Entwicklungspolitik.“ In: Tauras, Olaf/ Meyers, Reinhard/ Bellers, Jürgen (Hrsg.): *Politikwissenschaft III: Internationale Politik*. Münster, Lit-Verlag, 1994

BENDIX, Paul J.: „Belgien - Das schwierige Verhältnis zu den früheren Kolonien.“ In: Thiel, Reinold E. (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. Hamburg, Deutsches Überseeinstitut, 1998, S. 49 - 54.

BERNIER, Ivan: „De l'économie mondiale à la Francophonie: les cibles générales et institutionnelles.“ In: Balthazar, Louis/ Bélanger, Louis/ Mace, Gordon (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. Sillery, Éditions du Septentrion, 1993, S. 313 - 340.

BERNIER, Ivan/ Thérien, Jean-Philippe: „Le comportement international du Québec, de l'Ontario et de l'Alberta dans le domaine économique.“ In: Centre québécois de relations internationales (Hrsg.): *Études internationales: Les politiques des États non souverains: convergences et divergences*. Bd. XXV, Nr. 3 (September 1994), S. 453 - 486.

BERNIER, Luc: *De Paris à Washington: la politique internationale du Québec*. Sainte-Foy, Presses de l'Université du Québec, 1996

BORCHARD, Ralf: „Die Außenpolitik Kanadas nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.“ In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“*. B 17/95, Bonn, 21.4.1995, S. 32 - 38.

BOTHWELL, Robert: *Canada since 1945*. Toronto, University of Toronto Press, 1993

BRAUN, Gerald: *Nord-Süd-Konflikt und Entwicklungspolitik*. Opladen, Westdeutscher Verlag, 1985

BROCK, Lothar: „Der Nord-Süd-Konflikt: Geschichte, Erscheinungsformen, und weltpolitische Bedeutung der Fehlentwicklungen in der Dritten Welt.“ In: Knapp, Manfred/ Krell, Gert (Hrsg.): *Einführung in die internationale Politik*. München, R. Oldenbourg Verlag GmbH, 1991, S. 203 - 228.

BRÜNE, Stefan: „Die Frankophonie oder Warum Gott in Afrika Französisch spricht.“ In: Hofmeier, Rolf (Hrsg.): *Afrika Jahrbuch 1995*. Institut für Afrikakunde, Opladen, Leske & Budrich, 1996, S. 51 - 61.

BRUNEL, Sylvie: „Miser - enfin! - sur le développement humain.“ In: Michailof, Serge (Hrsg.): *La France et l'Afrique. Vade-mecum pour un nouveau voyage*. Paris, Éditions Karthala, 1993, S. 317 - 322.

BUNDESMINISTERIUM für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (Hrsg.): *Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2002*. Berlin, 2002

CHARILLON, Frédéric: „La politique étrangère. Mise en perspective.“ In: Cordellier,

Serge/ Netter, Sarah (Hrsg.): *L'état de la France 2003*. Paris, Éditions La Découverte, 152003, S. 333 - 336.

CLAUS, Burghard/ Weidnitzer, Eva: „Frankreich - Der Löwenanteil für die Länder der Frankophonie.“ In: Thiel, Reinold E. (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. Hamburg, Deutsches Überseeinstitut, 1998, S. 98 - 107.

CONTACT Nord/Sud: *Formation au travail à l'international*. Emploi Quebec, Quebec, 2001

CORBEL, Jean-Claude: „Les programmes de l'Agence de Coopération Culturelle et Technique.“ In: Conac, Gérard/ Desouches, Christine/ Nemery, Jean-Claude: *Coopération décentralisée et coopération multilatérale francophone*. Paris, Economica, 1989, S. 63 - 72.

CZEMPIEL, Ernst-Otto: *Weltpolitik im Umbruch: das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*. München, Beck, 21993

DELVOIE, Louis A.: „Canada and India: A new beginning?“ In: Lyon, Peter (Hrsg.): *The Round Table*. Nr. 345 (Januar 1998) London, Institute of Commonwealth Studies, University of London; S. 51 - 64.

ETTMAYER, Wendelin: *Kanada und die transatlantische Sicherheit*. Wien, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Wien Nr. 7, Institut für strategische Forschung, 2001

GASSAMA, Makhily: „La coopération et le dialogue entre cultures différentes à travers la Francophonie.“ In: Conac, Gérard/ Desouches, Christine/ Sabourin, Louis: *La coopération multilatérale francophone*. Paris, Economica, 1987, S. 47 - 54.

GENDEBIEN, Paul-Henry: „Les relations extérieures des communautés en Belgique.“ In: Conac, Gérard/ Desouches, Christine/ Nemery, Jean-Claude: *Coopération décentralisée et coopération multilatérale francophone*. Paris, Economica, 1989, S. 123 - 130.

GOEDE, Gerd W.: *Lexikon des Internationalen Handels*. München, R. Oldenbourg Verlag GmbH, 1996

GUILLOU, Michel: *La Francophonie - Nouvel Enjeu Mondial*. Paris, Hatier, 1993

HALSTEAD John G. H.: *Kanadas Rolle in einer sich wandelnden Welt*. Augsburg, Universität, 1994

HARENBERG, Bodo: *Aktuell 2004*. Dortmund, Harenberg Lexikon-Verlag, 2003

HEUSER, Beatrice: *Transatlantic Relations: Sharing ideals and costs*. London, The Royal Institute of International Affairs, 1996

HOCKING, Brian: „Les intérêts internationaux des gouvernements régionaux: désuétude de l'interne et de l'externe?“ In: Centre québécois de relations internationales (Hrsg.): *Études internationales: Les politiques des États non souverains: convergences et divergences*. Bd. XXV, Nr. 3 (September 1994), S. 409 - 420.

HOFMANN, Michael: *Kanadas Entwicklungspolitik*. Berlin, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 1986

HOFMANN, Michael: „Schweiz: Klein, aber fein - mit Bankgeheimnis für Fluchtgelder.“ In: Thiel, Reinold E. (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. Hamburg, Deutsches Überseeinstitut, 1998, S. 199 - 206.

HOFMANN, Michael/ Klingebiel, Stephan: „Kanada - Konzeptionell an der Spitze, aber wirtschaftlich geschwächt.“ In: Thiel, Reinold E. (Hrsg.): *Entwicklungspolitiken - 33 Geberprofile*. Hamburg, Deutsches Überseeinstitut, 1998, S. 143 - 149.

HOVINE, Laurence-Elisabeth: „Francophonie et coopération.“ In: Conac, Gérard/ Desouches, Christine/ Sabourin, Louis: *La coopération multilatérale francophone*. Paris, Economica, 1987, S. 317 - 322.

JACKSON, Robert J.: *Canada - Politics and government*. Scarborough, Prentice-Hall Canada Inc., 1986

KAISER, Martin/ Wagner, Norbert: *Entwicklungspolitik. Grundlagen - Probleme - Aufgaben*. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, ³1991

KAUFMANN, Otto: „Soziale Sicherheit - II. Frankophones Afrika südlich der Sahara.“ In: Nohlen (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. Bd. 4, München, Beck, 1997, S. 516 - 521.

KEENLYSIDE, Terence A.: „Aiding Rights: Canada and the Advancement of Human Dignity.“ In: Pratt, Cranford (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. Montreal, London, Buffalo, McGill-Queen's University Press, 1994, S. 240 - 268.

KEENLYSIDE, Terence A.: „Canadian Foreign Policy.“ In: Pryke, Kenneth G./ Soderlund, Walter C.: *Profiles of Canada*. Mississauga, Copp Clark Pitman Ltd., 1992, S. 196 - 218.

KOLBOOM, Ingo: „Die Internationale Frankophonie - Kulturelle Makro-Region und politischer Akteur in der globalen Welt.“ In: Kolboom, Ingo/ Rill, Bernd (Hrsg.): *Frankophonie - nationale und internationale Dimensionen*. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 35, München, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., 2002, S. 7 - 20.

KOLBOOM, Ingo: „*Francophonie*: Von der kulturellen zur politischen Frankophonie.“ In: Kolboom, Ingo/ Kotschi, Thomas/ Reichel, Edward (Hrsg.): *Handbuch Französisch: Sprache - Literatur - Kultur - Gesellschaft: für Studium, Lehre, Praxis*. Berlin, Erich Schmidt, 2002, S. 462 - 469.

KOLBOOM, Ingo: „Frankophonie: Der lange Weg eines Begriffes zur politischen Bewegung (1880 - 1998).“ In: Kolboom, Ingo/ Rill, Bernd (Hrsg.): *Frankophonie - nationale und internationale Dimensionen*. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 35, München, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., 2002, S. 21 - 32.

KOLBOOM, Ingo/ Stark, Hans: „Frankreich in der Welt. Weltpolitik als Berufung?“ In: Christadler, Marieluise/ Uterwedde, Henrik (Hrsg.): *Länderbericht Frankreich: Geschichte - Politik - Wirtschaft - Gesellschaft*. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 1999 (Schriftenreihe Bd. 360), S. 443 - 464.

LACHAPELLE, Guy: *Quebec under free trade: making public policy in North America*. Sainte-Foy, Presses de l'Université du Québec, 1995

LÉGER Jean-Marc: „Le Québec dans le monde et le dessein de la francophonie.“ In: Martin, Yves (Hrsg.): *Le Québec dans le monde*. Sainte-Foy, Québec dans le monde, 1990, S. 49 - 52.

LENZ, Karl: *Kanada*. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, 2001

L'INSTITUT NORD-SUD: *Le Canada et le monde en développement: questions clés pour la politique étrangère canadienne*. bzw. *Canada and the developing world. Key issues for Canada's foreign policy*. Ottawa, Rowena Beamish, 1994

LYON, Peter: „Canada, the Commonwealth, and La Francophonie.“ In: Watkins, Mel (Hrsg.): *Canada*. New York, Facts On File Inc., 1993, S. 300 - 308.

MACE, Gordon/ Bélanger, Louis: „Synthèse comparative.“ In: Balthazar, Louis/ Bélanger, Louis/ Mace, Gordon (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. Sillery, Éditions du Septentrion, 1993, S. 341 - 382.

MACGUIGAN, Mark: *Canada in today's world*. Ottawa, Minister of Supply and Services (External Information Programs Division, Department of External Affairs), 1980

MANN, Roberto: „Institutionen und Programme der internationalen Frankophonie.“ In: Kolboom, Ingo/ Kotschi, Thomas/ Reichel, Edward (Hrsg.): *Handbuch Französisch: Sprache - Literatur - Kultur - Gesellschaft: für Studium, Lehre, Praxis*. Berlin, Erich Schmidt, 2002, S. 469 - 473.

MANSILLA, H.C.F.: „Das Dominanz/Dependenz-Verhältnis.“ In: Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Politikwissenschaftliche Entwicklungsländerforschung*. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1986, S. 401 - 429.

MATTHIES, Volker: „Kriege in der Dritten Welt.“ In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. Bd. 6, München, Beck, 1993, S. 262 - 268.

MAYER, Valérie: „Francophonie et système international.“ In: Conac, Gérard/ Desouches, Christine/ Sabourin, Louis: *La coopération multilatérale francophone*. Paris, Economica, 1987, S. 323 - 330.

M. LO-GOURMO: Beitrag zum *Table Ronde*: „La communauté francophone. De nouvelles perspectives de coopération internationale.“ In: Conac, Gérard/ Hertzog, Robert/ Corbel, Jean-Claude/ Desouches, Christine: *Francophonie et coopération communautaire*. Cachan, Imprimerie Boudin, 1990, S. 204 - 207.

MORIN, Jacques-Yvan: „Situation de la coopération internationale du Québec dans le cadre du fédéralisme canadien.“ In: Conac, Gérard/ Desouches, Christine/ Nemyry, Jean-Claude: *Coopération décentralisée et coopération multilatérale francophone*. Paris, Economica, 1989, S. 109 - 120.

MORRISON, David R.: „The Choice of Bilateral Aid Recipients.“ In: Pratt, Cranford (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. Montreal, London, Buffalo, McGill-Queen's University Press, 1994, S. 123- 156.

MWOROHA, Émile: *ACCT 1970 - 1995. 25 ans au service du développement et de la coopération francophone*. Paris, Agence de Coopération Culturelle et Technique, 1995

NOHLEN, Dieter (Hrsg.): *Lexikon Dritte Welt*. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Taschenbuch GmbH, 99.-107. Tausend, Dezember 2002

NUSCHELER, Franz: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. Bonn, Dietz, 41996

NUSCHELER, Franz/ Klingebiel, Stephan: „Internationale Entwicklungspolitik.“ In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. Bd. 6 Internationale Beziehungen. München, Beck, 1993, S. 108 - 127.

OKUMBA d'Okwatsegue, Paul: „Un instrument privilégié pour une coopération harmonisée entre pays francophones, l'Agence de Coopération Culturelle et Technique.“ In: Conac, Gérard/ Desouches, Christine/ Sabourin, Louis: *La coopération multilatérale francophone*. Paris, Economica, S. 59 - 78.

O'NEIL, Maureen/ Culpeper, Roy: „Development Co-operation in Canada.“ In: Hewitt, Adrian P. (Hrsg.): *Crisis or Transition in Foreign Aid*. London, Chameleon Press Ltd., 1994, S. 6 - 9.

PARTI Québécois (Hrsg.): *Le Québec dans un monde nouveau*. Montréal, VLB Éditeur, 1993

PATRY, André: *Le Québec dans le monde*. Ottawa, Éditions Leméac, 1980

PFEFFER, Karl-Heinz: „Die ursprüngliche europäische Haltung gegenüber anderen Kulturen und die Veränderung dieser Haltung im Zusammenhang mit der Auflösung der alten Kolonialreiche und der Hilfen für die Entwicklungsländer.“ In: Boettcher, Erik (Hrsg.): *Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik. Gerhard Mackenroth zum Gedächtnis von seinen Freunden und Schülern*. Tübingen, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1964, S. 45 - 66.

PFETSCH, Frank/ Rohloff, Christoph: *National and international conflicts, 1945 - 1995: new empirical and theoretical approaches*. London, Routledge, 2000

PRATT, Cranford: „Canadian Development Assistance: A Profile.“ In: Pratt, Cranford (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. Montreal, London, Buffalo, McGill-Queen's University Press, 1994, S. 3 - 25.

PRATT, Cranford: „Humane Internationalism and Canadian Development Assistance Policies.“ In: Pratt, Cranford (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. Montreal, London, Buffalo, McGill-Queen's University Press, 1994, S. 334 - 371.

PRATT, Cranford: „International Development Assistance.“ In: Watkins, Mel (Hrsg.): *Canada*. New York, Facts on File Inc., 1993, S. 490 - 503.

PROTHEROE, David Robert: *Canada and multilateral aid*. Ottawa, The North-South Institute, 1991

PROTHEROE, David Robert: „Canada's Multilateral Aid and Diplomacy.“ In: Pratt, Cranford (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. Montreal, London, Buffalo, McGill-Queen's University Press, 1994, S. 25 - 55.

RIBERDY, Nicole: „La présence sociale du Québec dans le monde.“ In: Martin, Yves (Hrsg.): *Le Québec dans le monde*. Sainte-Foy, Québec dans le monde, 1990, S. 81 - 88.

RIESZ, János: „Das frankophone Afrika südlich der Sahara.“ In: Kolboom, Ingo/ Kotschi, Thomas/ Reichel, Edward (Hrsg.): *Handbuch Französisch: Sprache - Literatur - Kultur - Gesellschaft: für Studium, Lehre, Praxis*. Berlin, Erich Schmidt, 2002, S. 445 - 451.

RIESZ, János: „Négritude, Frankophonie und afrikanische Kultur - Léopold Sédar Senghor als Paradigma.“ In: Kolboom, Ingo/ Rill, Bernd (Hrsg.): *Frankophonie -*

nationale und internationale Dimensionen. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 35, München, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., 2002, S. 99 - 108.

SAUL, John Ralston: *Culture and foreign policy*. <http://www.carleton.ca/npsia/cfpj/john.html> [Letzter Zugriff: 30.4.1998]. Das Dokument ist in gedruckter Form im Institut für Auslandsbeziehungen Stuttgart erhältlich (Signatur Cb 18/191).

SAUVAGEAU, Lyne/ Mace, Gordon: „Les relations extérieures du Québec avec l’Afrique et le Moyen-Orient.“ In: Balthazar, Louis/ Bélanger, Louis/ Mace, Gordon (Hrsg.): *Trente ans de politique extérieure du Québec, 1960 - 1990*. Sillery, Éditions du Septentrion, 1993, S. 251 - 290.

SCHAFFER, David Paul: *Canada’s international cultural relations - key to Canada’s role in the world*. Markham, Ontario, World Culture Project, 1997

SCHNEIDER, Steffen: „Kanada: Außenpolitische Neuorientierung oder Kontinuität?“ In: Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik e.V. (Hrsg.): *Jahrbuch Internationale Politik*. München, R. Oldenbourg Verlag GmbH, 2000, S. 279 - 286.

SCHWOB, J.: „Les Communautés culturelles sont-elles de nouveaux acteurs dans les relations internationales?“ In: Conac, Gérard/ Hertzog, Robert/ Corbel, Jean-Claude/ Desouches, Christine: *Francophonie et coopération communautaire*. Cachan, Imprimerie Boudin, 1990, S. 45 - 67.

SENGHAAS, Dieter: „Friedensforschung und Dritte Welt.“ In: Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Politikwissenschaftliche Entwicklungsländerforschung*. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1986, S. 368 - 400.

STAMER, Jutta: „Nation Québec? - Frankophone Ausnahme in Nordamerika.“ In: Kolboom, Ingo/ Rill, Bernd (Hrsg.): *Frankophonie - nationale und internationale Dimensionen*. Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 35, München, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., 2002, S. 89 - 98.

STOCK, Ruth: „Luxemburg - Ein kleiner Geber mit steigender Tendenz.“ In: Thiel, Reinold E. (Hrsg.): *Entwicklungspolitik - 33 Geberprofile*. Hamburg, Deutsches Überseeinstitut, 1998, S. 150 - 154.

TARDIF, Jean: „Le Québec et la francophonie.“ In: Martin, Yves (Hrsg.): *Le Québec dans le monde*. Sainte-Foy, Québec dans le monde, 1990, S. 53 - 72.

THÉRIEN, Jean-Philippe: „Canadian Aid: A Comparative Analysis.“ In: Pratt, Cranford (Hrsg.): *Canadian international development assistance policies: an appraisal*. Montreal, London, Buffalo, McGill-Queen’s University Press, 1994, S. 314 - 334.

TRAORE, Awa: „La Francophonie en action: les réseaux.“ In: Conac, Gérard/ De-

souches, Christine/ Sabourin, Louis: *La coopération multilatérale francophone*. Paris, Economica, S. 363 - 371.

TREMBLAY, Manon/ Pelletier, Réjean/ Pelletier, Marcel R. (Hrsg.): *Le parlementarisme canadien*. Quebec, Les Presses universitaires de l'Université Laval, 2000

UHL, Herbert: *Nord und Süd - eine Welt?* Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 1999

WASSMUND, Hans: *Grundzüge der Weltpolitik: Daten und Tendenzen von 1945 bis zur Gegenwart*. München, Beck, 1982

WEINMANN, Heinz: „Geschichte des frankophonen Nordamerika.“ In: Kolboom, Ingo/ Kotschi, Thomas/ Reichel, Edward (Hrsg.): *Handbuch Französisch: Sprache - Literatur - Kultur - Gesellschaft: für Studium, Lehre, Praxis*. Berlin, Erich Schmidt, 2002, S. 432 - 439.

WYSZORMIRSKI, Margaret J./ Burgess, Christopher/ Peila, Catherine: *International cultural relations: a multi-country comparison*. <http://www.culturalpolicy.org/pdf/MJWpaper.pdf> [Letzter Zugriff: 20.10.2003]. Das Dokument ist in gedruckter Form im Institut für Auslandsbeziehungen Stuttgart erhältlich (Signatur Cb 23/342).

Fernsehsendungen

KLUG, Richard/ Schaaf, Stefan: „Die Katastrophenmacher.“ Ausgestrahlt am 11.2.2004 um 22:45 Uhr in der ARD.

Internetquellen (sekundär)

„Acacia.“

http://web.idrc.ca/fr/ev-5895-201-1-DO_TOPIC.html [Letzter Zugriff: 19.1.2004].

„ACDI - Notre Mission.“

<http://www.acdi-cida.gc.ca/notremission.htm> [Letzter Zugriff: 15. Januar 2004].

„Actions de l'Organisation Internationale de la Francophonie.“

http://www.ladocfrancaise.gouv.fr/dossier_actualite/francophonie/oif_actions.shtml [Letzter Zugriff: 11.4.2004].

„Afrique et Moyen-Orient - Aperçu.“

<http://www.acdi-cida.gc.ca/africa-f.htm> [Letzter Zugriff: 14.1.2004].

„Afrique et Moyen-Orient - Le programme panafricain.“

<http://www.acdi-cida.gc.ca/cidaweb/webcountry.nsf/0/9A85394EC484F30285256BB40064ADAB?OpenDocument> [Letzter Zugriff: 19.1.2004].

„Aide internationale.“

http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/cnd-world/chap6-fr.asp [Letzter Zugriff: 7.4.2004].

„Campagne de sensibilisation - La Coopération au Développement en bref.“
<http://www.mae.lu/html/idnav1024/coop.pps> [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

„Canada dans le monde - Résumé.“
http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/cnd-world/summary-fr.asp [Letzter Zugriff: 11.2.2004].

„Communiqués de presse - Le Canada demande à ce qu'un plus grand soutien soit accordé à la recherche agricole pour assurer le développement rural en Afrique.“
http://www.acdi-cida.gc.ca/cida_ind.nsf/883455a38682affe852565310067c636/b1e262d6e0c9502f85256dce00572797?OpenDocument [Letzter Zugriff: 28.11.2003].

„Communiqués de presse - Le Canada intensifie les programmes de lutte contre le VIH/sida en Afrique.“
http://www.acdi-cida.gc.ca/cida_ind.nsf/883455a38682affe852565310067c636/cfc46433aef729ea85256def00513463?OpenDocument [Letzter Zugriff: 28.11.2003].

„Coopération bilatérale directe - Acteurs.“
<http://www.btcctb.org/showpage.asp?iPageID=443> [Letzter Zugriff: 6.3.2004].

„DAC's Glossary.“
http://www.oecd.org/glossary/0,2586,en_2649_33721_1965693_1_1_1_1,00.html#1965580 [Letzter Zugriff: 25.3.2004].

„Die DEZA auf einen Blick.“
<http://www.deza.admin.ch/wideview.php?userhash=4830132&navID=718&l=d> [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

„DGCD - Généralités.“
http://www.dgdc.be/fr/dgci/docs_generalites/annuaire.html [Letzter Zugriff: 6.3.2004].

„D'où vient l'Agence?“
<http://agence.francophonie.org/agence/organisation.htm> [Letzter Zugriff: 16.10.2003].

„EDA - Frankophonie.“
<http://www.eda.admin.ch/eda/g/home/foreign/franco.html> [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

„Entwicklungspolitik.“
<http://www.deza.admin.ch/portal.php?userhash=4830132&l=d&navID=8> [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

„Entwicklungspolitik - Ziele.“

<http://www.deza.admin.ch/index.php?userhash=4830132&navID=299&l=d> [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

„Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank.“

http://www.bundesbank.de/stat/download/stat_euref.pdf [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

„Exploring Africa.“

http://exploringafrica.matrix.msu.edu/curriculum/lm7/B/stu_7Bactivitytwo.html [Letzter Zugriff: 3.5.2004].

Falksohn, Rüdiger/ Hielscher, Hans/ Thielke, Thilo: „Afrika - Die Vierte Welt.“

<http://www.spiegel.de/Spiegel/0,1518,256915,00.html> [Letzter Zugriff: 14.7.2003].

„Fonds canadien pour l’Afrique.“

<http://www.acdi-cida.gc.ca/fondscanadienafrique> [Letzter Zugriff: 14.1.2004].

„Geografische Schwerpunkte.“

<http://www.deza.admin.ch/index.php?userhash=4830132&navID=460&l=d> [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

„L’ACDI - notre mission.“

<http://www.acdi-cida.gc.ca/notremission.htm> [Letzter Zugriff: 15.1.2004].

„L’Agence.“

<http://agence.francophonie.org/agence/home.cfm> [Letzter Zugriff: 16.10.2003].

„La coopération multilatérale.“

<http://www.mae.lu/images/biblio/biblio-98-403.pdf> [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

„La CTB en Afrique.“

<http://www.btctb.org/showpage.asp?PageID=217> [Letzter Zugriff: 11.4.2004].

„La DGCID au cœur du dispositif français de coopération.“

http://www.diplomatie.gouv.fr/cooperation/dgcid/direction/page_03.html [Letzter Zugriff: 17.3.2004].

„La Francophonie - les pays membres.“

<http://www.mediasgaia.com/Histo/France/francophonie/francophonie.htm> [Letzter Zugriff: 30.4.2004].

„La mise en œuvre du Plan d’action du G8 pour l’Afrique - Les engagements du Canada un an plus tard.“

<http://www.g8.gc.ca/att-fr.asp> [Letzter Zugriff: 20.1.2004].

„La politique des pays cible.“

<http://www.mae.lu/mae.taf?IdNav=56> [Letzter Zugriff: 21. März 2004].

„La Zone Franc - Qu'est-ce que la Zone Franc?“

<http://www.banque-france.fr/fr/zonefr/main.htm> [Letzter Zugriff: 17.3.2004].

„Le Canada en Francophonie - Aide canadienne aux pays de la Francophonie.“

http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/francophonie/cnd_aid-fr.asp [Letzter Zugriff: 2.9.2003].

„Le Canada en Francophonie - Contribution multilatérale du Canada à la Francophonie.“

http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/francophonie/multilateral-fr.asp [Letzter Zugriff: 11.5.2004].

„Le Canada en Francophonie - L'Agence intergouvernementale de la Francophonie et les autres opérateurs.“

http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/francophonie/intergvmt_agency-fr.asp [Letzter Zugriff: 2.9.2003].

„Le Canada en Francophonie - La gestion canadienne de la Francophonie.“

http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/francophonie/cdn_management-fr.asp [Letzter Zugriff: 2.9.2003].

„Le Canada en Francophonie - Les objectifs du Canada en Francophonie.“

http://www.dfait-maeci.gc.ca/foreign_policy/francophonie/cdn_goals-fr.asp#objectifpolitiques [Letzter Zugriff: 5.9.2003].

„Le CRDI en bref - Notre mandat.“

http://web.idrc.ca/fr/ev-8513-201-1-DO_TOPIC.html#1 [Letzter Zugriff: 11.2.2004].

„Le Plan d'action pour l'Afrique du G8.“

http://www.dfait-maeci.gc.ca/africa/africa_action_plan-fr.asp [Letzter Zugriff: 20.1.2004].

„Le Québec dans le monde - Les relations institutionnelles avec l'étranger.“

http://www.gouv.qc.ca/Vision/DansLeMonde/DansLeMonde_fr.html [Letzter Zugriff: 26.10.2003].

„Le Québec et la Francophonie - Aide internationale du gouvernement du Québec.“

http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/francophonie/quebec_francophonie/contributions/aide.asp [Letzter Zugriff: 26.10.2003].

„Le Québec et la Francophonie - Contributions du Québec à la Francophonie.“

http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/francophonie/quebec_francophonie/contributions/contributions.asp [Letzter Zugriff: 26.10.2003].

„Le rattachement à l'euro du franc CFA et du franc comorien.“

<http://www.banque-france.fr/fr/zonefr/main.htm> [Letzter Zugriff: 17.3.2004].

„Les Premiers Ministres du Québec.“

<http://www.premier.gouv.qc.ca/secteur/bienvenue-quebec/decouvrir-quebec-premiers-ministres.htm> [Letzter Zugriff: 15.4.2004].

„Les priorités françaises.“

<http://www.diplomatie.gouv.fr/francophonie/priorites.html> [Letzter Zugriff: 17.3.2004].

„L'opérateur principal: l'AIF.“

<http://www.francophonie.org/acteurs/aif/> [Letzter Zugriff: 16.10.2003].

„Mandat und Grundlage.“

<http://www.deza.admin.ch/index.php?userhash=4963980&navID=298&l=d> [Letzter Zugriff: 11.4.2004].

„Notes sur l'histoire institutionnelle des relations internationales du Québec.“

http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/politique_internationale/historique/historique.asp [Letzter Zugriff: 7.3.2004].

„Pays prioritaires et Régions principales pour la DDC 2004.“

http://www.deza.admin.ch/ressources/deza_product_fr_743.pdf [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

„Politique étrangère de la Belgique: Relations bilatérales - Afrique.“

<http://www.diplobel.fgov.be/fr/policy/policynotedetail.asp?TEXTID=7959> [Letzter Zugriff: 26.3.2004].

„Programmes et projets canadiens de la Francophonie.“

http://www.acdi-cida.gc.ca/cida_ind.nsf/0/A12009D1F47F3CE585256A14007AC268?OpenDocument [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

„Programmes multilatéraux - Aperçu.“

<http://www.acdi-cida.gc.ca/multi-f.htm> [Letzter Zugriff: 14.1.2004].

„Prüfbericht über die Entwicklungszusammenarbeit Kanada.“ OECD-Pressemitteilung, Paris, 6.12.2002

<http://www.oecd.org/dataoecd/47/31/2409742.pdf> [Letzter Zugriff: 15.12.2003].

„Qu'est-ce que la Francophonie?“

<http://www.acdi-cida.gc.ca/lafrancophonie> [Letzter Zugriff: 30.9.2003].

„Solidarité internationale - Axes d'intervention.“

http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/action_internationale/solidarite/axes_intervention/fondements.asp [Letzter Zugriff: 3.2.2004].

„Solidarité internationale - Faits saillants.“

http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/action_internationale/solidarite/faits_saillants.asp [Letzter Zugriff: 3.2.2004].

„Solidarité internationale - Les régions ciblées.“

http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/action_internationale/solidarite/axes_intervention/regions.asp [Letzter Zugriff: 29.4.2004].

„Solidarité internationale - Mission.“

http://www.mri.gouv.qc.ca/fr/action_internationale/solidarite/solidarite.asp [Letzter Zugriff: 3.2.2004].

TOMLINSON, Brian: „Relations économiques du Canada avec l’Afrique subsaharienne: Tendances récentes.“ http://www.ccic.ca/f/003/acf_2002_05_can_econ_relations_africa.shtml [Letzter Zugriff: 29.3.2004].

„World Bank - Technical Notes.“ <http://www.worldbank.org/data/databytopic/topnotes.html> [Letzter Zugriff: 15.2.2004].